

Chronologie 2004

Dezember 2004

31.12.2004:

Aluf Benn berichtet in „Haaretz“, dass der Bau des „Trennungsauns“ näher an die „Grüne Linie“ vor 1967 rücke, und führt dies auf juristische Urteile – das Oberste Gericht hatte im Sommer 2004 das Prinzip der Proportionalität betont, dass die Beeinträchtigung der Palästinenser möglichst gering halten müsse – und auf Überlegungen im Militär zurück.

Akiva Eldar berichtet in derselben Zeitung von dem „Offenen Brief an die palästinensische öffentliche Meinung“ vom 25. Dezember, den mehr als 500 Palästinenser unterschrieben haben, darunter Angehörige des Kabinetts, Bürgermeister der Westbank und des Gazastreifens, der Dichter Machmud Darwish sowie palästinensische Akteure der „**Genfer Initiative**“ und der „People’s Voice“ (von Sari Nusseibeh und Ami Ayalon), und der sich faktisch an Machmud Abbas richte. Die Unterzeichner erwarten von ihm „die deutliche Zurückweisung der sogenannten interimistischen staatlichen Lösung oder jeder anderen Lösung, die darauf abzielt, einer umfassenden Friedensregelung die Tür vor der Nase zuzuschlagen“. Menachem Klein von der Bar Ilan-Universität, der zu den israelischen Hauptakteuren der „**Genfer Initiative**“ gehört, macht laut Eldar darauf aufmerksam, dass viele Palästinenser ein Gefühl der Verlassenheit bewegt, nachdem die israelische Linke auf Sharons Abkoppelungsplan für den Gazastreifen und den Norden der Westbank eingeschwenkt sei. Sie würden befürchten, dass Abbas dem Druck Ariel Sharons und George W. Bushs nicht widerstehen könnte, auf Jerusalem als Hauptstadt des künftigen Staates Palästina und auf die Rückführung der Siedlungsblöcke zu beharren. Es sei bedauerlich, so Klein, dass die Linke den Fehler

von Oslo wiederhole und in der Evakuierung einiger Siedlungen schon das Ende des Konflikts erblicke.

30.12.2004:

Israels Stabschef Moshe Yaalon beruft eine Kommission, welche die Zerstörung von palästinensischen Häusern in der Westbank – zwischen Sommer 2002 und Sommer 2004 sollen etwa 270 Häuser niedergerissen worden sein – daraufhin untersuchen soll, ob sie als Bestrafungsaktionen abschreckende Wirkung gehabt haben oder lediglich taktischen Zielen dienen. Außerdem wird nach Presseberichten die jüngste Zerstörung von 25 Häusern in Khan Yunis (südlicher Gazastreifen) untersucht, die ohne ausreichende Autorisierung erfolgt sein soll.

Amos Har'el macht in „Haaretz“ darauf aufmerksam, dass drei der fünf israelischen Soldaten, die am 14. Dezember bei einer Operation in der Nähe von Rafach getötet wurden, moslemische Araber aus Galiläa und dem Kleinen Dreieck gewesen seien; die beiden übrigen Toten waren Beduinen. Die Zahl der moslemischen Freiwilligen in der Armee sei trotz feindseliger Reflexe in ihrer Gemeinschaft seit 2003 gestiegen. Nach Schätzungen liege die Zahl gegenwärtig bei etwa 150.

Während das ablaufende Jahr ein Jahr der Politik gewesen sei, werde 2005 ein Jahr der Wahrheit und der Staatskunst, prophezeit Ari Shavit in „Haaretz“, „ein Jahr wirklicher Taten, ein Jahr, in dem Israel endlich sein Schicksal in die Hand nimmt und die Realität neu definiert, der es ausgesetzt ist“.

29.12.2004:

Die palästinensische Zeitung „al-Quds“ berichtet, dass gemäß den israelischen Vorgaben nur 5376 arabische Bürger Jerusalems die vorgesehenen Stationen in den Postämtern zur Wahl des neuen

PNA-Präsidenten am 9. Januar 2005 nutzen können, die restlichen rund 200.000 müssten Wahllokale außerhalb der Jerusalemer Stadtgrenzen aufsuchen. Nach palästinensischen Angaben verläuft die Wählerregistrierung in der Stadt schleppend.

Die israelische Zeitung „Maariv“ berichtet, dass Sharon die Europäer auf die Geldgeberrolle beschränken möchte. „Sie können in den palästinensischen Gebieten investieren, sollten aber nicht direkt in den politischen Prozess und in Aspekte der Sicherheit eingebunden werden.“ Der Premier rückt damit das Gewicht der EU im Rahmen der „Road Map“ an den Rand.

Auf Demokratiedefizite weist der Direktor des 1991 gegründeten „Israelischen Demokratie-Instituts“, Arik Carmon, hin, aus dessen jüngstem Bericht Angelika Timm in der „Neue Zürcher Zeitung“ zitiert. Danach hat sich das Vertrauen in Regierung und Parlament im laufenden Jahr deutlich verringert. Das Institut plant, in Zusammenarbeit mit Vertretern unterschiedlicher politischer Strömungen in Kürze einen ersten Entwurf für eine israelische Verfassung vorzulegen. Er solle auf der Charta der Menschenrechte fußen, jegliche Diskriminierung untersagen und die Religionsfreiheit garantieren. Zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen zählt auch die „Bewegung für Regierungsqualität“, in deren Arbeit der Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen im Vordergrund steht. Sie zählt mittlerweile 15.000 Mitglieder.

28.12.2004:

Präsident Machmud Abbas erklärt bei einer Veranstaltung in Ramallah, dass er nicht ruhen werde, bis das Ende der Okkupation, volle palästinensische Rechte gemäß den Maßstäben internationaler Legitimität sowie die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem erreicht sei.

Aluf Benn kommentiert in „Haaretz“ einen Artikel, den der Herausgeber der ZEIT, Josef Joffe, in der neuen Ausgabe der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ geschrieben hat. Darin wendet sich Joffe dagegen, dass der Staat Israel die Ursache der Ablehnung und des Hasses in der arabischen Welt gegen Amerika sei. Diese habe, so Joffe, genug interne Probleme, so dass Israel lediglich als Blitzableiter diene. Für Benn ist jedoch höchst beunruhigend, dass die Frage nach dem Recht Israels auf Existenz heute in der westlichen Welt überhaupt gestellt werde – ein Preis, den Israel für die „Intifada“ und den angeblich von jüdischen Neokonservativen inszenierten Krieg der USA im Irak zu bezahlen habe. Während in Israel über die Evakuierung einiger Siedlungen gestritten werde, finde in der Welt eine Diskussion darüber statt, ob man Israel vielleicht eine „sanfte Zerstörung“ à la „Staat aller seiner Bürger“ zwischen Mittelmeer und Jordan wünschen solle. Hier würden sich, so Benn, westliche und arabische Argumentationen treffen.

27.12.2004:

Als Geste des guten Willens gegenüber der neuen palästinensischen Führung lassen die israelischen Behörden 159 palästinensische Gefangene frei.

24.12.2004:

Lily Galili befasst sich in „Haaretz“ mit der Frage, wer nach der neuen Regierungsbildung die Opposition in der Knesset anführen wird. Die „Sefardischen Torawächter (Shas“) mit Eli Yishai an der Spitze, welche die Rolle der Oppositionsführerin übernehmen möchten, verfügen nicht über die ausreichende Anzahl der Mandate, so dass sie andere Fraktionen auf ihre Seite ziehen müssen: die Nationalreligiöse Partei von Effi Eitam, die Nationale Union von Avigdor Lieberman, „Shinui“ von Josef („Tommy“) Lapid oder „Yachad“ von Fraktionsführerin Zahava Gal-On. Das Zünglein an der Waage seien die arabischen Abgeordneten, schreibt Galili. Mit dem

voraussichtlichen Eintritt der Arbeitspartei in die Regierung sei für „Yachad“ die größte Chance für ein attraktives eigenes Profil gekommen.

In einer bewegenden Reportage berichtet Jörg Bremer in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über das Leben der christlichen Palästinenser in Bethlehem und besonders der rund dreitausend Mitglieder zählenden syrisch-orthodoxen Gemeinde, die in großer Armut lebt. Sie fühlen sich von den Weltkirchen verlassen. „Da wurde“, zitiert Bremer einen Christen, „im Frühling 2002 einen Monat lang die wichtigste Kirche der Christenheit [die Geburtskirche] von außen und innen belagert – und nicht einmal die katholischen Bischöfe kamen; und bei ihrem Treffen im Winter darauf hatten sie für Bethlehem auch keine Zeit. Wir Christen gehen hier unter, und ihr [im Westen] speist Gänsebraten.“

23.12.2004:

In 26 Orten der Westbank finden erstmals seit 1976 Kommunalwahlen statt. Wahlberechtigt sind rund 150.000 Personen. Um die 360 Sitze bewerben sich 826 Kandidaten, darunter 123 Frauen, denen 16 Prozent der Sitze vorbehalten sind. In den vergangenen Tagen kursierten Gerüchte, dass einige Frauen von ihren Familien gezwungen worden seien, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Insgesamt gesehen, gewinnt „Fatah“ mehr als sechzig Prozent aller Stimmen, während „Hamass“, die sich zum ersten Mal zur Wahl stellt, etwa 23 Prozent auf sich vereinigen kann. Die Wahlbeteiligung liegt bei 84 Prozent. Im einzelnen setzt sich „Fatah“ in vierzehn, „Hamass“ in neun Gemeinden durch. Beobachter glauben, dass beide Parteien bei Bedarf zusammenarbeiten werden, zumal da „Hamass“ die Bereitschaft zu politischem Pragmatismus angekündigt hat. In weiteren 600 Städten und Orten der Westbank soll 2005 gewählt werden. Die Wahlen in zehn Orten des Gazastreifens ist wegen der anhaltenden Gewalt auf den 27. Januar

2005 verschoben worden, weil die Zwischenfälle die Wählerregistrierung behindert hatten.

„Peace Now“ startet eine Anzeigenkampagne mit dem Aufruf an Freiwillige, Soldaten zu ersetzen, die den Einsatz bei der geplanten Evakuierung von Siedlern verweigern.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes haben seit dem Jahr 2000 rund 184.000 Israelis das Land verlassen. 2004 lag die Zahl der Einwanderer bei 20.000, 2003 bei 22.000 Personen. Die Zahl der Christen – Araber und Neueinwanderer – liegt gegenwärtig bei 144.000 Personen bzw. 2,1 Prozent der israelischen Bevölkerung.

Reuven Kaminer, unermüdlicher israelischer Friedensaktivist, setzt sich in seinem jüngsten Rundbrief kritisch mit dem Besuch von Premier Tony Blair am 22. Dezember in Israel auseinander und hält ihm vor, dass er sich für Sharons Ziele habe einspannen lassen, die nicht auf eine friedliche Regelung des Konflikts abzielten. Es sei zwar ein Unglück, dass der palästinensische Widerstand nicht verstanden habe, dass der Waffeneinsatz gegen israelische Zivilisten kontraproduktiv sei, doch ändere dies nichts an der Tatsache, dass der bewaffnete Widerstand erst dann aufhören werde, wenn die Palästinenser Fortschritte auf dem Weg zum Frieden erkennen würden.

Ari Shavit führt in „Haaretz“ ein langes Interview mit dem heute 79jährigen Publizisten und Autor Amos Elon, der aus tiefer Verzweiflung über die politische Entwicklung Israel den Rücken kehrt, um sich endgültig in der Toskana niederzulassen. Nach seinen Worten ist Israel scharf nach rechts gerückt, so dass er als europäischer Jude auf den alten Kontinent zurückkehre. Der Staat sei „quasi-faschistisch“ geworden, weil abstrakte Prinzipien der Religion das Schicksal der Menschen diktierten, ohne dass ein demokratischer Prozess stattfinde. Elon führt die Entwicklung nach 1967 – „der Sieg war schlimmer als eine Niederlage“ – auf eine

Mischung aus Religion und Politik sowie auf „das militärische Abenteuerertum der säkularen Rechten“ zurück. Die „Verehrung der Gewalt“ sei nicht nur im „Likud“, sondern auch in der Arbeitspartei beheimatet. Nachdem sich Elon kritisch über das Konzept des jüdischen Volkes geäußert und die Assimilation verteidigt hat, bezeichnet er „Haaretz“, die Neue Zürcher Zeitung und die Frankfurter Allgemeine Zeitung als die besten Blätter der Welt, weil sie sich von der Unterhaltungsindustrie nicht haben überwältigen lassen.

22.12.2004:

„Haaretz“ berichtet, dass lokale palästinensische Fernsehstationen zwecks Werbung für die „**Genfer Initiative**“ eine „Spiegelkampagne“ in Gang gesetzt haben. So kommen in sechs Kurzfilmen Angehörige des israelischen und des palästinensischen Teams zu Wort.

21.12.2004:

In einem Interview mit „Haaretz“ berichtet der Präsident der Weltbank, James D. Wolfensohn, dass die Autonomiebehörde jährlich 930 Millionen US-Dollar an internationaler Hilfe erhalte und die Weltbank die Summe auf 500 Millionen US-Dollar erhöhen wolle. Wolfensohn mahnt die israelische Regierung, über die Abkoppelung vom Gazastreifen hinaus den Palästinensern die Hoffnung auf einen umfassenden Frieden zu geben. Auch die Geberländer hätten ein Interesse daran, dass sich ihre Investitionen lohnen. Wolfensohn lehnt die Entflechtung zwischen der israelischen und der palästinensischen Wirtschaft im Zuge der Gaza-Pläne ab. Ebenso zurückhaltend reagiert er auf einen israelischen Vorschlag, durch internationale Finanzhilfe die palästinensischen Flüchtlingslager zu sanieren, wenn dies nicht in einem politischen Kontext geschehe.

20.12.2004:

Im „Spiegel-Gespräch“ beschränkt Ägyptens Präsident Hosni Mubarak die ägyptische Rolle im Friedensprozess auf die Mahnung an die Palästinenser: „Steht jetzt wie ein Mann zusammen, schwächt eure Position nicht durch Uneinigkeit, weil ihr sonst nichts erreichen werdet.“ In Israel könne nur Sharon den mutigen Schritt zum Frieden tun. Ausweichend antwortet Mubarak auf die Frage, was zu tun sei, wenn es Israel dabei bewenden lasse, sich aus dem Gazastreifen und dem Norden der Westbank zurückzuziehen. „Glauben Sie mir, die Palästinenser werden zu ihrem Recht kommen“, antwortet Mubarak. Als Zeitperspektive bezeichnet er das Jahr 2008, wenn George W. Bushs zweite Amtszeit zu Ende geht.

19.12.2004:

Das israelische Kabinett beschließt die Freilassung von etwa 170 palästinensischen Gefangenen als Geste des guten Willens.

Der „Rat für die Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (YESHA)“ fordert seine Anhänger auf, „in Massen den Transfer“ zu verhindern und für dieses Ziel die „massenhafte Einlieferung ins Gefängnis“ in Kauf zu nehmen. Kommentatoren weisen darauf hin, dass die Drohung eine Kehrtwendung nach der gescheiterten Forderung nach einer Volksbefragung sei. Offenbar seien die Siedler-Funktionäre zu der Auffassung gelangt, dass sie von der breiten Öffentlichkeit nicht unterstützt würden. Jetzt sollen die Siedler und die zionistisch-religiöse Publikum mit dem Ziel mobilisiert werden, der Regierung die politische Legitimität ihres Handelns abzusprechen. Damit würden die Funktionäre, so schreibt Nadav Shragai am 21. Dezember in „Haaretz“, auf die Linie einschwenken, die der in Kiryat Arba lebende Extremnationalist Elyakim Haetzni schon vor zwei Jahrzehnten vertreten habe: das massenhafte Einrücken von Siedlern in die Gefängnisse. Die Frage stelle sich allerdings, ob es diese vielen Tausend wirklich gebe. Nach anderen Pressemeldungen gehen einige Siedler dazu über, auf ihrer Kleidung

einen orange (statt gelben) Davidstern zu befestigen und damit an die Deportation der Juden in der Nazizeit zu erinnern. Am 29. Dezember veröffentlicht der „Rat“ eine Erklärung mit scharfer Kritik an Plakaten der verbotenen „Kach“-Bewegung mit Darstellungen, auf denen Juden auf Viehwagen in Vernichtungslager transportiert werden.

18.12.2004:

Jörg Bremer berichtet in der FAZ vom Ausscheiden des UN-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, des norwegischen Soziologen Terje Rød-Larsen, der als UN-Sondergesandter für die Umsetzung der Resolution 1559 des UN-Sicherheitsrats in den Nahen Osten zurückkehren wird; die Resolution fordert Syrien zum Rückzug seiner Truppen aus Libanon auf. Es sei eine Ironie der Geschichte, erklärt Rød-Larsen gegenüber der FAZ, dass Sharon radikaler als Yitzhak Rabin von einem palästinensischen Staat spreche. Nachdem die „Road Map“ schon totgesagt worden sei, stehe sie nun wieder im Mittelpunkt der Diplomatie. Anders als die Osloer Vereinbarungen gebe sie nicht nur den Weg, sondern auch das Ziel eines Friedens vor.

17.12.2004:

Lily Galili berichtet in der hebräischen Internet-Ausgabe von „Haaretz“, dass Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo („**Genfer Initiative**“), Ami Ayalon und Sari Nusseibeh („People’s Voice“) und Avigdor Lieberman (Vorsitzender der rechtskonservativen „Nationalen Union/Unser Haus Israel“) von den Organisatoren der regelmäßig Mitte Dezember stattfindenden prestigeträchtigen Herzliya-Konferenz aufgefordert worden sind, 250.000 Neue Shekel (~ 43.000. Euro) für ihre Teilnahme zu bezahlen. Beilins Widerspruch, dass durch die hohe Gebühr viele Politiker davon abgehalten würden, ihre Auffassungen den Konferenzteilnehmern vorzutragen, sei auf heftigen Widerstand gestoßen. So habe ein

Geschäftsmann die Akteure der „**Genfer Initiative**“ beschuldigt, von fremden Regierungen bezahlt zu werden, sich also des Hochverrats schuldig zu machen. Abed Rabbo nutzt die Ansprache für den wiederholten Hinweis, dass das palästinensische Team der „**Genfer Initiative**“ auf das Recht der kollektiven Rückkehr der Flüchtlinge in den Staat Israel verzichtet habe.

Ari Shavit berichtet in „Haaretz“ von einer Auseinandersetzung um einen Fernsehbericht über den Tod eines palästinensischen Mädchens am 5. Oktober im Gazastreifen. Auch wenn Shavit einräumt, dass sich die Soldaten häufig in einer gefährlichen Situation befinden, die sie schwer abschätzen könnten, habe der Einsatz in den besetzten Gebieten das Militär korrumpiert. Der Fernsehbericht zeige den „Prozess der Bestialisierung“ in vielen Teilen der Armee.

Presseagenturen melden, dass der frühere US-Präsident Jimmy Carter, ein starker Befürworter der „**Genfer Initiative**“, das achtzig Personen umfassende amerikanische Beobacherteam für die palästinensischen Wahlen am 9. Januar 2005 leiten wird.

16.12.2004:

Ariel Sharon teilt dem britischen Premier Tony Blair mit, dass Israel nur mit Beobachtern an der geplanten internationalen Nahostkonferenz teilnehmen werde. Diesen Standpunkt bekräftigt er nochmals beim Besuch Blairs am 22. Dezember in Jerusalem.

Gideon Levy, der für „Haaretz“ regelmäßig aus den palästinensischen Gebieten berichtet, veröffentlicht den Brief eines Soldaten, in dem dieser sich gegen Levys Artikel verwehrt, die Armee töte „freiwillig“ palästinensische Kinder. In seiner Antwort kritisiert Levy die Überzeugung des Soldaten, seinen Dienst „mit großer Genugtuung“ zu versehen, von den ethischen Bedenken des Einsatzes ganz abgesehen.

Amos Har'el berichtet in „Haaretz“, dass Israel mit Vorschlägen und Einladungen der Nato zur Kooperation geradezu „überflutet“ werde, und zwar zu einer Zeit, in der die europäischen Mitglieder gegenüber den USA auf ein größeres Eigengewicht pochen. Die Motive seien in der Notwendigkeit zu suchen, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten. Harel verweist in diesem Zusammenhang auf die Nato-Konferenz am 9. Dezember in Brüssel, zu der neben Israel auch Ägypten, Jordanien, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien eingeladen wurden. Allerdings habe die Entsendung von Natan Sharansky, dem „Minister für Angelegenheiten Jerusalems“, unter den Partnern Erstaunen ausgelöst, so dass er den arabischen Repräsentanten mit seinem zweiten Amtstitel „Minister für Diaspora-Angelegenheiten“ vorgestellt worden sei. Die Nato habe klargestellt, dass sich der Wunsch nach Zusammenarbeit auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus beziehe und nicht auf Terrorakte „in lokalen oder nationalen Konflikten“. Damit würde die Nato erneut, kritisiert Harel, das Netzwerk der Verbindungen zwischen den weltweiten Djihaad-Organisationen und ihren Einheiten vor Ort wie „ Hamas“ und „Islamischem Djihaad“ ignorieren. Andererseits gewähre die Einschränkung Israel auch weiterhin eigene Handlungsräume.

14.12.2004:

Ägypten, Israel und die USA unterzeichnen in Kairo einen Vertrag über die Errichtung von sieben „Qualifizierten Industriezonen (QIZ)“ im Großraum von Kairo, Alexandria und am Suezkanal. Damit sichert sich Ägypten auch künftig den zollfreien Export von Textilien in die USA. In Ägypten selbst sollen durch den Vertrag 250.000 neue Arbeitsplätze entstehen, außerdem soll er ausländische Investitionen erleichtern. Israel erhofft sich die Steigerung seiner Exporte von gegenwärtig 30 auf 150 Millionen US-Dollar pro Jahr.

In einem Beitrag für „Maariv“ warnt Yossi Beilin die Arbeitspartei vor dem Eintritt in die Regierung. Die Erfahrungen im ersten Kabinett Ariel Sharons zeigten, wie die Arbeitspartei in der damaligen „Regierung der nationalen Einheit“ dem Blutvergießen die Hand gereicht habe.

Der ehemalige französische Premierminister Michel Rocard ist als Vorhut einer 260 Personen zählenden europäischen Beobachtergruppe für die palästinensischen Wahlen am 9. Januar 2005 vor Ort eingetroffen.

„Haaretz“ berichtet, dass Ministerpräsident Ariel Sharon die neuen Verläufe des „Trennungsauns“ in der Westbank so lange verschieben will, bis auch für die Mauer um den Etzion-Siedlungsblock („Gush Etzion“) eine Klärung gefunden worden sei. Die Mauer hätte auch vier palästinensische Dörfer mit 17.000 Bewohnern eingeschlossen. Sharon bestätigt US-amerikanischen Druck in dieser Sache. Dass Entscheidungen um „Gush Etzion“ ausstehen, führen Beamte des Justizministeriums auf Streitigkeiten über die Bodenbesitzverhältnisse zurück, die vor dem Bau der Mauer geklärt werden müssten. „Haaretz“ hatte am 29. November gemeldet, dass die Sicherheitsbehörden empfohlen hatten, statt der vorgesehenen 900.000 Dunam (= 90.000 Hektar) zwischen den Hebron-Bergen und dem Toten Meer nur 400.000 Dunam zu annektieren, um dem Urteil des Obersten Gerichts vom 30. Juni nachzukommen.

In einem Interview mit der in London erscheinenden saudischen Zeitung „Asharq al-Awsat“ („Der neue Nahe Osten“) bekennt sich Machmud Abbas zum palästinensischen Aufstand, solange dieser nicht zu den Waffen greife. Wenn die Reform der Sicherheitsdienste ausbleibe, werde die Disziplinlosigkeit andauern. Danny Rubinstein schreibt dazu am 15. Dezember in „Haaretz“, dass Abbas seines Wahlsieges sehr sicher sein müsse, wenn er den Einsatz von Waffen kritisiere.

Der Leiter des politischen Büros von „ Hamas“ in Damaskus, Khaled Meshal, erklärt in einem Fernsehinterview mit der BBC, dass er kein Ende der Gewalt befürworte, solange von Seiten der palästinensischen Gesellschaft kein Referendum mit einem entsprechenden Ergebnis vorliege. „Verhandlungen ohne Widerstand führen zur Kapitulation, aber Verhandlungen in Verbindung mit Widerstand führen zum Frieden.“ Damit schloss sich Meshal der Auffassung Yasser Arafats an, die Uri Avnery am 27. November bestätigt hatte – der Doppelstrategie von Politik und Gewalt. In den israelischen Medien wird die Frage diskutiert, ob Meshal tatsächlich die Auffassung der „ Hamas“-Führung in den palästinensischen Gebieten repräsentiere. Die Europäische Union und Washington dementieren Angaben Meshals, dass „ Hamas“ im Kontakt mit ihnen stehe. Dagegen erklärt das britische Foreign Office, dass es mit Personen Gespräche führe, die in Verbindung zu „ Hamas“ stehen. Obwohl sie von den Ärzten in Paris und von der Autonomiebehörde zurückgewiesen worden ist, wiederholt Meshal in dem BBC-Interview die Behauptung, Arafat sei vergiftet worden.

Nach der gestrigen Explosion von hundert Kilogramm Sprengstoff in einem unterirdischen Tunnel in Rafach, bei dem fünf israelische Soldaten ums Leben kamen, schreibt Yoel Marcus in „Haaretz“: *„Nach dem Angriff in Rafach mit seiner tödlichen Bilanz ein Wort an unsere palästinensischen Cousins: Um Himmels willen verpfuscht es nicht noch einmal. Hebt die Augen und seht einen kleinen Riss am Firmament, der sich für die beiden Völker aufgetan hat. Schaut euch genau an, wer neben jenem Riss steht – und nehmt sie ernst. Diese alten Männer [gemeint sind Sharon und Peres], die sich zusammengetan haben, um einen Präzedenzfall für Israels Rückzug aus den Gebieten zu schaffen, gehören zu den erfahrendsten Politikern, das dieses Land aufzubieten hat. Beide sind eine Kreuzung aus Falken und Tauben, und beide sind zynische Karrieristen. Jetzt hoffen sie, sich mit einem Knall aus der Geschichte zu verabschieden. Beide sind gesund, energiegeladen*

und ehrgeizig, doch Alter ist Alter, und die Zeit geht zu Ende. Sie werden nicht ewig dabei sein. Nutzt die Tatsache, dass Arafat, mag Allah ihm gnädig sein, nicht länger ein Hindernis ist. Nutzt die Tatsache, dass Bush wiedergewählt worden ist und mit seiner in Irak verstrickten Armee nach einem Handel sucht, der diesen Teil zum Abschluss bringt. Die Räumung wird nicht einfach sein, doch diese alten Kameraden können es schaffen. Stoppt den Terror und ihr werdet sehen: ›Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen.‹“

13.12.2004:

Bei der traditionellen Herzliya-Konferenz kündigt Verteidigungsminister Shaul Mofaz an, dass die israelischen Militäreinheiten im Umfeld der Wahlen am 9. Januar 2005 drei Tage lang die palästinensischen Städte räumen werde. Außerdem könne er sich vorstellen, schon vor dem Rückzug aus dem Gazastreifen und der nördlichen Westbank die Verantwortung an die Palästinensische Autonomiebehörde zu übertragen, wenn die Sicherheitslage diesen Schritt zulasse. Kabinettsmitglied Saeb Erakat fordert hingegen die sofortige Räumung der Städte, um den Kandidaten einen ordentlichen Wahlkampf zu ermöglichen.

In einem scharfen Kommentar äußert der diplomatische Korrespondent von „Haaretz“, Akiva Eldar, sein Erstaunen über den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg von Verteidigungsminister Shaul Mofaz in der „Likud“-Hierarchie, obwohl dieser „für die Epidemie der Verfehlungen gegen unschuldige palästinensische Bürger, für die ›genehmigten Tötungen‹, die Schändung von [palästinensischen] Leichen und für die Demütigungen an den Checkpoints“ verantwortlich sei. Mofaz werde nicht für die Expansion von Siedlungsaußenposten, für die Entwurzelung Tausender Olivenbäume und für die Diebstähle unter den Augen der Armee zur Rechenschaft gezogen. Für die Eskalation bei Ausbruch der zweiten „Intifada“ sei er ebenfalls verantwortlich, wie der damalige

Außenminister Shlomo Ben-Ami in seinem jüngsten Buch dargelegt habe¹.

Einen leicht irritierten Bericht über den sechsten „Europäisch-israelischen Dialog“ der Axel Springer AG am Wochenende gibt Ronald Düker in der **Netzeitung**. Während Joschka Fischer die Hoffnung äußerte, dass mit der Wahl von Machmud Abbas der Friedensprozess neue Fahrt aufnehmen werde, und die Einhaltung der „Road Map“ anmahnte, äußerte der frühere Außenminister Shlomo Ben-Ami große Bedenken gegen diese Einschätzung, weil Abbas nicht über die revolutionäre Legitimität Yasser Arafats verfüge und deshalb keine Kompromisse jenseits der Forderung nach der israelischen Rückkehr auf die Linien von 1967 eingehen könne. Auf eine mögliche Militärintervention gegen Iran angesprochen, ließ die CDU-Chefin Angela Merkel keinen Zweifel daran, dass es im Falle ihrer Regierungsverantwortung eine deutsche Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen geben werde. Zum Abschluss seines Berichts äußert Düker sein Erstaunen, dass kein palästinensischer Vertreter eingeladen war.

12.12.2004:

Der in einem israelischen Gefängnis in Beersheva einsitzende Marwan Barghouti erklärt seinen Rückzug als Kandidat für die Präsidentschaftswahl am 9. Januar 2005.

Ariel Sharon beschuldigt in der wöchentlichen Kabinettsitzung die Medien einer „krankhaften Lust“, das Verhalten und die Ethik israelischer Soldaten zu kritisieren. Die Erklärung folgt Berichten über die angeblich genehmigte Tötung eines 13jährigen palästinensischen Mädchens nahe einer Siedlung im Gazastreifen und über einen Palästinenser, der an einem Checkpoint bei Nablus

¹ Shlomo Ben Ami: Eine Front ohne Sicherheitsnetz. Eine Reise zu den Grenzen des Friedensprozesses. Tel Aviv 2004 (Hebr.).

von den Soldaten gezwungen worden sei, Violine zu spielen. Generalstabschef Moshe Yaalon hatte Soldaten, die von solchen Zwischenfällen Kenntnis haben, vor zwei Wochen aufgefordert, sie nicht erst nach ihrer Entlassung mitzuteilen: „Brecht das Schweigen, solange ihr im Dienst seid.“ Yaalon fuhr fort: „Jeder, dessen Herz nicht schmerzt oder der nicht berührt ist, wenn er frühmorgens um zwei Uhr in ein palästinensisches Haus geht und Kinder aufwecken muss, selbst wenn es dort einen gesuchten Mann gibt, dessen Herz ist roh.“ Vor drei Jahren war die Misshandlung toter Palästinenser durch orthodoxe Soldaten fotografiert worden. Verteidigungsminister Shaul Mofaz ordnet die Untersuchung der Vorfälle an. Am 10. Dezember hatte Yoel Marcus in „Haaretz“ geschrieben, die Armee sei dabei, ihre Ethik zu verlieren und das Prinzip aufzugeben, dass menschliches Leben heilig ist. Marcus geißelt ein bisweilen „barbarisches Verhalten“ von Soldaten. Für andere Kommentatoren der Zeitung stellt sich die Frage, warum der Generalstabschef bislang die Berichte der Menschenrechtsorganisation „B'tselem“ und von Amira Hass und Gideon Levy nicht gelesen habe.

In einem Interview mit der Londoner „Sunday Times“ äußert Shimon Peres die Überzeugung, dass die Siedler alle Teile der Westbank im Falle der Gründung des Staates Palästina verlassen würden.

Die Europäische Union und Israel schließen einen Aktionsplan als Teil der „European Neighborhood Policy (ENP)“. Danach verpflichten sich die Europäer zum Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, während sie von Israel die Zusage erhalten, an der Regelung des Konflikts im Rahmen der „Road Map“ beteiligt zu werden.

An der Sheikh-Hussein-Brücke an der israelisch-jordanischen Grenze findet ein Treffen von Wirtschaftsfachleuten beider Staaten statt, das von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Jerusalem gefördert wird. Der Umfang des Handels zwischen Israel und Jordanien sei zwischen 1999 und 2004 von 29 auf 200 Millionen US-

Dollar gestiegen und soll 2005 weiter zunehmen. In dem KAS-Bericht heißt es weiter, das Projekt habe für eine künftige Freihandelszone zwischen Israel, Jordanien, Palästina, Ägypten und Libanon unter Einschluss der USA und der EU Pilotcharakter.

„Haaretz“ schreibt über das Treffen, dass die jordanischen Partner in ihren eigenen Familien geächtet und in der Gesellschaft boykottiert würden. Sie litten unter öffentlichem psychischem Druck.

Interessanterweise hätten es Jordanier palästinensischer Herkunft leichter, Handelsbeziehungen zu Israel zu unterhalten. Die Exporte aus Jordanien in die USA, von denen über fünfzig Prozent via Israel abgewickelt werden, sind zwischen 1999 und 2004 auf 900 Millionen US-Dollar gestiegen.

11.12.2004:

Der Exekutivausschuss der Arbeitspartei erteilt der Führung seine Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Sharon über eine Regierungsbeteiligung. Der AP-Abgeordnete Haim Ramon erklärt, ohne den Eintritt seiner Partei gäbe es keinen Rückzug aus dem Gazastreifen. Kommentatoren befürchten, dass der Kampf zwischen Shimon Peres und Ehud Barak um den Parteivorsitz den Einfluss der Arbeitspartei in der Regierung schwächen könnte.

Bei der in Rabat (Marokko) stattfindenden internationalen Konferenz „Forum für die Zukunft“ verwahren sich die arabischen Delegierten gegen die von US-Außenminister Colin Powell vorgetragene Forderung, soziale und wirtschaftliche Liberalisierungsschritte mit demokratischen Reformen zu verbinden. In der Abschlusserklärung, der auch die USA zustimmen, erklären die zwanzig Teilnehmerstaaten – darunter die G-8-Staaten USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland, Italien und Japan – ihre Unterstützung für Reformen in der Region, die Hand in Hand mit einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts gehen müssten. Die Reformen dürften nicht von außen oktroyiert werden, sondern müssten von

innen kommen. Der saudische Außenminister Prinz Saud al-Faisal erklärt, dass die amerikanische Unterstützung für Israel das Haupthindernis für politische Reformen in der Region sei. Israel und Sudan waren zu der Konferenz nicht eingeladen, Iran sagte in letzter Minute ab.

09.12.2004:

In einer Befragung stimmen 62 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees von „Likud“ der Aufnahme von Verhandlungen mit der Arbeitspartei mit dem Ziel der Regierungsbildung zu.

08.12.2004:

Die israelische Regierung, die palästinensische Autonomiebehörde und die USA spielen Meldungen herunter, wonach eine Vereinbarung über Prinzipien mit dem Ziel eines Friedens erreicht worden sei. Die Meldungen aus ägyptischen Quellen seien voreilig.

Die militärische Kommandozentrale Israels beugt sich dem Druck der Öffentlichkeit und veröffentlicht zum ersten Mal die Namen von 29 Palästinensern, die im Laufe dieses Jahres in der Westbank unschuldig getötet worden sind. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „B'tselem“ beläuft sich die Zahl auf 111.

Machmud Abbas besucht als erster führender Palästinenser seit zwanzig Jahren die libanesische Hauptstadt Beirut. Er erklärt, dass es an der Zeit sei, den bewaffneten Kampf gegen Israel zu beenden und einen „demokratischen Weg zur Befreiung“ einzuschlagen. Gleichzeitig ruft er die libanesische Regierung auf, die palästinensischen Flüchtlinge im Land zum Frieden zu ermutigen.

Nach Pressemitteilungen verhandeln Syrien und Libanon vertraulich über den Abzug der noch in Libanon stehenden syrischen Truppen.

Besonders die USA und Frankreich dringen auf die Befolgung der UN-Sicherheitsresolution 1559.

Die in Amman erscheinende englischsprachige „Jordan Times“ entdeckt in einem Kommentar „etwas Historisches“ am Horizont der arabischen Geschichte – „eine wirkliche, umkämpfte Wahl des Präsidenten [der Palästinensischen Autonomiebehörde] findet statt, deren Ausgang vorher nicht bekannt ist“. Die Wahlen bedeuteten „die Geburt einer modernen Politik in der arabischen Welt“ durch einen Wettbewerb um die Macht, wie er in den arabischen Staaten bislang nicht bekannt sei.

07.12.2004:

Syriens Präsident Bashar Assad empfängt in Damaskus die palästinensische Führung, nachdem sein Vater Hafez Assad eine Begegnung mit Yasser Arafat jahrelang abgelehnt hat.

In einer Meinungsumfrage des „Tami Steinmetz Center for Peace Research“ in Tel Aviv unter Leitung der Professoren Ephraim Yaar und Tamar Hermann zeigen sich 70 Prozent der jüdischen Israelis nach dem Tod Yasser Arafats optimistischer über die Chancen für einen Frieden mit den Palästinensern. Auch unter den „Likud“-Wählern sei diese Auffassung verbreitet. Während 67 Prozent der Genannten glauben, dass Arafat der politischen Unabhängigkeit der Palästinenser einen schlechten Dienst erwiesen habe, erklären 75 Prozent der arabischen Israelis das Gegenteil. Gleichwohl zeigen sich 58 Prozent von ihnen optimistisch, dass die Friedenschancen gestiegen seien. Unter den jüdischen Befragten genießt Ariel Sharon mit 35 Prozent das höchste politische Vertrauen, es folgen Benjamin Netanyahu mit 14 Prozent, Shimon Peres mit acht Prozent, Ami Ayalon – Partner Sari Nusseibehs in der Initiative „People’s Voice“ vom Sommer 2002 – mit sechs Prozent, Ehud Barak mit vier Prozent, Effi Eitam (Vorsitzender der Nationalreligiösen Partei) mit drei Prozent, Außenminister Silvan Shalom mit 2,5 Prozent und

Yossi Beilin mit zwei Prozent. Nach einer zweiten Meinungsumfrage des „Interdisciplinary Resarch and Consulting Institute“ sprechen sich 84 Prozent der Israelis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Autonomiebehörde aus.

Yoel Marcus verteidigt in „Haaretz“ Ariel Sharon gegen seine Gegner. Sie sollten stolz auf seine Verteidigungspolitik sein, weil diese allmählich Früchte zeige. In die Geschichtsbücher werde die Arbeitspartei als diejenige Kraft eingehen, die den Staat gründete, aber keinen Frieden erreicht habe. Ariel Sharons Gegner sollten sich fragen, warum Ägyptens Präsident Hosni Mubarak am 2. Dezember öffentlich erklärte, „nur Sharon kann es schaffen“. Wenn die Palästinenser keine Fortschritte in der Regierungszeit Sharons erreichen würden, würde es sehr schwer werden, hatte Mubarak hinzugefügt. Sein Regierungssprecher Maged Abdel-Fattah erklärt, dass es für Ägypten normal sei, einen Botschafter in Israel zu haben. Dieser war im September 2000 aus Tel Aviv zurückgezogen worden. Kein Zweifel, schreibt Aluf Benn in der hebräischen Wochenendausgabe von „Haaretz“: „Die regionale Atmosphäre hat sich nach mehr als vier Jahren des israelisch-palästinensischen Krieges gewandelt. Und die Gründe sind bekannt: Die Seiten sind müde, sich gegenseitig zu zermürben. Yasser Arafat ist tot, George Bush ist neu gewählt worden, und Sharon plant, den Gazastreifen zu räumen. Die Ägypter und die Briten nutzen die Gelegenheit und wollen ein diplomatisches Fest veranstalten. Bevor es begonnen hat, scheint 2005 ein Jahr des Übergangs von der Gewalt zur politischen Regelung zu werden.“

06.12.2004:

Als neuer Vorsitzender des „Keren Hayesod“ („Grundfond“, der für Israel weitweit Spenden sammelt) bezeichnet Michel Friedman vor neunzig geladenen Gästen in Frankfurt am Main den Staat Israel als Hort der Demokratie, weil sie „schon immer ein fester Bestandteil des Alltags in Israel“ sei. Deutschland könne da noch viel lernen.

Gleichzeitig verwahrt sich Friedman gegen die „Heuchelei und Doppelmoral“, mit denen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern kritisiert werde. In seiner Begründung lässt es sich Friedman nicht nehmen, die Grenzen von 1967 rhetorisch zu verwischen, wenn er die palästinensische Gewalt geißelt, gegen die sich Israel wehren müsse.

05.12.2004:

Gideon Levy, der für seine kritische Berichterstattung aus den palästinensischen Gebieten bekannte „Haaretz“-Reporter, bricht eine Lanze für Ehud Barak. Alle Vorwürfe gegen ihn – seine Arroganz, seine Feigheit gegenüber Syrien (die Verhandlungen waren im Frühjahr 2000 gescheitert) und sein Bemühen, in Camp David das „wahre Gesicht“ Yasser Arafats zu entblößen – würden nicht ausreichen, die sich mit ihm verbindenden politischen Aussichten von vornherein zu entwerten. So warte die Arbeitspartei unter Shimon Peres im Brackwasser und wolle unter das Dach der Regierung kriechen. Dagegen sei Barak „vielleicht“ – wie Levy ausdrücklich einschränkt – der einzige, der die Dinge radikal verändern könne. Denn die Lage könne mit ihm nicht schlimmer werden, als sie gegenwärtig sei: Die Okkupation sei tiefer und grausamer denn je, das Blutvergießen nehme kein Ende, und Israels moralisches Image sei schwer beschädigt. Was können wir mehr verlieren? fragt Levy. Die Kluft zwischen Israel und den Palästinensern lasse sich nicht länger durch kleine Sprünge überbrücken, sondern es bedürfe eines gigantischen Satzes, zu dem kein anderer fähig sei. Die Okkupation könne nicht länger auf die Taktiken und Manipulationen der Arbeitspartei warten und weitere vier Jahre mit oder ohne Sharon die „Likud“-Herrschaft tolerieren. „Das monströse Siedlungsunternehmen und der tödliche Trennungsaun haben die Aussichten auf Frieden fast zum Erliegen gebracht, der Fluch der Okkupation ist in jede Sphäre unseres Lebens und natürlich das der Palästinenser eingedrungen. Welches zusätzliche Unglück kann

Barak schüren? Jeder Kandidat mit dem Vorschlag, dass all dies weitergehen soll, wird das Unglück noch vergrößern.“

Die Bir Zeit-Universität veröffentlicht eine Umfrage, wonach 64,4 Prozent der Palästinenser Machmud Abbas die größten Wahlchancen am 9. Januar 2005 einräumen.

03.12.2004:

Mit der Überschrift „Eine Explosion der Gewalt“ berichtet Lily Galili in „Haaretz“ von der Gewaltwelle in Israel innerhalb einer Woche – von einem ermordeten Richter, dem ein Fehlurteil unterstellt wurde; von der Brutalität auf Fußballplätzen; von einer Gymnasiallehrerin, die teilweise gelähmt ist, nachdem ihr ein Schüler einen schweren Wassersack von oben auf den Kopf geworfen hat; von Abgeordneten mit Sicherheitsbeamten; von einem Oppositionsführer hinter Sicherheitsglas bei einer Gedenkveranstaltung zu Ehren von Yitzhak Rabin; von einem Jungen, der gegen einen stellvertretenden Bürgermeister Todesdrohungen aussprach, weil dieser sich für die Gaza-Pläne Ariel Sharons ausgesprochen hatte; von Warnungen der Sicherheitsdienste vor einem Anschlag auf den Ministerpräsidenten. Wenn die Polizei mit dem Geld ausgestattet würde, so der scheidende Justizminister Josef Lapid, das der Staat für die zusätzlichen Knödelspeisen der Rabbiner ausgabe, wäre die Situation anders. Von der Gegenseite werde Lapid vorgehalten, dass es keine Gewalt gebe, wenn die Kinder in religiösen Schulen unterrichtet würden. Nach Auffassung vieler Beobachter, so Galili, sei die Gewaltwelle die Konsequenz der Besatzung. Andere machten die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich.

Der Leiter des palästinensischen zentralen Wahlausschusses, Rami Hamdallah, teilt mit, dass zwölf Personen ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen am 9. Januar 2005 eingereicht haben. Später teilen sechs von ihnen (darunter Marwan Barghouti) mit, dass sie ihre Kandidatur zurückziehen.

02.12.2004:

Akiva Eldar berichtet in „Haaretz“ von der bestätigten Absicht Sharons – „the national disengager“, wie Eldar ironisch schreibt –, die Bestimmungen des israelisch-palästinensischen „Pariser Protokolls“ vom April 1994² nach dem Abzug aus dem Gazastreifen nicht mehr auf dieses Gebiet anzuwenden. Damit würden Einnahmen für importierte Güter, die für den Gazastreifen bestimmt sind und die von Israel erhoben, aber an die Autonomiebehörde abgeführt werden, für diese entfallen. Regierungskreise verweisen darauf, dass mit dem Abzug Israels die Kontrolle über die Grenzen nach Ägypten verloren gehe, so dass von dort billige und minderwertige Waren nach Israel und in die Westbank gelangen könnten. Würden die Planungen realisiert werden, wäre die in den Osloer Vereinbarungen festgestellte territoriale Einheit von Gazastreifen und Westbank gesprengt und Sharons Absichten bekräftigt, große Teile der Westbank nicht freizugeben.

An anderer Stelle seines Beitrags widmet sich Eldar einem Streit in „Meretz/Yachad“. Menachem Klein, einer der Hauptakteure der „**Genfer Initiative**“, wirft in einem Brief dem Parteivorsitzenden Yossi Beilin vor, dass die Knessetfraktion den Premier in Sachen Gazastreifen unterstütze, obwohl es Aufgabe der Opposition sei, die Regierung zu Fall zu bringen. Es wird vermutet, dass Beilin starkem politischem Druck nachgegeben hat, an dessen Spitze Amnon Lipkin-Shachak stehen dürfte. Bislang hatte Beilin ausdrücklich betont, dass er Sharons Gaza-Pläne nicht unterstütze, weil sie dazu dienten, die israelische Präsenz in der Westbank zu stärken. Nicht genug, fährt Eldar fort, dass die Arbeitspartei einen Konflikt um Ehud Barak habe, drohe ihr zur selben Zeit, eine Spaltung über den Eintritt in die Regierung von Ariel Sharon.

² Zu den dortigen Regelungen s. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 178 ff.

Für den Vorsitzenden des Innenausschusses der Knesset, Ronni Bar-On („Likud“), ist das politische Überleben Sharons in seiner revoltierenden Partei auf das System der Direktwahl des Ministerpräsidenten zurückzuführen. Dadurch sei das Parlament in der Machtbalance ins Hintertreffen geraten, auch wenn seine Mitglieder vielfach näher am Volk seien. Die Abgeordnete Yuli Tamir (Arbeitspartei), die zu den Akteuren der „**Genfer Initiative**“ gehört, führt die Schwäche ihrer Partei darauf zurück, dass sie keine Agenda und eine nur schwache politische Prioritätenordnung habe. In ihrer Partei ohne gemeinsamen Nenner gebe es stattdessen ein großes Interesse, frühzeitig die Hauptüberschrift der Zeitungen von morgen zu kennen.

Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)“ erklärt ihren Boykott der Präsidentschaftswahlen am 9. Januar 2005, will aber jeden Kandidaten unterstützen, der sich für das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in den Staat Israel und für die Gründung des Staates Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem einsetzt.

Die Berliner Amadeu Antonio Stiftung, die an den Mozambiquaner erinnert, der 1990 in Eberswalde von Rechtsradikalen zu Tode geprügelt wurde, veranstaltet eine Tagung unter dem Titel „Perspektiven der Projektarbeit gegen Antisemitismus“. In ihrem Mittelpunkt steht die Präsentation von Ergebnissen einer Umfrage 2004 von Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld). Darin wird festgehalten, dass der Nahostkonflikt zunehmend als Ventil für antisemitische Stellungnahmen genutzt wird. Einen Teil der Verantwortung wird den Medien auferlegt, weil diese sich einer „inflationäre(n) Verwendung von Vergleichen mit dem Nationalsozialismus“ bedienen. 35,1 Prozent der Befragten stimmten „voll und ganz“ der Behauptung zu, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führe, 33,2 Prozent stimmten „eher zu“, 24 Prozent stimmten „eher nicht“ zu und 7,6 Prozent stimmten „überhaupt nicht“ zu. Einen zusammenfassenden Bericht über die Tagung haben die Berliner

Ethnologin Susanne Bressan und der Historiker Martin Jander geschrieben.

01.12.2004:

In der ersten Lesung des Haushaltsplans 2005 erleidet die israelische Regierung mit 69 gegen 43 Stimmen eine Niederlage. Nur die Fraktionen von „Likud“ – mit Ausnahme des ehemaligen Außenministers David Levy, ein weiterer Abgeordneter fehlt aus Krankheitsgründen – und „United Torah Judaism“ sprechen sich für den Haushalt aus. Da „Shinui“ wegen der geplanten Finanzleistungen für die ultraorthodoxen Einrichtungen gegen den Haushalt stimmt, überreicht Ariel Sharon den fünf Ministern die Entlassungsurkunde und wirft der Partei vor, „alles Jüdische abzulehnen“. Im Vorfeld der Abstimmung erwägt „Shinui“ ein Misstrauensvotum gegen die Regierung, nimmt jedoch davon Abstand, als die Arbeitspartei zu erkennen gibt, dass sie sich in diesem Fall der Stimme enthalten würde.

Entgegen seiner Ankündigung vom 26. November lässt sich Marwan Barghouti als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen am 19. Januar aufstellen. Aus dem Lager von Machmud Abbas wird er daraufhin beschuldigt, die Palästinenser politisch spalten zu wollen. Sharon bestätigt, dass Barghouti nicht aus dem Gefängnis entlassen wird.

Nach einer Umfrage des palästinensischen „Jerusalem Media & Communication Centre“ würde Machmud Abbas bei den für den 9. Januar 2005 anberaumten Wahlen 31,9 Prozent der Stimmen erhalten, während auf Marwan Barghouti 26,4 Prozent entfallen würden. Ferner würden sich 51,8 Prozent der Palästinenser gegen Militäroperationen gegen israelische Zivilisten aussprechen, 56,7 Prozent würden für die Zweistaatenregelung eintreten, und die Popularität von „Hammas“ sei mit gegenwärtig 18,6 Prozent beträchtlich gefallen.

Shulamit Aloni, ehemalige Vorsitzende von „Meretz“ und frühere Erziehungsministerin im Kabinett Yitzhak Rabins, und Hanan Ashrawi, Generalsekretärin der „Palästinensischen Initiative für die Förderung des weltweiten Dialogs und der Demokratie (MIFTAH)“ sowie Abgeordnete des palästinensischen Parlaments (PLC) für den Wahlkreis Jerusalem, richten einen Offenen Brief an Präsident Jacques Chirac und Premierminister Tony Blair, in dem sie beide zu „einer entschiedenen und durchgreifenden internationalen Intervention“ auffordern. Damit solle Druck auf Israel ausgeübt werden, das internationale Recht, die Menschenrechte und die einschlägigen UN-Resolutionen zu befolgen. „Diese Intervention soll im Ergebnis zu einer Räumung aller israelischen Siedlungen in den seit dem Krieg von 1967 besetzten Gebieten und zur Gründung eines palästinensischen Staates dort führen. Eine solche internationale Intervention wäre nicht anti-israelisch oder antisemitisch, ganz im Gegenteil. Für uns ist dies der einzige Weg, einen bitteren Jahrhundertkonflikt zu lösen und eine brutale Besetzung zu beenden, die seit bald vierzig Jahren andauert und allem Anschein nach auf Dauer fortgesetzt werden soll.“

November 2004

30.11.2004:

Bei den Gesprächen der EG-Außenminister mit ihren israelischen und palästinensischen Kollegen Silvan Shalom und Nabil Shaath im Rahmen des Barcelona-Prozesses von 1995 in Den Haag wird von einer „völlig anderen Atmosphäre“ berichtet. Shalom bestätigt, dass „aus einem Fenster der Möglichkeiten“ eine „Tür der Möglichkeiten“ werden könnte. Shaath entgegnet, die Palästinenser wollten nicht einen Friedensprozess, sondern Frieden.

Hannah Kim berichtet in „Haaretz“, dass die wöchentlichen Kabinettsitzungen immer kürzer würden, als ob es jenseits von Ernennungen für den Auswärtigen Dienst und für Verwaltungsämter nach dem Tod Yasser Arafats, nach den zur Mäßigung aufrufenden Appellen führender Palästinenser und angesichts der Regierungskrise nichts zu diskutieren und zu entscheiden gäbe.

Auf der Sitzung des Zentralkomitees der Arbeitspartei in Tel Aviv wird Ehud Barak, der sich erneut um den Parteivorsitz bewirbt, beschuldigt, er lüge, „was das Zeug hält“, und habe nur seinen persönlichen Vorteil im Auge. Im Gegenzug beschuldigt Barak die gegenwärtige Parteiführung des „Bolschewismus“. Die parteiinterne Wahl des Vorsitzenden wird auf den 12. Dezember verschoben.

29.11.2004:

Die palästinensischen und israelischen Teams der „**Genfer Initiative**“ unter Leitung von Yasser Abdel Rabbo und Yossi Beilin halten im Jerusalem eine Konferenz ab, bei der es unter anderen um die Einschätzung der politischen Einwicklung nach dem Tod von Yasser Arafat geht. Beide Seiten machen darauf aufmerksam, dass Sharon mit seinen Gaza-Plänen durch die „**Genfer Initiative**“ in Zugzwang geraten sei. Nach den Worten Abed Rabbos würden nicht weniger als achtzig Prozent der Palästinenser im Falle neuer Verhandlungen für die Einstellung der Gewalt plädieren. Die Organisatoren wollen eine zwei Monate währende Öffentlichkeitskampagne in beiden Gesellschaften unter dem Slogan „Es gibt einen Partner“ starten. Von Beobachtern wird kritisiert, dass Arafat auf dem Titelblatt eines neuen Newsletter der „Palestinian Peace Coalition“, deren Vorsitzender Abed Rabbo ist, als „Mann des Friedens“ bezeichnet wird.

Haydar Abdel-Shafi stellt den von ihm am 22. November als Kandidaten der „National Palestinian Initiative“ („Mubadara“)

präsentierten Arzt Mustafa Barghouti für die Präsidentschaftswahlen am 9. Januar 2005 vor.

Bei seinem Besuch in Ägypten erklärt Machmud Abbas, dass die Gründung des palästinensischen Staates Ende kommenden Jahres noch möglich sei. Ziel der Wahlen am 9. Januar sei eine „wahre Demokratie“. Zwischenregelungen mit Israel schloss Abbas aus.

Der führende „ Hamas“-Repräsentant Sheikh Hassan Yusef, der im April 2002 aus israelischer Haft entlassen wurde, bietet Israel einen zehnjährigen Waffenstillstand an, bestätigt die Teilnahme von „ Hamas“ an den kommenden Wahlen und fordert Israel und die internationale Gemeinschaft auf, die politische Reife der Bewegung anzuerkennen.

„ Shinui“ droht die Regierung zu verlassen, wenn im Haushaltsjahr 2005 tatsächlich 290 Millionen Neue Shekel (rund 50 Mio. Euro) für das ultraorthodoxe Schulwesen bereitgestellt werden sollten. Die Regierung Sharon würde dann nur noch über 40 der 120 Abgeordneten im Parlament verfügen. Der Vorsitzende der „ Shinui“-Fraktion Reshef Chayne betont, dass das Ausscheiden seiner Partei aus der Regierung keinen negativen Einfluss auf die Abkoppelungspläne haben werde, weil es dafür in der Knesset in jedem Fall eine Mehrheit gebe. Die Ressentiments zwischen „ Likud“ und Arbeitspartei rührten daher, dass „ Likud“ eine kapitalistische Ideologie mit einem proletarischen Image habe, während die „ Arbeitspartei“ eine proletarische Ideologie für ihre kapitalistischen Wähler pflege. Das Zentralkomitee von „ Likud“ stehe den „ Sefardischen Torawächtern“ („ Shas“) kulturell näher als der Arbeitspartei und „ Shinui“.

Nach dem Urteil des Obersten Gerichts vom 30. Juni über den Verlauf der „ Trennungsmauer“ um Jerusalem sollen entgegen früheren Planungen nicht 90.000, sondern 40.000 Hektar palästinensischen Bodens annektiert werden.

Die Autonomiebehörde hat die Geberländer unter Führung der Weltbank aufgefordert, die Finanzierung des von Israel geplanten Baus von 16 Strecken, darunter Tunnel und Brücken, auf 500 Kilometern Länge in der Westbank abzulehnen, die allein Israelis vorbehalten sein sollen. Die meisten Geberländer, darunter die USA, wehren sich gegen die Finanzierung, weil sie damit dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag im Februar 2004 zuwider handeln würden. Amira Hass weist am 1. Dezember in „Haaretz“ darauf hin, dass die Autonomiebehörde erstmals seit 1994 nicht nur die Geberländer aufgefordert habe, die Zuweisungen zu verweigern, sondern gleichzeitig die Forderung erhebe, dass künftige Finanzleistungen an Israel an die Genehmigung eines interministeriellen Ausschusses der Autonomiebehörde gebunden seien. Damit finde eine Abkehr von Yasser Arafats Politikstil statt, der westliche Unterstützungsleistungen wie eine „force majeure“ hingenommen habe, gegen die kein diplomatisches und öffentliches Kraut gewachsen sei, sowie den Kampf gegen die israelische Siedlungspolitik Ausländern und auswärtigen NGO's überlassen habe. Stattdessen habe Arafat das Spiel „Staatsaufbau“ bevorzugt.

Ein Gericht in Gaza-Stadt hat zwei mutmaßliche Informanten, die Israel zugearbeitet haben sollen, zum Tode verurteilt.

28.11.2008:

In einem Zeitungsbeitrag mokiert sich der frühere „Meretz“-Vorsitzende Yossi Sarid darüber, dass der neue Chef der Erziehungsabteilung der Streitkräfte trotz der wachsenden Klagen über das Verhalten von Soldaten an den Checkpoints offensichtlich keine anderen Sorgen habe, als sich im Zeiten der zweiten „Intifada“ über das Fehlen eines repräsentativen Liedes zu beklagen, das sich mit der Attraktivität von Naomi Shemers „Jerusalem als Gold“ vom Junikrieg 1967 messen lassen könne.

27.11.2004:

Die palästinensischen Sicherheitskräfte im Gazastreifen beabsichtigen, die 70 Mann starken „Todesschwadronen“ aufzulösen, die das Leben der Bevölkerung durch Misshandlungen, Willkür und Selbstjustiz bedrohen. Sie waren vor rund einem Jahr für Einsätze gegen Kriminelle und militante Islamisten gegründet worden. Auch die zu „Fatah“ gehörigen „Al-Aqza-Brigaden“ sollen in die regulären Sicherheitsdienste integriert werden. Gleichzeitig wird gemeldet, dass etwa tausend Palästinenser im Flüchtlingslager Balata im Gazastreifen für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes demonstrieren.

In einem Feature beschäftigt sich Vered Levy-Barzilai in „Haaretz“ mit dem See Genezareth als regionalem Wasserreservoir. Jeder Zentimeter Regen bringe dem See 1,7 Millionen Kubikmeter Wasser. Während der See im November 2003 genau 210,99 Meter unter dem Meeresspiegel lag, sei er in den vergangenen zwölf Monaten um 19 auf Zentimeter auf 210,80 Meter gefallen. Es wird befürchtet, dass nach den zu erwartenden winterlichen Regenfällen auch künftig viel Wasser durch undichte Rohrleitungen vergeudet wird.

In der Homepage von „Gush Shalom“ schreibt Uri Avnery zum Nachfolgestreit nach dem Tod Yasser Arafats, dass die Kontroverse zwischen den Flügeln von „Fatah“ nicht außer Kontrolle geraten sei, weil er gewohnheitsmäßig eine Synthese zwischen beiden eingehalten habe. „Er arbeitete – abwechselnd oder gleichzeitig – mit Diplomatie und Gewalt, je nach der Situation.“

26.11.2004:

Auf Druck aus den eigenen Reihen zieht Marwan Barghouti seine Kandidatur für das Amt des Autonomiechefs zurück, nachdem ihn der zum palästinensischen Team der „**Genfer Initiative**“ gehörige

Qadura Faris, in Yasser Arafats Kabinett Minister ohne Geschäftsbereich, in Beersheva im Gefängnis besucht hat. Gleichzeitig ruft Barghouti zur Unterstützung von Machmud Abbas und zur Beendigung der „Intifada“ auf. Ob sich die „Junge Garde“ von „Fatah“ mit dem Verzicht Barghoutis politisch zufrieden gibt, wird bezweifelt.

25.11.2004:

Der Revolutionsrat von „Fatah“ bestätigt die Nominierung von Machmud Abbas für die Wahl des Vorsitzenden in der Autonomiebehörde am 9. Januar 2005. Der in Israel wegen fünffachen Mordes lebenslänglich verurteilte Marwan Barghouti bezeichnet Abbas im Falle der Wahl als einen Übergangspräsidenten und behält sich vor, selbst zu kandidieren. Angehörige der „Jungen Garde“ von „Fatah“ bezweifeln, dass Abbas die notwendigen Reformen vorantreiben wird, weil er zur alten „Fatah“-Führung gehöre. Israels Präsident Moshe Katzav schließt in einem Gespräch mit „Maariv“ einen Gnadenerlass für Barghouti nicht aus. Wenn ein solches Gesuch gestellt werde, wolle er es prüfen. Gleichzeitig erklärt Katzav, dass Israel den Mauerbau beenden müsse, wenn die Palästinenser den Terror einstellten. Katzav ermahnt die Regierung, die Verhandlungssignale aus Damaskus ernst zu nehmen.

Yair Sheleg bestätigt in einem „Haaretz“-Kommentar, dass US-Präsident George W. Bush für den Fall eines israelisch-palästinensischen Handlungsstillstandes in das Lager der Kritiker der israelischen Politik übergehen könnte. Sheleg führt die Blockadefahr vor allem auf den innerparteilichen Widerstand gegen Sharon zurück. Die Rebellen würden alles daransetzen, die für den 2. Juli 2005 vorgesehene erste Rückzugsstufe aus dem Gazastreifen zu verhindern.

23.11.2004:

Der Besuch von Yossi Beilin und anderen prominenten Politikern – so Amram Mitzna, Yuli Tamir, Haim Oron – beim PLO-Vorsitzenden Machmud Abbas in Ramallah wird von palästinensischer Seite in letzter Minute aus technischen Gründen abgesagt. Zum ersten Mal hatte das israelische Verteidigungsministerium den Akteuren der „**Genfer Initiative**“ eine Besuchserlaubnis erteilt.

Israelische Zeitungen berichten von ernsthaften Signalen aus Syrien, den Dialog mit Israel wieder aufzunehmen. Dabei deutet sich ein Machtkampf zwischen Präsident Bashar Assad und Außenminister a-Shara'a an.

22.11.2004:

Der Arafat-Kritiker Haydar Abdel-Shafi schlägt den Arzt Mustafa Barghouti als Kandidaten der „National Palestinian Initiative“ für die Wahlen um das Präsidentenamt am 9. Januar 2005 vor. Bei der „Palestinian National Initiative“ handelt es sich um eine Gruppe prominenter Palästinenser aus Politik, Wissenschaft und Kultur, die seit langem auf interne Reformen drängen – Prinzip voller Teilhabe an Entscheidungsprozessen unter Einschluss der palästinensischen Diaspora; freie, demokratische Wahlen; Umbau der Regierungseinrichtungen; Achtung der Verfassung; Trennung der Gewalten einschließlich Unabhängigkeit der Justiz; Ende der Korruption und Misswirtschaft; Umbau der Sicherheitsdienste; Verbesserung der Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, in der Erziehung und der Wohlfahrt; Kampf für die Freilassung der in israelischen Anstalten sitzenden Gefangenen. Erst diese Reformen wären unter dem Dach einer geeinten Führung in der Lage, die israelische Besatzung erfolgreich herauszufordern.

In der Internetausgabe von „bitterlemons“ macht Yossi Alpher darauf aufmerksam, dass bei Beachtung der palästinensischen Verfassung die politische Rolle des am 9. Januar 2005 zu wählenden

Präsidenten eher symbolischen Charakter haben werde. Die wahre Macht liege beim Ministerpräsidenten. Alpher empfiehlt daher so schnell wie möglich die Neuwahl des „Palestinian National Council“. Die Auffassung wird von dem palästinensischen Soziologen Khalil Shikaki in derselben Ausgabe nachdrücklich unterstützt. Auch die islamistischen Gruppen würden sich an den Wahlen beteiligen, weil dies die goldene Chance wäre, im politischen System selbst ohne Regierungsbeteiligung aktiv zu werden.

Rafael Eitan („Rafal“) stirbt im Alter von 75 Jahren bei einem Unfall in Ashdod. Er hatte eine wechselvolle militärische und politische Karriere hinter sich. Im Ausland wurde er insbesondere durch seine polemischen Ausfälle gegenüber Palästinensern bekannt.

21.11.2004:

Ariel Sharon bestätigt die Teilnahme der palästinensischen Bevölkerung Jerusalems an den kommenden Präsidentschaftswahlen nach dem Vorbild der Wahl vom Januar 1996: Damals konnten die Palästinenser ihr Wahlrecht mittels eigens vorbereiteter elektronischer Maschinen in Postämtern ausüben.

Bei den Parteiwahlen um den Vorsitz des „Likud“-Sekretariats setzt sich Israel Katz gegen seine Widersacher durch. Katz gehört zu den „Putschisten“, die im Zuge von Sharons Ablösungsplänen aus dem Gazastreifen den Premier zu stürzen versuchten. Damit kontrolliert Katz den gesamten Finanz- und Organisationsapparat der Partei und trägt für die Vorbereitungen der kommenden Parlamentswahlen die Verantwortung.

19.11.2004:

Gideon Samet macht in einem Kommentar für „Haaretz“ darauf aufmerksam, dass „Likud“ die Eintragung ins Guinness-Buch der Rekorde verdiene: Es gebe in allen westlichen Demokratien keine

Partei, die Hackfleisch aus ihrem Führer mache und gleichzeitig regiere, die bei Umfragen die Mehrheit erhalte und gleichzeitig Stellung beziehe gegen die Bereitschaft dieser Mehrheit zu weitreichenden Konzessionen für den Frieden. Dasselbe Paradox entdeckt Samet bei Sharon – ein Ministerpräsident mit einem Finanzminister Benjamin Netanyahu, der ihn stürzen will, einem Außenminister Silvan Shalom, der seinem Abkoppelungsplänen für den Gazastreifen widerspricht, und mit einer Erziehungsministerin Limor Livnat, die sich an einem Putsch gegen ihn beteiligt.

In derselben Ausgabe prophezeit Uzi Benziman, dass Sharon innerhalb eines Jahres Entscheidungen über die endgültigen Grenzen, die Zukunft der Siedlungen und den Status Jerusalems herbeiführen müsse. Dann, so prophezeien seine Berater, würden sich seine Gegner nostalgisch an Sharons territorialen Minimalismus erinnern.

16.11.2004:

Der milliardenschwere palästinensische Geschäftsmann Munab al-Masri (68), ein enger Weggefährte Yasser Arafats und ehemaliger Minister in der jordanischen Regierung, erwägt die Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl, wie die Londoner „Financial Times“ meldet.

In derselben Zeitung macht der 27jährige Kommandeur der „Al-Aqza-Brigaden“ in Jenin, Zacharia Zubeide, die Unterstützung für Machmud Abbas davon abhängig, dass dieser die Forderungen nach dem palästinensischen Staat auf der „Grünen Linie“ von 1967, der Erhebung Jerusalems zur Hauptstadt Palästinas, dem Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr und der Freilassung der palästinensischen Gefangenen erfüllt. Ansonsten werde sich seine Einheit nicht an die Entscheidungen des Exekutivkomitees von „Fatah“ halten.

15.11.2004:

„Hamas“ und „Islamischer Dihad“ lehnen gegenüber dem PLO-Exekutivkomitee die Teilnahme an den bevorstehenden Präsidentenwahlen mit der Begründung ab, sie seien an der Entscheidung nicht beteiligt worden. Gleichzeitig erneuern sie den Ruf nach einer vereinigten palästinensischen Führung.

In einem Artikel über den Reserve-Generalmajor Uzi Dayan und seine Absichten, in die Politik überzuwechseln, sagt Yossi Verter in „Haaretz“ voraus, dass die kommende Fraktion der Arbeitspartei im Parlament wie ein Forum von Angehörigen verschiedener Generalstabsgenerationen ausschauen könnte: außer Uzi Dayan noch Ehud Barak, Amram Mitzna, Matan Vilnai, Danny Yatom, Ami Ayalon, Benjamin Ben-Eliezer und Ephraim Sneh. Das würde nicht auf eine Fraktion, sondern auf eine Junta hinauslaufen, zitiert Verter ein Fraktionsmitglied.

14.11.2004:

Die palästinensische Führung legt den 9. Januar 2005 als Tag der Neuwahl des Präsidenten der Autonomiebehörde fest. Das siebzehnköpfige Zentralkomitee von „Fatah“ nominiert Machmud Abbas als ihren Kandidaten. Beim Besuch im Trauerzelt für Yasser Arafat in Gaza-Stadt werden Abbas und Mohammed Dachlan, der Sicherheitschef im Gazastreifen, von bewaffneten Demonstranten als Agenten der Amerikaner bezeichnet. Sie führen eine Rakete unter dem Namen „Yasser 1“ vor, die jeden Teil Israels erreichen könne. Bei den Tumulten kommen zwei Palästinenser ums Leben.

Ariel Sharon schließt auf Nachfrage nicht aus, dass die 228.000 mit israelischen Identitätskarten, aber ohne israelische Staatsbürgerschaft in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser an den Wahlen teilnehmen könnten. Die Osloer Vereinbarungen gestatten die Teilnahme der palästinensischen Bevölkerung in Jerusalem. Außenminister Silvan Shalom spricht sich gegen ihre Beteiligung

aus. Sharons Stellvertreter, Industrie- und Handelsminister Ehud Olmert, will die Palästinenser in jenen Stadtteilen von den Wahlen ausschließen, die in einem künftigen Friedensvertrag von Israel annektiert würden. Innenminister Avraham Poraz („Shinui“) hält es für besser, dass die Palästinenser an palästinensischen als an israelischen Wahlen teilnehmen. In einem Email-Interview erklärt der Direktor des „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ in Ramallah, Khalil Shikaki, gegenüber „Foreign Affairs“, dass nur Wahlen politische Stabilität in der Westbank und im Gazastreifen einkehren lassen. Dabei würde die „Alte Garde“ nur dann überleben, wenn sie mit den Nationalisten der „Jungen Garde“ eine Koalition eingeht.

13.11.2004:

In einem Beitrag für die israelisch-palästinensische Internetzeitung „bitterlemons“ warnt Yossi Beilin die israelische Regierung davor zu warten, wie Machmud Abbas, Achmed Qureia und ihre Kollegen mit der Wirklichkeit nach Yasser Arafats Tod umgehen. Wenn Ariel Sharon daran interessiert sei, den pragmatischen Flügel zu stützen, müsse er so schnell wie möglich mit der Autonomiebehörde über den geplanten Rückzug aus dem Gazastreifen sprechen, an den Verhandlungstisch zurückkehren, um die „Road Map“ zu realisieren, die gezielten Tötungen einstellen, die Straßensperren reduzieren, das Leben der Palästinenser erleichtern und Gefangene freilassen. Das politische Ziel eines Abkommens liege auf der Modellebene des Clinton-Plans vom Dezember 2000, der Vision Bushs vom Sommer 2002 und der „**Genfer Initiative**“.

12.11.2004:

US-Präsident George W. Bush äußert im Gespräch mit dem britischen Premier Tony Blair die Erwartung, dass in vier Jahren ein palästinensischer Staat entstehen werde.

In der Tageszeitung „Haaretz“ wird von einer Gruppe führender Israelis und Palästinenser berichtet, die kürzlich einen Operationsplan formuliert hätten, wonach die einseitige Abkoppelung in einen Plan umgewandelt werden soll, an dem die Palästinenser teilhaben und der von der internationalen Gemeinschaft und von bereitwilligen arabischen Staaten unterstützt würde.

11.-12.11.2004:

In den frühen Morgenstunden stirbt Yasser Arafat in einem Militärkrankenhaus bei Paris. Parlamentspräsident Rouchi Fatouch wird bis zu Neuwahlen, die laut Verfassung innerhalb von sechzig Tagen stattfinden müssen, als Übergangspräsident vereidigt. Machmud Abbas (Abu Mazen), bislang Arafats Stellvertreter, wird zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO gewählt. Der in Tunis lebende Faruk Kadumi („Abu Lutuf“), bisher Generalsekretär von „Fatah“, wird neuer Präsident des Zentralkomitees der kaum mehr handlungsfähigen „Fatah“. Ministerpräsident Achmed Qureia (Abu Ala) wird neuer Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates.

Im Interview mit „Haaretz“, das in der Beilage der hebräischsprachigen Wochenausgabe unter der Überschrift „Willkommen in der Hölle“ – eine Anspielung an seine Befürchtungen nach Yasser Arafats Tod – erscheint, bezeichnet Uri Avnery seinen Freund Yasser Arafat als einen „Giganten“, der als einer der größten Führer in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen werde. Seine Bedeutung sei größer als die Nelson Mandelas, der während seines 28jährigen Gefängnisaufenthalts von den äußeren und inneren Kämpfen unberührt geblieben sei. Da Arafat von einem halben Dutzend Geheimdiensten beschattet worden sei, habe er lügen müssen, um seine Manövrierfähigkeit zu bewahren. Wie Moses habe er zwar die Pforte zum Gelobten Land gesehen, ohne es betreten zu können. Er habe einen Staat aus dem Nichts schaffen müssen, einen Staat ohne Infrastruktur, Wirtschaft und Behörden. Außerdem habe er die Spannungen zwischen der

alten und der neuen Führung, zwischen Christen und Moslems, zwischen Frauen und Männern, zwischen Flüchtlingen und Ansässigen ausgleichen müssen. Er habe sich gegen Bill Clinton und Ehud Barak – den „Erzidioten und Erzverbrecher des israelisch-palästinensischen Konflikts“, der schlimmer als Sharon sei – behauptet. Im Gegensatz zu allen arabischen Revolutionen sei Arafat die letzte Chance für den Sieg des arabischen Nationalismus in westlichem Format gewesen. „Er war die letzte Barriere gegen die extremistischen islamischen Kräfte. Die größte Gefahr für Israel ist die Gefahr eines Saladin: ein Gegenkreuzzug, bei dem sich die arabische Welt unter dem islamischen Banner versammelt.“ Israel habe nicht verstanden, dass Arafat der einzige Gegenpol gegen Osama Bin-Laden, seine Gefolgsleute und Nachfolger gewesen sei. Im Gegensatz zu Ariel Sharon werde Arafat noch in fünfhundert, vielleicht sogar tausend Jahren gedacht werden. Sein größter Fehler sei die Heirat mit Suha Tawil gewesen. Dieser Schritt sei von vielen Menschen nicht verstanden worden und habe ihn gezwungen, zu ihr auf Distanz zu gehen. Wie Arafat habe er, Avnery, kein Leben außerhalb der Politik. „Ich weine niemals. Ich habe nicht geweint, als mein Vater starb. Ich habe nicht geweint, als meine Mutter starb. Aber wenn ich weinen würde, würde ich [um Arafat] weinen.“

In einer Presseerklärung wünscht Bundesaußenminister Joschka Fischer „dem palästinensischen Volk in dieser Stunde die Kraft, seinen Weg zu einem souveränen, unabhängigen und demokratischen Staat weiter zu gehen, der friedlich und in anerkannten Grenzen Seite an Seite mit Israel lebt“.

In einem Telefoninterview mit dem „Deutschlandfunk“ prophezeit der frühere israelische Botschafter in Bonn und Berlin, Avi Primor, dass nach dem Tod Yasser Arafats „alles ganz anders sein“ werde, ohne diese Erwartung näher auszuführen.

Die Trauerfeier für Yasser Arafat findet am 12. November unter internationaler Beteiligung in Kairo statt – in der Stadt, in der Arafat

1929 geboren wurde. Anschließend wird sein Leichnam über el-Arish auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel nach Ramallah überführt und auf dem Gelände seines Hauptquartiers bestattet. Dem Aufruf zu einer dreitägigen Trauer kommen die israelischen Araber kaum nach, auch wenn der Tod Arafats Hauptthema der Diskussionen ist.

In einem Kommentar zum Ableben Yasser Arafats schreibt Stefan Kornelius am 12. November in der „Süddeutschen Zeitung“, dass die ideologische Aufheizung in der Region am ehesten an der Grenzlinie zwischen Israel und seinen Nachbarn dokumentiert wird: „Wer also den Konflikt der muslimischen Welt mit dem Westen langfristig lösen will, der muss in Palästina beginnen. Einem solchen Anfang stand Arafat am Ende im Weg. Er war nicht mehr der Mann, der eine konstruktive, eine politische und deeskalierende Lösung hätte befördern können. Er schleppte zu viel historischen Ballast mit sich herum und war verstrickt in zu viele Abhängigkeiten.“

Der Nahost-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“, Rainer Hermann, schreibt: „Die arabischen Führer haben Yasser Arafat nie geliebt, sie haben ihn aber benutzt und mit ihm gespielt. Gerade die ›Frontstaaten‹ haben sich hinter Arafat und die palästinensische Sache gestellt. Weniger aber aus Sympathie als aus einem Kalkül – nämlich von den Missständen in ihren Ländern abzulenken. Solange der Palästina-Konflikt nicht gelöst sei, könne man nicht das Risiko eingehen, die arabischen Gesellschaften und Volkswirtschaften zu liberalisieren, hieß es immer wieder.“

In der Jahresplanung des Jerusalemer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung für 2005 lesen wir unter anderen: „*Die Palästinensische Autonomie ist weit von einer staatsähnlichen Infrastruktur und Administration entfernt. Zum Teil herrschen anarchische Zustände. Entscheidend wird sein, ob der Machtkampf um seine [Arafats] Nachfolge ohne einen ›Bruderkrieg‹ entschieden werden kann. Vier Jahre Krieg und Gewalt haben nicht nur zu einem Rechtsruck der israelischen Gesellschaft geführt. Noch schwerer wiegt der Verlust*

an demokratischem und rechtsstaatlichem Bewusstsein in weiten Teilen der Bevölkerung. ... Radikale Parolen beeinflussen das öffentliche Klima immer stärker. Auch das rechtsstaatliche Bewusstsein bedarf dringend der Schärfung und Verstärkung. Die Beziehungen zwischen Israel und der Europäischen Union haben sich äußerst kritisch entwickelt. Man unterstellt der EU Einseitigkeit gegenüber den Palästinensern³. Je mehr sich Israel ausgegrenzt fühlt, desto mehr verhärten sich die Standpunkte gegenüber den Palästinensern.“

09.11.2004:

Johannes Gerster, der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel, wird vom Rektor der Universität Tel Aviv, Itamar Rabinovich, mit dem „President’s Award 2004“ für die Leistungen seines Hauses ausgezeichnet.

08.11.2004:

Nach Presseberichten ist Washington nicht gewillt, die israelische Regierung zur Auflösung der Siedlungsaußenposten zu drängen, solange Sharon den Abkoppelungsprozess aus dem Gazastreifen und dem Norden der Westbank fortsetzt. Es sei wie eine Entlassung auf Bewährung, wird die amerikanische Haltung beschrieben.

Israels Nationalreligiöse Partei beschließt, die Regierung zu verlassen. Sie folgt damit ihrem eigenen Ultimatum, dass Ariel Sharon innerhalb von zwei Wochen ein Referendum über seinen Abkoppelungsplan einleiten müsse. Am selben Tag ruft die „Likud“-Fraktion Finanzminister Benjamin Netanyahu auf, von seiner Rücktrittsdrohung Abstand zu nehmen. Tatsächlich zieht Netanyahu sie zurück.

³ Anm. der Redaktion: Gemeint sein dürfte „zugunsten der Palästinenser“.

07.11.2004:

Der ehemalige Berater von Bill Clinton in Camp David und heutige Direktor des „Middle East and North Africa Program“ der „International Crisis Group“, Robert Malley, hält Yasser Arafat in einem Kommentar für die „Washington Post“ vor, dass er nie zu einer strategischen Planung imstande gewesen sei. „Sein Leben war voller Intuition und kurzfristiger politischer Zweckmäßigkeit.“ Diese Charakterzüge hätten seine ärgerlichen Verhandlungsplanungen und seine unerträgliche Unfähigkeit geformt, Entscheidungen zu treffen. Dieses Urteil ist deshalb erstaunlich, weil Malley früher verschiedentlich Arafat gegen israelische und amerikanische Vorwürfe in Schutz genommen hat. Jetzt werde viel davon abhängen, schreibt er, ob es der künftigen kollektiven Führung gelingt, „ Hamas“ einzubeziehen.

05.11.2004:

„ Hamas“ und „Islamischer Dihad“ rufen zur Bildung einer „Vereinigten Nationalen Führung“ auf, denen bald allgemeine Wahlen folgen sollen. Es wird erwartet, dass nach Yasser Arafats Ableben die Wahlenchancen seiner „Fatah“ erheblich geringer sind. Wenn die Islamisten siegreich bleiben, könnte die israelische Regierung erneut darauf verweisen, dass sie keinen „Partner“ habe. Dagegen wird ein Politologe von der „Islamischen Universität“ in Gaza-Stadt mit den Worten zitiert, dass „ Hamas“ in die politische Mitte wandere und Sharon nicht um sie herumkomme. Ein Repräsentant von „ Hamas“ erklärt gegenüber der ägyptischen Zeitung „al-Ahram“, dass es niemandem erlaubt werde, mit ideologischer Rigidität Fortschritte auf dem Weg zur nationalen Einheit zu verhindern; das gelte auch für „ Hamas“ selbst, von der die internationale Lage sorgfältig analysiert werde.

In Israel halten die Diskussionen an, wie die Politik auf den Tod Yasser Arafats reagieren solle. Der Militärkommentator von

„Haaretz“, Ze'ev Schiff, schreibt, hätte Sharon der Forderung des damaligen Ministerpräsidenten Machmud Abbas in der Gefangenenfrage so nachgegeben wie gegenüber Israels geschworenem Feind, der „Hisbollah“, beim Gefangenenaustausch und hätte Sharon als Geste des guten Willens Abbas einen Teil dessen überlassen, was er jetzt im Gazastreifen freiwillig abgeben wolle, wäre die Lage heute vielleicht anders. Ohne die „**Genfer Initiative**“ beim Namen zu nennen, laufen die israelischen Optionen für Schiff auf die „Parameter“ einer Gesamtlösung zu, die Bill Clinton im Dezember 2000 vorgetragen hat: die Teilung des Landes, die Teilung Jerusalems, ein Gebietsaustausch im Falle israelischer Annexionen und die Regelung des Flüchtlingsproblems. In einem ersten Schritt müsse sich Israel auf die damaligen Linien zurückziehen.

04.11.2004:

In einer „Haaretz“-Umfrage zu den Gründen der Erleichterung, die Sharon nach dem Wahlsieg Bushs an den Tag legt, heben Kommentatoren hervor, dass mit einer Rückkehr der US-Diplomaten Dennis Ross und Martin Indyk, die Bill Clinton als Nahost-Berater zur Seite standen, nicht zu rechnen sei. Außerdem verfolge Washington denselben Kurs des Unilateralismus, den Sharon mit seiner Bekundung an den Tag lege, es gebe keinen palästinensischen Verhandlungspartner. Andere Berichte befürchten hingegen, dass amerikanische Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zur arabischen Welt und zur Lösung des Irak-Konflikts zu Lasten Israels gehen könnten. Sie beziehen sich unter anderen auf vorsichtige Distanzierungen, die der amerikanische Botschafter in Israel, Dan Kurtzer, anklingen lässt. Eine besondere Rolle spielt dabei der Unmut über das Interview von Sharon-Berater Dov Weissglas am 8. Oktober in „Haaretz“, wonach Washington gemeinsam mit Israel die Idee eines palästinensischen Staates fallengelassen habe. Außenminister Silvan Shalom wird mit den Worten zitiert, dass jeder US-Präsident in seiner zweiten Amtszeit keine Rücksichten mehr

nehmen müsse und das Interesse habe, in die Geschichtsbücher einzugehen. Andere Kommentatoren vergleichen George W. Bushs Wahlgewinn mit dem Sieg Benjamin Netanyahus über Shimon Peres Ende Juni 1996: Beide hätten für die Spaltung der Nation gesorgt, und beide hätten kein Talent, sie zu überwinden.

Ehud Barak, der sich nach seiner Wahlniederlage im Februar 2001 zurückgezogen hatte und seither für mehrere Unternehmen als Berater tätig ist, kündigt mit seiner Bewerbung um die Führung der Arbeitspartei die Rückkehr in die Politik an. In der Partei wird der Schritt allseits äußerst kritisch beurteilt, weil Barak die Glaubwürdigkeit der Partei ruiniert habe.

03.11.2004:

Die Knesset billigt in erster Lesung mit 64 gegen 44 Stimmen den Gesetzentwurf zur Evakuierung und Entschädigung der 1500 Siedler-Familien im Gazastreifen und aus den vier Siedlungen im Norden der Westbank. Dagegen lässt Ariel Sharon die erste Lesung des neuen Haushaltsgesetzes verschieben, weil er eine parlamentarische Niederlage fürchtet.

02.11.2004:

Ein 16jähriger Palästinenser aus dem Flüchtlingslager Askar bei Nablus sprengt sich auf dem Tel Aviver Carmel-Markt in die Luft und reißt drei Menschen mit in den Tod. Der Attentäter gehört zur „Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)“. Die Mutter des Attentäters bezeichnet die Auftraggeber als „Kindermörder“. In einem Flugblatt beschuldigt die Volksfront „palästinensische Elemente“, die „Intifada“ und den bewaffneten Kampf stoppen zu wollen. Wenige Stunden nach dem Attentat tötet ein israelisches Geheimkommando in der Altstadt von Nablus drei Palästinenser, darunter den Anführer der lokalen „al-Aqza-Brigaden“. Ariel Sharon macht die

Autonomiebehörde für den Anschlag verantwortlich und teilt mit, dass Yasser Arafat nicht in Jerusalem begraben werden dürfe.

Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA gewinnt John Kerry 74 Prozent der jüdischen Stimmen. Da weder von ihm noch von George W. Bush eine prinzipielle Änderung der US-Politik gegenüber Israel erwartet wurde, waren jüdische Wähler aufgefordert, zu anderen Themen, so dem Verhältnis zu Europa, ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Die Außenminister der Europäischen Union haben ihre Absicht bekräftigt, die „Road Map“ wiederzubeleben. Auf Vorschlag des EU-Außenkommissars Javier Solana, der eine „gefährliche Lähmung“ im Friedensprozess beklagt, soll der palästinensischen Autonomiebehörde auf vier Feldern Hilfe angeboten werden: bei der Reform der Sicherheitskräfte, beim Aufbau demokratischer Strukturen, bei der gezielten Finanzierung öffentlicher Aufgaben und bei der Vorbereitung von Kommunalwahlen. Die Autonomiebehörde müsse in die Lage versetzt werden, ein Partner für die israelische Regierung zu werden. Die „Road Map“ bleibe der einzig gangbare Weg zur Zweistaatenlösung. Der israelische Abzug aus dem Gazastreifen könne nur der Anfang, nicht das Ende sein. Wenn sich die Zweistaatenlösung 2005 nicht verwirklichen lasse, werde sich diese Option schnell erledigen.

Ministerpräsident Achmed Qureia empfängt in Ramallah ausländische Diplomaten und unterrichtet sie über den Gesundheitszustand Yasser Arafats. Qureia warnt davor, ihn und Präsident Machmud Abbas zu vereinnahmen und den Gegnern damit Nahrung zu liefern.

Oktober 2004

28.10.2004:

Nach einem Bericht von Danny Rubinstein in "Haaretz" sind in den letzten vier Jahren rund 150.000 Palästinenser nach Jordanien ausgewandert, von denen manche von dort aus in andere Staaten gereist sind. Nach palästinensischen Schätzungen leben rund 180.000 Palästinenser mit Wohnsitz in der Westbank und im Gazastreifen im Ausland.

25./26.10.2004:

Mit Unterstützung der Hälfte der „Likud“-Abgeordneten, der mitregierenden Partei „Shinui“ („Wandel“) und der in Opposition stehenden Arbeitspartei, von „Yachad“ (Yossi Beilin) und zwei arabischen Abgeordneten (Abd el-Malikh Dahamshe und Taleb a-San'a von der „Vereinigten Arabischen Liste“) billigt die Knesset mit 67 gegen 45 Stimmen Sharons Ablösungsplan für den Gazastreifen und vier Siedlungen im Norden der Westbank. Die endgültige Entscheidung der Regierung ist für März 2005 vorgesehen. Dies sei eine Schicksalsstunde für Israel, beginnt Sharon seine Ansprache vor dem Parlament. Nie habe er persönlich vor einer derart unerträglichen Entscheidung gestanden, doch sie sei notwendig, um an Gebieten festzuhalten, die für Israels Existenz essentiell seien. Ein Rückzug auf die Linien von 1967 komme nicht in Frage. Nach wie vor habe die Regierung keinen palästinensischen Partner für einen „echten Dialog“. Sein Plan entspringe nicht der Schwäche. Zum Abschluss zitiert Sharon aus einer Rede, die Menachem Begin Ende Dezember 1977 im Parlament hielt: „Ich habe einmal während einer Diskussionsrunde mit Leuten des Gush Emunim gesagt, dass ich sie heute liebe und sie auch morgen gern haben werde. Ich habe ihnen gesagt: Ihr seid wunderbare Pioniere, Erbauer des Landes, Siedler auf unfruchtbarem Boden im Regen und im Winter, trotz aller Schwierigkeiten. Aber Ihr habt eine Schwäche – Ihr habt unter Euch einen messianischen Komplex entwickelt.“

Die Minister Benjamin Netanyahu (Finanzen), Limor Livnat (Erziehung) und Israel Katz (Landwirtschaft) nehmen in letzter Minute an der parlamentarischen Schlussabstimmung in der Knesset teil, verlangen aber gemeinsam mit der Nationalreligiösen Partei binnen zwei Wochen die Ansetzung einer Volksabstimmung; auch Staatspräsident Moshe Katzav, Parlamentspräsident Reuven Rivlin und Außenminister Silvan Shalom plädieren für diese Option. Sharon verwehrt sich gegen das Ultimatum und weist die Forderung zurück. Es wird erwartet, dass das Verlangen nach einem Referendum im Parlament keine Mehrheit findet. Der Minister ohne Geschäftsbereich Uzi Landau und der stellvertretende Minister für innere Sicherheit Michael Ratzon, die in der Knesset gegen den Plan gestimmt haben, werden von Ariel Sharon entlassen. Im Zentralkomitee des „Likud“ zirkuliert eine Erklärung, wonach die Abgeordneten, die für Sharon stimmen, bei der nächsten Wahl nicht mehr aufgestellt werden sollen.

Shimon Peres, Chef der Arbeitspartei, vermutet zwar, dass Sharon mit dem einseitigen Rückzug die „Road Map“ aushebeln will, hält aber den Prozess der Entkoppelung von den palästinensischen Gebieten für unaufhaltsam. Die Welt tanze nicht zu Israels Melodie. Die Welt würdige keine vergangenen Erinnerungen. Das palästinensische Bevölkerungswachstum, das israelische Sicherheitsinteresse und die jüdische Moral vertragen nach seiner Auffassung keine Verlängerung der Besatzung. Der Verhandlungsführer der Autonomiebehörde Nabil Shaath äußert die Hoffnung, dass der Rückzug Israels das Ende der Besatzung einläuten werde. Er fordert die internationale Gemeinschaft auf, mit der „Road Map“ für die Gründung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 zu sorgen. Der Sprecher der „Palestinian Peace Coalition“, dem palästinensischen Büro der „**Genfer Initiative**“ in Ramallah, Elias Zananiri, stellt die Frage, ob Sharon „Honig mit ein wenig Gift oder Gift mit ein wenig Honig“ anbiete. „Gaza zuerst“ dürfe nicht „Gaza zuletzt“ werden. Der Vertreter von „ Hamas“, Mushir al-

Masri, deutet das Votum der Knesset als einen großen Sieg des palästinensischen Widerstandes gegen den „zionistischen Feind“.

Das Massenblatt „Yediot Achronot“ meldet, dass 65 Prozent den Plänen Sharons zustimmen und 26 Prozent sie ablehnen würden. Dagegen äußert der „Rat der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (Yesha)“ die Erwartung, dass das Referendum dem „brutalen Druck“ Sharons eine Abfuhr erteilen werde. Yoel Marcus feiert in „Haaretz“ Sharons Metamorphose vom Taktiker zum Strategen, obwohl er sich in einer politisch äußerst schwachen Lage befinde. Mit dem Verzicht auf die Herrschaft über anderthalb Millionen Palästinenser schaffe er einen Präzedenzfall für die Aufgabe weiterer Siedlungen und die Etablierung dauerhafter Staatsgrenzen. Marcus schließt seinen Kommentar mit der Aufforderung „Lauf, Arik, lauf!“. In derselben Ausgabe verweist der diplomatische Korrespondenz Aluf Benn auf Sharons Hinweis, nicht unter palästinensischem Terror den Rückzug anzutreten. Der politische Weg bis zum Abzug aus dem Gazastreifen werde deshalb sehr lang sein.

Yasser Arafat, 75, muss sich in einem Krankenhaus in Ramallah einer Magenspiegelung unterziehen, nachdem Israels Verteidigungsminister Shaul Mofaz erlaubt hat, sein seit zweieinhalb Jahren belagertes Hauptquartier zu verlassen.

25.10.2004:

In der hebräischsprachigen Ausgabe von „Haaretz“ berichtet Yair Ettinger über Kontroversen in der arabischen Bevölkerung Israel zu den Plänen Ariel Sharons. So habe sich ein Sprecher der außerparlamentarischen Islamischen Bewegung für die Unterstützung des Ministerpräsidenten ausgesprochen. Der Sprecher der Bewegung, Sheikh Hashem Abd a-Rachman, habe die arabischen Abgeordneten der „Nationalen Demokratische Allianz“ aus „Chadash“ („Neue Kommunistische Liste“), „Maki“

(„Kommunistische Partei Israel“) und „Ta'al“ („Arabische Bewegung für Erneuerung“ mit dem Vorsitzenden Achmed Tibi) sowie der „Nationalen Demokratischen Allianz“ unter Führung von Azmi Bishara als Trojanische Pferde bezeichnet, die Theorien folgten, statt sich für die palästinensischen Interessen einzusetzen.

Sefi Rachlevsky, Autor des 1998 erschienenen Buches „Der Esel des Messias“, in dem er die säkularen Israelis beschuldigt, bewusst oder unbewusst den Vertretern des radikalen religiösen Zionismus Hilfsdienste zu leisten⁴, schreibt in einem Gastbeitrag für „Haaretz“, dass ein Referendum über die Ablösung vom Gazastreifen in einem Land mit einer Verfassung und einer stabilen Demokratie sinnvoll sein könne, doch in Israel laufe eine Volksbefragung daraus hinaus, die demokratischen Institutionen zu ersetzen.

22.10.2004:

Nach Presseberichten hat Yossi Beilin als Vorsitzender von „Meretz/Yachad“ der Fraktion empfohlen, bei der für den 25. Oktober anberaumten Parlamentsabstimmung über den Ablösungsplan für den Gazastreifen Sharon fürs erste ein „Sicherheitsnetz“ zu gewähren und den Haushaltsplan 2004/05 passieren zu lassen.

Lily Galili berichtet in „Haaretz“, dass „der Rat der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (YESHA)“ beschlossen hat, am 25. Oktober seine Schulen zu schließen und die zehntausend Schüler zu einem „Bildungstag“ vor der Knesset zu fahren. Die Linke habe für den Abend des 23. Oktober in Tel Aviv zu einer Demonstration aufgerufen und wolle am Abend des 25. Oktober mit einer Lichterkette in Jerusalem ihr Anliegen vortragen.

In derselben Ausgabe reproduziert Yossi Verter Planungen von Ariel Sharon, über die das Kabinett im März 2005 entscheiden soll. 1.

⁴ Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 95 f.

Zwischen Mai und Juni 2005 finden die ersten Evakuierungen statt; 2. Bis Ende 2005 nehmen die israelischen Streitkräfte entlang den neuen Grenzlinien Aufstellung; 3. Die Evakuierung der rund 8000 Siedler in den 21 Siedlungen des Gazastreifens und der vier Siedlungen im nördlichen Teil der Westbank wird abgeschlossen; 4. Jede Familie mit zwei Kindern soll einen Kompensationsbetrag von rund 300.000 US-Dollar erhalten. Wenn die Familie ihren landwirtschaftlichen Betrieb im Negev oder in Galiläa wiederaufnimmt, kommen weitere 30.000 US-Dollar hinzu; 5. Die Gesamtkosten für die Kompensationszahlungen für die Siedler belaufen sich auf 2,5 bis drei Milliarden Neue Shekel (etwa 1,8 bis 2,3 Milliarden Euro). Die Gesamtkosten des Projekts, also einschließlich der Kosten für die Umgruppierung des Militärs, werden mit 6,5 Milliarden Neue Shekel angegeben.

21.10.2004:

In einem Kommentar vertritt Arie Shavit in „Haaretz“ die Auffassung, dass Ariel Sharon die letzte Hoffnung für die friedliche Zukunft Israels sei. In den Augen der Linken sei er kein Charles de Gaulle oder Yitzhak Rabin, für die Rechten kein Winston Churchill oder Yitzhak Shamir. Sharon sei zum Gravitationszentrum des politischen Establishments entwickelt. Jede andere Option sei schlimmer. Wenn Sharon 2005 mit seinen Ablösungsplänen im Gaza scheiterte, werde die Besatzung zum Dauerzustand. Wenn die Rechte ihn zu Fall bringe, werde sie das gesamte Siedlungsunternehmen delegitimieren. So bleibe denjenigen, die ihn bewundern, und denjenigen, die ihn verachten, nur die Möglichkeit, ihn zu unterstützen.

20.10.2004:

Der Rechtsberater der israelischen Regierung lehnt es ab, gegen eine Siedlerzeitung eine Untersuchung einzuleiten, die Yossi Beilin und den anderen „**Genfer Verbrechern**“ vorwirft, sie würden einen

„Transfer des Großteils unserer Brüder“ organisieren und „den Palästinensern alles, was uns heilig ist, übergeben“ wollen. Der Rechtsberater will den Artikel nur all Provokation werten. Der Abgeordnete der Arbeitspartei Ofer Pines hält der Entscheidung vor, nichts aus dem Mord an Yitzhak Rabin im November 1995 gelernt zu haben.

18.10.2004:

In der israelischen Presse wird berichtet, dass sich Ariel Sharon sowohl gegen ein Referendum zu seinen Gaza-Rückzugsplänen, das von sieben Mitgliedern seiner Regierung und von Führern der Siedlerbewegung gefordert wird, als auch gegen Neuwahlen ausspricht. Dabei betont der Premier, dass Israel unter massivem internationalem Druck stehe und er dafür sorgen wolle, „soviel wie möglich zu retten“. Er werde nicht dem Druck von sechzig Rabbinern nachgeben, die in der vergangenen Woche die Soldaten aufgefordert hatten, den Befehl zur Evakuierung von Siedlungen zu verweigern. Ein führender Siedler bezeichnete das Treffen mit Sharon am 17. Oktober als „einen Dialog der Gehörlosen“. Andere werfen Sharon eine „destruktive Diktatur“ vor, der seinerseits betont, dass er kraft seines Amtes Entscheidungen treffen und das Land zusammenhalten müsse. Ein Referendum würde weitere Volksbefragungen nach sich ziehen, so über Jerusalem, die Golanhöhen, die Speisegesetze, zur Shabbat-Ruhe und zu den Ehegesetzen.

17.10.2004:

„Haaretz“-Korrespondent Shlomo Shamir berichtet aus New York von der Dringlichkeitssitzung der Dachorganisation „Conference of Presidents of Major Jewish Organizations“. Die Sitzung hinter verschlossenen Türen habe kurz vor dem Spaltung gestanden: Während die orthodoxen Organisationen sich gegen Sharons Rückzugspläne aussprachen, hätten sich die großen Organisationen

wie die „Anti-Defamation League“ und das „American Jewish Committee“ für ihn stark gemacht. Die Sitzung wurde abgebrochen und die Veröffentlichung des Ergebnisses vertagt. Die Befürworter des Unterstützung Sharons argumentierten, dass eine Ablehnung George W. Bush schaden würde. Dagegen verwiesen die Gegner auf die innenpolitischen Diskussionen in Israel. Der anwesende israelische Botschafter in Washington Danny Ayalon betonte die Wichtigkeit eines positiven Votums für Sharon.

„Haaretz-Redakteur Yair Sheleg zeigt in einem Bericht über die Spende eines jüdischen Amerikaners aus Detroit für ein Kinderheim in Nazareth einen „neuen Trend in den letzten Jahren“ an, wonach Geldbeträge von einzelnen Philanthropen und jüdischen Organisationen – dem „New Israel Fund“, dem „Joint Distribution Committee“, den „Abraham Fund Initiatives“, und dem „Forum for National Consensus“ – in den USA für arabische Projekte in Israel eingehen. Die Gemeinsamkeit der genannten Aktivität sei die Rettung einer liberalen israelischen Politik und der Sorge um Minderheiten. Nach Schätzungen sind bisher rund zehn Millionen US-Dollar bereitgestellt worden.

In derselben Ausgabe berichtet der diplomatische Korrespondent Aluf Benn von wachsenden Sorgen im Jerusalemer Auswärtigen Amt, dass die Europäische Union den Freihandelsvertrag mit Israel suspendieren könnte. Bei der letzten Sitzung des Rates der EU-Außenminister, auf der das sofortige Ende der Militäroperationen im Gazastreifen verlangt und Änderungen der Grenzen von 1967 ohne Verhandlungen mit den Palästinensern erneut abgelehnt wurden, habe der Außenbeauftragte Javier Solana die Vorlage von Empfehlungen für die Sitzung am 5. November angekündigt.

15.10.2004:

Die israelische Armee beendet nach 17 Tagen im nördlichen Gazastreifen die Operation „Tage der Reue“. Nach israelischen Angaben liegt die Zahl der getöteten Palästinenser bei 130.

12.10.2004:

Die Knesset bereitet Ariel Sharon bei der Abstimmung über seine Regierungserklärung eine Niederlage. Sharon kündigt an, seine Abzugspläne am 25. Oktober im Parlament zur Abstimmung zu stellen.

Nach israelischen Presseberichten ist die Zahl der verkauften Wohnungen in der Westbank und im Gazastreifen in den ersten sieben Monaten 2004 gegenüber dem Vorjahr um 20,5 Prozent gestiegen. Wurden im Vorjahr 205 Wohneinheiten verkauft, so waren es im Zeitraum Januar bis Juli 2004 247 Wohneinheiten. In einem Beitrag für „Haaretz“ fügt der dem rechten Flügel der Arbeitspartei zugehörige Abgeordnete Ephraim Sneh hinzu, dass in der Westbank rund 4000 Wohneinheiten im Bau seien.

Bedauerlicherweise unterstütze die internationale Gemeinschaft Ariel Sharons Disengagement-Plan für den Gazastreifen, weil sie des Konflikts überdrüssig sei und keine Kraft mehr in Lösungsansätze investiere. Dagegen müsse das israelische Friedenslager weiterhin für den Rückzug aus dem Gazastreifen einsetzen, weil der Plan Schwäche und mangelndes Vertrauen der Regierung zum Ausdruck bringe. Da deren Führung einen Zusammenstoß mit der Rechten fürchte, folge sie diesem Minimalprogramm. Damit akzeptiere das Friedenslager die Vorgabe Sharons, dass es keinen palästinensischen Verhandlungspartner gebe. Wenn der Gazastreifen nach dem israelischen Rückzug im Chaos versinke, habe Sharon keinen Anlass, über die Zukunft der Westbank in Verhandlungen einzutreten. Es komme darauf an, schließt Sneh seinen Meinungsbeitrag, dass die Arbeitspartei, „Shinui“ und „Yachad“ eine Alternative anböten: entweder ein Ende des Krieges

durch Gründung eines palästinensischen Staates oder die Fortsetzung der Siedlungspolitik.

In rasendem Tempo steuere Israel unter Ariel Sharon dem Abgrund entgegen, befürchtet Michael („Mikado“) Warschawski, Leiter des in Jerusalem ansässigen „Alternative Information Center“, in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“. Zu glauben, dass eine Mauer oder Nuklearwaffen Israel davor schützen könnten, sei tödlich. Israel brauche „eine starke kritische internationale Öffentlichkeit und Einmischung, um alle Aggressionen zu stoppen, das Morden, die Besetzung, die Siedlungspolitik“. Er, Warschawski, mache sich nicht Sorgen um den Staat, sondern um die Juden in Israel. „Welche Fahne wir vor uns hertragen oder in welchem politischen Rahmen wir leben – das ist sekundär. Aber unsere Existenz als Gruppe haben wir zu sichern. Doch was wir tun, sich abzuschotten und Hass auf uns zu ziehen, ist dem nicht dienlich. Wir zerstören uns selbst. Das ist die Tragödie, die ich verhindern will. Um jeden Preis.“

11.10.2004:

Im „Peace Index“ des „Tami Steinmetz Center for Peace Research“ in Tel Aviv, den „Haaretz“ veröffentlicht, findet der Rückzugsplan Ariel Sharons trotz der Siedlerproteste mit mehr als sechzig Prozent breite Unterstützung in der jüdischen Bevölkerung. Allerdings befürchten vierzig Prozent im rechten und im linken Spektrum einen Bürgerkrieg, falls der Plan ausgeführt wird. Verhandlungen mit den Palästinensern werden befürwortet, doch sind die Meinungen geteilt, ob sie zu einem Ende der Gewalt führen würden (43,1 Prozent) oder ob das Ende der Gewalt die Voraussetzung der Verhandlungen bilden sollte (50,3 Prozent). Die Einmischung einer dritten Partei als Vermittler findet geteilte Zustimmung (46,2 gegen 49,4 Prozent), besondere Ablehnung findet mit 61,7 Prozent eine Intervention der Europäischen Union; Deutschland wird von 71,4 Prozent der Befragten abgelehnt.

09.10.2004:

Der Vorsitzende der „Palestinian Peace Coalition (PPC)“ und Mitglied im Exekutivkomitee der PLO, Yasser Abed Rabbo, ruft auf dem „6. Forum der Mittelmeerkulturen“ in Spanien dazu auf, alle Teil- und Interimslösungen für den israelisch-palästinensischen Konflikt zurückzuweisen. Abed Rabbo, palästinensischer Hauptakteur der „**Genfer Initiative**“, reagiert damit auf das Interview des Sharon-Beraters Dov Weissglas am vergangenen Wochenende. Gleichzeitig verwarft er sich scharf gegen die Marginalisierung der palästinensischen Führung. Am Rande der Tagung traf er gemeinsam mit Yossi Beilin den spanischen Außenminister Miguel Moratinos – ehemals EG-Nahostbeauftragte –, den marokkanischen Außenminister Mohammed Ben Issa und den deutschen Innenminister Otto Schily. Sie alle würden die „**Genfer Initiative**“ als Modell für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten unterstützen.

08.10.2004:

In einem von „Haaretz“ veröffentlichten Interview erklärt Ariel Sharons wichtigster Berater Dov Weissglas, dass die Bedeutung des von Sharon vorgelegten Rückzugsplans aus dem Gazastreifen darin liege, den Friedensprozess zu stoppen. „Wenn man den Prozess einfriert, verhindert man die Gründung eines palästinensischen Staates, eine Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem. Das ganze Bündel mit Namen ›palästinensischer Staat‹ ist von unserer Tagesordnung auf unabsehbare Zeit genommen worden.“ Mit dem Rückzugsplan habe Israel seinen Handlungsspielraum wiedergewonnen. „Er zwingt die Welt, sich mit unserer Idee zu befassen, mit dem Szenario, das wir geschrieben haben. Er setzt die Palästinenser unter erheblichen Druck und zwingt sie in eine Ecke, die sie hassen. Er verweist sie in eine Situation, in der sie ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen müssen. Es gibt keine Entschuldigungen mehr. Keine Soldaten vergeuden mehr ihre

Zeit. Und zum ersten Mal haben sie [die Palästinenser] ein Stück Land [den Gazastreifen] unter absoluter Kontrolle, wo sie mit ihrem Ferrari von einem Ende zum anderen rasen können. Und dabei wird sie die ganze Welt beobachten – sie, nicht uns. Die ganze Welt wird fragen, was sie mit diesem Stück Land zu tun gedenken.“ Im Gegensatz zu „Judäa und Samaria“ [der Westbank] sei der Gazastreifen für Sharon kein Gebiet von nationalem Interesse. Ausgehend vom Verzicht auf den Gazastreifen könnten von den 240.000 Siedlern [8.000 im Gazastreifen, der Rest in Teilen der Westbank, die aufgegeben werden müssten] 190.000 Siedler in den Siedlungsblöcken der Westbank bleiben. Dafür gebe es erstmals eine amerikanische Zustimmung. Die Alpträume der Siedler seien beendet, und dafür sollten sie, statt zu protestieren, aus Dankbarkeit um das Amt des Ministerpräsidenten herum tanzen. Denn er, Weissglas, habe mit den Amerikanern verabredet, dass über einen Teil der Siedlungen überhaupt nicht verhandelt werde, während die Befassung mit dem anderen Teil erst dann beginne, wenn die Palästinenser zu [friedlichen] Finnen geworden seien. Wenn der Rückzugsplan Sharons aus innenpolitischen Gründen scheitere, sei eine Tragödie für Israel zu befürchten: Die Welt werde sich abwenden, weil sie die Geduld verloren habe, und ein terroristischer palästinensischer Staat werde entstehen.

Zur näheren Begründung führt Weissglas aus, dass die wirtschaftliche Lage Israels stagniere, dass die „**Genfer Initiative**“ breite Unterstützung finde und dass die Briefe von Offizieren und Piloten, die den Dienst in den palästinensischen Gebieten verweigern wollten, Eindruck hinterlassen hätten. „Das sind keine verrückten Kinder mit Pferdeschwanz, einem Ring in der Nase und nach Drogen riechend, sondern unsere besten jungen Leute.“ Yasser Arafat sei wie George W. Bush so gut wie tot, nachdem der Präsident verstanden habe, dass Arafat entgegen seinen tausend Beteuerungen den Terror finanziell unterstütze. Nach dem 11. September 2001 habe Israel kein Problem gehabt, Washington davon zu überzeugen, dass es keinen palästinensischen

Verhandlungspartner gebe, besonders nachdem Arafat Machmud Abbas („Abu Mazen“) aus dem Amt des Ministerpräsidenten vertrieben habe, der eine Reform der Sicherheitsdienste wollte. Da ein Teil des palästinensischen Terrorismus auf religiöse Überzeugungen zurückzuführen sei, würde ihn ein palästinensischer Staat nicht beenden. Deshalb müsse der „Sumpf des Terrorismus“ ausgetrocknet werden, bevor der politische Prozess beginnen könne. Weil die „Road Map“ diese Reihenfolge nenne, habe ihr Sharon zugestimmt. Yossi Beilin, Vorsitzender von „Meretz/Yachad“, antwortet, dass nicht Arafat, sondern Sharon kein Partner für den Frieden sei. Der Sprecher des US-State Department verwahrt sich gegen die Aussage von Weissglas, dass die Absage an den Friedensprozess mit Washington abgesprochen sei. Außenminister Colin Powell will keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass sich die israelische Regierung an die „Road Map“ hält.

Ein von Algerien in den UN-Sicherheitsrat eingebrachter Resolutionsantrag scheitert, in dem Israel zur sofortigen Einstellung seiner Militäroffensive im Norden des Gazastreifens aufgefordert wird, am Veto der USA. Deutschland, Großbritannien und Rumänien enthalten sich der Stimme. Israels UN-Botschafter Dan Gillerman erklärt, dass der Entwurf die Opfer und nicht die Angreifer verurteilen würde.

„Haaretz“ berichtet von einer Meinungsumfrage unter den palästinensischen Staatsbürgern, die zu dem überraschenden Ergebnis kommt, dass genau die Hälfte der Befragten für die Zusammenarbeit mit „Parteien der zionistischen Linken“ sei. Wäre nach der „israelischen Linken“ gefragt worden, wäre Zustimmung größer ausgefallen. Viele Wähler seien den Streit unter den arabischen Parteien leid und würden sich anstelle der Verhandlungen unter den Führungsfiguren mit ihren eigensüchtigen Vorstellungen Vorwahlen wünschen. Der Chefredakteur der Zeitung „al-Wahali“, Salem Jubran, sieht sich in seiner These bestätigt, dass die arabischen Wähler nicht am politischen Isolationismus

interessiert seien. Dass sich 43 Prozent für die Zusammenarbeit mit einer zionistischen Partei aussprechen, sei ein Zeichen der Klugheit, denn eine arabische Partei allein könne das System nicht beeinflussen. Nach Aussage eines Beobachters könne die Arbeitspartei, wenn sie sich ohne Ehud Barak von Grund auf neu orientiere, die arabischen Stimmen zurückgewinnen.

Der Israel-Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen", Jörg Bremer, berichtet, dass mehrere arabische Länder Kontakt zu „ Hamas“ aufgenommen haben, um Aufklärung über die Raketenangriffe auf südisraelische Städte wie Sderot zu bekommen. Ein „ Hamas“-Sprecher bestätigte die Anfragen.

07.10.2004:

Israelische Kommentatoren halten es für unwahrscheinlich, dass „ Hamas“ für die drei Attentate in Taba und auf der Sinai-Halbinsel verantwortlich ist, weil die „ Islamische Widerstandsbewegung“ die Konfrontation mit den ägyptischen Sicherheitskräften scheue. Dagegen seien die Angriffe möglicherweise auf ägyptische Islamisten zurückzuführen, welche die Behörden herausfordern wollten. Bei den Attentaten kamen nach bisheriger Zählung zwölf Israelis ums Leben, darunter zwei Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft.

06.10.2004:

Die israelische Regierung zieht den Vorwurf zurück, dass Einrichtungen des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) mit palästinensischen Terroristen im Gazastreifen zusammenarbeiten würden. Peter Hansen, dänischer Direktor des Hilfs- und Rehabilitationswerks, den die israelische Regierung zum Rücktritt aufgefordert hatte, beschwert sich in einem Gespräch mit „ Haaretz“, dass seine Mitarbeiter häufig von israelischen Soldaten ungebührlich drangsaliert würden. So sei ein UNRWA-

Ambulanzfahrer vor vier Jahren unter der Beschuldigung, Terrororganisation geholfen zu haben, 26 Monate ohne Verfahren festgehalten worden. Im Mai 2004 hätten zwei Minister der Regierung behauptet, ein UNRWA-Wagen habe israelische Opfer von Terroranschlägen durch die Straßen von Gaza-City spazieren gefahren. Ein anderer Mann habe zwölf Monate in Einzelhaft verbringen müssen. Hansen muss jedoch einräumen, dass „ Hamas“-Mitglieder bei UNRWA mitarbeiten würden. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit sei er heute genauso pro-palästinensisch, wie er sich mit den Juden in Europa während der deutschen Okkupation identifiziert habe.

04.10.2004:

Unter der Überschrift „Israel und Palästina in Europa“ plädiert der in Jerusalem lehrende Politologe Baruch Kimmerling in der Wochenendausgabe von „Haaretz“ für die Aufnahme Israels und Palästinas in die Europäische Gemeinschaft. Im Blick auf die innereuropäischen Auseinandersetzungen um einen Beitritt der Türkei widerspräche sie zwar der Grundkonzeption der Europäer, könnte sie als letzte Phase eines Friedensabkommens à la „**Genfer Initiative**“ oder der „Road Map“ stehen. Damit würden beide Staaten unter einem supranationalen Dach mit offenen Grenzen existieren, und eine solche Regelung würde die demographischen Ängste der Juden und die palästinensische Forderung nach Rückkehr der Flüchtlinge zerstreuen. Europa selbst würde aufhören, ständig zwischen den Stühlen zu sitzen.

01.10.2004:

In einem persönlich gehaltenen Brief informiert Michael Lerner, Chefredakteur der amerikanisch-jüdischen Monatszeitschrift „Tikkun“, dass fast achtzig Prozent der amerikanischen Juden bei den Präsidentschaftswahlen am 2. November John Kerry wählen dürften. Gleichzeitig bedauert Lerner, dass Kerry keine starke

positive Vision zu den Themen Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Gesundheit vorträgt, sondern sich auf die Wechselwähler verlasse. Diese Strategie sei problematisch, weil Amerikaner ungern eine politische Führung mitten in einem Krieg abwählen, es sei denn sie seien davon überzeugt, dass der Präsident einen ungerechten Krieg führe. Kerry wolle sich jedoch als ein Kandidat präsentieren, der im Falle seiner Wahl den Krieg im Irak wirkungsvoller führen werde. Deshalb erscheine Kerry vielen Amerikanern als eine opportunistische „Bush lite“-Ausgabe. Dieser Eindruck ver helfe seinen politischen Gegnern zu leichten propagandistischen Erfolgen.

September 2004

30.09.2004:

93 Prozent der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen unterstützen nach Angaben des „Palestinian Center for Policy and Research“ den Aufruf zu grundlegenden Reformen der Autonomiebehörde, aber nur 51 Prozent glauben an die Ernsthaftigkeit Yasser Arafats, die Wende zu vollziehen. 36 Prozent der Befragten machen eher die Autonomiebehörde denn Israel für das anhaltende Chaos der letzten Monate verantwortlich, im März 2004 waren es 25 Prozent. 49 Prozent verlangen den Rücktritt von Ministerpräsident Achmed Qureia.

In einem Kommentar befürchtet der Israel-Korrespondent des Berliner „Tagesspiegel“, dass die „**Genfer Initiative**“ als eine bedeutungslose Fußnote in die Geschichte des Konflikts einzugehen drohe, weil die Protagonisten auf beiden Seiten am äußersten und daher einflusslosen Rand der politischen Szene angesiedelt seien.

29.09.2004:

Nach Angaben der „Palästinensischen Zentralen Wahlkommission“, welche die Ost-Jerusalem Zeitung „al-Quds“ („Die Heilige [Stadt Jerusalem]“) veröffentlicht, haben sich bislang 600.000 Palästinenser in das Register für die kommenden Wahlen eingetragen. Das entspricht rund 35 Prozent aller Wahlberechtigten, wobei die Eintragungen im Gazastreifen bei lediglich 27 Prozent liegen.

Israels Verteidigungsminister Shaul Mofaz schließt sich der Einschätzung von Generalstabschef Moshe Yaalon an, dass es im Falle des Rückzugs aus dem Gazastreifen nicht zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen werde. Der Rat der Siedler werde sich vernünftig verhalten und lediglich zu gewaltfreiem Widerstand aufrufen.

Nach israelischen Medienberichten hat die Generaldirektorin des israelischen Erziehungsministeriums Ronit Tirosh bestätigt, dass nach wie vor die Ernennung von Lehrern, Direktoren und Aufsichtspersonen im arabischen Bildungssektor dem Inlandsgeheimdienst „Shin Bet“ zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Da alle anderen Aspiranten aufgrund ihres Militärdienstes diese Prozedur hinter sich hätten, bedürfe es bei ihnen keiner Wiederholung. Das „Rechtszentrum für die arabische Minderheit in Israel (Adalah)“ hat vor dem Obersten Gericht gegen dieses Verfahren Klage eingereicht. Es verweist unter anderen auf die Grundgesetze über den Schutz der menschlichen Würde von 1992 und über die Berufsfreiheit von 1994. Kommentatoren befürchten, dass die Autorität der Lehrer in den Augen von Schülern und Eltern beschädigt wird, wenn diese merken, dass seine Einstellung anderen als pädagogisch-professionellen Maßstäben unterliegt.

28.09.2004:

Nach Angaben von Mustafa Barghouti sind, wie Jörg Bremer in der „Frankfurter Allgemeinen“ berichtet, seit dem Ausbruch der „Al-Aqza-Intifada“ vor genau vier Jahren 3384 Palästinenser ums Leben

gekommen. Davon waren 82 Prozent Zivilisten, zu denen 621 Jugendliche unter 17 Jahren gehörten. Israel habe 424 Palästinenser gezielt liquidiert, darunter 186 Personen, die sich zufällig am Tatort befanden. Nach israelischen Angaben kamen 1017 Israelis ums Leben, darunter 703 Zivilisten und 314 Uniformierte.

26.09.2004:

Der 42jährige „ Hamas“-Führer Ezzedin Subhi al-Khalil wird in Damaskus bei einer Operation des israelischen Auslandsgeheimdienstes „ Mossad“ getötet. Khalil, der als „ rechte Hand“ des „ Ingenieurs“ Yachia Ayash galt, aber nicht in die Spitze der „ Hamas“-Führung aufstieg, gehörte zu jenen 415 Islamisten, die Mitte Dezember 1992 von Israel in den Süden Libanons deportiert worden waren. Der seit einem missglückten Attentat, das der israelische Geheimdienst 1997 in Amman verübte, in Damaskus lebende Khaled Meshal⁵ hat nach syrischen Informationen das Land verlassen und soll neues Quartier in einem anderen arabischen Staat suchen. Die syrische Regierung soll auf US-amerikanischen Druck alle palästinensischen Büros geschlossen haben.

22.09.2004:

Der anderthalbtägige Generalstreik in Israel geht zu Ende. Ausgelöst hatten ihn städtische Angestellte wegen ausstehender Gehälter, denen sich Ämter, Flug- und Seehäfen, Banken, Krankenhäuser sowie Wasser- und Elektrizitätswerke anschlossen.

Der syrische Verteidigungsminister Hassan Turkmani leitet einen Truppenrückzug aus dem Libanon an. Er soll der drohenden UN-Bestrafung die Spitze brechen; der Sicherheit hatte in der Resolution 1559 den Rückzug fremder Truppen aus dem Libanon verlangt. Von

⁵ Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 155.

den 17.000 sollen 3.000 abgezogen werden, von denen tausend in der Beka'a-Ebene bleiben.

15.09.2004:

In einem Interview mit der Tel Aviver Zeitung „Yediot Achronot“ distanziert sich Ministerpräsident Ariel Sharon von der „Road Map“ des „Quartetts“. Nach Abschluss des geplanten Rückzugs aus dem Gazastreifen sei Israel vom Druck befreit, „andere Pläne aufzunehmen, die für Israel gefährlich wären“. Lange Zeit würde nichts mehr geschehen. Kritiker sehen sich in ihrer Vermutung bestätigt, dass mit dem Abzug aus dem Gazastreifen die israelische Position in der Westbank gestärkt werden soll.

Haggai Matar, Matan Kaminer, Noam Bahat, Adam Maor und Shimri Zameret werden nach einjähriger Haft wegen ihrer Weigerung, Militärdienst in den palästinensischen Gebieten zu leisten, entlassen. Die fünf sind jedoch aufgefordert, sich zu einem „Interview“ am 18. September bei ihrer Einberufungsbehörde einzufinden.

14.09.2004:

Bei der Gegenstimme von Wohlfahrtsminister Zevulun Hammer („Nationalreligiöse Partei“) fällt das zehnköpfige Sicherheitskabinett die Grundsatzentscheidung, im Rahmen des Rückzugs aus dem Gazastreifen den Siedlern Kompensationen bis zu 500.000 US-Dollar pro Familie auszuzahlen. Der Gesamtaufwand wird auf eine Milliarde US-Dollar geschätzt.

13.09.2004:

Finanzminister Benjamin Netanyahu schlägt innerhalb der kommenden vier Wochen ein Referendum vor, „um die Spaltung der Nation zu verhindern“. Ariel Sharon lehnt den Vorschlag ab. Yossi Beilin wendet sich gegen eine Volksbefragung mit dem Argument, dass die Israelis auch nicht zur Besatzungspolitik im Gazastreifen

befragt worden seien. Umfragen zufolge soll die große Mehrheit den Rückzug aus dem Gazastreifen befürworten. Gegen den Widerstand des Vorsitzenden Effi Eitam, der am 12. September an der Demonstration in Jerusalem als Redner beteiligt war, beschließt das Zentralkomitee der „Nationalreligiösen Partei (NRP)“ in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit, vorerst in der Koalition zu bleiben. Die größte Sünde, so Eitam, bestehe darin, dass die NRP in eine Regierung mit „Shinui“ und mit „Likud“ eingetreten sei, die allem, was Juden heilig sei, mit Hass begegne und darauf herumtrampole. Der spirituelle Mentor der Partei, der frühere sefardische Oberrabbiner Mordechai Eliyahu, soll sich ebenfalls gegen die Fortsetzung der Koalition ausgesprochen haben.

Bundesinnenminister Otto Schily verteidigt anlässlich seiner Teilnahme an einem internationalen Antiterrorismus-Kongress in Herzliya im „Deutschlandfunk“ die Sperranlage in der Westbank. „Dass Israel versucht, hier einen Schutzzaun zu errichten, der übrigens seine Wirkung tut, ist verständlich.“

12.09.2004:

In Jerusalem protestieren rund 50.0000 meist junge Siedler gegen Ariel Sharons Rückzugspläne. Sie werfen ihm vor, sich vom Volk entfernt zu haben und als Diktator zu regieren.

07.09.2004:

Die israelische Zeitung „Maariv“ („Abend“) meldet unter Berufung auf die in London erscheinende arabische Zeitung „al-Hayyat (Das Leben)“, dass Syriens Präsident Bashar Assad ernsthaft an der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel über die Zukunft der Golanhöhen interessiert sei. Israelische Sicherheitskreise führen die Bereitschaft Assads auf den US-amerikanischen Druck zurück und fordern die Regierung in Jerusalem auf, ihrerseits vertrauensbildende Schritte zu unternehmen.

In Anwesenheit des Tel Aviver Bürgermeisters Ron Huldai („Likud“) erhält Uri Avnery für sein journalistisches Lebenswerk seinen ersten israelischen Preis. Er ist nach dem Journalisten und zeitweiligen Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Nachum Sokolow (1859 – 1936) benannt und wird für besondere journalistische Leistungen verliehen. Die Jury betont, dass sie sich nicht mit der politischen Arbeit Avnerys befasst habe.

04.09.2004:

Yasser Arafat lässt den Einschreibungsprozess für die allgemeinen Wahlen anlaufen, die im Frühjahr 2005 stattfinden sollen. In der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen sind nach Angaben der Wahlkommission rund 1,8 Millionen Palästinenser stimmberechtigt. Neun Parteien haben ihre Teilnahme angekündigt, darunter „ Hamas“, „Islamischer Dji had“ und die „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“, welche die ersten Wahlen im Januar 1996 boykottierten. „ Hamas“ erklärt, dass die Einschreibung in die Wahllisten eine nationale und islamische Pflicht sei, um Veränderungen und Reformen in Gang zu bringen; bislang hatte sich „ Hamas“ nur an Wahlen zu Studentenparlamenten und Berufsverbänden beteiligt. Die erste Runde der Kommunalwahlen soll am 9. Dezember in 36 der 128 Städte und Dörfer beginnen. Die letzten Wahlen in der Westbank hatten 1976 stattgefunden. Damals war die PLO als Sieger in den Städten hervorgegangen.

02.09.2004:

Die rund 3000 palästinensischen Häftlinge, die am 15. August in israelischen Gefängnissen einen Hungerstreik begannen, beenden ihn nach Verhandlungen mit den Gefängnisbehörden. Sie hatten ein Ende der Leibesvisitationen, die Erweiterung der Besuchsrechte für Familienangehörige und bessere sanitäre Anlagen gefordert.

01.09.2004:

Aus Protest gegen Yasser Arafats Pflichtvergessenheit hat das vorläufige palästinensische Parlament, der „Palestinian Legislative Council“, die für den 7. September vorgesehene Herbstsitzungsperiode um einen Monat verschoben. „Wir sind besorgt, dass niemand die Entscheidungen des Parlaments ernst nimmt“, erklärt PLC-Präsident Rawhi Fattuh.

August 2004

25.08.2004:

Ze'ev Schiff setzt sich in der hebräischsprachigen Wochenendausgabe von „Haaretz“ kritisch mit den Autoren der „**Genfer Initiative**“ auseinander, weil sie die im Dokument ausgesparten Artikel 12 bis 14 (Wasser, Wirtschaftsbeziehungen und rechtspolitische Zusammenarbeit) noch nicht bearbeitet haben.

Da Shimon Peres die Arbeitspartei unbeirrt in eine Regierung mit dem „Likud“ führen will, obwohl deren Parteitag eine solche Koalition abgelehnt hat, verlangt Gideon Samet in einem „Haaretz“-Kommentar den Rücktritt Peres' oder die Zusammenarbeit mit Yossi Beilins „Meretz/Yachad“ mit dem Ziel, den Rückzug aus dem Gazastreifen durchzusetzen oder Neuwahlen zu verlangen.

22.08.2004:

„The Jewish Week“, New York, berichtet von einer Meinungsumfrage unter 817 amerikanischen Juden im Juli. Danach führt John Kerry im Rennen um die Präsidentschaft gegenüber Präsident George W. Bush mit 75 zu 22 Prozent. Bei der Umfrage nennen nur fünfzehn Prozent Israel als „das wichtigste Thema“ für ihre kommende Entscheidung, an der Spitze stehen „Terrorismus und Sicherheit“,

„Wirtschaft und Arbeitsplätze“, „erschwingliche Gesundheitsfürsorge“ und „die Lage im Irak“. Zu den Gründen, warum Israel auf den hinteren Rängen landet, nennen die Analysten die geringe emotionale Bindung unter jungen Juden und das wachsende Unbehagen unter liberalen Juden an Israel. Auch schwache religiöse Überzeugungen werden dazu gerechnet.

20.08.2004:

Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz warnt Ariel Sharon vor möglichen „weitreichenden Sanktionen“ der internationalen Gemeinschaft, falls die Regierung das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag ignoriere. Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem fordert die Regierung auf, binnen eines Monats eine Erklärung zu dem Gutachten abzugeben.

18.08.2004:

Die mit Spannung erwartete Rede Yasser Arafats vor dem palästinensischen Parlament („Legislative Council“) in Ramallah ist überwiegend mit Enttäuschung und Empörung aufgenommen worden, weil Arafat nur am Rande auf Korruption und Misswirtschaft einging. Der Abgeordnete Mustafa Barghouti bezeichnet Arafats Rede als völlig unakzeptabel. Die Abgeordnete Hanan Ashrawi erklärt, Arafat könne „die beste Rede halten, und nichts kommt dabei heraus“. Für den Soziologen Khalil Shikaki (Ramallah) ist die Rede „leer“ gewesen.

Ministerpräsident Ariel Sharon erleidet auf dem Parteitag des „Likud“ in Tel Aviv zwei Abstimmungsniederlagen. Zum einen stimmt die Mehrheit gegen eine Koalition mit der Arbeitspartei. Zum anderen verweigert sie Sharon freie Hand, mit „jeder zionistischen Partei“, das heißt die antizionistische „Vereinigte Tora-Partei“ von der Regierungsbeteiligung auszuschließen, eine Koalition einzugehen.

15.08.2004:

Rund 1500 palästinensische Sicherheitsgefangene in Israel beginnen einen unbefristeten Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen. Er wird von „ Hamas“ und „Islamischem Dji had“ angeführt, doch schließen sich auch „Fatah“ und mit ihr der in israelischer Haft wegen sechsfachen Mordes inhaftierte Marwan Barghouti dem Streik an.

05.08.2004:

Israel und die EU einigen sich, dass Waren aus den Siedlungen künftig nicht mehr steuerfrei nach Europa importiert werden. Alle Güter aus Israel und den palästinensischen Gebieten sollen mit einer genauen Ortsbezeichnung ausgezeichnet werden.

03.08.2004:

Die niederländische EU-Ratspräsidentschaft hat israelische Pläne für den Bau von weiteren 600 Wohneinheiten zwischen Jerusalem und Maale Adumim kritisiert, weil sie im Gegensatz zum Inhalt als auch zum Geist der „Road Map“ stünden. Nach israelischen Angaben sei die Entscheidung jedoch schon vor anderthalb Jahren erfolgt, so dass sie von der „Road Map“ nicht tangiert werde. Nach Gespräche mit dem US-Gesandten Elliot Abrams distanziert sich Sharon von den Bauplänen.

02.08.2004:

In seinem Beitrag „Im Schatten des großen Trennungswalls“ schreibt der Herausgeber der palästinensischen Literaturzeitung „Al-Karmel“, Hassan Khader, in der „Süddeutschen Zeitung“: „Was die Gesellschaft überhaupt noch aufrecht erhält, ist ihr historisch geschärfter Überlebenstrieb, er zeigt sich in einem freiwilligen und ausgeklügelten System familiärer und gesellschaftlicher Solidarität;

er zeigt sich in der absoluten und endgültigen Ablehnung der Besatzung; er zeigt sich in der starken nationalen Identität und in einem ausgeprägten Unternehmersinn.“ Zugleich beklagt Khader einen ängstlichen intellektuellen Diskurs über die „konkurrierende(n) Flügel eines korrupten und eigentlich nicht mehr existenten Regimes, die sich im Namen von Reformen bekriegen“.

01.08.2004:

Die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen greifen vom Gazastreifen auf die Westbank über. In Nablus werden vorübergehend vier Ausländer entführt, in Jenin stürmen angebliche Arafat-Anhänger ein Haus, in dem rund siebzig Abgeordnete und ranghohe „Fatah“-Funktionäre eine Versammlung abhalten, bei der über einen Brief an Yasser Arafat mit Klagen über die Gesetzlosigkeit und die Korruption debattiert wird. Ministerpräsident Achmed Qureia ruft die Bevölkerung zur nationalen Geschlossenheit auf.

Der ehemalige Sicherheitschef im Gazastreifen Mohammed Dahlan übermittelt Yasser Arafat ein Ultimatum. In einem Interview mit der kuwaitischen Zeitung „al Watan“ („Das Vaterland“) und jordanischen Chefredakteuren räumt er dem Präsidenten bis zum 10. August Zeit für die Reformen der Autonomiebehörde ein. Ansonsten würden 30.000 Palästinenser im Gazastreifen auf die Straße gehen. Alle fünf Milliarden US-Dollar, die das Ausland der Autonomiebehörde überwiesen haben, seien „den Bach runtergegangen, und wir wissen nicht, wohin“. Arafat sitze auf den Leichen und Trümmern der Palästinenser, während die Bevölkerung einen neuen Anlauf brauche. Die Lage vertrage keine Korruption mehr. Außerdem fordert Dahlan Arafat auf, die Suprematie des Parlaments anzuerkennen.

Nathan Gutman sagt in „Haaretz“ voraus, dass George W. Bush und John Kerry, würde letzterer am 2. November gewählt, die

vorbehaltlose pro-israelische US-Politik fortsetzen würden. Bush und Kerry seien in Sachen Nahostkonflikt Zwillinge, auch wenn sich Kerry zur „**Genfer Initiative**“ positiv geäußert und die Trennungsmauer als problematisch bezeichnet habe. Inzwischen nenne er die Mauer „legitim“ und erwähne die „**Genfer Initiative**“ nicht mehr. Gutman erinnert aber auch daran, dass Bush in seiner zweiten Amtsperiode freier in seinen politischen Gestaltungsräumen sei, während Kerry die demokratische Tendenz fortführen könnte, sich intensiv mit dem Nahostkonflikt zu beschäftigen.

Juli 2004

31.07./01.08.2004:

Nach Angaben der für die Einwanderung zuständigen „Jewish Agency“ sind im Jahr 2000 rund 60.000, ein Jahr später rund 35.000 und 2003 rund 24.000 Juden nach Israel eingewandert, in den ersten sechs Monaten 2004 seien es 9.000 gewesen, berichtet Thorsten Schmitz in der „Süddeutschen Zeitung“. Davon kamen jeweils etwa tausend Personen aus Frankreich. Die Zahl der Einwanderer aus Russland, der Ukraine und Georgien sinke ständig. Waren es 2002 noch 18.500 Personen, so kamen 2003 nur noch 12.500. Da die Berufschancen und die Hilfen zur sozialen Eingliederung in Deutschland besser seien, würden viele dieses Land vorziehen.

30.07.2004:

Bei einer Versammlung seiner Partei deutet Ministerpräsident Ariel Sharon den Besitz von Atomwaffen an.

28.07.2004:

Rudolph Chimelli berichtet in der „Süddeutschen Zeitung“, dass nach einer Untersuchung der in Paris beheimateten Organisation „Reporter ohne Grenzen“ für das Jahr 2003 Nordafrika und der Nahe Osten „die Region mit der geringsten Pressefreiheit“ sei. Seit dem krieg im Krieg hätten die Regimes aus „Sorge um ihr Image und angesichts einer öffentlichen Meinung, die den krieg überwiegend ablehnte, ... die Kontrolle über die Presse verschärft“.

26.07.2004:

Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia zieht endgültig sein Rücktrittsgesuch zurück, nachdem Yasser Arafat Reformen im Sicherheitsapparat zugesagt hat.

In einem Kommentar zur UN-Resolution über die israelische Trennmauer schreibt der frühere Direktor des „Jaffee Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv, Yossi Alpher, in der Internet-Zeitung „bitterlemons“, dass die jüngsten israelischen Erfolge bei der Bekämpfung palästinensischer Terrorakte, die auch auf die Sperrmauer zurückzuführen seien, die Regierung paradoxerweise daran hindere, aktuelle Bilder von ermordeten Israelis als Propagandamittel einzusetzen.

25.07.2004:

Mit einer über neunzig Kilometer langen Menschenkette von der Siedlung Nissanit im „Katif-Block“ des nördlichen Gazastreifens bis in die Altstadt Jerusalems protestieren nach Polizeiangaben 130.000 Israelis gegen die Abzugspläne Sharons. Rund ein Viertel der Knesset-Abgeordneten hatte sich zur Teilnahme an der Demonstration angemeldet. Begleiter berichten, dass säkulare Israelis nicht zu den Teilnehmern gehören, was den Riss durch die Gesellschaft dokumentiere. Außenminister Silvan Shalom empfängt rund tausend „Likud“-Mitglieder, unter ihnen die Minister Uzi Landau und Natan Sharansky, und lehnt ihnen gegenüber die Bildung einer

Koalition unter Einschluss von „Shinui“ („Wandel“) und der Arbeitspartei ab. Ministerpräsident Ariel Sharon warnt seine innerparteilichen Widersacher mit den Worten, dass es unvorstellbar sei, weiterhin ein Ministeramt zu bekleiden, wenn sie seine politischen Entscheidungen ablehnen; sie seien ohne Alternative. Sharon zeigt sich jedoch zu Kompromissen im Falle der Rückzugspläne bereit. Hans-Christian Rößler berichtet in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 27. Juli, dass Beauftragte der Regierung, die für die Evakuierung Sorge tragen sollen, von Siedlern im „Katif-Block“ als „Kapos“ und „Judenräte“ beschimpft werden. Die Siedler selbst hätten KZ-Uniformen in Auftrag gegeben und in Deutschland nach einem Kübelwagen der Wehrmacht gesucht. Mit den Klängen von Richard Wagner sollen vor israelischen Soldaten die Vertreibungen während des Zweiten Weltkrieges nachgespielt werden. Solche Bilder werde keine israelische Regierung überleben.

24.07.2004:

Israels Minister für innere Sicherheit Tsachi Hanegbi befürchtet einen Angriff „extremistischer oder fanatischer Juden“ auf den Tempelberg in Jerusalem, der von einer unbemannten „Drohne“ ausgeführt werden könnte. Hanegbi erklärt im Fernsehen, dass der Anschlag darauf abziele, den geplanten Rückzug aus dem Gazastreifen und vier Siedlungen im Norden der Westbank zu verhindern und eine „Kettenreaktion“ der Gewalt auszulösen. Andere befürchten ein Blutbad und einen „echten heiligen Krieg der Muslime gegen die Juden“, der auch die Existenz Israels bedrohe. Dagegen bezeichnet der in Kiryat Arba lebende Ultranationalist Elyakim Haetzni einen Anschlag auf den Tempelberg als eine „würdige Tat“. Angesichts der geplanten Auflösung von Siedlungen sei es „natürlich, dass die Leute jeden Weg suchen, die Katastrophe abzuwenden“.

20.07.2004:

Die UN-Vollversammlung begrüßt mit 150 zu sechs Stimmen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 09. Juli und fordert Israel zum Abriss der Sperrmauern auf. Die USA votieren gegen die Entschließung, der Block der Europäischen Union schließt sich der Mehrheit der Stimmen an, nachdem sich viele EU-Staaten am 9. Dezember 2003 der Stimme enthalten hatten, als die UN-Vollversammlung ein Gutachten in Den Haag bestellte. Nach Ansicht des EU-Beauftragten für auswärtige Angelegenheiten, Javier Solana, unterstreicht das einstimmige Votum die Geschlossenheit Europas auch nach der Erweiterung um zehn weitere Mitglieder. Gleichzeitig verwahrt sich Solana gegen Vorwürfe, palästinensische Terrorakte nicht ernst zu nehmen. Europa wende sich nicht gegen die Sperrmauer an sich, sondern nur gegen ihren Verlauf. Im übrigen solle sich Israel nicht ausschließlich auf die USA stützen. Nach Auffassung der israelischen Regierung hat die EU mit ihrem Stimmverhalten den Anspruch auf eine ernsthafte politische Rolle im Nahen Osten disqualifiziert. Außenminister Joschka Fischer widerspricht dieser Einschätzung.

Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia zieht sein Rücktrittsgesuch „vorläufig“ zurück, um bei der Suche nach einem Ausweg aus der palästinensischen Führungskrise mitzuhelfen. Yasser Arafat könne nicht länger nach Belieben Posten mit Personen besetzen, denen er vertraue, schreibt Hans-Christian Rößler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, und nicht mehr länger auf die alten Garde aus der Zeit des Exils bauen. Viele Palästinenser würden Korruption und Vetternwirtschaft nicht mehr widerstandslos hinnehmen.

19.07.2004:

Yasser Arafat widerruft die Ernennung seines Neffen Musa als Sicherheitschef im Gazastreifen.

Israels Verteidigungsminister Shaul Mofaz wiederholt seine Auffassung, dass es ein Fehler gewesen sei, Yasser Arafat nicht zu vertreiben.

Ein israelischer Bezirksrichter, der die Autonomiebehörde mehrfach zur Zahlung von Entschädigungen für Hinterbliebene von Anschlägen aufgefordert hatte, wird in Tel Aviv auf offener Straße erschossen.

Nachdem Ariel Sharon die französischen Juden angesichts antisemitischer Vorfälle in ihrem Land zur Auswanderung nach Israel aufgefordert hat, lässt Staatspräsident Jacques Chirac schriftlich ausrichten, dass Sharon zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Paris nicht willkommen sei. Der Sprecher des Pariser Oberrabbinats distanziert sich von Sharons Empfehlung. Ihm schließt sich der Repräsentativrat der jüdischen Organisationen (Crif) an, der sich die „Einmischung“ Sharons verbittet. Im ersten Halbjahr 2004 sind vom französischen Innenministerium 510 antisemitische Übergriffe gezählt worden, ein Jahr zuvor waren es des 593 Fälle.

18.07.2004:

Angehörige der zu „Fatah“ gehörenden „al-Aqza-Brigaden“ stürmen das Hauptquartier des palästinensischen Sicherheitsdienstes in Gaza-Stadt, eröffnen das Feuer auf das Wachpersonal, brennen das einstöckige Gebäude nieder und zertrümmern das Mobiliar. Das vierstündige Krisengespräch zwischen Yasser Arafat und Achmed Qureia in Ramallah geht ergebnislos zu Ende. Qureia hält an seinem Rücktrittsgesuch fest.

Die israelische Regierung verlängert ein Gesetz, das es mit Israelis verheirateten Palästinenserinnen verwehrt, deren Staatsbürgerschaft zu erhalten.

In einem Gastbeitrag für „Haaretz“ verwehrt sich Moshe Halbertal, Professor für Jüdisches Denken und Philosophie in Jerusalem, gegen die Verwendung des Begriffs „Transfer“ für den Fall der Evakuierung von Siedlern. Im Gegensatz zu den Erfahrungen der jüdischen Geschichte blieben sie israelische Staatsbürger und würden nicht zu Flüchtlingen.

17.07.2004:

Ministerpräsident Achmed Qureia reicht seinen Rücktritt ein und spricht von einem „chaotischen Zustand“ im Gazastreifen. Yasser Arafat weist das Rücktrittsgesuch zurück und verspricht eine grundlegende Reform der Sicherheitsdienste. Als er seinen Neffen Musa Arafat, der mit dem „Raís“ 1994 aus Tunis zurückkehrte, dem zum neuen Sicherheitschef im Gazastreifen ernannt und das Gebäude des palästinensischen Fernsehens und Rundfunks sowie das Polizeihauptquartier besetzen lässt, protestieren Tausende Palästinenser in den Straßen von Gaza-Stadt und werfen ihm wie seinem Vorgänger schwerwiegende Korruptionsanfälligkeit vor. Musa Arafat, dem während seiner Amtszeit als Chef des militärischen Aufklärungsdienstes ausufernde Gewalt gegen Untersuchungshäftlinge, „ Hamas“-Aktivisten und oppositionelle Gruppen vorgeworfen worden ist, soll ein erbitterter Gegner von Mohammed Dahlan sein, dem ehemaligen Sicherheitschef im Gazastreifen und Innenminister in der Autonomiebehörde; Dahlan war im Zuge des Rücktritts von Machmud Abbas („Abu Mazen“) im Oktober 2003 aus dem Amt entfernt worden. Der Generalsekretär von „Fatah“, Achmed Khals, beschuldigt die Demonstranten des Versuchs, eine alternative politische Führung mit Hilfe Israels zu etablieren.

In einem Gespräch „Die neue Berliner Mauer muss verschwinden“ mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ beschwert sich Yasser Arafat darüber, dass Israel auch nach einem Abzug aus dem

Gazastreifen, die Grenze zu Ägypten, die Wasserressourcen, den Luftraum und die Übergänge zur Westbank kontrollieren wolle.

16.07.2004:

Der Kommandeur der palästinensischen Polizei im Gazastreifen, Ghazi Djabali, wird von „Fatah“-Angehörigen vorübergehend entführt, die ihm Korruption vorwerfen und Reform der Sicherheitsdienste verlangen. Außerdem werden vier Franzosen entführt, für eine Hilfsorganisation arbeiten, und später freigelassen. Die Demonstranten sollen dem 1961 in Gaza geborenen Mohammed Dahlan nahe stehen. Zwar hat Dahlan vor kurzem die Vetternwirtschaft kritisiert, doch wird auch ihm Korruption nachgesagt. So soll er sich vor kurzem eine sehr teure Villa gekauft haben. Yasser Arafat verhängt über den Gazastreifen den Ausnahmezustand.

13.07.2004:

Obwohl sie Widerstand in der Arbeitspartei artikuliert, stimmt die Führung mit großer Mehrheit für ein Angebot Ariel Sharons, Gespräche mit dem Ziel des Eintritts in die Regierung aufzunehmen, und erteilt Shimon Peres ein Verhandlungsmandat. Voraussetzung der Koalition seien ein definierter Zeitplan für den Rückzug aus dem Gazastreifen sowie Wirtschaftsreformen. Auch im „Likud“ regt sich Widerstand gegen die Beteiligung der Arbeitspartei. Gleichzeitig droht die säkulare Partei „Shinui“ („Wandel“) mit dem Austritt aus der Regierung, sollten die „Sefardischen Torawächter“ („Shas“) und die Partei „Vereinigtes Tora-Judentum“ in die Regierung eintreten. Beide sind von Sharon dazu eingeladen worden. Israelische Medien berichten von neuen Leitlinien des Verteidigungsministeriums, wonach der „Sicherheitszaun“ möglichst nahe an der „Grünen Linie“ (Grenze vor dem Junikrieg 1967) weitergebaut werden und das Leben der Palästinenser nicht unerträglich belasten soll.

11.07.2004:

Gleichsam zur Demonstration, wie wenig der „Sicherheitszaun“ gegen Terrorakte schützt, explodiert in der Nähe des Busbahnhofs in Tel Aviv eine Bombe, die ein Menschenleben und zahlreiche Verletzte fordert. Die „al-Aqza-Brigaden“ übernehmen die Verantwortung. Das letzte Attentat, das von einem britischen Moslem ausgeführt wurde, tötete im April 2003 drei Menschen.

09.07.2004:

Nach Auffassung des Internationalen Gerichtshofs (IGB) in Den Haag sind widersprechen die israelischen Sperranlagen in der Westbank dem internationalen Recht. In ihrem Gutachten, das im Dezember 2003 von der UN-Vollversammlung in Auftrag gegeben worden war, fordern die Richter mit 14 gegen eine Stimme (der Amerikaner Thomas Buergenthal votiert dagegen) Israel auf, den Bau der Mauer zu stoppen und das im Zusammenhang mit der Errichtung der Anlagen beschlagnahmte Eigentum zurückzugeben oder die Besitzer anderweitig zu entschädigen. Israel habe in den palästinensischen Gebieten den Status einer Besatzungsmacht und sei deshalb an das humanitäre Völkerrecht gebunden. Der Wall lasse sich weder durch militärische Bedürfnisse noch durch Erfordernisse der nationalen Sicherheit rechtfertigen. Vielmehr führe die Sperranlage dazu, dass immer mehr Palästinenser ihr Land verließen, so dass sich die demographische Lage zu ihren Lasten verändere. Durch den Wall werde die faktische Annexion vorbereitet. Die Richter weisen die Behauptung zurück, dass sie sich nicht in politische Streitfragen einmischen, sondern eine Rechtsfrage klären würden. Insofern behindere das Urteil nicht den Friedensprozess. Das IGB-Votum hat zwar keine juristische Bindungskraft, wird jedoch allgemein als ein dringendes Signal an die Adresse Israels verstanden, sich an internationale Rechtsnormen zu halten. Das Außenministerium in Jerusalem bezeichnet das Gutachten als „Ergebnis eines tendenziösen und politisch indiskutablen

Prozesses“. Der Gerichtshof sei nicht befugt, sich mit der politischen Auseinandersetzung zu befassen. Abgesehen davon, dass seit der Errichtung des „Zauns“ die Zahl der Opfer drastisch zurückgegangen sei, beweise das Urteil des israelischen Obersten Gerichtshofs vom 30. Juni, „dass kein Anlass zur Einmischung von außen besteht“.

Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia spricht dagegen von einem „historischen Tag“. Ein Rechtsberater der PLO erklärt, dass die Entscheidung von Den Haag den moderaten Kräften unter den Palästinensern Auftrieb geben könne. Die US-Regierung distanziert sich von dem Urteil, weil dem Gericht keine politische Kompetenz zustehe. Gleichzeitig erklärt US-Außenminister Colin Powell, Israel dürfe den Wall nicht vorzeitig als seine endgültige Grenze festlegen. US-Präsidentschaftskandidat John Kerry bezeichnet den Wall als eine legitime Maßnahme zum Schutz der israelischen Sicherheitsinteressen. Die demokratischen Senatoren Hillary Rodham Clinton und Charles Schumer erklären, dass der Wall eine angemessene Reaktion auf den Terrorismus sei. Der Sprecher der Europäischen Kommission hingegen nennt die Sperranlage illegal und fordert Israel auf, sie abzureißen.

08.07.2004:

Shimon Peres erhält den von ihm lang ersehnten Anruf von Ariel Sharon, in dem dieser die Arbeitspartei zum Eintritt in die Regierung einlädt. Peres zeigt sich zu Verhandlungen am 10. Juli bereit, wenn darin die Beschleunigung des Rückzugs aus dem Gazastreifen festgehalten werde. Abgeordnete der Arbeitspartei, so der frühere Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer, weisen darauf hin, dass die Beteiligung an einer „Regierung der nationalen Einheit“ die Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen vermindern werde: Mit welchem eigenständigen politischen Profil, so fragen sie, wollen wir auftreten? Manche Befürchtungen gehen so weit, das Ende der Arbeitspartei zu sehen. Die große Unbekannte in den Spekulationen

um die Nachfolge des 81jährigen Shimon Peres, dem innerparteilich Führungsschwäche vorgeworfen wird, stelle Ehud Barak dar.

06.07.2004:

„Haaretz“-Redakteur Aryeh Dayan beschreibt den unaufhaltsamen Abstieg der Arbeitspartei seit der Ermordung Yitzhak Rabins. Seither haben sich zahlreiche hochrangige Mitglieder wie zuletzt Avraham Burg, der in einem ersten Schritt sein Parlamentsmandat zurückgegeben hat⁶, aus der Partei verabschiedet. Manche von ihnen würden gleichwohl in die Politik zurückkehren, wenn die Partei einen klaren Kurs einschlagen würde, um in der Bevölkerung neuen Rückhalt zu gewinnen. Den Anschluss an die Partei „Yachad-Meretz“ von Yossi Beilin schließen sie aus.

Amira Hass berichtet in derselben Ausgabe von der Niederlage, die „Fatah“ bei den Parteiratswahlen im Gazastreifen seit dem 26. Mai zu verzeichnen hat. Die neuen Mitglieder repräsentierten mehrheitlich die Reformkräfte und forderten von der Führung mehr Demokratie ein. Deshalb habe Yasser Arafat vor einigen Tagen die Aussetzung des Wahlverfahrens verfügen wollen, ohne sich jedoch damit zu durchzusetzen.

Der Direktor der UN-Atomenergiebehörde Mohammed El-Baradei trifft zu Gesprächen in Israel ein. Sie lassen jedoch keine unmittelbaren Fortschritte erkennen, weil die israelische Regierung noch einmal darauf hinweist, dass sie nicht als erstes Atomwaffen einsetzen werde. Die atomare Abrüstung komme erst in Frage, wenn der Friedensprozess mit der arabischen Welt zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen sei. Die nukleare Aufrüstung des Iran bereite die größten Sorgen. Gleichwohl spricht El-Baradei nach Abschluss seines Aufenthalts von einem guten Ergebnis.

⁶ Vgl. die Eintragung am 27.06.2004 in dieser Chronologie.

04.07.2004:

Das israelische Oberrabbinat verkündet, dass es nach jüdischem Religionsgesetz Siedlern verboten sei, Gewalt gegen ihre Evakuierung aus Siedlungen im Gazastreifen und im Norden der Westbank einzusetzen.

Juni 2004

30.06.2004:

Das Oberste Gericht Israel untersagt die Vollendung eines Abschnitts der Trennungsmauer bei Har Homa im Süden Jerusalems. Nach Medienberichten ist bislang ein Viertel des auf 680 geplanten Walls fertiggestellt.

Das israelische Verteidigungsministerium übergibt die Namen von gegenwärtig 28 nicht genehmigten Siedlungsaußenposten in der Westbank an den US-Botschafter in Tel Aviv, Dan Kurtzer. Zwölf von ihnen seien aufgelöst werden, für die restlichen sechzehn würden Genehmigungen ausgesprochen.

29.06.2004:

Das Oberste Gericht Israels bestätigt prinzipiell den sicherheitspolitischen Rang der Trennungsmauer, verlangt aber eine Änderung des Verlaufs auf einer Strecke von dreißig der vierzig Kilometer im Westen und Nordwesten Jerusalems, wo der Wall die palästinensischen Ortschaften Bidu und Beit Lahya mit etwa 35.000 Menschen einkesselt. Wenn er nicht aus Sicherheitserwägungen, sondern aus politischen Gründen errichtet worden sei, widerspreche dieser Akt dem internationalen Recht. „Keine Sicherheit ohne Recht und Gesetz“, erklären die drei Richter. Am 23. Oktober 2003 hatte die Regierung erklärt, dass alle Anstrengungen unternommen

würden, um Störungen des Lebens der Palästinenser zu vermeiden. Fünf von sechs Militärbefehlen zur Landenteignung werden gemäß Gerichtsurteil aufgehoben, die Besitzer müssen für unangemessene Schäden entschädigt werden. Es wird erwartet, dass das Urteil weitreichende Konsequenzen hat. In Kürze soll das Oberste Gericht über ein Teilstück im Nordosten Jerusalems entscheiden, der für mehr als 200.000 Palästinenser „extreme“ Auswirkungen habe. Das Urteil liegt auch in englischer Sprache vor. Für den 9. Juli wird eine Empfehlung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag erwartet, vor dem im Februar eine Anhörung über die Rechtmäßigkeit der Sperrmauer stattgefunden hatte.

„Haaretz“ zitiert einen einflussreichen Rabbiner mit den Worten, dass jeder Israeli vogelfrei sei, der „israelisches Land“ zurückgebe, weil es nicht in die Hände von „Götzendienern“ fallen dürfe.

Frankreichs Außenminister Michel Barnier stattet Yasser Arafat in Ramallah einen Besuch ab und nimmt in Kauf, dass Ministerpräsident Ariel Sharon eine Begegnung mit ihm absagt. Barnier verlangt von Arafat stärkere Reformanstrengungen, um die internationale Isolierung zu vermeiden. Gleichzeitig fordert er Israel zu größeren Friedensanstrengungen auf.

27.06.2004:

Avraham Burg, Abgeordneter der Arbeitspartei seit 1988, übergibt Parlamentspräsident Reuven Rivlin („Likud“) sein Rücktrittsgesuch. Zur Begründung führt Burg politisches Versagen der Knesset an. Nachrücker ist Jalad Majadaleh aus dem arabischen Ort Baqa al-Garbiyeh im sogenannten Kleinen Dreieck. Wie Burg wehrt sich Majadaleh gegen den Eintritt seiner Partei in die Regierung, will aber Sharon so lange unterstützen, solange dieser den Rückzugsplan vorantreibt.

Das Tel Aviver Bezirksgericht verfügt die Ausweisung von Ken O'Keefe mit der Begründung, der US-Staatsbürger sei ein Sicherheitsrisiko. Der Friedensaktivist hatte versucht, den Trennungswall zum Gazastreifen zu überwinden.

Daniel Barenboim erhält in Berlin den Friedenspreis des Bildungszentrums Givat Haviva aus den Händen der Rabin-Tochter Dalia Rabin-Pelossof. In seiner Dankesrede beklagt sich Barenboim über die Intransigenz der israelischen Regierung, findet aber auch harte Worte für die Autonomiebehörde, der er mangelnden Realismus vorhält.

25.06.2004:

Außenminister Joschka Fischer erklärt in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ nach Rückkehr aus den Golfstaaten, dass der „wirtschaftliche Aufbruch und der staatliche Überbau nicht zusammenpassen. Die Frage ist, in welche Richtung wird das gehen? Wird das in neue Konflikte, in Kriege, in Terrorismus führen? Oder gelingt es uns mitzuhelfen, dass sich diese Staaten modernisieren und demokratisieren, damit die Menschen ihre Entwicklungschancen friedlich wahrnehmen?“ Der gegenwärtige Terrorismus in der Region gelte nur vordergründig den USA. „Das eigentliche Ziel ist die arabische Halbinsel. Es geht um die Zerstörung Israels, um die heiligen Stätten, um eine islamistische Revolution.“

Die englische Online-Wochenausgabe von „Al-Ahram“ befasst sich in einem Kommentar mit den politischen Konsequenzen für das Land, nachdem Präsident Hosni Mubarak zum zweiten Mal durch gesundheitliche Probleme zumindest für kurze Zeit ausfällt. Dazu zitiert die Zeitung den „Mann auf der Straße“, der jedoch auf strikte Anonymität bedacht ist. Rainer Hermann weist zusätzlich in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ darauf hin, dass die „Kluft zwischen dem System und den Menschen (...) immer größer“

werde. Die Menschen beklagten ihre Verarmung, und das Land habe seine Vormachtstellung in der arabischen Welt eingebüßt. Die regierende Nationaldemokratische Partei leide unter Sklerose, aber auch die Opposition biete keine politische Substanz, so dass die Moslembrüder die einzige ernsthafte Gefährdung darstellten, auch wenn sie ebenfalls unter der Stagnation der Gesellschaft litten. Entscheidend werde sein, ob sich die Mehrheit der Moslembrüder demokratisieren lasse. Aber auch das Parteiengesetz und die Verfassung müssten reformiert werden. Dazu gehöre die Problematik der „Sharia“ als Hauptquelle der Gesetzgebung.

Der an der Bundeswehr-Universität München lehrende Michael Wolffsohn kommt in einem aggressiv formulierten Essay unter dem Titel „J'accuse“, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, auf seine Legitimierung von Foltermethoden zurück und rechtfertigt sein positives Verhältnis zur Gewalt unter Verweis auf die jüdischen Erfahrungen seit Theodor Herzl und der Shoah: „Wie die Deutschen aus ihrer Geschichte lernten, nie wieder Täter sein und Gewalt anwenden zu müssen, so haben wir Juden gelernt, dass wir Gewalt anwenden müssen, um nicht und nie wieder Opfer zu sein.“ Die Überschrift des Beitrags begründet Wolffsohn mit einem Rundumschlag: Seit seinem umstrittenen „Maischberger“-Interview sei er als Jude einer „Hetzjagd“ ausgesetzt, wobei auch „Angehörige der Bundesregierung (...) einen ihrer Bürger, zumal einen jüdischen, regelrecht zum Abschuss“ freigeben würden. Gezielt hält Wolffsohn Verteidigungsminister Peter Struck die Verletzung seiner Fürsorgepflicht vor, zu dem er „eingeladen“ und nicht „einbestellt“ worden sei. Im Rückblick auf Joschka Fischers Teilnahme an einem PLO-Kongress 1969 und seiner Wandlung zum Freund Israels schreibt Wolffsohn, unter grünem Vorzeichen kopiere Fischer „den einst braunen Staatssekretär der Adenauer-Ära, Hans Globke: projüdische und proisraelische Politik als Wiedergutmachung des vorangegangenen Kontrastprogramms.“

24.06.2004:

Nach den jüngsten Terroranschlägen bietet der saudische Kronprinz Abdullah, der die Regierungsgeschäfte in Saudi-Arabien führt, den Gewalttätern von „al-Qaida“ „zum letzten Mal das Tor zur Vergebung“ an, wenn sie sich innerhalb eines Monats den Behörden stellen. Ansonsten schwört er „bei Gott, dass nichts uns daran hindern wird, mit aller Macht zuzuschlagen“.

23.06.2004:

Das Komitee führender Rabbiner aus der Westbank und dem Gazastreifen veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, dass niemand aktiv an der Auflösung von Siedlungen und der Vertreibung von Juden teilnehmen oder dabei mithelfen dürfe. Der Sprecher des Ausschusses weicht jedoch der Nachfrage aus, ob dieses Verbot auch für Soldaten gelte. Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit in der Knesset, Yuval Steinitz („Likud“), warnt vor einer Spirale der Befehlsverweigerung aus ideologischen Gründen. Selbst der Vorsitzende der Nationalreligiösen Partei, der für seine Gegnerschaft eines Gaza-Rückzugs bekannte Effi Eitam, wendet sich nachdrücklich gegen das Votum des Rabbinerkomitees, sollten Soldaten gemeint sein. Dagegen empfiehlt ein ehemaliger enger Berater Sharons, Uri Elitzur, Soldaten vor Gericht zu stellen, die Befehle zur Auflösung von Siedlungen befolgen. Der Verfasser des Ethikkodex für das Militär, der Tel Aviver Universitätsprofessor Asa Kasher, beklagt, dass die Rabbiner nichts aus dem Mord an Yitzhak Rabin 1995 gelernt hätten.

Der ehemalige Chef des militärischen Geheimdienstes, Generalmajor Uri Saguy, bestätigt Bill Clintons Bemerkung in seiner gerade erschienenen Autobiographie „My Life“, dass der ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanyahu dem Rückzug vom gesamten Golan zustimmen wollte. Netanyahu selbst behauptet heute, dass er nur auf Teile des Golans habe verzichten wollen. Saguy macht

Syrien für das Scheitern verantwortlich, weil es im Gegenzug nicht zur vollen Normalisierung der Beziehungen zu Israel bereit gewesen sei.

Nach Angaben eines hohen israelischen Offiziers ist es der libanesischen „Partei Gottes“ („Hisbollah“) gelungen, die palästinensische Miliz „Tanzim“ des in Israel zu lebenslänglicher Haft verurteilten Marwan Barghouti zu übernehmen, indem sie Finanz- und Ausbildungshilfe leiste.

Mit der Mehrheit von 407 gegen neun Stimmen und drei Enthaltungen billigt das US-Repräsentantenhaus den Briefwechsel zwischen George W. Bush und Ariel Sharon vom 14. April. Nach den Worten des republikanischen Mehrheitsführers Tom DeLay muss sich Israel danach nicht auf die Waffenstillstandsgrenzen von 1949 zurückziehen, außerdem gebe es kein palästinensisches Recht auf Rückkehr. Der US-Senat soll in der kommenden Woche über den Briefwechsel debattieren.

Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht einen Brief der Pressesprecherin für Außenbeziehungen der EU-Kommission, Emma Udwin, in dem sie sich über einen Bericht von „Report München“ beklagt. Das Magazin hatte vor zwei Wochen der Vorwurf erhoben, dass die Autonomiebehörde mit EU-Mitteln terroristische Aktivitäten finanziere. Zwar habe es in der Vergangenheit „einen Mangel an Transparenz in den Finanzen des Büros von Präsident Yasser Arafat gegeben“, doch gehöre die Autonomiebehörde mittlerweile nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu den transparentesten Behörden in der Region. In derselben SZ-Ausgabe stellt IWF-Direktor Thomas C. Dawson klar, dass die Autonomiebehörde nicht IWF-Mitglied sei und dass sich daher der Vorwurf, wonach Teile der im Autonomiehaushalt verschwundenen Mittel IWF-Ursprungs seien, von selbst erledige.

Seymour Hersh berichtet im „New Yorker“ unter der Überschrift „Plan B. As June 30th approaches, Israel looks to the Kurds“, dass Israel bereits im Sommer 2003 Washington davor gewarnt habe, die Grenze zwischen Iran und Irak unkontrolliert offen zu halten, weil zu befürchten sei, dass aus dem Iran soziale und Wohltätigkeitsvereine im Irak Fuß fassen und Unruhe stiften würden. Inzwischen hätten sich diese Befürchtungen durch die Bombardierung der jordanischen Botschaft und des UN-Hauptquartiers in Bagdad bestätigt. Da nach Jerusalemer Auffassung die USA nicht in der Lage seien, den Irak zu stabilisieren oder zu demokratisieren, habe Israel nach anderen Optionen Ausschau gehalten, um seine regionale strategische Position zu wahren. Nach Auskünften, die Hersh von CIA-Angehörigen eingezogen hat, operieren in Kurdistan Israelis als Geschäftsleute und teilweise mit fremden Pässen, was türkische Politiker und Medien auf den Plan gerufen habe. Aus deutschen Geheimdienstkreisen will Hersh erfahren haben, dass der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz einem unabhängigen Kurdistan wohlwollend gegenüberstehe, was wiederum eine türkische Antwort provozieren würde. Nach dem 30. Juni 2004, wenn Washington die Regierungsgeschäfte in Bagdad abgibt, habe Israel vor, ein kurdisches Kommando als Gegengewicht gegen die schiitischen Milizen aufzubauen.

22.06.2004:

Ministerpräsident Ariel Sharon erklärt, dass er zwar den Gesprächen mit Ägypten über dessen Rolle im Gazastreifen große Bedeutung beimesse, dass er auf eine ägyptische Vermittlerrolle oder eine Beteiligung an den Verhandlungen mit den Palästinensern nicht erlauben werde. Der Rückzug aus dem Gebiet bleibe eine unilaterale Angelegenheit.

„Haaretz“ veröffentlicht die Ergebnisse einer Umfrage, wonach 63 Prozent der Israelis für die Ermutigung der arabischen Staatsbürger des Landes zur Auswanderung plädieren. 48 Prozent glauben, dass

diese Staatsbürger gut behandelt würden, während 55 Prozent sie für ein Sicherheitsrisiko halten. Was die 200.000 bis 300.000 ausländischen Arbeitskräfte in Israel anbelangt, so machen 54 Prozent der Israelis sie für die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Misere verantwortlich.

19./20.06.2004:

Der ehemalige SPD-Bundestagesabgeordnete und spätere Medienbeauftragte der OSZE, Freimut Duve, beklagt in der Reihe „Außenansicht“ der „Süddeutschen Zeitung“ die geringer internationale Aufmerksamkeit für „eine ganze andere Wirklichkeit“, die sich in den palästinensischen Gebieten jenseits der Rückzugspläne aus dem Gazastreifen abspiele. Was dort unter dem Vorwand „Sicherheitspolitik“ geschehe, „ist nicht mehr und nicht weniger als die gezielte Vertreibung“ der Palästinenser.

19.06.2004:

„Haaretz“ veröffentlicht ein teilweise konfus verlaufendes Interview mit Yasser Arafat in seinem Büro in Ramallah am 15. Juni, in dem dieser erstmals „definitiv“ Israel als jüdischen Staat anerkennt. Dagegen weigert er sich, genaue Auskunft über die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge zu geben, die Israel im Zuge eines Friedens aufnehmen müsse, und verweist auf 200.000 Flüchtlinge, die unter sehr schweren Bedingungen im Libanon leben. Für sie müsse dringend eine Lösung gefunden werden. Er, Arafat, sei zu einem Abkommen bereit, wenn sich Israel aus 97 oder 98 Prozent der Westbank zurückziehe und dafür im selben Umfang territorial Entschädigung leiste. Die „Klagemauer“ und das Jüdische Viertel in Jerusalem könnten unter israelischer Souveränität bleiben. Nach einem Bericht der hebräischen Ausgabe von „Haaretz“ vom 22. Juni beschuldigt „Hamas“ daraufhin Arafat, die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung 1948 gebilligt zu haben, indem er Israel als jüdischen Staat und israelische Rechte in Ost-Jerusalem

anerkannt habe. Damit schwenke er auf die Vorschläge der „**Genfer Initiative**“ ein. Seit 1974 – damals hatte der Palästinensische Nationalrat neben dem militärischen Kampf auch die politische Auseinandersetzung gebilligt – habe Arafat einen Rückzieher nach dem anderen vollzogen.

Die englischsprachige Wochenausgabe von „al-Ahram“ berichtet von dem sich entwickelnden guten Verhältnis zwischen der Autonomiebehörde und Ägypten, das im Zuge des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen eine positive Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung spielen soll. „ Hamas“-Sprecher Machmud Zahhar wird mit den Worten zitiert, dass seine Organisation nach dem endgültigen Abzug Israels seine Kämpfer in die palästinensischen Sicherheitskräfte integrieren wolle. Für Nabil Shaath, den palästinensischen Außenminister, will Israel mit dem Rückzug seine Stellung in der Westbank konsolidieren, doch weder die Palästinenser noch die Araber und die internationale Gemeinschaft würden dies akzeptieren. Gleichlautend berichtet AP, dass die Autonomiebehörde und militante Gruppen über die gemeinsame Verwaltung des Gazastreifens Gespräche aufgenommen habe, die schriftlich fixiert werden sollen. Gleichzeitig verlange Ägypten von Israel die Einstellung von Gewalthandlungen, um seine einrückenden Sicherheitsberater nicht zu gefährden. Dagegen hat der Druck Kairo auf Yasser Arafat, die palästinensischen Sicherheitsdienste bis Mitte Juni zu reformieren, bislang keine eindeutigen Ergebnisse erbracht. Nach Einschätzung von Ze'ev Schiff, dem Militärexperten von „Haaretz“, zeigen sich die Ägypter erheblich ungeduldig über Arafats Zögern, ohne ihn jedoch unter Druck setzen zu können, weil er nach wie vor die Fäden in der Hand halte und das übrige palästinensische Führungspersonal kontrolliere. Nach Gesprächen mit Arafat am 23. Juni gibt der ägyptische Sicherheitschef General Omar Suleiman der Autonomiebehörde noch einmal zwei Monate für die Reform ihrer Sicherheitsdienste.

In Ramallah eröffnet das dortige Goethe-Institut gemeinsam mit dem Centre Culturel Français ein deutsch-französisches Kulturzentrum. Zu den Hauptaufgaben zählen die Spracharbeit sowie die Information über Deutschland, Frankreich und Europa. Ramallah ist nach Palermo, Santa Cruz (Bolivien) und Luxemburg der dritte Ort, an dem beide Staaten ihre Kulturarbeit gemeinsam betreiben.

18.06.2004:

Die „Haaretz“-Journalistin Amira Hass nimmt in Stockholm den nach der ermordeten schwedischen Außenministerin benannten „Anna Lindh Award“ entgegen. In ihrer Dankesrede beklagt Hass, dass sie diesen Preis mit gemischten Gefühlen entgegennehme, weil sie davon profitiere, dass ihr Volk, die Israelis, ein anderer Volk erbärmlich unterdrücke und es seiner Chancen der freien menschlichen Entwicklung beraube. Zum anderen würden ihre Berichte aus den palästinensischen Gebieten bedauerlicherweise weniger in Israel denn im Ausland gelesen. Je mehr ihre Artikel dort Beachtung fänden, so ein Kollege von ihr, desto stärker werde sie zu Hause als eine Randfigur betrachtet. Das dritte Unbehagen rühre von der jüngsten, in „Haaretz“ breit dokumentierten Debatte über den Ausbruch der zweiten Intifada und die israelische Legitimation her, darauf militärisch zu reagieren. Ehud Barak werde nach wie vor als derjenige Premier wahrgenommen, der Yasser Arafat in Camp David ein großzügiges Angebot unterbreitet habe, und der damalige Dreiergipfel deshalb gescheitert sei, weil Arafat auf dem Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge beharrt habe, um Israel zu zerstören.

Nach einer Presseübersicht in „The Jewish Week“, die die jüdischen Gemeinden im Großraum New York ansprechen will, zitiert Jonathan Mark aus der „Washington Post“ den früheren israelischen Botschafter in Washington, David Ivri, mit den Worten, Bush habe Sharon in einem persönlichen Gespräch aufgefordert, nicht nur ein Garant der Sicherheit Israels, sondern auch ein Mann des Friedens

zu sein. Mark zitiert außerdem einen Kommentar in „Yediot Achronot“ vom 5. Juni, wonach George W. Bush im Falle seiner Wiederwahl im November den Druck auf Israel erhöhen werde.

Der von Terroristen des „al-Qaida“-Netzwerkes in Saudi-Arabien entführte US-Amerikaner Paul Johnson wird enthauptet. Johnson, der für den Rüstungskonzern Lockheed arbeitete, sei hingerichtet worden, weil die dort hergestellten „Apache“-Hubschrauber Muslime in Palästina töteten. Der Statthalter Bin-Ladens in Saudi-Arabien, Abdel Aziz al-Mugrin, der für den Mord an Johnson verantwortlich war, wird kurz darauf von saudischen Sicherheitskräften getötet.

17.06.2004:

„The Jewish Week“ (New York) berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe, dass nach deren offiziellen Angaben das Schisma in der Bewegung des Lubavitcher Rebbe Menachem Mendel Schneerson nach dessen Tod vor zehn Jahren nicht eingetreten sei. Ganz im Gegenteil: Das Wachstum der Bewegung sei phänomenal. Die Internetseite www.Chabad.org werde täglich 50.000 Mal angeklickt, Fernseh- und Rundstationen verbreiteten religiöse Botschaften, und der Einfluss der Bewegung werde von Gemeinden der modernen Orthodoxie mit Argwohn beobachtet. Das Bild Schneersons, der von den einen als Messias begrüßt worden war, während andere seinen Anhängern Idolatrie vorwarfen, mittlerweile in „Chabad“-Einrichtungen⁷ in aller Welt, und alle zehn Tage werde ein neues „Chabad“-Haus eröffnet. Gegenwärtig würden mehr als 4000 „Chabad“-Emissäre rund um die Welt tätig sein.

16.06.2004:

⁷ „Chabad“ ist das hebräische Akronym für Weisheit, Vernunft, Glaube.

Israelische Medien berichten, dass den Siedlern des Gazastreifens ein Kompensationsgeschäft in Gestalt neuer Wohneinheiten in der Westbank angeboten werden soll.

In einem „Haaretz“-Kommentar beschäftigt sich Ze'ev Schiff mit der künftigen Rolle Ägyptens im Gazastreifen nach dem israelischen Rückzug. Gemeinsam seien beide Staaten an dauerhafter Stabilität und daran interessiert, „ Hamas“ und „Islamischen Dji had“ darin zu hindern, in diesem Küstenstreifen die Macht zu übernehmen. Während sich Israel von Ägypten die arabische Legitimität für seinen Rückzugsplan erhoffe, werde Kairo keine Militäreinheiten in den Gazastreifen zum Kampf gegen radikale Palästinenser verlegen oder sich gar in eine Auseinandersetzung mit der israelischen Armee hineinziehen lassen.

Seit den vergangenen Tagen wird eine heftige Debatte in der Tageszeitung „Haaretz“ um die Äußerung des Militärischen Geheimdienst-Chefs Generalmajor Amos Gilad geführt, der behauptet, dass Arafat in Stufen einen palästinensischen Staat in allen Teilen des Landes errichten wolle⁸. Ohne sich im einzelnen mit dieser Warnung auseinanderzusetzen, nimmt in der heutigen Ausgabe der Zeitung der ehemalige Berater des Direktors des Auslandsgeheimdienstes „Shin Bet“, Mati Steinberg, zum Verhältnis zwischen Arafat und „ Hamas“ Stellung. „ Hamas“ habe nicht den geringsten Zweifel, dass Arafat und seine Berater darauf aus sind, den Verhandlungsprozess wiederzubeleben. Auf die Frage, ob „Fatahs“ erkennbarer Extremismus eine Annäherung Arafats an „ Hamas“ bewirkt habe, antwortet Steinberg:

„There is an important difference between intrinsic extremism, of Hamas' sort, and a process of increasing militancy that Fatah has

⁸ In der hebräischsprachigen Wochenausgabe von „Haaretz“ erschien der Beitrag, den Akiva Eldar schrieb, unter dem Titel „Sein wahres Gesicht“ am 11.06.2004, S. 2 b, und in der englischen „Haaretz-online“-Ausgabe am selben Tag mit dem Titel „Popular misconceptions“.

experienced since the start of the current intifada. Fundamental militancy rejects the possibility of any agreement with Israel; any such arrangement is considered a betrayal. Hamas might be prepared to accept tactical retreats, such as the hudna, so long as they are not injurious to the ultimate goal. In contrast, the Palestinian national mainstream, which is led by Arafat and Fatah, has adopted the two-state principle. Yet to the extent that it becomes clear to them that this pragmatic approach has not yielded results, they become more militant. Intrinsic extremism of the Hamas variety doesn't depend upon positions taken by the state of Israel. A process of ideological escalation, in contrast, stems from the impasse in the peace process. That's what happened with the Palestinian public since the eruption of the intifada. ...

Public opinion polls in the territories suggest that the main components of the pragmatic approach are accepted today by the vast majority of the Palestinian public—some 80 percent favor pragmatism, so long as a viable diplomatic process is maintained. Surveys bring up one constant finding: Some 40 percent of Palestinians say that they support neither the secular-nationalist stream nor the fundamentalist one; such Palestinians in the center of their political society feel confused and frustrated. This public supports the foundations of the pragmatic approach and recoils from fundamentalism but it cannot find proof that pragmatism has brought results. So this critical mass remains silent and paralysed.

They understand that the point of contention isn't the existence of the state of Israel, since its existence is accepted by the world, and by Israel's majority. The struggle, as far as they are concerned, it to ensure that the Palestinian state has the means it need to survive. That means territorial contiguity, the establishment of a capital in Jerusalem und Palestinian sovereignty on the Temple Mount. For Palestinians, realizing sovereignty rights on the Temple Mount is not just a religious or symbolic matter: it's a matter of survival. A Palestinian state which controls the Temple Mount will be a source of

interest, and will attract millions of Palestinians; it will be a magnet for tourism and pilgrimages. There isn't a single Muslim—not even the most selfless altruist—who can accept Israel's sovereignty on the Temple Mount”.

Auf die Frage nach der Bedeutung des Rückkehrrechts in der palästinensischen Wahrnehmung erklärt Steinberg: *„Concessions of the right of return is predicated upon their ability to attain the other components they need to survive (territories, borders, Jerusalem).“*

Vergleicht man die unterschiedlichen Aussagen der Berater von Ehud Barak in dieser Zeit, so scheint die Weigerung Arafats, in Camp David ausdrücklich auf das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr zu verzichten, von interessierter israelischer Seite als Beweis ins Feld geführt worden zu sein, Arafat ziele auf die Vernichtung Israels. Anfangs habe Barak auf seine überragende Intelligenz vertraut, und als die Gespräche gescheitert seien, habe er einen Anlass gesucht, Arafat dafür verantwortlich zu machen, und in der Flüchtlingsfrage gefunden.

Von einer interessanten Begegnung von Bundesaußenminister Joschka Fischer mit jungen jüdischen und arabischen Israelis im Berliner Auswärtigen Amt berichtet Jost Maurin in der „Süddeutschen Zeitung“. Dabei zeigt sich Fischer erstaunt darüber, dass beide Seiten „in verschiedenen Welten leben“. Früher habe er das Gegenteil geglaubt und lerne nun, dass dies ein Irrtum gewesen sei. Gleichzeitig muss sich Fischer gegen Vorschläge wehren, mehr Druck auf die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde auszuüben. Israelis und Palästinenser, davon ist auch eine Soldatin überzeugt, seien so erschöpft, dass mehr Druck ins Leere gehen würde.

15.06.2004:

Der Antrag der „Vereinigten Arabischen Liste“ in der Knesset, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, wird von der Mehrheit abgelehnt. Während sich die Arbeitspartei der Stimme enthält, stimmen „Yachad“, die Partei der „Sefardischen Thorawächter (Shas)“ und die nichtzionistische Partei „United Thora Judaism“ für die Auflösung und Neuwahlen.

Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz teilt mit, dass er gegen Ariel Sharon und dessen Sohn Gilad aus Mangel an Beweisen keine Anklage wegen passiver Korruption erheben wird. Gegen Sharon liefen Ermittlungen, von einem Geschäftsmann Bestechungsgelder in einer Größenordnung von mehreren hunderttausend US-Dollar erhalten zu haben.

14.06.2004:

Yossi Beilin fordert als Vorsitzender von „Meretz/Yachad“ die Arbeitspartei auf, bei der Abstimmung über Misstrauensvoten in der heutigen Knesset-Sitzung ihr „Sicherheitsnetz“ für Sharon zurückzuziehen und die Regierung stürzen zu lassen. Beilins Appell stieß innerparteilich auf Widerspruch: Wenn Sharon tatsächlich seinen Rückzugsplan umsetze, müssen wir ihn unterstützen, erklärt Rah Cohen, der Beilin im März bei der Wahl zum Parteichef unterlegen war. Es wird erwartet, dass einige Abgeordnete der Arbeitspartei dem Votum ihres Vorsitzenden Shimon Peres nicht folgen und sich zumindest der Stimme enthalten werden. Auch unter den „Likud“-Abgeordneten ist die Stimmung uneinheitlich. In der Sitzung selbst übersteht Ministerpräsident Ariel Sharon das Misstrauensvotum mit 37 gegen 22 Stimmen, zwölf Abgeordnete des „Likud“ stimmen für den Misstrauensantrag. Die Arbeitspartei, „Yachad“ und die Partei „Ein Volk“ enthalten sich der Stimme. Nach der Ablehnung des Misstrauensvotums können in kommenden sechs Monaten keine Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Danny Rubinstein berichtet in „Haaretz“, dass „ Hamas“ bereit sei, einem Waffenstillstand mit Israel zu folgen, wenn sie von der Autonomiebehörde an der Schaffung der Sicherheitsdienste im Gazastreifen beteiligt werde. Inzwischen verlangt Ägypten, das sich zur Hilfe bei der Ausbildung von Angehörigen der Sicherheitsdienste bereit erklärt hat, dass Israel im Zuge seines Rückzugs sämtliche Souveränitätsrechte auf die Palästinenser überträgt.

Jörg Bremer berichtet in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über das sich ausbreitende Chaos in Nablus: über die wachsende soziale Kluft, über den Krieg rivalisierender krimineller Banden, die gleichzeitig den Widerstand gegen die israelische Besatzung in der ihnen passenden Weise organisieren, und über die Kritik an Arafat, der mit fragwürdigen Personalentscheidungen in die Geschicke der Stadt eingreift und seine „Fatah“, die mit „Schutzgeldern“ Händler bedrängen. Ein ausgeklügeltes Netz von palästinensischen „Informanten“ der israelischen Armee Sorge dafür, dass die Zahl der aus Nablus stammenden Selbstmordattentäter drastisch zurückgegangen sei. Dagegen sei nach Aussagen eines israelischen Polizeioffiziers die Zahl der Eigentumsdelikte und der gewaltsamen Angriffe von jüdischen Siedlern gegen Palästinenser beängstigend gewachsen.

In derselben Ausgabe der FAZ schildert Rainer Hermann die wachsende Aufmerksamkeit in der arabischen Welt für die Türkei, weil sich das Land zu einem Modell für die Versöhnung von Islam und Demokratie entwickeln könne. Auch kursiere der Vorschlag, der Türkei einen Beobachterstatus in der Arabischen Liga einzuräumen.

13.06.2004:

In einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ unterstützt der arabische Knesset-Abgeordnete Azmi Bishara die Ankündigung des Rückzugs aus dem Gazastreifen durch Ariel Sharon, befürchtet jedoch negative Auswirkungen für die Verhandlungsbereitschaft über

die Westbank. Gleichzeitig kritisiert Bishara die palästinensische Führung, die kein politisches Programm habe, und fordert die Rückkehr der Palästinenser zur Rhetorik einer nationalen Befreiungsbewegung. *„Jetzt verwenden sie entweder die Sprache eines Staates, den es gar nicht gibt, oder ein religiöses Vokabular, das niemand versteht.“* Das politische Vakuum werde zunehmend von religiösen Kräften aufgefüllt. Auf die Frage nach einem gemeinsamen israelisch-palästinensischen Staat antwortet Bishara: *„Nennen wir es eine Vision in einer fernen Zukunft. Derzeit ist es so, dass sowohl die Palästinenser als auch die Israelis ihren eigenen Staat wollen.“*

11.06.2004:

Karim el-Gawhary berichtet aus Kairo für die Berliner „Tageszeitung (taz“), dass mit dem Titel „Partnerschaft für Fortschritt und eine gemeinsame Zukunft mit der Region des weiteren Mittleren Ostens und Nordafrika“ das G-8-Gipfeltreffen in Sea Island zu Ende gegangen sei. Damit solle der Eindruck vermieden werden, den arabischen Ländern die westlichen Werte aufzudrängen. „Veränderungen können nicht von außen aufgezwungen werden“, heißt es in der Erklärung. Der israelisch-palästinensische Konflikt dürfe nicht länger als eine Rechtfertigung dafür herhalten, Reformen zu blockieren, gleichwohl habe ihn Präsident Jacques Chirac als das „größte Hindernis auf dem Weg zur Reform“ bezeichnet.

09.06.2004:

Die „Nationalreligiöse Partei“ verlässt die Regierung Ariel Sharons.

Die israelische Regierung will nach Medienberichten bereits im August 2004 mit der Räumung von Siedlungen im Gazastreifen beginnen. Als Entschädigung sollen die rund 1200 Rückkehrer-Haushalte 300.000 US-Dollar für ihr Grundstück sowie eine Prämie von 30.000 US-Dollar erhalten. Nach Abschluss der Räumung am 1.

September 2005 solle der Gazastreifen zur geschlossenen militärischen Zone erklärt werden, um einen reibungslosen Abzug der israelischen Armee zu gewährleisten. Siedler, die bis dahin das Gebiet nicht verlassen hätten, sollten zwangsweise zur Räumung veranlasst werden und keine Entschädigung erhalten. Der „Rat der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (YESHA)“ behauptet, dass die meisten Siedler nicht die Absicht hätten, nach Israel zurückzukehren.

Für Rainer Hermann, den reisenden FAZ-Korrespondenten im Mittleren und Nahen Osten, führt für die arabische Welt kein Weg an Reformen vorbei, nachdem bisher in nur darüber geredet worden sei. Die Flut der Reformtexte schwelle an, sie fordern Pluralismus, Menschenrechte, eine liberale Wirtschaft und eine freiheitliche Gesellschaft. Gleichwohl seien die arabischen Gesellschaften insgesamt noch nicht reif genug für Reformen, weil in den vordemokratischen Gesellschaften der Druck auf die Regierenden zu schwach sei. Deshalb müssten diese selbst die Führung übernehmen. Desto freier fühlten sich die Menschen, sich in Moscheen und religiösen Bewegungen auszudrücken. Indes weisen Beobachter die Behauptung zurück, die Reformen gegen den Palästina-Konflikt auszuspielen. Es könne doch nicht sein, dass man sagt: „Gebt einen palästinensischen Staat, und wir befreien unsere Völker“, zitiert Hermann den Politologen Gamal Abd al-Gawad vom „Ahram-Zentrum für politische und strategische Studien“ in Kairo.

08.06.2004:

Thorsten Schmitz, der Israel-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, berichtet von einer Ausstellung unter dem Titel „Das Schweigen brechen“ in Tel Aviv, in der 79 Soldaten nach Ableistung ihres Wehrdienstes über die Demütigungen der Palästinenser in Hebron mit Fotos und Videos berichten. „Wir können nicht mehr schweigen. Wir wollen, dass jeder Soldat in die Ausstellung kommt. So etwas soll nicht mehr passieren“, zitiert Schmitz einen jungen

Soldaten. Auf einigen Fotos seien Graffiti von Siedlern mit der Aufschrift „Palästinenser in die Gaskammer“ und „Tötet alle Araber“ zu lesen. Generalstabschef Moshe Yaalon soll unter dem Eindruck der Anschuldigen gegen US-Soldaten im Irak und der weltweiten Empörung darüber Ermittlungen wegen der Aussagen einiger Ex-Soldaten angeordnet haben. Einen ausführlichen Bericht über den Initiator des Projekts in Tel Aviv, Yehuda Shaul, dessen religiöse Erziehung, dessen politische Wandlungen und dessen Erfahrungen während seiner Dienstzeit in Hebron veröffentlicht „Haaretz“ am 17.06.2004. Die israelischen Medien, so Shaul in dem Porträt, hätten völlig versagt bei der Berichterstattung über die Lage in Hebron: „Die Reporter suchen nicht nach der Wahrheit vor Ort.“ Ein großer Teil der Öffentlichkeit wolle nicht wissen, was vorgehe, doch wenn er und seine Kameraden ihre Geschichte erzählen, werde es vielleicht doch einige geben, die zuhören. Dass Palästinenser von Soldaten als menschliche Schilde missbraucht würden, habe sich auch nach dem Verbot des Obersten Gerichts nicht geändert. So greife man sich einen Palästinenser auf der Straße und schicke ihn an die Tür eines Hauses, und wenn dort mit Schüssen reagiert werde, bekomme er die Geschosse ab⁹. „Haaretz“ berichtet weiter, dass die Ausstellung von vielen hundert Menschen – unter ihnen Soldaten und Reservisten – besucht wird, auch Yossi Beilin, Amnon Lipkin-Shahak (der ebenfalls zu den Akteuren der „**Genfer Initiative**“ zählt) und der zeitweilige Vorsitzende der Arbeitspartei, Amram Mitzna, wären gekommen. Am 27. Juni beschlagnahmt die Polizei Materialien der Ausstellung, angeblich um Beweise für Misshandlungen gegen Palästinenser zu finden. Die Organisatoren der Ausstellung befürchten allerdings, dass sie eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden sollen.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ verweist Joseph Croitoru auf den Umstand, dass in der arabischen Legendenbildung

⁹ Ein Interview mit Yehuda Shaul über seine Erfahrungen in Hebron ist in der hebräischsprachigen Beilage zur Wochenausgabe von „Haaretz“ 18.06.2004, S. 34 ff., nachzulesen.

Palästina von der jüdischen Geschichte zunehmend entkoppelt werde. Dies gelte insbesondere für Jerusalem und den Tempelbezirk. Die Al-Aqza-Moschee soll nicht im siebten Jahrhundert, sondern schon von Adam gebaut worden sein, während sie von palästinensischen Religionsgelehrten wie dem Mufti von Jerusalem, Sheikh Ikrana Sabri, Abraham und König Salomon zugeschrieben werde. Die Jebusiter, die König David aus Jerusalem vertrieb, seien eigentlich Palästinenser gewesen. Croitoru schließt seinen Bericht mit dem Satz: „Ein Konsens zwischen Juden und Arabern über die Jerusalem-Frage wird somit weiter erschwert; zumal es auf jüdischer Seite eine radikale messianische Gruppe gibt, die sich seit Jahren auf den Tag vorbereitet, an dem der jüdische Tempel wieder errichtet wird.“

07.06.2004:

Ministerpräsident Ariel Sharon übersteht zwei Misstrauensanträge in der Knesset, weil sich die oppositionelle Arbeitspartei der Stimme enthielt.

In der saudi-arabischen Hauptstadt Riyadh wird der renommierte britische BBC-Journalist Frank Gardner ermordet, ein intimer Kenner der „Al-Qaida“-Szene.

06.06.2004:

Die israelische Regierung beschließt mit 14 gegen sieben Stimmen den revidierten Gaza-Rückzugsplan Sharons. Danach will sich Israel bis Ende 2005 aus dem gesamten Gazastreifen zurückziehen sowie alle 21 dortigen jüdischen Siedlungen und vier Siedlungen im Norden der Westbank aufgeben. Benjamin Netanyahu, Silvan Shalom, Shaul Mofaz und Limor Livnat, die sich bisher gegen den Plan ausgesprochen hatten, stimmen ihm zu, nachdem klargelegt ist, dass der Briefwechsel zwischen Bush und Sharon von Mitte April nicht in den Beschluss aufgenommen wird; insofern handelt es sich

um eine prinzipielle Entscheidung des Kabinetts ohne eindeutige operative Verbindlichkeit. Gegenüber der Vorlage Sharons werden sechs Änderungen vorgenommen:

1. Der Name wird von „Vierstufiger Rückzugs-“ in „Revidierter Rückzugsplan“ umbenannt.
2. Die Aktualität der Auflösung der Siedlungen wird nicht zugesagt.
3. Es wird die „Absicht“ betont, die Siedlungen bis Ende 2005 aufzulösen.
4. Ein von Sharon vorgesehenes Ministerkomitee, das die Auflösung begleiten soll, wird nicht eingerichtet, sondern sie wird dem Sicherheitskabinett übertragen.
5. Entgegen den Plänen Sharons, sofort den Ausbau der zur Evakuierung vorgesehenen Siedlungen zu beenden, unterstützt die Entscheidung die „Hilfe für die Bedürfnisse des täglichen Lebens“ in diesen Siedlungen. Das Bauverbot und das Verbot der Verpachtung von Grund und Boden werden aufgehoben.
6. Der Kreis, der die Veränderungen beaufsichtigt, besteht aus den Generaldirektoren beim Ministerpräsidenten, beim Finanz- und beim Justizministerium.

Die Gegenstimmen im Kabinett kommen von Uzi Landau (Minister ohne Geschäftsbereich), Danny Naveh (Gesundheit), Tzachi Hanegbi (Sicherheit), Israel Katz (Landwirtschaft), Natan Sharansky (Diaspora), Effi Eitam (Wohnungsbau) und Zevulun Orlev (Soziales). Zuvor hatte das Oberste Gericht alle Anträge zurückgewiesen, die Entlassung der Minister Avigdor Lieberman und Benny Elon vom 3. Juni zu überprüfen, empfahl jedoch die für den heutigen Tag angekündigte Abstimmung des Kabinetts über den Rückzugsplan auf den 8. Juni zu verschieben.

US-Außenminister Colin Powell warnt in einem Interview mit CNN vor einem kleinen und schwachen palästinensischen Staat der Zukunft. Vielmehr müsse dieser aus einem zusammenhängenden Territorium bestehen und nicht aus einer „Gruppe von Bantustans“. Damit benutzt Powell innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Mal diesen Begriff.

Das Tel Aviver Bezirksgericht verurteilt den „Fatah“-Führer Marwan Barghouti zu fünfmal lebenslänglich und vierzig Jahren Gefängnis. Vor der Urteilsverkündung beschuldigt Barghouti, der die Kompetenz des Gerichts nicht anerkennt, die Richter der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden und erklärt, dass sie so schlimm wie die Bomberpiloten seien, die ihre Last auf Kinder entladen. Der Vorsitzende Richter konnte daraufhin nicht das gesamte Urteil verkünden. Die Richter hatten Barghouti am 20. Mai unter anderem für schuldig befunden, für den Tod von fünf Menschen verantwortlich zu sein.

05.06.2004:

In einem höchst bemerkenswerten Beitrag untersucht Johannes Leithäuser in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die politischen Komponenten der „Partnerschaft für Fortschritt und eine gemeinsame Zukunft mit der Region des weiteren Mittleren Ostens und Nordafrika“, die beim kommenden G-8-Gipfeltreffen vom 7. bis 9. Juni in Sea Island (US-Bundesstaat Georgia) verabschiedet werden soll. Danach soll von den ursprünglichen amerikanischen Plänen, die Präsident Bush im November 2003 in Umrissen skizziert hatte und die sich auf ökonomische und sicherheitspolitische Modernisierungsansätze in der arabischen Welt konzentrierten, wenig übrig geblieben sein. Aufgrund der Initiative des deutschen Außenministers Joschka Fischer werde nunmehr auch die Bedeutung des transatlantischen Dialogs betont. Dem sei, so Leithäuser, beim Treffen zwischen Gerhard Schröder und Bush im

Februar in Washington bereits insofern Rechnung getragen worden, als beide sich zur „Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Chancen und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten“ verpflichtet hätten. Daneben sei der Akzent stärker auf das Prinzip der Partnerschaft abgestellt worden. Mitte Juni werde der Rat der Europäischen Union die Initiative mit einem eigenen Beschluss unter dem Titel „Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten“ ergänzen. Darin soll neben der Zusammenarbeit mit den USA ein komplementärer eigenständiger Ansatz im Zuge des „Barcelona-Prozesses“ von 1995 zum Ausdruck kommen. Beide Arbeiten würden beim transatlantischen Gipfeltreffen am 26. Juni in Dublin miteinander verschränkt werden.

04.06.2004:

In einer Umfrage des „Jerusalem Media & Communication Centre“ sprechen sich 69,7 Prozent der Palästinenser gegen die Beendigung der „Intifada“ aus; im Oktober 2003 waren es 76,8 Prozent, während 63,1 Prozent die Selbstmordattentate unterstützen. 70 Prozent misstrauen den Rückzugsplänen Sharons für den Gazastreifen. 26,5 Prozent halten einen binationalen Staat im historischen Palästina für die beste Lösung, und 28,6 Prozent blicken hingegen optimistisch in die Zukunft.

In einem Beitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ vergleicht Mario Vargas Llosa die Folterungen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib mit den Militäraktionen Israels im Gazastreifen und schreibt: „Die Verteidigung der israelischen Bevölkerung gegen palästinensische Terroristen, die blindwütige Attacken gegen die Zivilbevölkerung durchführen, ist ein völlig legitimes Ziel. Aber wenn sich eine Regierung, wie die von Ariel Scharon, für berechtigt hält, dieses Ziel durch den Einsatz von Luft-Boden-Raketen gegen eine unbewaffnete Bevölkerung zu erreichen und dabei Kinder, Frauen und alte Menschen umbringt, wenn sie präventiv mordet und die

Häuser von Freunden, Familien oder Nachbarn von wirklichen oder vermeintlichen Terroristen in die Luft sprengt, dann ist diese Regierung zu einer terroristischen geworden und hat jedes Recht verloren, eine moralische Überlegenheit einzufordern gegenüber den Fanatikern, die das Ende des Staates Israel mit Blut und Feuer herbeiführen wollen.“

03.06.2004:

Ministerpräsident Ariel Sharon entlässt die Minister Avigdor Lieberman und Benny Elon (beide „Nationale Union“), um die Abstimmung über seinen überarbeiteten Gaza-Rückzugsplan am 6. Juni im Kabinett zu gewinnen. Am 6. Juni folgt mit dem eigenen Rücktritt der stellvertretende Erziehungsminister Zvi Hendel, der ebenfalls zur „Nationalen Union“ gehört.

02.06.2004:

In einem Interview mit „Haaretz“ wirft der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan Israel Staatsterrorismus vor und setzt damit die guten Beziehungen vor allem auf militärischem Gebiet einer schweren Belastungsprobe aus. Israel töte wahllos Frauen, alte Menschen und Kinder und zerstöre deren Häuser.

Die ägyptische Regierung räumt Yasser Arafat bis Mitte Juni Zeit ein, um die Verantwortung für den Sicherheitsapparat auf einen Innenminister und Ministerpräsident Achmed Qureia mehr politische Entscheidungsgewalt zu übertragen. Damit will Kairo gleichzeitig den Rückzugsplänen von Ariel Sharon eine mehrdimensionale Ebene verleihen. Die Kairoer Zeitung „al-Ahram“ („Die Pyramiden“) erkennt eine sich intensivierende ägyptische Außenpolitik im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, den Irak und Sudan. Präsident Hosni Mubarak engagiere sich persönlich in hohem Maße, zitiert das Blatt eine Quelle im Präsidialamt, um den Kreislauf der Gewalt im Gazastreifen zu beenden und für politische Stabilität in den übrigen

palästinensischen Gebieten zu sorgen. Noch sei Arafat nicht sehr kooperativ.

Mai 2004

Mai/Juni 2004:

In der Leserbriefspalte der liberalen amerikanisch-jüdischen Monatszeitschrift „Tikkun“ („Heilung [der Welt]“) antwortete ein Leser auf eine Presseerklärung des israelischen Auswärtigen Amtes, die die Liquidierung von Achmed Yassin mit dessen terroristischen Aktivitäten begründet. Der Leser Hayyim Feldman (Boston, MA), der sich als orthodoxer Jude bezeichnet, schreibt:

„On the basis of your arguments, it is reasonable to expect that your next assassination target will likely be Prime Minister Ariel Sharon. You have rather precisely identified a number of the serious crimes that link the Prime Minister with Sheikh Yassin: Sharon has personally authorized many missile, bomb, and commando attacks against Palestinian cities, villages, and refugee camps. He constantly calls for continued military occupation and aggression against Palestine and intensifies the violent repression of Palestinian civilians. ... I implore you not to assassinate the Prime Minister. I implore you to stop the endless, furious cycle of retaliation and counter-retaliation, escalating to engulf the world.“

31.05.2004:

Israelische Zeitungen berichten, dass ein US-Senator die Regierung in Washington beschuldigt habe, den Krieg gegen Israel auf Druck von jüdischen Neokonservativen angezettelt zu haben, um Israel in der Region einen strategischen Vorteil zu sichern. Dieser Vorwurf wird von dem ehemaligen Sonderbesandten Bushs, Anthony Zinni, und von einem der führenden Politikberater, Anthony Cordesman, in

Varianten wiederholt. Die Stimmen mehren sich, dass die USA nur dann in Irak Erfolg haben würden, wenn sie auf die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts dringen. Der Weg nach Bagdad führe über Jerusalem, heißt es. In einer Botschaft von US-Präsident George W. Bush an Ministerpräsident Ariel Sharon soll die US-Administration die Sorge geäußert haben, dass ein einseitiger Rückzug aus dem Gazastreifen den islamischen Fundamentalisten den Weg ebnet werde; diese Sorge wird von Kairo im Blick auf die Rolle der Moslembruderschaft in der ägyptischen Innenpolitik geteilt. Darüber hinaus habe Präsident Hosni Mubarak Sharon aufgefordert, im Zuge eines Rückzugs Yasser Arafat eine größere politische Rolle im Gazastreifen einzuräumen.

30.05.2004:

Die Entscheidung im israelischen Kabinett über den von Ariel Sharon modifizierten Rückzugsplan wird verschoben, nachdem sich für ihn keine Mehrheit abgezeichnet hat.

Nach Eingaben mehrerer israelischer Menschenrechtsorganisationen verkündet das Oberste Gericht Israels eine Entscheidung, die eine größere Verantwortung der Armee in den palästinensischen Gebieten gemäß dem Völkerrecht anmahnt. Die Verpflichtung eines Kommandeurs endet nicht, das Leben von Menschen und deren Würde zu schützen. Die Richter seien zwar nicht aufgerufen, die Weisheit von militärischen Entscheidungen zu prüfen, wohl aber deren Rechtmäßigkeit. Das Gericht studiere die Ergebnisse vom Standpunkt der Menschenrechte, heißt es in der Begründung.

Bei einem Terroranschlag in der saudi-arabischen Hafenstadt Ghobar am Persischen/Arabischen Golf, zu dem sich „al-Qaida“ bekennt, sterben 22 Menschen. Unter den Toten sollen acht Inder, je drei Saudis und Philippinen, ein Amerikaner, ein Brite, ein Schwede,

ein Italiener, ein Südafrikaner und ein Ägypter sowie zwei Personen aus Sri Lanka.

29.05.2004:

„Haaretz“ veröffentlicht im Internet den Vier-Stufen-Rückzugsplan Sharons, den dieser am kommenden Tag dem Kabinett vorlegen will. Die beiden Kernpunkte bestehen darin, dass sich Israel zum vollständigen Rückzug aus dem Gazastreifen und der nördlichen Westbank bis Ende 2005 verpflichtet, sich aber die Souveränitätsrechte über beide Territorien (Lufthoheit, Kontrolle der Grenzübergänge und der Küste, präventive Sicherheitsmaßnahmen) vorbehält.

28.05.2004:

„Haaretz“ setzt sich in mehreren Beiträgen mit der politischen Schwächung auseinander, die Ariel Sharon durch die Weigerung von vier Ministern (Benjamin Netanyahu, Silvan Shalom, Limor Livnat und Danny Naveh) hat hinnehmen müssen, dem „abgespeckten“ Rückzugsplan zuzustimmen. Wenn ihn die Mehrheit des „Likud“ ablehne, könnten die ihn in der Regierung vertretenden Minister kaum zustimmen, heißt es unter den Gegnern des Plans. Schon vor seiner Reise nach Washington hat Sharon nach Ansicht von Erziehungsministerin Livnat kein Mandat gehabt. Sharons Lage, heißt es in den Pressekommentaren weiter, ähnele der von Ehud Barak Anfang 2001: Ob er regiere oder nicht, stelle sich nur unter der Frage, welche Bedeutung sie habe. De facto halte Netanyahu die Fäden der Macht in den Händen. Der Ausgang des für den 30. Mai angekündigten Kabinettsvotums sei völlig ungewiss. Inzwischen wird weiter darüber gestritten, ob im Falle des Rückzugs die Siedlungen intakt übergeben werden oder ob ihre Infrastruktur zerstört werden soll. Die letztgenannte Variante war Anfang 1982 in Yamit zum Zuge gekommen.

27.05.2004:

Gleichsam als Antwort auf einen Beitrag des Jerusalemer Historikers Gadi Taub, wonach allein der palästinensische „demographische Faktor“ Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zwingen werde¹⁰, weist Yair Sheleg am selben Tag in „Haaretz“ darauf hin, dass die hohen Einwanderungsgewinne Israels durch die russische Einwanderung in den neunziger Jahren durch die hohen Geburtenüberschüsse der moslemischen Palästinenser Israels sowie durch illegale palästinensische Einwanderung, Eheschließungen und Familienzusammenführungen in einer Größenordnung von 240.000 Personen seit 1993 aufgebraucht seien; hinzu kommen schätzungsweise 300.000 ausländische Arbeitskräfte. Während einige wissenschaftliche Perspektivrechnungen davon ausgehen, dass der Anteil der palästinensischen Bevölkerung Israels von gegenwärtig 19 auf 26 Prozent im Jahr 2050 steigen wird, verlassen sich andere Berechnungen nur auf Prognosen bis zum Jahr 2020, wonach der jüdische Bevölkerungsanteil auf 67 Prozent fallen wird, während der palästinensische 23 Prozent ausmachen werde (hinzu kommen sechs Prozent nichtjüdische Einwanderer und vier Prozent ausländische Arbeiter). Da im Norden Israels die arabische Geburtsrate gegenüber den anderen Landesteilen am niedrigsten liegt und dies unter anderen darauf zurückgeführt wird, dass viele Palästinenser an der Universität Haifa studieren, bekennt sich Professor Arnon Sofer, der zu den profiliertesten Geostrategen des Landes zählt, gern zu der Aussage, dass das Studium von Palästinensern eine ultimative zionistische Handlung sei. Auf alle Fälle werfen Berechnungen wie diese die Frage nach der Zukunft der „demographischen Balance“ in Israel selbst auf.

Der britische Reporter Peter Hounam wird wegen eines Interview mit dem im April nach achtzehnjähriger Haft freigelassenen

¹⁰ Gadi Taub: Der Zionismus ist die Hoffnung, in „Die Zeit“ 27.05.2004, S. 13.

„Atomspions“ Mordechai Vanunu von der israelischen Polizei vorübergehend festgenommen. Hounam, der 1986 nach Gesprächen mit Vanunu in der Londoner „Sunday Times“ über das Atomwaffenprogramm in Dimona veröffentlicht hatte und heute für die BBC tätig ist, soll versucht haben, die Aufnahmen außer Landes zu schmuggeln.

Bei Demonstrationen gegen die hohen Benzinpreise in Beirut erschießt das Militär drei Menschen.

26.05.2004:

Die Zahl der palästinensischen Toten während der sechstägigen israelischen „Operation Regenbogen“ in Rafah wird von palästinensischen Ärzten mit über sechzig angegeben, während die israelische Seite von 41 Toten spricht, darunter zwölf Zivilisten. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks sind 45 Häuser zerstört worden, wobei 575 Menschen obdachlos wurden; Israel spricht von 56 „Bauten“, nachdem von Menschenrechtsgruppen die Zahl von 180 Häusern genannt worden war. Die israelische Armee erklärt, dass sie drei für den Waffenschmuggel genutzte Tunnel gefunden habe. Zwar haben sich die israelischen Truppen aus dem südlichen Gazastreifen zurückgezogen, doch führt Verteidigungsminister Shaul Mofaz aus: „Die Bemühungen werden ohne Zeitbegrenzung fortgesetzt, solange Israelis vom Terror bedroht sind.“

Nach einem Bericht von „amnesty international“ sind zwischen Januar und Dezember 2003 rund 600 Palästinenser, darunter mehr als hundert Kinder, vom israelischen Militär getötet worden, während rund 200 Israelis, darunter mindestens 130 Zivilisten, von militanten Palästinensern getötet wurden.

Nach einer Meinungsumfrage des privaten israelisch-palästinensischen Instituts „Eine Stimme“ – ein Projekt der „Peace Works Foundation“ in New York –, an der sich 23.000 Palästinenser

und 17.000 Israelis beteiligt haben, favorisieren jeweils 76 Prozent der Israelis und Palästinenser eine Zweistaatenlösung. Die restlichen 24 Prozent seien entweder strikt gegen einen palästinensischen Staat oder für die Auflösung des Staates Israel.

In einem Bericht über irakische Wahrnehmungen der israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit berichtet Zvi Bar'el in „Haaretz“, dass nach dem Sturz von Saddam Hussein im Frühjahr 2003 palästinensische Flüchtlinge im Lager „al-Awda“ („Die Rückkehr“) am Rande Bagdads von der irakischen Bevölkerung vertrieben worden seien und heute in Zelten lebten. Ein Palästinenser zu sein, sei gefährlich, zitiert Bar'el einen Gesprächspartner. „Sie sind hinter unserem Blut her.“ Sein offizieller Begleiter während der Reise bestätigt diese Aussage: Die Palästinenser hätten damals alles einschließlich kostenloser medizinischer Versorgung erhalten. Die israelischen Palästinenser seien wie alle Israelis für die Irakis Feinde. In den Augen eines ägyptischen Wissenschaftlers, zu dessen Aufgaben die Unterstützung der israelischen Palästinenser gehört, werde die „**Genfer Initiative**“ die arabische Identität dieser Menschen zerstören, weil sie fortan als integraler Teil der israelischen Gesellschaft betrachtet würden.

25.05.2004:

Der israelische Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz will keine Anklage gegen Ministerpräsident Ariel Sharon wegen Korruption erheben, weil ihm keine kriminellen Absichten nachgewiesen werden könnten.

Nach Presseberichten ist Ägypten bereit, bei den Sicherheitsbemühungen um Gazastreifen künftig eine größere Rolle zu spielen, nachdem sich die israelischen Truppen zurückgezogen haben. Dabei werde Ägypten palästinensisches Sicherheitspersonal ausbilden und die Tunnelanlagen an seiner Grenze sorgfältiger als

bisher inspizieren. Dass Mubaraks Sicherheitsberater Omar Suleiman sich trotz des einschlägigen Boykotts Israels mit Arafat in Ramallah getroffen hat, wird von einem israelischen Regierungsmitglied dahingehend kommentiert, jeder Mensch habe das Recht auf ein Hobby. Nach Angaben eines palästinensischen Waffenhändlers, den Amira Hass zitiert, sind die Tunnel mit jeweils achtzig Zentimeter in der Höhe und Breite zu klein, um größere Ausrüstungen wie „Katyushas“ zu transportieren.

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak schlägt die Einladung von US-Präsident George W. Bush zur Teilnahme am Treffen der acht führenden Industrieländer („G 8“) Anfang Juni in Texas aus. Dort soll Bushs „Greater Middle East Initiative“ vorgestellt werden. Zur Begründung der Ablehnung wird in Kairo erklärt, die arabische Identität dürfe nicht von außen diktiert werden. Saudi-Arabien, Jordanien, Marokko, Qatar und Bahrein sollen hingegen die Einladung angenommen haben.

24.05.2004:

Danny Rubinstein berichtet in „Haaretz“ von Diskussionen in der Autonomiebehörde über die Zustimmung zum Rückzugsplan Sharons aus dem Gazastreifen. Von palästinensischer Seite würde sie an drei Bedingungen geknüpft sein: die vollständige Übergabe des Gazastreifens einschließlich sämtlicher Souveränitätsrechte auf dem Land, in der Luft und zur See sowie der Kontrolle über die Grenzen; ein zusätzlicher Rückzug Israels aus Teilen der Westbank; Einbindung der Rückzüge in die „Road Map“. Damit stehen diese Forderungen im deutlichen Gegensatz zu Sharons Absichten: kein voller Rückzug, keine volle palästinensische Souveränität, Bindung an die Ergebnisse erster Schritte und kein palästinensischer Staat im Mai 2005. Nur „ Hamas“ und „Islamischer Dihad“ würden einen israelischen Rückzug begrüßen, weil sie ihn als Erfolg ihrer Arbeit ansehen, die auf die Westbank ausgedehnt werden sollte, um auch dort den Abzug Israels zu erzwingen.

23.05.2004:

In einer Untersuchung der „Democracy Index-Teenage Positions“, die „Haaretz“ zum ersten Mal vorstellt, unter 1200 Erwachsenen und 600 Jugendlichen stellt sich heraus, dass 43 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahre unabhängig von „linken“ oder „rechten“ Grundeinstellungen entweder die Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten oder die Weigerung unterstützen, Siedler zu evakuieren. Unter den Erwachsenen lehnen 75 Prozent eine solche Sichtweise ab. 60 Prozent der Jugendlichen befürworten einen „starken Führer“ statt „all der Diskussionen und Gesetze“. Es spiele keine Rolle, für welche Partei man wähle, weil sich sowieso nichts ändere. Dazu passt die Aussage, dass nur 29 Prozent der Jugendlichen angemessene politische Kenntnisse haben. Im Gegensatz zu den Erwachsenen (dreizehn Prozent) glauben 27 Prozent nicht, dass sie in Israel bleiben werden. Fast die Hälfte der Jugendlichen betrachtet sich nicht als „Teil des Landes und seiner Probleme“. 46 Prozent der Befragten plädieren für volle Rechte für die arabische Bevölkerung Israels.

Ministerpräsident Ariel Sharon legt der Armeeführung einen Plan vor, der den schrittweisen Rückzug aus dem Gazastreifen und vier Siedlungen im Norden der Westbank (Ganim, Kadim, Sa-Nur und Chomesch) enthält. Danach soll der Rückzug gemäß sicherheitspolitischen Einschätzungen erfolgen. „Ohne einen Partner müssen wir einen unilateralen Plan ausführen, der die Trennung von Gaza und eine begrenzte Anzahl von Siedlungen in Samaria [nördlicher Teil der Westbank] einschließt. Der Plan wird auch eine amerikanische Verpflichtung, die Israel vor harten politischen Stößen bewahrt, und eine Erklärung des Präsidenten [Bush] bezüglich der endgültigen Grenzen und der Zurückweisung des palästinensischen Rechts auf Rückkehr einschließen.“ Der Plan solle am 30. Mai dem Kabinett vorgelegt werden. In Pressekommentaren heißt es, dass das Kabinett eine Erklärung abgeben werde, in der sie den

Gesamtplan „zur Kenntnis nimmt“, aber nur der ersten Phase zustimmt: der Aufgabe von drei entlegenen Siedlungen im Gazastreifen, Netzarim, Kfar Darom und Morag. In der zweiten Phase sollen vier Siedlungen im Norden der Westbank sowie der „Gush Katif“-Siedlungsblock sowie in der dritten Phase drei Siedlungen im nördlichen Gazastreifen aufgegeben werden. Jede Stufe werde vor ihrer Ausführung dem Kabinett zur Abstimmung vorgelegt. Justizminister Josef Lapid erklärt während der Kabinettsitzung, dass ihn Fernsehbilder von Israels militärischer Offensive in Rafah an seine Großmutter in Jugoslawien während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg erinnern. Lapid verbrachte einen Teil des Krieges im Ghetto von Budapest, sein Vater und eine Großmutter wurden von Deutschen ermordet. Mit 17 kam er 1948 nach Israel. Sharon bezeichnete die Äußerung nach Protesten einiger Minister als „nicht hinnehmbar“. Nach Lapid's Einschätzungen würden in Rafah bis zu 2000 Häuser zerstört. Nach den Worten von Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz würden die Zerstörungen vor einem israelischen und internationalen Gericht keinen Bestand haben.

Zum Abschluss der zweitägigen Tagung der 22 Mitglieder starken „Arabischen Liga“, an der nur sechzehn Staats- und Regierungschefs teilnehmen, wird die „Deklaration von Tunis“ veröffentlicht, die von den Teilnehmern ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen wird. Darin wird erstmals zwischen den israelischen Militäroperationen gegen palästinensische Zivilisten und Führungspersonlichkeiten auf der einen sowie dem „Terrorismus in jeder Form“ und „unterschiedslosen Operationen gegen [israelische] Zivilisten“ auf der anderen Seite unterschieden; das israelische Vorgehen in Rafah wird als „Barbarei“ bezeichnet. Gleichzeitig wird betont, dass zum Terrorismus nicht der bewaffnete Widerstand gegen die Besatzung gehöre. Im gesellschaftspolitischen Teil der Erklärung heißt es, dass die „Stärkung der Rolle der Frau ... im Rahmen der traditionellen Werte“ geschehen solle. Außerdem bekennen sich die teilnehmenden Staaten zu den Menschenrechten,

zur Meinungsfreiheit und zur Unabhängigkeit der Justiz, doch werden konkrete Schritte lediglich für die innerarabische wirtschaftliche Zusammenarbeit verabredet. Internationale Pressestimmen nennen die Ergebnisse eine Verständigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, schließt die Entsendung arabischer Truppen nach Irak aus, es sei denn die Vereinten Nationen würden darum bitten.

21.05.2004:

Nach israelischen Presseberichten räumt ein israelischer Militärsprecher ein, dass bislang keine unterirdischer Tunnel an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten gefunden worden ist. Diese Vermutung diene als Begründung für die „Operation Regenbogen“, die den Waffenschmuggel über die Grenze beenden sollte.

In einem Gastbeitrag für „Haaretz“ fordert der Chefredakteur der arabisch-israelischen Zeitung „Kul el-Arab“ („Arabische Stimme“), Zuheir Andreus, die palästinensische Führung zur Besinnung auf. Weder sei Israel unter Sharon ein Verhandlungspartner, noch verdiene die Autonomiebehörde das politische Vertrauen. Andreus fordert Arafat zum Rücktritt auf und verlangt die Wiederbelebung der PLO und eine vereinte Führung, damit das palästinensische Haus wieder in Ordnung komme. Geschehe dies nicht, würden sich die Palästinenser bald mit einem Staat im Stadtviertel von Rafah zufrieden geben müssen.

20.05.2004:

Trotz der scharfen internationalen Reaktionen weitet das israelische Militär seine Aktionen in Rafah noch aus. Dabei kommen neun Palästinenser ums Leben. UN-Generalsekretär Kofi Annan verlangt, die „unangemessene und wahllose Anwendung von Gewalt“

einzustellen. Der irische Außenminister Brian Cowen schreibt in einer namens der EU veröffentlichten Erklärung, die israelischen Truppen hätten mit der „völlig unverhältnismäßigen“ Offensive Menschenleben rücksichtslos missachtet. Das Außenministerium in Jerusalem nennt die Äußerungen „ekelerregend“. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem Kommentar, dass Israel sich in den letzten Jahren optimal darum bemüht habe, das Abgleiten in terroristisches Handeln zu vermeiden, „wird man auch bei wohlwollende Betrachtung nicht sagen können. Was jetzt in Rafah geschah, systematische Zerstörung von Häusern und Inkaufnahme gewaltsamer Tötung auch von Zivilisten, ist Ballung und Steigerung seit Jahren geübter Praktiken; die Zahl der durch Hauszerstörungen, oft in Sippenhaft, obdachlos gemachten Palästinenser geht längst in die Tausende. Den Waffenschmuggel durch Tunnel, mit dem die jetzige Großaktion begründet wird, gibt es schon lange. Die angeführte Befürchtung, vom Gaza-Gebiet könne sonst bald eine Raketenbedrohung für Israel ausgehen, erinnert stark an amerikanische Propaganda im Vorfeld des Irak-Kriegs.“ Die „Süddeutsche Zeitung“ beginnt ihren Kommentar mit dem Satz: „Die Gaza-Offensive Israels hat das Chaos der amerikanischen Nahostpolitik entlarvt.“

Das Bezirksgericht in Tel Aviv spricht Marwan Barghouti in fünf Fällen der direkten Verantwortung für die Ermordung von fünf Personen schuldig, darunter einen griechisch-orthodoxen Priester und einen israelisch-arabischen Polizei-offizier. In mehr als dreißig anderen Punkten wird die Anklage fallengelassen. Das Strafmaß soll am 6. Juni verkündet werden. Der „Tanzim“-Führer war am 15. April 2002 in Ramallah festgenommen worden.

19.05.2004:

Mindestens 27 Palästinenser, darunter fünf Jugendliche unter 14 Jahre, werden von israelischen Helikoptern und Panzern in Rafah getötet. Verteidigungsminister Shaul Mofaz spricht von einem

„bedauernswerten Fehler“. „Amnesty international“ bezeichnet Israels Operation als „Kriegsverbrechen“ und als Bruch der Vierten Genfer Konvention. Israel habe mehr als dreitausend Häuser und in den Jahren 2002/3 zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche und mehr als 226.000 Bäumen im Gazastreifen zerstört. Die Schweizer „Olivenölkampagne“ verurteilt die Taten aufs schärfste. In der Gruppe sind palästinensische, jüdische, christliche und andere solidarische Menschen zusammengeschlossen, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen.

Am späten Abend verabschiedet der UN-Sicherheitsrat einstimmig bei Enthaltung der USA eine Resolution, in der die Zerstörung von Häusern als Kollektivbestrafung und die Tötung von palästinensischen Zivilisten gefordert wird. Washington hatte am 24.09.2002 zum letzten Mal eine UN-Resolution passieren lassen, die Israel kritisierte.

18.05.2004:

Das israelische Militär setzt mit ihrer „Operation Regenbogen“ in Rafah die Verbreiterung des „Philadelphia-Korridors“ fort und zerstört dabei weitere arabische Häuser, mindestens zwanzig Palästinenser kommen ums Leben, darunter sechs Zivilisten. Das UN-Flüchtlingshilfswerk baut für 1500 Obdachlose ein Zeltlager auf. „Amnesty international“ spricht von „Kriegsverbrechen“. Nach den Worten von Generalstabschef Moshe Yaalon gebe es für die Operation „keine Zeitgrenze“. Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana erklärt in Brüssel: „Was gegenwärtig in Gaza vorgeht, müssen wir verurteilen, sehr scharf verurteilen.“

US-Präsident George W. Bush erklärt in Gegenwart der israelischen Minister Ehud Olmert („Likud“) und Josef Lapid („Shinui“) sowie des israelischen Botschafters Dan Ayalon auf der Jahreskonferenz des „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“ in New York, dass die USA deshalb so stark seien, weil sie „einen wahren und

verlässlichen Alliierten“ im Staat Israel haben: Ein freies, blühendes und sicheres Israel liege im nationalen Interesse der USA. Bevor es einen palästinensischen Staat geben könne, müssten alle Parteien der Gewalt abschwören und den Terror bekämpfen.

Die wachsende Niederlassung von Juden aus der früheren Sowjetunion in Deutschland wird von dem für die Einwanderung nach Israel zuständigen Beauftragten Sallai Meridor kritisiert. „Die deutsche Regierung lockt Juden aus der früheren UdSSR mit ihrer Anerkennung als Flüchtlinge nach Deutschland, obwohl schon der Staat Israel seit 56 Jahren besteht.“ Die israelische Regierung müsse „ernsthafte Schritte unternehmen, um Deutschland entgegenzuwirken“. Nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks ist der Andrang israelischer Staatsbürger im deutschen Konsulat in Tel Aviv gestiegen, die sich um einen deutschen Pass bemühen.

17.05.2004:

Der palästinensische Regierungschef Achmed Qureia trifft in Berlin mit Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesaußenminister Joschka Fischer und US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice zusammen¹¹. Es gebe „bescheidene, aber doch positive Anzeichen“ für politische Bewegung, sagt Schröder anschließend. Ähnlich äußert sich Fischer.

16.05.2004:

Nachdem das Oberste Gericht Israels eine einstweilige Verfügung aufgehoben hat, beginnt das israelische Militär damit, die Stadt Rafah mit ihrem Flüchtlingslager im südlichen Gazastreifen von der ägyptischen Grenze durch die Zerstörung von Wohnhäusern zu isolieren. Die Begründung für die größte Operation dieser Art seit

¹¹ Die Erklärung Qureias nach der Begegnung mit Rice finden Sie in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

Ausbruch der zweiten „Intifada“ lautet, damit den illegalen Waffenschmuggel und weitere Angriffe auf israelische Soldaten zu verhindern. Ministerpräsident Ariel Sharon erklärt, dass gegenwärtig mit Kairo über einen Zusatz zum Friedensvertrag von 1978 verhandelt würde, damit ägyptisches Militär vom Sinai aus den Schmuggel unterbindet; gegenwärtig darf Ägypten dort nur eine Polizeieinheit stationieren. Nach Angaben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) sind durch die Sprengungen mehr als zwölftausend Palästinenser obdachlos geworden. Der palästinensische Regierungschef Achmed Qureia beschuldigt die israelische Regierung der ethnischen Säuberung und der kollektiven Bestrafung von Zivilisten.

Auf dem Weltwirtschaftsforum im jordanischen Shuneh am Toten Meer erklärt König Abdullah II. vor mehr als tausend Gästen aus über fünfzig Ländern und in Anwesenheit von US-Außenminister Colin Powell. Die Führer der Welt müssten ein für allemal demonstrieren, dass es ihnen mit der Freiheit der Palästinenser ernst sei. Jede Reform in der arabischen Welt werde scheitern, wenn sie nicht die Sorgen der Menschen einschließlich des palästinensisch-israelischen Konflikts einbeziehe. „Wir brauchen für die Erneuerung keine Führung von außen, hoffen aber auf internationale Hilfe.“ Auf dem Flughafen Amman trifft Powell mit Achmed Qureia zusammen und fordert ihn auf, dem in Aussicht genommenen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen als große Chance für weitere Entspannungsschritte zuzustimmen. Aus palästinensischer Sicht verläuft die Begegnung enttäuschend.

Yigal Amir, der am 4. November 1995 Ministerpräsident Yitzhak Rabin in Tel Aviv ermordet hat, erklärt, dass die aktuellen Geschehnisse seine Tat rechtfertigen, mit der er das jüdische Volk habe retten wollen. Die Gefängnisbehörden betrachten Amir als einen der rund 3300 Sicherheitsgefangenen.

Die ägyptischen Behörden nehmen rund fünfzig Mitglieder der verbotenen Moslembroderschaft fest – Ärzte, Ingenieure, öffentliche Angestellte und Geschäftsleute – und frieren ihre Bankkonten ein.

15.05.2004:

Mehr als 150.000 Menschen nehmen an der Kundgebung auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv unter dem Slogan „Raus aus Gaza – Gespräche beginnen“ teil. Zu den Hauptrednern gehören Shimon Peres (Arbeitspartei), Yossi Beilin („Meretz/Yachad“), Amy Ayalon („People’s Voice“) und Amir Peretz („Eine Nation“ und Vorsitzender der „Histadrut“). Justizminister Josef Lapid („Shinui“) beteiligt sich nicht an der Kundgebung mit der Begründung, dass die Partei nicht gleichzeitig zur Regierungskoalition gehören und gegen die Regierung Stellung beziehen könne, gleichwohl beteiligen sich die beiden Abgeordneten Eti Livni und Melli Polishuk-Bloch, ohne die Partei binden zu wollen. Die Teilnahme von Ayalon und Peretz wird als besonders bedeutsam angesehen, weil sich beide bisher strikt weigerten, an solchen Demonstrationen teilzunehmen. Beilin erklärt, dass die Kundgebung die Kraft habe, zum dramatischsten Ereignis der vergangenen 22 Jahre zu werden – eine Anspielung auf die Demonstration im September 1982 gegen den Libanon-Krieg. Andere Redner beklagen, dass nur wenige Neueinwanderer und Bewohner aus den Entwicklungsstädten nach Tel Aviv gekommen seien. Die politische Rechte hatte im Vorfeld an die Organisatoren appelliert, die Kundgebung mit Hinweis auf den anhaltenden „Kampf gegen den Terror“ im Gazastreifen zu verschieben. Nach offiziellen Angaben sind dort in den vergangenen fünf Tagen 32 Palästinenser und 13 israelische Soldaten ums Leben gekommen. Über tausend Palästinenser verloren ihre Wohnungen, als israelisches Militär ihre Häuser zerstörte.

Vor seiner Abreise in die USA, wo er an der Universität in Harvard unterrichten wird, stellt der an der Genfer Universität lehrende Politologe Alexis Keller in einem Interview mit der Pariser Zeitung

„L'Humanité“ fest, dass er nicht der Vertreter der Schweizer Regierung zur Förderung der „**Genfer Initiative**“ ist, die er durch finanzielle und logistisch-organisatorische Hilfestellung seit Frühjahr 2001 auf den Weg gebracht hat. Vielmehr sei er im Januar 2004 in das akademische Leben zurückgekehrt. Das bedeute, dass er sich künftig mit mehr mit aktuellen, sondern mit strategischen Fragen zugunsten der „**Genfer Initiative**“ auf drei Ebenen beschäftigen wolle: der Präsentation in den amerikanischen jüdischen Gemeinden, gegenüber der amerikanischen Regierung und gegenüber dem demokratischen Lager. Seine calvinistische Sozialisation lasse ihn gelehrt, dass man handeln müsse.

14.05.2004:

Amram Mitzna, ehemaliger Kandidat der Arbeitspartei für das Amt des Ministerpräsidenten, besucht in Begleitung zweier Mitarbeiter der israelischen Menschenrechtsorganisation „B'tselem“ („Im Angesicht“) einen Checkpoint in der Nähe von Nablus, an dem einige hundert Palästinenser auf die Kontrolle ihrer Ausweispapiere warten müssen und von israelischen Soldaten teilweise rüde behandelt werden. Beim Besuch Mitznas und seiner Begleitung verändert sich die Lage für die Palästinenser schlagartig zum Positiven. „Haaretz“ schließt seinen Bericht: „Man kann keine Okkupation auf Dauer aufrechterhalten, wenn sie von B'tselem, Abgeordneten und Journalisten dokumentiert wird. Die Okkupation hat eine innere Logik, die uns inhumane Verhaltensweisen benutzen lässt, die die israelische Demokratie nicht ewig aushält.“

13.-19.05.2004:

Der arabische Knesset-Abgeordnete Azmi Bishara fordert die arabische Gesellschaft unabhängig vom israelisch-arabischen Konflikt zur Entwicklung demokratischer Strukturen auf:

„Die Araber sollten über die Beziehung zwischen dem fehlenden arabischen Nationalismus, der fehlenden Demokratie und der fehlenden Souveränität des Rechts auf der einen und der menschlichen Würde und den Bürgerrechten auf der anderen Seite nachdenken. Wir sollten über die Bedeutung der zügellosen Käuflichkeit und Korruption nachdenken und wie sie Konzepten der Modernität und der Modernisierung, dem Prinzip des Rechts auf eine menschliche Gesellschaft sowie der Vorstellung eines Entscheidungsprozesses ins Gesicht schlagen, die nicht auf Kriterien beruht, die sich von außen gerade einmal anbieten. Die Fragen, die wir uns dabei stellen, sollten sich nicht aus dem arabisch-israelischen Konflikt oder der Nakba herleiten, denn es handelt sich um Fragen des eigenen Rechts, wenn wir uns selbst helfen wollen. ... In einigen arabischen Ländern werden die Palästinenser wie Hunde behandelt, damit sie die Erinnerung an die Nakba lebendig halten und damit sich die Palästinenser daran erinnern, dass sie Flüchtlinge sind. Doch leider ist diese Behandlung kein Erinnerungsposten, sondern eher eine Fortsetzung der Nakba. Die Palästinenser betteln weder um die Staatsbürgerschaft, wie man glaubt, noch brauchen sie die Peitsche, um sich an ihre Dörfer und Städte zu erinnern, an die Schlüssel zu ihren Wohnungen, die weiterhin vom Vater auf den Sohn übertragen werden, während sie, zwischen Hoffnung und Verzweiflung zerrissen, auf ihre Rückkehr warten.“ Es gebe nur zwei Wege, die israelische Apartheid gegenüber den Palästinensern zu beenden, zum einen den unabhängigen palästinensischen Staat als Ergebnis einer historischen Regelung und nicht als eine Übertragung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Die Alternative sei ein demokratischer Staat mit zwei nationalen Identitäten auf lange Sicht. *„Doch sollte dabei bedacht werden, dass dies eine duale nationale Identitätslösung ist, keine arabische nationalistische Lösung, und dazu kann die gegenwärtige Intifada nichts beitragen, weil sie auf eine Trennung abzielt.“* Die palästinensische Nationalbewegung müsse sich entscheiden, ob sie einen palästinensischen Staat ohne das palästinensische Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge als eine

historische Regelung betrachte oder ob sie ihnen die Ansiedlung in den eigenen Grenzen mit Pässen und Staatsbürgerschaft anbieten wolle¹².

13.05.2004:

Rund dreißig Sympathisanten von Ehud Barak unter dem Namen „Bürger unterstützen Ehud“ treffen sich in Ramat Hasharon nördlich von Tel Aviv. Die Kampagne zur Förderung des politischen Comeback von Barak setzt zu einem Zeitpunkt ein, an dem Sharon wankt und die Arbeitspartei um ihren Kurs ringt. Nach Aussage Baraks würden er und Benjamin Netanyahu um das Amt des nächsten Ministerpräsidenten konkurrieren.

12.05.2004:

In einer Reaktion auf den Anschlag in Gaza-Stadt am Vortage verlangt Außenminister Silvan Shalom in einem Rundfunkinterview die Fortsetzung des Baus des „Sicherheitszauns“ in der Westbank, die Verstärkung des Kampfes gegen palästinensische Terrororganisationen, die auf eine internationale Fahndungsliste gesetzt werden sollten, und die Etablierung einer anderen palästinensischen Führung.

10.05.2004:

Israels Verteidigungsminister Shaul Mofaz bezeichnet die Siedlungen im Gazastreifen als „historischen Fehler“. Der Landstrich könne nicht als Teil des von Gott zugedachten Landes bezeichnet werden. In fünf Jahren werde es dort wahrscheinlich keine Siedlungen mehr geben. Mofaz fügt hinzu: „Ich rede nicht nur vom

¹² Azmi Bishara in „Al-Ahram weekly“-online 13.-19.05.2004. „Nakba“ ist das arabische Wort für „Katastrophe“ und meint den palästinensischen Exodus 1947/48. Vgl. die Eintragungen vom 12.-14.03.2004 und 10.05.2004 in dieser Chronologie.

Gazastreifen.“ Sein Stellvertreter Zvi Hendel reagiert mit den Worten: „Der Mann ist nicht normal.“

Nach dem Scheitern von kleinlichen unilateralen Initiativen wie dem Rückzug aus dem Gazastreifen oder dem Trennungsaun, der tief in die palästinensische Gebiete vordringt, könnten die Friedenskräfte vollständige bilaterale und detaillierte Friedenspläne vorlegen, betont Akiva Eldar in „Haaretz“. Diese würden Grenzen und Lösungen für alle zwischen Israel und den Palästinensern umstrittenen Probleme vorlegen und nur für diejenigen, mit denen sich Israel selbst befasst. Der Clinton-Plan vom Dezember 2000, die „**Genfer Initiative**“ und das Nusseibeh-Ayalon-Dokument warteten darauf, dass politische Führer sie aus der Mottenkiste hervorholen.

Israels Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz zeigt Verständnis für israelische Rekruten, die aus Gewissensgründen den Dienst in den palästinensischen Gebieten verweigern. Das Recht auf Verweigerung wurde erstmals während des Libanon-Feldzugs 1982 durch die Gruppe „Yesh Gvul“ („Es gibt eine Grenze“) öffentlich thematisiert. „Ich kann das Phänomen der Jugend verstehen, für Überzeugungen und Meinungen zu kämpfen“, erklärt Mazouz vor der israelischen Rechtsanwaltskammer in Eilat, und bezeichnet die Verweigerung als einen Ausfluss der Menschenrechte. Gleichwohl schließt er sich dem Votum des Obersten Gerichts an, wonach zwischen dem normalen Dienst in der Armee und einer Totalverweigerung unterschieden werden müsse. Nach Angaben der Gruppe „Ometz lessarev“ („Mut zur Verweigerung“) gibt es gegenwärtig über 600 Reservisten, zu denen zunehmend auch junge Frauen gehören. Während Mazouz von einem „Likud“-Abgeordneter das Recht bestreitet, sich zu Akten der „politischen Kriminalität, welche die Grundlagen der Demokratie unterhöhlt“, zu äußern, bringen die „Meretz/Yachad“-Abgeordneten Zahava Gal-On und Roman Bronfman einen Gesetzentwurf in die Knesset ein, der Verweigerern aus Gründen der Religion, des Glaubens und des Gewissens alternativ einen nationalen Ersatzdienst anbietet.

Die Außenminister der Arabischen Liga legen zur Vorbereitung des Gipfeltreffens am 22. und 23. Mai in Tunis einen Rahmenentwurf vor, der die Unabhängigkeit der Justiz, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die Achtung der Menschenrechte und die Stärkung der Rolle der Frauen beinhaltet. Sie sollen „mit unserem Glauben und unseren kulturellen Traditionen“ im Einklang stehen; das Wort „Demokratie“ findet sich in dem Dokument nicht. Dennoch werden damit zumindest indirekt Forderungen von mehreren hundert Delegierten arabischer NGO's Mitte März im ägyptischen Alexandria aufgenommen¹³.

Die USA verhängt Beschränkungen des Warenverkehrs mit Syrien. Damit soll Damaskus gezwungen werden, seine Unterstützung terroristischer Gruppen einzustellen. Washington erhebt den Vorwurf, dass Syrien die Infiltration ausländischer Kämpfer in den Irak duldet, Massenvernichtungswaffen besitzt sowie „ Hamas“, „Islamischen Dji had“ und „Hisbollah“ unterstützt. Ausgenommen von der Liefersperre sind Nahrungsmittel, Medikamente und Ersatzteillieferungen für Flugzeuge sowie die Ausfuhr von Öl aus Syrien. Auch der Flugverkehr ist untersagt worden. US-Firmen dürfen weiterhin in Syrien tätig sein. Außerdem wird das US-Finanzministerium angewiesen, Vermögenswerte von syrischen Staatsbürgern einzufrieren, denen Verbindungen zu Terrororganisationen nachgesagt werden. Präsident Bashar Assad verwahrt sich gegen die US-Vorwürfe und fügt hinzu, dass er sich dem amerikanischen Druck nicht beugen werde: „Wir vertreiben keine Menschen, es sei denn sie könnten nach Hause gehen.“ Der Leiter der politischen Abteilung von „ Hamas“, Khaled Meshal, lebt seit 1999 in Damaskus, den Führer des „Islamischen Dji has“, Ramadan Abdullah Shallah, zog es schon früher nach Syrien. Da der gesamte Warenverkehr in beiden Richtungen nur 300 Millionen US-Dollar pro Jahr ausmacht, sollen die Auswirkungen begrenzt sein, doch

¹³ Vgl. die Eintragung vom 12.-14.03.2004 und 22.04.2004.

befürchtet Damaskus eine Beeinträchtigung seiner Handelsgespräche mit der Europäischen Union.

Bei der Verleihung des Wolf-Preises an Daniel Barenboim in Jerusalem kommt es zum Eklat, als der Dirigent beim Empfang der Urkunde für sein musikalisches Lebenswerk aus der Unabhängigkeitserklärung zitiert und „mit tiefer Sorge“ den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Grundsätze beklagt. Daraufhin bedauert Kulturministerin Limor Livnat vor dem Publikum, dass Barenboim die Veranstaltung zu „Angriffen gegen Israel“ nutzt, und fügt in einem Radiointerview hinzu: „Ein großer Künstler, aber ein kleiner Mensch.“ Der israelische Dirigent Itay Talgam beklagt, dass nur Barenboim den Mut besitzt, sich öffentlich zu äußern, während andere Künstler lediglich darauf bedacht seien, ihre persönlichen Interessen zu fördern.

08./09.05.2004:

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ begründet der in New York lehrende Islamwissenschaftler Bernard Haykel die Vermutung, dass die Amerikaner von arabischen Geheimdiensten Hinweise erhalten haben, „an welchen Schwachstellen der Wille und das Selbstbewusstsein eines Häftlings zu brechen sind“. Haykel bezieht sich auf die Folterungen und Misshandlungen in irakischen Gefängnissen, in denen amerikanische Soldaten die Insassen nackt zur Schau stellten. Für die westliche Öffentlichkeit, so Haykel, seien die Opfer der Entblößung ein paar Iraker, für die Araber und Moslems hingegen „sind diese Bilder exemplarische Symbole für die gesamte Beziehung zwischen der islamischen und der westlichen Welt“. Für „al-Qaida“ seien die Bilder „ein unglaublicher Public-Relations-Coup“. Die arabische Öffentlichkeit glaube, dass die amerikanischen Truppen im Irak genauso vorgehen würden wie die israelischen Truppen in Palästina. „Wer in diesen Tagen noch an die Demokratisierung des Nahen Osten, an einen Update der dortigen

Kultur glaubt, macht sich erst einmal lächerlich“, schreibt Gustav Seibt an anderer Stelle der SZ-Ausgabe.

08.05.2004:

In einem kurdischen Internet-Portal verurteilt Vahal Abdulrahman die schweren Menschenrechtsverletzungen amerikanischer Soldaten gegen irakische Gefangene, fragt aber, warum die arabische Welt 35 Jahre dazu geschwiegen habe, dass Saddam Husseins Regime gefoltert, gemordet, deportiert, ins Gefängnis geworfen, ethnisch gesäubert und Millionen irakischer Zivilisten vergast habe. „Das irakische Volk verdient Abbitte der Welt und besonders der arabischen Welt – ihnen muss gesagt werden, dass das Schweigen der Welt Saddam geholfen hat, während ihre Söhne und Töchter in Massengräber verscharrt und ihre heiligen Städte angegriffen und geschändet wurden.“

07.05.2004:

Daniel Barenboim dirigiert in Ramallah mit dem vom ihm begründeten „National Conservatory of Palestine“ ein Gedenkkonzert für den im Herbst 2003 verstorbenen palästinensischen Literaturwissenschaftler Edward Said. Einen Tag später gibt Barenboim ein Benefizkonzert in Jerusalem zugunsten palästinensischer Erziehungsprojekte, die unter der Obhut der „Barenboim-Said-Foundation“ stehen, und zugunsten des „Young Israeli Philharmonic Orchestra“. In einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“ schreibt Barenboim u.a.:

„Ich glaube nicht an eine militärische Lösung des Nahost-Konflikts. Moralisch ebenso wenig wie politisch. Israel ist eine starke Nation, und militärisch können die Israelis wahrscheinlich jeden Krieg gegen welches arabische Land auch immer gewinnen. Aber gegen die Palästinenser kann Israel nicht gewinnen. ... Der Nahost-Konflikt ist ein Konflikt der sozialen Gerechtigkeit. Und er ist wie kein anderer an

die politische Entwicklung des Staates Israel gebunden, vom frühen Zionismus und Sozialismus der Zwanzigerjahre bis zum heute herrschenden Kapitalismus. Die Gründung des Staates Israel hat den Juden als Juden eine Identität gegeben, zum ersten Mal seit 2000 Jahren. Aber solange wir Juden uns die Frage nicht beantworten: Was ist ein Jude? Und: Wie definieren wir uns? – solange wir nicht wissen, wer wir sind, solange können wir mit den Palästinensern nicht verhandeln. Und wenn wir mit den Palästinensern nicht verhandeln, wird der Staat Israel eine Episode bleiben in der Geschichte des jüdischen Volkes. Die Akzeptanz des palästinensischen Volkes ist unsere einzige, langfristige Sicherheit, kein Herr Bush und sonst auch niemand.“

Bei ihrem Treffen in Dublin verständigen sich die EU-Außenminister und die arabischen Mittelmeer-Partner auf die Einrichtung eines gemeinsamen Kulturinstituts an der Universität Alexandria. Dafür wollen sie zunächst zehn Millionen Euro bereitstellen.

06.05.2004:

Jordaniens König Abdullah II. trifft zu Gesprächen mit US-Präsident George W. Bush in Washington zusammen. Die Begegnung war von Abdullah aus Protest gegen den Briefwechsel zwischen Sharon und Bush verschoben worden. In der anschließenden Pressekonferenz relativiert Bush seine Zusagen an Sharon mit den Worten: „Wie ich schon früher sagte, müssen die Fragen des endgültigen Status in Verhandlungen zwischen den Seiten geklärt werden. Die Vereinigten Staaten werden die Ergebnisse solcher Verhandlungen nicht vorwegnehmen.“ Die Welt müsse „die Wahrscheinlichkeit eines palästinensischen Staates zur Kenntnis nehmen“. Dessen Demokratie brauche nicht dem amerikanischen und europäischen Vorbild zu gleichen, sondern müsse mit der [arabischen] Kultur und den Interessen des palästinensischen Volkes im Einklang stehen.

In einem Brief an König Abdullah schreibt Bush u.a.:

„The United States will not prejudice the outcome of final status negotiations, and all final status issues must still emerge from negotiations between the parties in accordance with UN Security Council resolution 242 and 338.” The United states remained committed to the “vision of two states, Israel and Palestine, living side by side in peace and security, and to the establishment of a Palestinian state that is viable, contiguous, sovereign, and independent.”

Zugleich kündigt Bush die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Autonomiebehörde an. Dazu werde er in den kommenden Tagen einen Brief an Regierungschef Achmed Qureia schreiben.

Jordanische Kommentatoren befürchten, dass Bushs Politik die Sicherheit ihres Landes dadurch gefährde, weil er die Aufnahme weiterer palästinensischer Flüchtlinge in Jordanien erwarte und somit die Bevölkerungsbalance belaste.

In einem Interview mit „al-Ahram“ lässt George W. Bush Zweifel erkennen, ob der palästinensische Staat gemäß den Vorgaben der „Road Map“ im Jahr 2005 noch realistisch sei wie vor zwei Jahren. Dennoch werde er sich dafür einsetzen, dass der Staat entstehe. Dazu gehöre jedoch eine neue palästinensische Führung und eine neue Verfassung¹⁴. Für Achmed Qureia lässt sich der Termin einhalten, wenn Washington wirklich ernsthafte Verhandlungen mit einem Schlussabkommen wolle.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet mit 140 gegen sechs Stimmen bei elf Enthaltungen eine Resolution, in der es heißt, dass die Palästinenser „das Recht auf Selbstbestimmung und auf Souveränität über ihre Territorien haben

¹⁴ „Al-Ahram weekly online“ 6-12 May 2004. Da es seine Machtfülle beschneidet, hatte Arafat lange gezögert, bis er am 29.05.2002 das „Grundgesetz“ unterzeichnet. Es trat am 07.07.2002 als „Kerngebilde für eine dauerhafte Verfassung“ in Kraft.

und dass Israel, der Besatzungsmacht, nur die Aufgaben und Pflichten einer Besatzungsmacht gemäß der Vierten Genfer Konvention zukommt“. Israel, die USA und vier pazifische Inseln stimmen dagegen.

Gisela Dachs schreibt in der „ZEIT“ unter der Überschrift „Das Volk murrte“: „Das Festhalten am gegenwärtigen Zustand ist bei den Israelis ebenso passé wie die alte Ideologie von Groß-Israel. Nach dreieinhalb Jahren militarisierter Intifada gehen bei der Mehrheit nur noch die Meinungen über die Art des Abschieds von den Palästinensern auseinander.“

05.05.2004:

Shlomo Avineri, emeritierter Politologe an der Hebräischen Universität in Jerusalem, nimmt seinen älteren Vorschlag einer Teilung des Irak auf und fragt in der „Jerusalem Post“, warum die Amerikaner angesichts ihres Scheiterns, Recht und Gesetz in den von ihnen beherrschten Teilen des Landes herzustellen, im nördlichen Kurdistan keine Volksbefragung über die politische Zukunft durchführen lassen. „Warum muss eine Region und seine Bevölkerung bestraft werden, die ihr Haus in Ordnung halten und nicht in Mord, Angriffe auf Moscheen und Selbstmordattentate auf Schulkinder verwickelt sind?“ Gleichzeitig wendet sich Avineri gegen die türkische Politik, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. „Niemand steht hinter dem Anspruch Israels, im Prinzip die Errichtung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen zu verhindern. Dasselbe sollte für die Türkei gelten.“

04.05.2004:

In New York treffen sich zum ersten Mal seit vergangenem Jahr US-Außenminister Colin Powell, UN-Generalsekretär Kofi Annan, der russische Außenminister Sergej Lawrow und als Vertreter der

irischen EU-Ratspräsidentschaft der Brüsseler Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana. In einer Erklärung begrüßen die Teilnehmer den israelischen Rückzugsplan als „eine seltenen Gelegenheit auf der Suche nach Frieden im Nahen Osten“, verlangen von der Regierung in Jerusalem, ihn vollständig umzusetzen, und rufen „zu einem Ende der Besatzung seit 1967“ auf. Dann könnte er zu „einem Schritt zur Verwirklichung der Zwei-Staaten-Vision werden“, wie diese in der „Road Map“ skizziert sei. In ihren Verweisen auf internationale Resolutionen nehmen sie auch auf die Initiative des saudischen Kronprinzen Abdullah auf der Sitzung der Arabischen Liga vom Frühjahr 2002 Bezug. Auf das „Likud“-Referendum nimmt die Erklärung keinen Bezug. Diplomaten bezeichnen das Treffen des „Quartetts“ als das wichtigste seiner Art¹⁵.

Etwa fünfzig im Ruhestand befindliche US-Diplomaten folgen dem Beispiel ihrer britischen Kollegen¹⁶ und zeigen sich in einem Brief an Präsident Bush „zutiefst besorgt“ über die amerikanische Nahostpolitik mit ihrer „ungenierten Unterstützung“ der israelischen Politik vor. Sie verschreke die „Glaubwürdigkeit, das Prestige und die Freunde“ Amerikas. „Nur wenn wir zur langen amerikanischen Tradition der Fairness zurückkehren, können wir die gegenwärtige Welle von Missgunst in Europa, im Nahen Osten und auch im Irak eindämmen und zurückdrängen.“

02.05.2004:

Nach einem Bericht von Danny Rubinstein in „Haaretz“ vertreten die Palästinenser die Auffassung, dass Sharons Rückzugspläne es darauf anlegen, die Autonomiebehörde zu boykottieren und Israels Sicherheit zu erhöhen. Deshalb sei die Autonomiebehörde nicht zu

¹⁵ Den Text der Erklärung des „Quartetts“ finden Sie in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

¹⁶ Vgl. den Eintrag unter dem Datum 27.04.2004 in dieser Chronologie.

Gegenleistungen aufgefordert worden. Je stärker die Rückzugspläne in den USA und in Europa gelobt würden – und damit zumindest den Eindruck erweckten, dass die dortigen Regierungen Yasser Arafat keine politische Rolle mehr zubilligen –, desto stärker sei der palästinensische Zwang einschließlich der palästinensischen Verweigerungsgruppen mit Sitz in Damaskus, zusammenzurücken und nationale Einigkeit unter Arafats Führung zu demonstrieren. Auch ein führender „ Hamas“-Vertreter im Gazastreifen habe vergangene Woche erklärt, dass die Drohung gegen Arafats Leben als direkte Drohung gegen die Bewegung verstanden werde. Arafat selbst versuche sich dagegen zu verwehren, international als Parteigänger von Terrorgruppen abgestempelt zu werden.

Der „Haaretz“-Mitarbeiter Aryeh Dayan befasst sich mit kontroversen Diskussionen in der „Meretz“-Fraktion der Knesset, zu der Yossi Beilins „Yachad“ gehört. Während einige Parlamentarier in den Rückzugsplänen Sharons den Anfang vom Ende der israelischen Besatzung in der Westbank sehen, befürchten andere eine Vertiefung der Okkupation. Yossi Sarid kündigt seine Unterstützung der Rückzugspläne in der Knesset an, selbst wenn sie nur einem „Hühnerstall in einer isolierten Siedlung im Gazastreifen“ gelten sollten. Hingegen kündigt Beilin (der über kein Knessetmandat verfügt) seinen Widerstand an, wenn der Premier in seine Resolution eine Klausel einfügen sollte, die Siedlungen in der Westbank stärken zu wollen, oder wenn internationale Rechtsexperten die Auffassung vertreten sollten, dass die Rückzugspläne nicht das Ende der Besatzung bedeuten würden – Beilin spielt darauf an, dass Sharon mit einem Rückzug nicht den Verzicht auf die israelische Souveränität über das Gebiet verbindet. Dagegen zeigt sich der ehemalige „Meretz“-Fraktionsvorsitzende Ran Cohen optimistisch: Wenn einmal der Stein des Rückzugs ins Rollen gekommen sei, gebe es kein Halten mehr.

Der „Islamische Dihad“ und „Komitees des Volkswiderstandes“, die zu Arafats „Fatah“ gehören sollen, töten am Mittag eine schwangere

Frau und ihre vier Töchter auf der Straße nach Gush Katif im Gazastreifen, obwohl diese zuvor von einem CNN-Filmteam gewarnt wurden, das in der Nähe arbeitete. Die Tat sei eine Vergeltung für die Liquidierung von Achmed Yassin und Abdel Aziz Rantisi, erklärt ein Sprecher der Komitees. Die Familie befand sich auf dem Weg zu einer Demonstration gegen Sharons Rückzugspläne. Dieser erklärt, dass der Terrorakt zu den palästinensischen Methoden gehöre, die israelischen Absichten zu durchkreuzen. „Unsere Soldaten können nicht in jedem Auto sein“, begründet Kabinettsminister Gideon Ezra noch einmal die Absichten der Regierung.

Am Referendum über die Rückzugspläne beteiligen sich 51,6 Prozent der rund 193.000 „Likud“-Mitglieder. Davon stimmen 39,7 Prozent für und 59,5 Prozent gegen die Absichten der Regierung. Obwohl Sharon die Abstimmung als ein Vertrauensvotum angekündigte, nahm er das Wahlergebnis in einer ersten Stellungnahme „mit Trauer“ auf, will aber seinen Kurs fortsetzen. Es wird erwartet, dass die Minister Benjamin Netanyahu (Finanzen), Limor Livnat (Erziehung) und Silvan Shalom (Auswärtiges) die Rückzugspläne nicht länger unterstützen, weil sie keine Mehrheit in der Partei gefunden haben. Industrieminister Ehud Olmert, der Ariel Sharons Pläne von Anfang an unterstützte, deutet an, dass der Premier ein umfassendes nationales Votum suchen könnte. Siedler beschuldigen Sharon der Apostasie und des Defätismus gegenüber dem Zionismus. In einem ersten Kommentar vergleicht „Haaretz“ das Ergebnis des Referendums mit den letzten Tagen der Regierung von Ehud Barak Anfang 2001:

„Wie Barak schlug Sharon den Weg einer mutigen Initiative ein, als er sich für politische Konzessionen aussprach, und wie sein Vorgänger glaubte er zu Unrecht, dass es ausreiche, das Richtige zu tun und von den Amerikanern ein Schulterklopfen zu empfangen, um die Schlacken des politischen Apparats zu Hause und seiner chronischen Neigung abzuschütteln, nach rechts zu ziehen. Wie Barak betrachtete Sharon keine Gegner wie eine Bande von

Zwergen von gestern, die sich zu keinen schicksalsschweren Entscheidungen aufraffen. Und auch Sharon stand im Augenblick der Wahrheit ohne Helfer da. Barak fuhr [im Juli 2000] nach Camp David mit seiner Partei, doch ohne eine Koalition. Sharon verfolgte den Rückzugsplan mit einer stabilen Koalition, doch ohne eine Partei hinter sich. ... Präsident George Bush setzte sein Prestige zu Hause und in der arabischen Welt ein, indem er sich hinter Sharon stellte, so wie der frühere Präsident Bill Clinton es für Barak getan hatte¹⁷.“

Der amtierende Vorsitzende der Arbeitspartei, Shimon Peres, erklärt, dass das Votum der künftigen Politik Israels schade, und fordert Sharon auf, das Wahlergebnis zu ignorieren und die Rückzugspläne weiterzuverfolgen. Gebe es auch in der Knesset keine Mehrheit, solle das ganze Volk befragt werden. Yossi Sarid und Zahava Gal-On von der Fraktion „Meretz/Yachad“ fordern Sharon zum Rücktritt auf und verlangen Neuwahlen.

Wenige Tage heißt es in einem Kommentar: „Arbeitspartei, Yachad, Shinui, Eine Nation und die arabischen Parteien haben jetzt 52 Stimmen in der Knesset. Wenn die Arbeitspartei damit aufhört, sich wie eine Stoffpuppe zu benehmen, und wenn Yachad bei den nächsten Wahlen mehr als die sechs Sitze von Meretz gewinnt, wird die Unterstützung der großen Öffentlichkeit für eine neue Tagesordnung eine politische Wende bringen, die jetzt so weit entfernt zu sein scheint¹⁸.“

01.05.2004:

Im Zuge der Ost- und Südosterweiterung erhöht sich die Zahl der Juden in der Europäischen Union zwischen 80.000 und 175.000. In den „alten“ EU-Staaten leben rund zwei Millionen Juden.

¹⁷ Aluf Benn in „Haaretz“-online 03.05.2004.

¹⁸ Gideon Samet in „Haaretz“-online 05.05.2004. „Eine Nation“ unter ihrem Spitzenkandidaten Amir Peretz ist eine Abspaltung der Arbeitspartei und verfügt über fünf Parlamentssitze.

Bei einem Anschlag in der saudi-arabischen Hafenstadt am Roten Meer kommen außer den vier Terroristen auch zwei Amerikaner, zwei Briten und ein Australier ums Leben.

April 2004

30.04.2004:

In einem Gespräch mit „Haaretz“ äußert sich EU-Kommissar Günter Verheugen „sehr besorgt über die Situation in Israel. Ich bin wirklich verzweifelt. EU-Mitglieder fühlen sich frustriert, und sogar ich als ein loyaler Freund Israels finde es schwer, etwas Positives über die gegenwärtige israelische Regierung zu sagen.“ Nur ein Wechsel könne die Dinge im israelisch-palästinensischen Verhältnis voranbringen, doch äußerer Druck helfe nicht weiter, sondern wirke als Bumerang zurück.

Die in New York erscheinende jüdische Zeitung „Forward“ berichtet, dass die israelischen und palästinensischen Protagonisten der „**Genfer Initiative**“ ein Informationsbüro in New York errichten wollen. Leiter des Büros ist der frühere Sprecher von Premier Ehud Barak, Gadi Baltiansky. „We want to increase our exposure to the media, thank you, Congress and the American Jewish community“, heißt es. Bereits jetzt bestünden Arbeitskontakte zu den beiden zuständigen Vertretern für den Nahen Osten im State Department und zum Team von John Kerry, dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten. In dem Bericht des „Forward“ wird nicht verschwiegen, dass es in der israelischen Gruppe Meinungsverschiedenheiten gibt und dass die führende Rolle von Yossi Beilin bei „Meretz/Yachad“ und von Yasser Abed Rabbo in der PLO ein Text für die politische Glaubwürdigkeit und die Überparteilichkeit der „**Genfer Initiative**“ darstelle. Es sei jedoch zu

hoffen, dass die Menschen eher die Botschaft als die Botschafter bewerten.

29.04.2004:

Akiva Eldar berichtet in „Haaretz“, dass der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Angelegenheiten im US-Repräsentantenhaus Henry Hyde in einem Brief an Außenminister Colin Powell auf die Folgen des „Sicherheitszauns“ für die palästinensische Bevölkerung aufmerksam gemacht habe. Hyde, der sich auf Informationen aus dem Vatikan stütze, Sorge sich vor allem um das Los der christlichen Palästinenser und um den freien Zugang zu den heiligen Stätten. Weiter schreibt Hyde:

„The proposed route will take land from hundreds of families in Beit Sahour, better known as Sheperds' Fields, and Beit Jala. Sheperds' Fields is the place where an angel appeared announcing the birth of Jesus. In December 2003, USAID¹⁹ completed construction of a road at a cost of \$260,000 north of Bethlehem leading to the Cremisan Monastery of the Salesian Fathers. Only days after completion on January 11, 2004, without notice, the Israeli Defense Forces destroyed the road, leaving it useless by the people it was meant to serve.“

Abschließend fordert Hyde die amerikanische Regierung auf, Israel zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Vatikan zu bewegen.

In der „New York Review of Books“ schließt Edward R.F. Sheehan seinen Beitrag „The Disintegration of Palestine“²⁰ mit der skeptischen

¹⁹ Die „U.S. Agency for International Development (USAID)“ wurde 1961 von Präsident John F. Kennedy als Dienststelle des State Department gegründet.

²⁰ Edward R.F. Sheehan: The Disintegration of Palestine, in “The New York Review of Books” vom 29.4.2004. Weitere Auszüge in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

Frage, ob Präsident Bush nach seiner möglichen Wiederwahl im November 2004 die „**Genfer Initiative**“ als Ergänzung zur „Road Map“ akzeptiert: "Is this suggestion realistic? Is it inconceivable to make real the language of the Geneva Accord—that Israelis and Palestinians will establish relations based on cooperation and the commitment to live side by side as good neighbors, aiming both separately and jointly to contribute to the well-being of their peoples? Nearly everything one sees in the Occupied Territories casts doubts on this vision. Only the fact of the accord itself having been negotiated and signed offers a glimpse of hope."

28.04.2004:

Nach Auffassung von Regierungschef Achmed Qureia kann die palästinensische Autonomiebehörde den Gazastreifen nach dem israelischen Rückzug kontrollieren.

Libyens Staatschef Muammar Ghaddafi besucht die Brüsseler EU-Kommission. Es ist der erste Besuch Ghaddafis seit 1989. Libyen ist an der Aufnahme in den „Barcelona-Prozess“ interessiert.

Auf Einladung der Bundesregierung findet in Berlin eine zweitägige OSZE-Konferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus statt, die mit einer „Berliner Erklärung“ abgeschlossen wird. Nach Auffassung des Kommentators der „Süddeutschen Zeitung“ sei sie „in Wahrheit eine große Konferenz über Israel, die arabische Welt und den Westen“. Der neue Antisemitismus ignoriere „das gewaltige Entwicklungsdefizit der arabischen Gesellschaften, er ignoriert das autokratische Syrien oder das feudalistisch-marode Saudi-Arabien, deren innere Probleme wirklich nicht zu begründen sind mit dem Konflikt in Gaza oder dem Westjordanland“. An der Konferenz mit seinen vier Plenarsitzungen und zahlreichen Workshops nehmen 55 Staaten und zahlreiche NGO's teil. Die USA sind durch Außenminister Colin Powell vertreten, Israels Präsident Moshe Katzav ist als Beobachter eingeladen. Dieser betont in einem Interview, dass Israel „in den letzten zehn Jahren historische Schritte

auf die Palästinenser zu gemacht hat. Unsere Hände sind sauber. Unsere Moral ist sehr hoch. Und wir kamen an den Verhandlungstisch des Friedensprozesses mit reinen Absichten.“ Obwohl die Israelis seit dreieinhalb Jahren „unter schrecklichem, brutalem Terrorismus der Palästinenser litten, ... spüren (wir) hier keine europäische Solidarität für dieses Leid“. Europa sollte den Palästinensern deshalb ein Ultimatum stellen: „Wir sind bereit, euch politisch zu unterstützen, aber ihr müsst den Terrorismus beenden.“

Der Präsident der „Al-Quds University“ Sari Nusseibeh wird vier Stunden von israelischen Grenzpolizisten unter dem Verdacht verhört, dass er auf dem Universitätsgelände Palästinensern Wohnung gewähre, die in Israel keine Arbeitserlaubnis hätten. Die Abgeordnete der Arbeitspartei, die Juristin Yuli Tamir, betont, dass Nusseibeh einen sehr tiefen Wunsch nach einer friedlichen Lösung habe²¹.

Nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur „Sana“ hat eine Serie von Anschlägen in der Nähe der iranischen, saudi-arabischen und kanadischen Botschaft, der Residenz des britischen Botschafters und eines leerstehenden UN-Gebäudes im Damaszener Stadtviertel Mezze stattgefunden, bei dem vier Personen getötet worden sind, darunter ein Polizist und eine Passantin. Jordanische Kommentatoren glauben, dass die Anschläge gegen eine drohende Annäherung Syriens an die USA und gegen syrische Maßnahmen gegen militante Organisationen gedacht sein sollten. Im März kamen bei gewaltsamen Zusammenstößen mit Kurden im Norden Syriens 14 Menschen ums Leben.

In einem Artikel über die politische Vitalität des „Post-Zionismus“, dessen Konzept gleiche Rechte für alle Staatsbürger auf der

²¹ Vgl. die Eintragungen am 23.10., 14.11. und 19.12.2003 sowie am 17.02. und 01.03.2004.

Grundlage der „Grünen Linie“ von 1967 fordert, erklärt der an der Universität Haifa lehrende Uri Ram, dass durch Ariel Sharons Politik ein Konflikt Israels mit der gesamten moslemischen Welt provoziert werde. Gegenüber dem Neo-Zionismus, der vor allem von den Siedlern und ihren Bundesgenossen repräsentiert werde, sei der Post-Zionismus gegenwärtig nur eine Marginalie²².

27.04.2004:

Jordanische Sicherheitskräfte geben bekannt, dass sie vor einigen Tagen Giftgas- und Sprengstoffanschläge von „al-Qaida“-Anhängern in Amman vereitelt haben, denen nach offiziellen Angaben bis zu 80.000 Menschen hätten zum Opfer fallen können. Der Hauptverdächtige Azmi Djalusi erklärt im Fernsehen, dass er im Auftrag des im Irak untergetauchten Palästinensers Abu Musab al-Sarqawi gehandelt habe. Sarqawi, der zu den engsten Vertrauten von Osama Bin-Laden und dessen rechter Hand al-Zawahiri gehören soll, war in Amman vor einigen Monaten in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil er für den Anschlag auf den US-Diplomaten Laurence Foley am 28. Oktober 2002 verantwortlich sei. Insgesamt sitzen sechs Verdächtige in jordanischen Gefängnissen, vier weitere seien bei einem Gefecht getötet worden.

Tony Blair und sein Außenminister Jack Straw weisen Kritik an ihrer Nahostpolitik zurück, die 52 frühere britische Diplomaten als „unausgewogen“ bezeichnet haben. Die Diplomaten äußerten „die wachsende Sorge“ über die Besetzung des Irak und über Blairs offenkundige Zustimmung zum israelischen Rückzugsplan aus dem Gazastreifen. Wenn Großbritannien keinen „wirklichen Einfluss“ auf die amerikanische Regierung ausüben könne, solle es seine

²² Dalia Shehori in „Haaretz“-online 28.04.2004. Einen längeren Beitrag zum selben Thema, in dem außer Uri Ram auch Ilan Pappe und Tom Segev zu Wort kommen, hat die Autorin in der hebräischen Wochenausgabe von „Haaretz“ in ihrer Ausgabe 21.04.2004, S. 5, veröffentlicht.

Unterstützung für eine Politik einstellen, die „zum Scheitern verurteilt“ sei. London hat rund 7700 Soldaten um Basra herum stationiert.

26.04.2004:

„Haaretz“ berichtet von Spekulationen, wonach einige Abgeordnete der Arbeitspartei – allen voran Avraham Burg, Yuli Tamir, Amram Mitzna und Eitan Cabel – aus der Fraktion ausscheiden wollen, falls die Partei unter Führung von Shimon Peres in eine „Große Koalition“ mit dem „Likud“ eintreten sollte. Die Abgeordnete Zahava Gal-On – Leiterin der „Yachad“-Gruppe in der „Meretz“-Fraktion –, die zu den Sympathisanten der „**Genfer Initiative**“ gehört, zeigt sich skeptisch, ob die Arbeitspartei einen klaren Kurs einschlagen wird. Einerseits führe sie Verhandlungen mit dem Ziel, in die Regierung einzutreten, andererseits bezeichne sie sich als Alternative zur Regierung.

Nach israelischen Medienberichten ist der Chirurg Machmud Zahhar in der Nachfolge des vom israelischen Militär liquidierten Abdel Aziz Rantisi an die Spitze eines Triumvirats der „Hamass“-Führung getreten. Zahhar habe die dichtesten Kontakte zur Autonomiebehörde Arafats. Zum Triumvirat würden außerdem Ismail Haniyeh (früher rechte Hand von Yassin) und Said a-Siam (ehemaliger Schützling von Rantisi) gehören.

24.04.2004:

In einem Radiointerview erklärt Ariel Sharon, dass er sich an das US-Präsident Bush gegebene Versprechen nicht mehr gebunden fühle, gegen Arafat keine physische Gewalt anzuwenden. Eine Begründung liefert Sharon nicht. Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia antwortet, mit der Ermordung Arafats wären die Friedenschancen beerdigt.

23.04.2004:

Nach einem Bericht von „Maariv“ soll das palästinensische Parlament, der 1996 gewählte „Palestinian Legislative Council“, auf Betreiben der Autonomiebehörde in der kommenden Woche das Amt des Ministerpräsidenten abschaffen und seine Machtbefugnisse auf Arafat übertragen. Der gegenwärtige Amtsinhaber Achmed Qureia hatte am 22. April erklärt, sein Kabinett erwäge aus Protest gegen die amerikanische Politik den Rücktritt. — Der Irak-Beauftragte der Vereinten Nationen, der indische Diplomat Lakhdar Brahimi, erklärt gegenüber einer französischen Radiostation, dass Israel wegen seiner Politik gegenüber den Palästinensern „das größte Gift in der Region“ sei. Ein Sprecher von Generalsekretär Kofi Annan distanziert sich von Brahimis Aussage.

22.04.2004:

Der Präsident des syrischen „Committee for the Defense of Democratic Freedoms and Human Rights“, Akhtam Naisse, muss sich vor dem Sicherheitsgerichtshof in Damaskus gegen die Anklage verteidigen, „die Ziele der Revolution: arabische Einheit, Freiheit und Sozialismus“ unterminiert zu haben. Gegen den Diabetiker Naisse wird Anklage erhoben, obwohl er nach seiner Verhaftung einen Gehirnschlag erlitt, der zu einer Lähmung der rechten Körperhälfte geführt hat. Er wird in einen Gefängnis in Isolationshaft gehalten, das für seine außerordentlich harten Bedingungen bekannt ist.

Der Evangelische Pressedienst meldet, dass der umstrittene Film „Die Passion Christi“ von Mel Gibson mit großem Erfolg in palästinensischen Kinos in Ost-Jerusalem und in den besetzten Gebieten gezeigt wird. Auch ein Kino in Tel Aviv will den Film in Verbindung mit einem Kolloquium aufführen.

Yasser Arafat ordnet die Ausweisung von 21 Angehörigen der „Al-Aqza-Märtyrerbrigaden“, die zu „Fatah“ gehören, aus seinem Hauptquartier in Ramallah an. Der Schritt erfolgt nach Konsultationen mit seinen Sicherheitschefs, die ihm berichtet haben

sollen, dass israelisches Militär ansonsten das Gelände stürmen werde.

Hassan Abu Taleh vom ägyptischen „Al Ahram Centre for Political and Strategic Studies“ befasst sich kritisch mit der innerarabischen Diskussionen um politische Reformprozesse. Abu Taleh schreibt:

„Seit uns die Lawine von Reforminitiativen erfasst hat, sind die arabischen Führungseliten beunruhigt. Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien haben sich genau wie Sudan, Jemen und Jordanien intensiv darüber ausgetauscht, wie auf diese zu reagieren ist. Der offizielle arabische Diskurs hat bis jetzt vier Antworten parat:

Zunächst wird behauptet, dass die arabischen Ländern sich bereits im Reformprozess befinden, jedoch in ihrem eigenen Tempo; zweitens, dass jeder aus dem Ausland importierte Reformvorschlag in der Region Chaos auslösen und unerfreuliche Erinnerungen an die Kolonialzeit hervorrufen würde; drittens, dass bei sofortiger Einführung von Reformen reaktionäre Kräfte das Ruder übernehmen würden; und viertens, dass Reformen von der Lösung des palästinensischen Problems abhängen, weil dieses die Hauptursache von Gewalt und Fanatismus darstelle.

Diese Hypothesen, die Washington und dem Westen als versteckte Warnung übermittelt werden, sind politisch unhaltbar. Wenn die Islamisten nach all den Verhaftungen und präventiven Kriegsführungen [gegen sie] noch immer die einflussreichsten Kräfte in der arabischen Politik darstellen, kann das nur an einer jahrelangen verfehlten Politik liegen. Einer Politik, die die Zivilgesellschaft und das Parteienleben geschwächt hat und eine Einschränkung der Freiheiten mit sich brachte. Das Fehlen echter politischer Auseinandersetzungen machte die regierenden Parteien unfähig und korrupt. Es verband die Parteien, die keine erwähnenswerte öffentliche Unterstützung hatten, symbiotisch mit der Staatsmacht. Wenn dies das Resultat der vergangenen drei

Jahrzehnte ist, wie kann man von den Eliten, die diese vielschichtige Krise erst geschaffen haben, erwarten, demokratische Reformen einzuführen? Die Behauptung, dass arabische Gesellschaften nicht fähig sind, demokratisch zu sein, dient den Eliten nur als Vorwand, an der Macht zu bleiben und dieselbe sinnlose Politik – oder eine noch raffiniertere Version davon – weiterverfolgen zu können.

Diese Antworten beruhen auf zwei Hypothesen: erstens, dass politische Reformen graduell eingeführt werden müssten, um die Stabilität, die die Länder unter den gegenwärtigen Eliten genießen würden, nicht zu gefährden; zweitens, dass die arabischen Gesellschaften für die Demokratie noch nicht bereit seien – schließlich könnten die Islamisten bei Wahlen womöglich gewinnen, was auf die Schwäche anderer Oppositionsgruppen zurückzuführen sei.

Was auf die arabischen Eliten und deren Wunsch, ihre Macht zu erhalten, zutrifft, gilt auch für einige arabische Intellektuelle. Sie wiederholen nicht nur die Argumente der herrschenden Klassen, sondern versorgen diese auch noch mit theoretischen und intellektuellen Argumenten. Einige Intellektuelle glauben, die Fortsetzung des Status quo sei ein Mittel, um ihre Popularität zu erhalten. Andere sagen hinter verschlossenen Türen, was sie in der Öffentlichkeit nie sagen würden. Diese Doppelzüngigkeit äußert sich am stärksten im Ausschluss der Islamisten.“

In einem Pressegespräch räumt Israels Präsident Moshe Katzav ein, dass Europas internationaler Status nicht zu unterschätzen sei, und fordert die israelische Politik zur Korrektur ihrer Versäumnisse in den vergangenen zehn Jahren auf. Besonders die vernachlässigten Beziehungen zu Paris und London sollten gepflegt werden. Gleichzeitig hält er den Behörden vor, im Falle des am 22. April aus dem Gefängnis entlassenen Mordechai Vanunu jede Perspektive verloren zu haben. Vanunu rede dummes Zeug, lebe in einer Phantasiewelt und sei aus Frustration zum Christentum konvertiert.

21.04.2004:

Bei einem Autobombenanschlag auf das Hauptquartier der Sicherheitskräfte in der saudischen Hauptstadt Riyadh kommen neben dem Attentäter vier Menschen ums Leben; es soll der erste Anschlag auf das saudische Regime selbst gewesen sein, nachdem bisher Ziele in Wohnvierteln ausgegriffen wurden, in denen Ausländer leben. Zwei Tage später, am 23. April, werden fünf mutmaßliche Extremisten von Sicherheitskräften in der Hafenstadt Dschidda getötet. Anschläge wie diese kommen zu einer Zeit, schreibt Heiko Flottau in der „Süddeutschen Zeitung“ am 23. April, in welchem ein fast täglicher Kleinkrieg zwischen den saudischen Sicherheitskräften und Anhängern von „al-Qaida“ stattfindet, der im Ausland kaum wahrgenommen werde. Die Zahl der bei Anschlägen im Jahr 2003 ums Leben gekommenen Personen beläuft sich auf 50.

Yonathan Ben-Artzi, israelischer Wehrdienstverweigerer in den palästinensischen Gebieten, wird zu einer neuerlichen zweimonatigen Haftstrafe verurteilt.

20.04.2004:

Das Statistische Zentralamt Israels teilt mit, dass im Februar 2004 die Arbeitslosenrate auf elf Prozent stieg und damit den höchsten Wert seit zwölf Jahren erreichte. Dagegen stieg das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2003 um 3,4 Prozent. Fachleute beobachten seit den neunziger Jahren eine aus ungleichen Bildungsstandards erwachsene sozioökonomische Kluft: Danach verlieren Menschen mit geringer Ausbildung ihren Arbeitsplatz an ausländische Arbeiter. Die Arbeitslosenrate unter Menschen, die weniger als zwölf Jahre zur Schule gegangen sind, stieg auf 14,3 Prozent. Die „Grüne Linie“ zwischen den Beschäftigten und den Arbeitslosen sei eine ernste Gefahr.

19.04.2004:

Unter der Überschrift „Das Dümme, was Sharon tun konnte“ veröffentlicht „Spiegel-online“ ein Interview mit dem Vertreter der Autonomiebehörde in Berlin, Abdallah Frangi. Darin beschuldigt er den israelischen Ministerpräsidenten, zur Legitimierung der Liquidierung Achmed Yassins und Abdel Aziz Rantis „die Leiden der Juden in der Vergangenheit“ zu instrumentalisieren. Zu Sharons Rückzugsplänen aus dem Gazastreifen äußert sich Frangi nicht.

18.04.2004:

Auf der wöchentlichen Kabinettsitzung in Jerusalem stimmen Finanzminister Benjamin Netanyahu, Außenminister Silvan Shalom und Erziehungsministerin Limor Livnat den Rückzugsplänen aus dem Gazastreifen zu. Die Spitzen der Siedlerbewegung bemühen sich erfolgreich darum, im Rahmen von Familienbesuchen die „Likud“-Mitglieder zur Stimmabgabe gegen den Rückzug zu gewinnen. Besonderes Gewicht wird auf die Unentschiedenen und jene gelegt, die nicht vorhaben, an die Wahlurnen zu gehen.

17./18.04.2004:

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ verteidigt der in Beersheva lehrende Historiker Benny Morris, der zu den „neuen Historikern“ Israel gerechnet worden ist, seine revisionistische Wende. So will er festhalten, „dass es durchaus legitim ist, die Araber als Besatzer, als Landräuber zu sehen. Woher kamen sie denn? Aus Arabien. Das gleiche gilt für die Juden, die im 20. Jahrhundert kamen und sich das Land aneigneten.“ Die „arabische Kultur ist chauvinistisch und fremdenfeindlich. Sie erkennt Rechte anderer nicht an, nicht nur die Israels“. Die heutige palästinensische Gesellschaft sei „barbarisch“. Der palästinensische Widerstand habe nicht nur die Befreiung der besetzten Gebiete zum Ziel. Der Haifaer

Historiker Ilan Pappé²³ verwarf sich dagegen, mit Morris in einem Zuge als „neuer Historiker“ bezeichnet zu werden. Von seinem vielgerühmten Buch „The Birth of the Palestinian Refugee Problem“ (Cambridge 1987), das wenig Analyse biete und deshalb Morris' Rechtfertigung der ethnischen Säuberung kaschiere, lasse sich eine direkte Linie bis in die Gegenwart ziehen²⁴.

17.04.2004:

Bei einem gezielten israelischen Raketenangriff wird Abdel Aziz Rantisi zusammen mit seinem Sohn und einem Leibwächter in Gaza-Stadt getötet. Die Operation gegen den 56jährigen erfolgt wenige Stunden nach dem Tod eines israelischen Grenzpolizisten am Übergang Eres. Militärische Kreise in Israel bezeichneten Rantisi als eine „Zeitbombe“, weil er jeden Kompromiss mit Israel abgelehnt habe und die Gespräche mit der Autonomiebehörde an seinem Widerstand gescheitert seien. Nicht nur Israel, sondern auch die Autonomiebehörde nahm ihn mehrfach gefangen, wobei jüngste Versuche der palästinensischen Sicherheitskräfte fehlgeschlagen seien. Die Liquidierung Rantis' soll bis zur Rückkehr Sharons aus Washington aufgeschoben worden sein, wo dieser Handlungsfreiheit gegen den palästinensischen Terror erwirkt habe²⁵.

Dementsprechend verweigert das Weiße Haus eine Verurteilung der Tat und weist auf Israels Recht hin, „sich gegen Terrorakte zu verteidigen“. Der britische Außenminister Jack Straw bezeichnet die gezielte Tötung hingegen als „ungesetzlich, ungerechtfertigt und kontraproduktiv“. Nach israelischer Auffassung verringert der Tod Rantis' die Gefahr, dass „ Hamas“ nach einem Abzug aus dem

²³ Zu Pappes Büchern gehören „The Making of the Arab-Israeli Conflict, 1948–1951“ (New York 1992) und „The Israel/Palestine Question“ (London 1992). Zuletzt veröffentlichte er das Buch „A History of Modern Palestine: One Land, Two Peoples“ (Cambridge 2003).

²⁴ Ilan Pappé in „The Electronic Intifada“ 30 March 2004.

²⁵ So heißt es in den Brief Bushs an Sharon vom 14.04.2004: „... Israel will retain its right to defend itself against terrorism, including to take actions against terrorist organizations.“ Volltext in der Menüleiste „Bestandsaufnahmen und Perspektiven“ dieser Homepage.

Gazastreifen die Macht übernimmt, er könnte jedoch auch die externe Führung von „ Hamas“ mit Sitz in Damaskus stärken, die noch radikaler sei. Auf der wöchentlichen Kabinettsitzung am 18. April kündigt Sharon die Ausschaltung weiterer „ Hamas“-Führer an. Der Tel Aviver Philosoph Assa Kasher befürchtet eine allmähliche „ ethische Legitimierung“ militärischer Präventivschläge gegen Palästinenser.

16.04.2004:

Bei einem Treffen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak in Hannover kritisiert Bundeskanzler Schröder die Ergebnisse des Treffens zwischen Bush und Sharon. Die Palästinenser hätten „ einen Anspruch darauf, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“. Die „ Road Map“ gelte unverändert weiter. Am Rande eines Treffens der EU-Außenminister im irischen Tullamore erklärt Irlands Außenminister Brian Cowen, Europa begrüße zwar die israelische Ankündigung, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen, hege aber „ Vorbehalte“ gegen das Vorgehen Washingtons, sich bereits vor Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien festzulegen: „ Es bleibt dabei, dass Israel Frieden mit seinen Feinden machen muss, nicht mit seinen Freunden.“ Eine Veränderung der Grenzen von 1967 sei nur im Rahmen einer Übereinkunft zwischen Israelis und Palästinensern zulässig. Cowen räumt ein, dass es „ seit Monaten keinerlei Fortschritte“ im Friedensprozess gegeben habe. Auch der britische Außenminister Jack Straw betont die Wichtigkeit, dass Israels Abzug aus dem Gazastreifen „ im Kontext der Road Map stattfindet“. Dagegen zeigt das Einverständnis zwischen Bush und Sharon für Tony Blair, dass dieses „ den Palästinensern eine Chance zur Schaffung einer reformierten, gerechten und freien Regierung gibt“. Russlands Außenminister Sergej Lawrow ruft zu einem dringenden Gespräch des „ Quartetts“ auf, um die Unstimmigkeiten mit Washington zu überwinden. Israels UN-Botschafter Dan Gillerman betont, dass die Vereinbarung zwischen Bush und Sharon in „ völliger

Übereinstimmung mit der Road Map steht und keine Vereinbarung über den Endstatus vorwegnimmt“.

In einem Bericht vom Außenministertreffen schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Dass die Außenminister bei ihrem Treffen in Tullamore mit staunenswerter Einmütigkeit zu einer gemeinsamen Haltung gefunden haben, ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass sich in der EU während der vergangenen zwei Jahre in ständigen Diskussionen und immer neuen Erklärungen ein breiter Konsens über die wesentlichen Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts herausgebildet hat. Auf diese Gemeinsamkeit gründet sich die Erwartung, die europäische Außenpolitik werde in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen müssen, weil die amerikanische Regierung durch ihre Nähe zu Israel nur noch schwer als glaubwürdiger Vermittler auftreten könne²⁶.“

Im Interview mit dem ZDF äußert sich Außenminister Joschka Fischer auffallend zurückhaltend auf die Frage, ob sich der Briefwechsel zwischen Bush und Sharon mit der „Road Map“ verträgt und welche Bedeutung er einem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen zumisst: „Ich denke, entscheidend [ist] und worauf es ankommt, ist, dass ein dauerhafter Frieden erreicht wird.“ Wenn der Rückzug „zu einer geordneten Übertragung auf die palästinensische Autorität führt, dann ist das ein Schritt nach vorne, aber entscheidend ist, dass die Palästinenser als Partner gesehen werden am Verhandlungstisch.“

Israel kündigt an, innerhalb der nächsten achtzehn Monate 18 Außenposten in der Westbank auflösen zu wollen.

Die Homepage des „Dialogs mit der islamischen Welt“ veröffentlicht einen Beitrag von Magid Al-Khatib, der sich kritisch mit undifferenzierten Unterstützungskampagnen selbsternannter linker

²⁶ Horst Bacia in FAZ 19.04.2004, S. 3.

Organisationen in Deutschland und Österreich für den „irakischen Widerstand“ beschäftigt. Der Autor, der 25 Jahren nach seiner Ausweisung erstmals den Irak besucht hat, schreibt, dass es – anders als in Palästina, Libanon, Iran und Japan – in der Vergangenheit keine Selbstmordattentate gegeben habe. „Täglich zeigt sich, dass die Selbstmordattentäter Algerier, Palästinenser, Syrer und Saudis (Wahhabiten) sind, die über die lange Grenze Iraks mit Iran, Syrien und Saudi-Arabien ins Land gelangen.“ Nach jüngsten Statistiken hätten die bewaffneten und Selbstmordanschläge über dreitausend Todesopfer gefordert, unter ihnen etwa dreihundert amerikanische und Soldaten.

15.04.2004:

Israels Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz weist die Ministerien an, keine Mittel mehr an die Siedlungen zu überweisen, solange nicht zwischen „legalen“ und „illegalen“ Bauvorhaben unterschieden sei. Das Wohnungsbauministerium unter Leitung des Vorsitzenden der „Nationalreligiösen Partei“ Ephraim („Effi“) Eitam hat nach einem Bericht des Rechnungshofs rund 6,5 Millionen US-Dollar in illegale Projekte in der Westbank gelenkt, davon etwa vier Millionen US-Dollar in Siedlungsaußenposten. Am 4. Mai wird die Anordnung aufgehoben, weil das Ministerium ein neues Kontrollsystem vorgestellt hat. Abgeordnete sehen sich in der Behauptung bestätigt, dass es einen „Siedlerstaat“ gebe, der an der Regierung vorbei agiere. „Haaretz“ rechnet vor, dass zwischen 2000 und 2002 vom Wohnungsbauministerium für jeden Israeli diesseits der „Grünen Linie“ 702 Neue Shekel und für jeden Israeli in den palästinensischen Gebieten 4585 Neue Shekel ausgegeben wurden.

14.04.2004:

US-Präsident George W. Bush und Israels Ministerpräsident Ariel Sharon tauschen in Washington Briefe aus²⁷. Darin macht Bush zwei Zugeständnisse: „Im Lichte der neuen Realitäten vor Ort“ [gemeint sind die vier Siedlungsblöcke Maale Adumim, Ariel, Gush Etzion und der Jerusalem-Korridor in der Westbank] sei die Erwartung unrealistisch, „dass am Ende der Verhandlungen für den Endstatus ein voller und vollständiger Rückzug [Israels] auf die Waffenstillstandslinien von 1949 stehen wird“. Zum anderen werden palästinensische Ansprüche auf die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre mittlerweile zum Staat Israel gehörigen Heimatorte zurückgewiesen; sie sollten im neuen Staat Palästina angesiedelt werden. Dagegen stellt Bush klar, dass die Sperrzäune entlang der Westbank „vorübergehend“ seien und künftige beiderseitige Vereinbarungen nicht vorwegnehmen. Wenn Sharon eingangs seines Briefes erklärt, dass seine Regierung die „Road Map“ akzeptiert habe, „so wie sie von unserer Regierung angenommen worden ist“, spielt er auf die 14 Einwendungen vom Mai 2003 an. Der Leiter des Ministerbüros von Sharon, Dov Weissglas, richtet am selben Tag ein Begleitschreiben an Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice²⁸.

Für den palästinensischen „Ministerpräsidenten“ Achmed Qureia stoßen die Vereinbarungen dem palästinensischen Volk ins Herz: Bush „ist der erste amerikanische Präsident, der israelische Siedlungen legitimiert und das [palästinensische] Recht auf Rückkehr aufgibt. Damit senkt sich der Vorhang vor den Friedensverhandlungen nieder.“ Der palästinensische Architekt der „**Genfer Initiative**“, Yasser Abed Rabbo, erklärt, es sei das erste Mal, „dass die Amerikaner die Zukunft des palästinensischen Volkes beschließen, ohne sich mit ihm abzusprechen“. Die „Haaretz“-Korrespondentin Amira Hass kritisiert, dass es den „Likud“-

²⁷ Volltext des in englischer Sprache gehaltenen Briefwechsels in der Menüleiste „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage. Die Botschaft des Staates Israel in Berlin hat in ihrem Bulletin vom 20.04.2004 deutsche Übersetzungen beider Briefe veröffentlicht.

²⁸ Volltext in der Menüleiste „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.

Mitgliedern überlassen werde, in dem geplanten Referendum am 2. Mai darüber zu entscheiden, ob die Palästinenser im Gazastreifen „Gefangene ohne Verfahren“ bleiben werden. Insofern sei das Referendum eine Kurzgeschichte der israelischen Demokratie sei 1967. Allgemein wird der Briefwechsel als eine amerikanische Abkehr von der „Road Map“ verstanden, auch wenn er diese Absicht verneint. Für den Präsidenten der „American Task Force on Palestine“ mit Sitz in Washington, D.C., Ziad Asali, reicht es nicht aus, dass sich die Palästinenser über Bush und Sharon beklagen, vielmehr brauchten sie eine Strategie, um den Kampf um ihre Rechte zu gewinnen. Nach Auffassung von Yossi Beilin lebt Sharon in einer Welt des Nullsummenspiels.

13.04.2004:

Bei einem Einsatz gegen Extremisten in der saudischen Hauptstadt Riyadh werden vier Polizisten getötet.

11.04.2004:

George W. Bush und Ariel Sharon wollen bei ihrem Treffen am 14. April in Washington Briefe austauschen, in denen Bush als Gegenleistung für den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen fünf Erklärungen abgibt:

- 1. Die USA verpflichten sich noch einmal, der Sicherheit Israels und der Aufrechterhaltung seiner qualitativen strategischen Überlegenheit Rechnung zu tragen.*
- 2. Die USA verpflichten sich zur Verbindlichkeit der „Road Map“ und nehmen von anderen politischen Programmen Abstand.*
- 3. Die USA erkennen Israels Recht auf eigenständige Verteidigung und die Befugnis an, notfalls gegen den Terror in den Gebieten vorzugehen, aus denen es sich zurückzieht.*

4. Von Israel wird nicht der Rückzug auf die Waffenstillstandsgrenzen von 1949 [„Grüne Linie“] in der Westbank gefordert, und bei der Fixierung der Grenzen im Endvertrag [zwischen Israel und den Palästinensern] wird den „demographischen Realitäten“ [der Siedlungen] Rechnung getragen, die in den Gebieten entstanden sind.

5. Die palästinensischen Flüchtlinge können künftig im palästinensischen Staat so integriert werden, wie die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Staaten in Israel aufgenommen worden sind.

Außerdem erwartet Israel die amerikanische Unterstützung für die Trennungsaun-Planungen. Im Gegenzug versichert Israel den USA, dass es keine Enklaven errichtet, in denen viele tausend Palästinenser eingeschlossen wären, und dass es vorerst auf die Angliederung der Stadt Ariel an die Hauptader des Trennungsauns verzichtet. Auf israelischer Seite wird den amerikanischen Zusagen hohe Bedeutung für den Endstatus-Vertrag beigemessen, worin Israel eine US-Anerkennung der künftigen Annexion der Siedlungen – Etzion-Block, Giv'at Zeev, Hebron, Kiryat Arba – sowie die Zurückweisung der palästinensischen Forderung auf Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel sieht. Die Amerikaner hingegen erklären, dass ihre Beziehungen zu Europa und zu den arabischen Staaten durch eine dezidierte Formulierung gegen das palästinensische Recht auf Rückkehr belastet werden könnten. Im Beisein von Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak betont Bush am 12. April, dass eine Absprache mit Sharon die „Road Map“ nicht ersetzen werde.

Für einen israelischen Kommentator könnten Sharons Pläne zu einer „Reise ohne Umkehr“ werden. Ihre Achillesferse liege zunächst in der Unfähigkeit der Israelis, ihnen mehrheitlich zuzustimmen. Zudem habe Sharon mehrfach bewiesen, wie er seine eigenen

Vorstellungen zu unterlaufen in der Lage sei. Außerdem berge sein Zeitplan für die Realisierung des Rückzugs – „Nächstes Pessach haben wir hoffentlich die Hälfte geschafft“ – manche Schlaglöcher. „Ein Gipfel der Schwachen“ überschreibt ein anderer Kommentator seine Analyse, weil Bush im Irak versagt habe und Sharon weitere Terrorakte nicht verhindern werde.

Der Nachrichtendienst „Hagalil“ meldet, dass die Schweiz auf Bitten der „Jerusalem Foundation Zürich“ für den Bau eines neuen Schulhauses für jüdisch-arabische Erziehung in Jerusalem 1,8 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen will; die Gesamtkosten werden mit 8,9 Millionen US-Dollar veranschlagt. Schon jetzt komme dem 1997 gegründeten Zentrum insofern eine Schlüsselstellung vor, weil den israelischen und palästinensischen Schülerinnen und Schülern die jüdische, moslemische und christliche Kultur vermittelt werde. Das neue Gebäude soll zwanzig Klassen aufnehmen können²⁹.

09.04.2004:

In einem Gespräch mit „Haaretz“ äußert der Präsident des Europäischen Parlaments, der Ire Pat Cox, seine Hoffnung, dass Israelis, Palästinenser und die arabischen Staaten an der „Road Map“ festhalten, räumt jedoch ein, dass er die Chancen für nicht sehr groß hält.

Wie stark informelle Gruppen und hohe Offiziere in Israel den Anspruch auf politische Einflussnahme und Mitbestimmung erheben, lässt sich in einem Dokument ablesen, das vom „Forum for National Responsibility“ unter Leitung des Reserve-Generalmajors Uzi Dayan mit hochrangigen Angehörigen des Siedlerrates, deren Mandat ungeklärt bleibt, ausgehandelt worden ist und darauf abzielt, den Ruf

²⁹ Vgl. den Bericht von Jonathan Kriener über israelische und palästinensische Schulbücher in der Menüleiste „Bestandsaufnahmen und Perspektiven“ dieser Homepage.

der Siedler in der Öffentlichkeit zu verbessern. Die gemeinsamen Prinzipien lauten:

- *The Land of Israel is our birthplace and the patrimony of the forefathers of the Jewish people, and Jerusalem is its heart and capital. It was on this basis that the Zionist movement was created and the Jewish people returned to settle in its land.*
- *The people of Israel, multivaried in physical appearance and in outlook, is one entity whose elements share an alliance of destiny and an alliance of mission, and are striving to maintain brotherhood and mutual guarantee among them.*
- *The existing disputes between us must not be allowed to harm the solidarity that should exist between those who espouse different opinions.*
- *The public struggles and protest actions concerning the future and the character of the State of Israel and the settlement enterprise in Yesha*, trenchant as they may be, will be conducted within the framework of the rules of democracy and the rule of law, with avoidance of any expression of violence by both civilians and the law enforcement authorities.*
- *The decisions in this debate will be made solely by a clear-cut democratic majority, which will reflect support of the alignment of the people behind the decisions.*
- *The IDF** is the people's army, and therefore we reject manifestations of refusal.*
- *The uprooting of any person, Jew or Arab, from his home and his life's dream is a severe trauma and bears harsh significance in the basic human sense.*

- *Transferring parts of the Land of Israel is fraught with a serious crisis from the Jewish historical and religious aspect, and from the internal social aspect.*

- *Ruling a large Palestinian public causes serious damage to the State of Israel in terms of both security and morality, and endangers its very existence as a democratic Jewish state.*

- *In making decisions on these sensitive issues, it is essential for us to find the balances between these basic elements.*

- *We undertake to behave in accordance with these principles and call on all elected representatives and the leaders of the public to adopt them and act accordingly.*

Trotz dieser weit entgegenkommenden Vereinbarung, die mit der Wiederholung staatsbürgerlicher Selbstverständlichkeiten aufwartet – Achtung des Rechtsstaat, Einhaltung demokratischer Prinzipien usw. –, soll die Spitze des Siedlerrats die Unterschrift mit der Begründung zurückgestellt haben, dass Sharon den Rückzug aus dem Gazastreifen und aus Teilen der nördlichen Westbank verkündet hat und diese Entscheidung den Mitgliedern des „Likud“ in einem Referendum vorlegen will. Es soll gleichzeitig als Vertrauensabstimmung für Sharon gelten.

08./09.04.2004:

Der Berliner „Tagesspiegel“ veröffentlicht einen Gastbeitrag von Martin Indyk, der seit 1995 zweimal die USA in Israel vertrat. In einem Vortrag vor der „American Academy“ in Berlin verlangt Indyk eine Vier-Punkte-Strategie für den Nahen Osten: 1. die Stabilisierung des Irak; 2. den effektiven Umgang mit den „Schurkenstaaten“; 3. demokratische Reformen, wobei Indyk vor zu großen und hastigen Veränderungen warnt, um islamische Extremisten von der Macht in Ägypten und Saudi-Arabien fernzuhalten; 4. die Herbeiführung des Friedens zwischen Israel und seinen Nachbarn, besonders den

Palästinensern. „Wir brauchen eine internationale Intervention ähnlich der im Kosovo oder Osttimor. ... Man bräuchte spezielle Nato-Verbände, um neu strukturierte und ausgebildete palästinensische Sicherheitskräfte zu unterstützen, die die Verantwortung für die Ordnung in den Gebieten übernehmen, die Israel verlässt.“

07.04.2004:

Gemäß dem jüngsten israelischen „Peace Index“ wollen 79 Prozent der Befragten ihr tägliches Leben nach der Liquidierung von Sheikh Achmed Yassin nicht ändern, auch wenn 69 Prozent über die Feiertage weniger in Kinos, Cafés und Einkaufszentren gehen. Wie die Bearbeiter des „Peace Index“, Prof. Ephraim Yaar und Dr. Tamar Hermann (*„Tami Steinmetz Center for Peace Research“ an der Universität Tel Aviv*), daraus folgern, halten 74 Prozent der Israelis den Tod von Yassin für moralisch gerechtfertigt, 21 Prozent äußern sich kritisch dazu. Die gezielten Tötungen („targeted killings“) sollten auch dann fortgesetzt werden, wenn unbeteiligte Palästinenser dabei ums Leben kommen. Proteste auf israelischer und palästinensischer Seite gegen die Liquidierung Yassins werden als politisch marginale Stimmen betrachtet. 90 Prozent der Palästinenser lehnen gezielte Tötungen ab.

In einem Vortrag vor der „American Academy“ in Berlin reagiert der ehemalige Nahostbeauftragte Bill Clintons, Dennis Ross, zurückhaltend auf neokonservative Erwartungen, dass der Regimewechsel in Bagdad einen positiven Domino-Effekt in anderen Teilen der Region auslösen werde. Gleichzeitig misst er einem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen große Bedeutung bei und nennt ihn eine „Eröffnung“ für weitere Fortschritte. Es gebe einen Krieg zwischen Israelis und Palästinensern, „doch jetzt haben wir einen potentiell revolutionären Faktor, der den Konflikt dramatisch transformieren kann“, erklärt Ross. „Die Israelis müssen aus dem Leben der Palästinenser verschwinden.“ Gleichzeitig lässt Ross keinen Zweifel daran, dass er von Arafat einen konstruktiven

Beitrag erwartet. Schon in Camp David habe dieser versagt, als er nach den Angeboten Baraks keinen einzigen konstruktiven Gegenvorschlag unterbreitet habe³⁰.

06./07.2004:

In einer zweiten Serie von Anzeigen in „Le Monde“ verwahren sich französische Juden „gegen die Vermischung der Kritik an der Politik Sharons mit dem Antisemitismus“, widersprechen der „Verwechslung von Zionismus und Judentum“, bestätigen „das unverjährbare Recht des Staates Israel, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, das Recht seiner Bürger, nicht mehr der Gewalt von blinden Terrorakten gegen die Zivilbevölkerung und Attentaten unterworfen zu sein, die wir ausnahmslos ablehnen“, und bestätigen „das unverjährbare Recht des palästinensischen Volkes angesichts der vielfältigen Unterdrückung, deren Opfer sie sind, auf dem Territorium von Cisjordanien und Gaza einen lebensfähigen und souveränen Staat ihrer Wahl zu schaffen“. Außerdem fordern die Unterzeichner die Teilung der Souveränität in Jerusalem sowie eine ausgehandelte und gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge³¹.

06.04.2004:

In einem Interview, das „Haaretz“ am Vorabend von Pessach veröffentlicht und das die Zeitung im vollen Wortlaut am 06.04.2004 in englischer Sprache veröffentlicht, bezeichnet Sharon die „**Genfer Initiative**“ als „verantwortungslos“. Gleichzeitig kündigt er die Ausweisung aller in Israel arbeitenden Palästinenser nach der Fertigstellung des „Sicherheitszauns“ an, der zwar Terrorakte nicht verhindern, jedoch eindämmen werde. Forderungen des Rückzugs auf die Grenzen von 1967 hätten in der Vergangenheit den Terror

³⁰ FAZ 08.04.2004, S. 2.

³¹ Der erste in „Le Monde“ veröffentlichte Aufruf findet sich in der Menüleiste „Erklärungen, Interviews, Anzeigen“ dieser Homepage vom 20.02.2004.

nicht beendet, sondern nur den Druck auf Israel erhöht. Weder Arafat noch Hassan Nasrallah, der Chef der „Hisbollah“-Milizen im Libanon, seien vor gezielten Angriffen der israelischen Armee sicher, weil sie Blut an den Händen hätten. Der „Disengagement“-Plan für den Gazastreifen werde die Palästinenser zwingen, ihre Aspirationen für viele Jahre aufzugeben, bis eine neue Führung bereit sei, den Terror zu bekämpfen. In der konservativen Zeitung „Maariv“ kündigt Sharon neben der Räumung des gesamten Gazastreifens auch den Rückzug aus der sogenannten Philadelphia-Route an – dem schmalen Grenzgebiet zwischen dem Gazastreifen und der ägyptischen Sinai-Halbinsel –, wenn die Verhandlungen zur Verhinderung illegaler Waffenlieferungen mit Kairo erfolgreich beendet werden könnten, sowie die Räumung von vier Siedlungen im Norden der Westbank³².

Vertreter der deutschen Muslime distanzieren sich laut einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ von den jüngsten Terroranschlägen radikaler Islamisten. Der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ und der „Zentralrat der Muslime“ verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung den Terrorismus als „abgrundtiefen Verfall aller Maßstäbe der Menschlichkeit und der Vernunft“. Weiter heißt es: „Der erneute Versuch einer Tattat in Madrid erfüllt uns mit Abscheu für solche Terrorakte und zugleich mit großer Sorge um den Frieden in der Welt und in Europa.“ Die Repräsentativität des Zentralrates ist gering, der Islamrat soll von der islamistischen Milli Görüs dominiert sein. Diese ist der Ableger der in der Türkei verbotenen „Refah(Wohlfahrts-)Partei“.

05.04.2004:

In einem Beitrag für „Haaretz“ berichtet Danny Rubinstein von der Formierung eines „jüdischen Untergrunds“ – eine Neuauflage von Mitte der achtziger Jahre – und dessen Überlegungen, eine

³² Newsletter der Botschaft des Staates Israel, Berlin, 02.04.2004.

Mahnwache mit vielen tausend Menschen auf dem Jerusalemer Tempelberg zu organisieren und die al-Aqza- sowie die Omar-Moschee zu zerstören, sollte die Regierung mit ihren Rückzugsabsichten aus dem Gazastreifen ernst machen. Die Drohungen werden vom Sicherheitsdienst ernst genommen. Nach dem Eindruck eines früheren hohen Polizeioffiziers hat sich der politische und religiöse Extremismus an den Rändern der Siedlerbewegung seit der Ermordung Rabins 1995 weiter verschärft. Auf der Herzliya-Konferenz im Dezember 2003 hatte „Shin Bet“-Direktor Avi Dichter vor einer „strategischen Gefahr von Seiten des jüdischen Terrorismus“ gewarnt³³.

In einem Interview mit dem Münchner Nachrichtenmagazin „Focus“ bezeichnet Arafat Palästina als „heiligen Boden. Für unsere Kinder und die Kinder der Israelis“. Gleichzeitig betont er, dass er „Hamas“ nach wie vor in die Autonomiebehörde integrieren wolle. Die Distanzierung von Yassins Nachfolger Abdel Aziz Rantisi ist unüberhörbar³⁴.

04.04.2004:

Jede Zusammenarbeit mit „Hamas“ sei nach dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen daran gebunden, dass diese Selbstmordattentate auf israelische Zivilisten einstelle, erklärt Arafat einer Delegation unter Leitung von Uri Avnery³⁵. Arafat zeigt sich darüber beunruhigt, dass im Gazastreifen Chaos ausbrechen werde, und erinnert daran, dass er seit der Konferenz in Wye Plantation kontinuierlich Kontakte zu israelischen Politikern gehabt und dass

³³ Vgl. Eintragung vom 17.12.2003 in dieser Chronologie.

³⁴ „Focus“ 05.04.2004, S. 216 f.

³⁵ „Gush Shalom“-Mitteilung vom 11.04.2004.

sich der damalige Außenminister Sharon durch besonders kreative Ideen ausgezeichnet habe³⁶.

03.04.2004:

Uri Avnery richtet an Yasser Arafat einen Brief, in dem er dagegen protestiert, dass dessen enger Berater Nabil Abu-Rudeina den Film „Die Passion Christi“ von Mel Gibson als „bewegend und historisch“ bezeichnet habe. „Wenn die Erklärung nicht in einem palästinensischen Blatt [The Jerusalem Times] erschienen wäre, hätte ich geglaubt, dass sie von Ariel Sharons Propagandamaschine erfunden worden sei“, fährt Avnery fort. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

President Yasser Arafat, Shalom.

I write these lines in order to protest against a statement that I cannot ignore.

³⁶ Das Wye-River-Memorandum wurde am 23.10.1998 von Premier Netanyahu und Autonomiechef Arafat im Beisein von Präsident Clinton in Washington unterzeichnet. Nach mehr als anderthalbjährigem Stillstand im Verhandlungsprozess sollte es die Umsetzung von „Oslo II“ (Interimsvereinbarung vom September 1995) fördern. Das Memorandum enthielt Vereinbarungen zu sieben Schlüsselproblemen: 1. Die israelische Regierung verpflichtete sich im Verlauf von neunzig Tagen zur Umgruppierung ihrer Truppen aus 13,1 Prozent der Westbank. Für die Übergabe von weiteren 14,2 Prozent der Westbank werde eine Verhandlungskommission eingesetzt (Übergang von Zone B nach Zone A). Wäre das Wye-Memorandum umgesetzt worden, hätten dreißig Prozent der Westbank zur Zone A gehört. 2. Die Autonomiebehörde verpflichtete sich, binnen eines Monats einen umfassenden Plan zur Bekämpfung des Terrors vorzulegen. 3. Die PLO verpflichtete sich zur Aufhebung der Artikel der Nationalcharta, die gegen den Staat Israel gerichtet sind. 4. Die israelische Regierung verpflichtete sich zur Freilassung von 750 palästinensischen Flüchtlingen. 5. Beide Seiten bestätigten ihre Verpflichtung, die wirtschaftliche Entwicklung in der Westbank und im Gazastreifen zu fördern. 6. Die israelische Regierung werde auf zwei Transitkorridoren zwischen der Westbank und dem Gazastreifen vollständige palästinensische Bewegungsfreiheit gewähren und erklärte ihre Bereitschaft zur Eröffnung des Flughafens Dahaniye im Süden des Gazastreifens, in dessen Bau finanzieller Mittel aus Deutschland, Spanien, Schweden und der Brüsseler EU-Kommission geflossen waren. 7. Beide Seiten sollten unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, bis zum 4. Mai 1999 zu einem Friedensabkommen zu gelangen.

In the weekly Palestinian paper, The Jerusalem Times, there appeared on March 26 a short item reporting that you have viewed the controversial film of Mel Gibson, "The Passion of the Christ". Afterwards your advisor and close assistant, Nabil Abu-Rudeina, stated that you found the film "moving and historical". Abu-Rudeina added that "the Palestinians are still daily being exposed to the kind of pain Jesus was exposed to during his crucifixion."

If the statement had not appeared in a Palestinian paper, I would have believed that it was invented by Ariel Sharon's propaganda machine. It is hard to imagine a sentence more capable of hurting the Palestinian cause.

I hold Abu-Rudeina in very high esteem. I appreciate his loyalty to the Palestinian cause and to you personally. He has remained at your side throughout the siege of your compound, and – like you – he is now risking his life there daily. But this statement should not have been made.

I have not seen the film, nor do I intend to. I abhor cruelty, also in films, and this film is full of cruel scenes, claiming to depict the New Testament on screen. Obviously, there is a great difference between reading a written text and seeing it all on the screen, with life-like displays of atrocious acts and blood flowing like water.

But this is not the main thing.

As an Arab and a Muslim, you are not obliged to be aware of the terrible impact that the description of the crucifixion has had on the life of Jews over almost two thousand years of persecutions, pogroms and torture by the Spanish inquisition, large-scale expulsions, mass and individual murders, up to the Holocaust in which six million Jews perished. All these were, directly or indirectly, caused, or at least made possible, by this narrative.

The New Testament is sacred to its believers. But like our Bible (the so-called Old Testament), it is not a history text. Religious truth and historical truth are not one and the same. The descriptions of the crucifixion in the four gospels were written down many decades after the event, and the writers wrote what they wrote under the influence of the circumstances of their time.

Let's take, for instance, the image of the Roman governor, Pontius Pilate. The Romans described him as an unscrupulous, corrupt and cruel procurator. In the New Testament, he is pictured as a humane person, almost a philosopher, who did not want to execute Jesus but gave in to the Jews. In Gibson's film, he is an attractive figure, who is compelled by the disgusting Jews – disgusting even physically – to act against his conscience.

Why this description? Simple: when the text was written, the Christians were already trying to convert the Roman world to their creed. It was convenient for them, therefore, to blame the Jews and exonerate the Romans, reversing the realities of the times.. The Jews then, like the Palestinians now, were an occupied people, and the Romans were the occupiers. Crucifixion was a usual Roman punishment, a kind of "targeted elimination" of that time (but after a trial).

The writers of the gospels were bursting with hatred of the Jews. That is not surprising, either. They were Jews themselves, as were Jesus and all the people around him. But they belonged to a dissident sect, which was considered by the Jewish establishment in Jerusalem as heretical. The Christian Jews were cruelly persecuted. As usual in such fratricidal struggles, this one, too, aroused burning hatred. This hatred found its expression in the description of the crucifixion.

The Gospel According to Matthew (Chapter 27) puts it this way: "Pilate said to them (the Jewish crowd assembled in front of his

office): 'What then shall I do with Jesus, who is called Christ?' They all said to him: 'Let him be crucified!' Then the governor said: 'Why, what has he done?' But they cried all the more, saying: 'Let him be crucified!' When Pilate saw that he could not prevail at all, but rather that a tumult was rising, he took water and washed his hands before the multitude, saying: ›I am innocent of the blood of this just Person. You see to it!‹ And all the people answered and said: 'His blood be on us and on our children'."

Obviously, this is not a historical description. An entire people, or a great multitude, does not talk like one single person. The words "His blood be on our children" are unreasonable and were put there in order to justify taking revenge on generations to come. And indeed, many generations of rabble-rousers used these words in order to incite against the god-killers.

Adolf Hitler, of course, was no Christian fanatic. Quite the contrary, some of his followers tried to bring back pagan Germanic rites. But Hitler and the perpetrators of the Holocaust learned the New Testament in school, and no one can say how much of the text they unconsciously absorbed. And many simple fundamentalists accepted the Holocaust or took part in it because of this.

I do not intend to lay the collective blame on the entire Christian world throughout the centuries. Far from it. Many of the greatest humanists throughout history were Christians, some of them very devout. Not only the perpetrators of the Holocaust were Christians, so were the Righteous Ones, those who saved Jews. Christian monasteries in many places took in Jews and saved their lives.

Jesus preached love, and the new Testament pictures him as an immensely attractive person, righteous, merciful and tolerant. How terrible that so many atrocities in history were perpetrated by persons and institutions claiming to act in his name.

You, Mr. President, as an Arab and a Muslim, are proud of the fact that for more than a thousand years the Muslim world was a model of tolerance, toward both Jews and Christians. The Muslim world has never known mass expulsions and pogroms, that were a regular feature in Christendom, not to mention the terrible Holocaust.

The blood-bond between Muslims and Jews runs through history. One of the darkest chapters in the history of this country, which we both love, is the story of the crusades. Even before they reached the Holy Land, the crusaders committed genocide against the Jews of Germany. When they breached the walls of Jerusalem, they killed the entire population of the city, men and women, old people and babes in arms. One of them proudly described how they waded in blood up to their knees. It was the blood of Muslims and Jews, butchered together, their last prayers intertwined on their way to heaven.

After the fall of Jerusalem, Haifa still held out against the crusaders. Most of its inhabitants were Jews, who fought side by side with the Egyptian garrison. The Muslims provided them with arms, and according to a Christian chronicler, the Jews fought valiantly. When the town fell, the crusaders butchered the remaining Jews and Muslims together.

Four hundred years later, when the Christians finished the reconquest of Spain from the Muslims, they expelled the Jews and the Muslims together. After the Golden Age, the wonderful cultural symbiosis of Muslims and Jews in medieval Muslim Spain, Muslims and Jews suffered a common fate. Almost all the expelled Jews settled in Muslim or Muslim-ruled countries.

Let us not allow the present bitter conflict between our two peoples, with all its cruelty, to overshadow the past, because that is the basis for our common future.

The present sufferings of the Palestinian people – which we, as Israelis and Jews, oppose and fight against – have no connection with what happened – or not – some 1973 years ago.

If there is any connection at all, it is the other way round. Without modern Christian anti-Semitism, the Zionist movement would not have been born at all. As I have mentioned before, the founder of the Zionist movement, Theodor Herzl, explicitly stated his belief that the founding of a Jewish State was the only way of saving the European Jews. Anti-Semitism was and is the force that drives the Jews to Palestine.

Without anti-Semitism, the Zionist vision would have remained an abstract idea. From the pogrom of Kishinev³⁷, through the Holocaust to the anti-Semitism in Russia that has recently driven more than a million Jews to Israel – anti-Semitism was and remains the most dangerous enemy of the Palestinian people. There is much truth in the saying that the Palestinians are "the victims of the victims."

On top of all the moral reasons, this is an additional argument against a statement about the crucifixion that can be construed by anti-Semites as an encouragement for their cause.

When peace comes, we shall all meet in Jerusalem, Jews, Christians and Muslims. I know that you dream of it, as do I. Let us hope that we shall both see it with our own eyes.

01.04.2004:

³⁷ In Kishinëw (heute Republik Moldawien) fand am 6./7. April 1903 ein Pogrom statt, in das Angehörige der zaristischen Polizei und hohe Offiziere der damaligen bessarabischen Verwaltung verwickelt waren. Voraus gingen Gerüchte, wonach ein christlicher Junge einem „Ritualmord“ zum Opfer gefallen sei und eine christliche Frau Selbstmord begangen habe. Das Pogrom forderte das Leben von 49 Juden, weitere fünfhundert wurden verletzt, 2000 jüdische Familien wurden vertrieben. Eine zweite Gewaltwelle erfasste die Stadt am 19. August 1905, bei der 19 Juden getötet und 56 verletzt wurden. Erstmals reagierten junge Juden auf die Verfolgungen mit dem Aufbau einer Selbstwehr.

Nach einer stürmischen Debatte kritisiert das Europäische Parlament mit der Mehrheit von zehn Stimmen die israelische „Politik der gezielten Tötungen“ mit Terror und empfiehlt die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel vom Juni 2000. Gleichzeitig werden die Palästinenser aufgefordert, von Vergeltungsaktionen nach der Liquidierung Achmed Yassins Abstand zu nehmen.

März 2004

31.03.2004:

„Haaretz“ berichtet über das Buch „Wir waren wie Sodom“ (Tel Aviv 2004) des juristischen Kommentators der Israelischen Rundfunkbehörde Moshe Negbi, in dem dieser darüber klagt, dass sich das Land auf den Status einer Bananenrepublik zubewege: Regierungskorruption, wachsende organisierte Kriminalität, Rassismus gegen Araber, Nachsicht gegenüber Rabbinern, die zur Gewalt anstacheln („die Rabbiner, die für den Mord an Rabin verantwortlich sind, laufen noch immer frei herum“), Gewalt in den Familien und in der Armee. Negbi nimmt auch die Medien von seiner Kritik nicht aus. „Die Scheidelinie zwischen Gut und Böse hat sich verwischt.“

Die UN-Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns im Schweizer Konferenzort Bürgenstock sind gescheitert. Sie sind für den israelisch-palästinensischen Konflikt insofern von höchstem Interesse, weil sich manche strittigen Probleme durchaus ähneln. So sieht der von UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgetragene Plan die völlige Entmilitarisierung der Insel vor, während der griechisch-zypriotische Präsident Tassos Papadopolous im Einklang mit der orthodoxen Kirche die Insel als „hellenistisches Eigentum“ überhöht hat und die Wiedervereinigung des 1974 gespaltenen Landes nach Schweizer Kantonalsystem ablehnt. Zudem wollen sich die Griechen

nicht mit der Einschränkung ihrer Niederlassungsfreiheit im türkischen Norden abfinden – im Zuge der Teilung sollen rund 200.000 Griechen aus dem Nordteil der Insel geflohen sein – und bestreiten ihrerseits das Bleiberecht der vornehmlich aus Anatolien eingewanderten rund 45.000 Türken. Paradoxerweise stellt der Ausgang der Volksabstimmung am 24. April unter der griechischen und türkischen Bevölkerung die zum 1. Mai fällige EU-Mitgliedschaft des griechischen Teils der Insel nicht in Frage, obwohl mit einer Ablehnung des Annan-Plans gerechnet wird. „Endlich ist unser Problem den Politikern aus der Hand genommen worden“, Volkes Wille habe über politische Engstirnigkeit triumphiert und eine Eigendynamik entwickelt, die endlich auf eine Überwindung der Teilung hoffen lasse, freut sich ein Kommentator³⁸. Die griechische Bevölkerung lehnt am 24. April den Plan Kofi Annans mit mehr 75 Prozent ab, während die türkische Bevölkerung ihm mit knapp 65 Prozent zustimmt. Die EU entschließt sich, das soziale Gefälle des Nordteils der Insel gegenüber dem Süden durch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Höhe von 259 Millionen Euro abzubauen. Mit dem Hilfspaket sei jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung als „Türkische Republik Nordzypern“ verbunden.

28.03.2004:

Die Leitung von „Likud“ beschließt, den einseitigen Rückzugsplan Sharons aus dem Gazastreifen und aus Teilen in der nördlichen Westbank den rund 193.000 Mitgliedern der Partei in einem Referendum am 2. Mai vorzulegen.

In einer Meinungsumfrage für „Yediot Achronot“ sprechen sich fünfzig Prozent der Befragten für Benjamin Netanyahu aus, sollte Sharon aufgrund der Einleitung eines Korruptionsverfahrens aus dem Amt scheiden müssen.

³⁸ Werner Adam in FAZ 30.04.2004, S. 6.

In Mitzpeh Ramon, südlich von Beersheva, sind Yossi Beilin und der frühere Vorsitzende der Arbeitspartei Amram Mitzna von rund sechzig Demonstranten gewaltsam daran gehindert worden, einen Vortrag zur „**Genfer Initiative**“ zu halten.

Die tunesische Regierung sagt die geplante Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Tunis ab, weil sich unüberbrückbare Gegensätze abzeichnen. Der Streit entzündete sich in den Vorbereitungen vor allem an der Bereitschaft zu politischen und sozialen Reformen. Dass die israelische Regierung die Teilnahme Yasser Arafats erneut verweigern würde, wird in der tunesischen Erklärung nicht erwähnt. Palästinensische Verantwortliche werfen den Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga vor, dass sie ihre Verpflichtung nicht eingehalten haben, der Autonomiebehörde monatlich fünfzig Millionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Nach den Worten von Faruk Kadumi, dem im Exil lebenden „Schatten-Außenminister“ der PLO, gibt es keinen Bedarf an Friedensinitiativen. Die Palästinenser selbst würden der Absage keine Träne nachweinen.

27.03.2004:

In einem Aufruf unter der Überschrift „Enough Assassination, Enough of the Occupation, Stop the Bloodshed“ rufen über sechzig Mitglieder palästinensischer politischer, intellektueller und sozialer Einrichtungen – unter ihnen Hanan Ashrawi, die Frauenministerin Zuhaira Kamal, Kommunikationsminister Assam Achmed und Yasser Abed Rabbo – in einer halbseitigen Anzeige in der in Jerusalem erscheinenden PLO-Zeitung „al-Ayyam“ zur Vernunft auf. Nachdem der Aufruf die Ermordung Sheikh Achmed Yassins verurteilt hat, heißt es unter anderen:

„While we assert our people’s rights, guaranteed by all international covenants, to defend themselves by all means available and despite the enormity of our pain at this horrific tragedy and its impact, we nevertheless call upon our people throughout Palestine, guided by

the imperatives of national interest and the removal of the initiative from the hands of the criminal occupation gang, to repress their rage and rise once again in a widespread, popular and peaceful Intifada, based on clear objectives and forthright discourse, with the fate of our people steered by the masses. ... We call of this unified Intifada as a step towards the resurrection of constructive and disciplined popular action, with clear objectives as well as a binding program and political return.”

In einem Leitartikel, den die „International Herald Tribune“ übernimmt, fordert der Kommentator des „Boston Globe“ Präsident George W. Bush zu schnellen Schritten auf, wenn er seinen Zweistaatenplan verwirklichen wolle, weil ein einseitiger Rückzug Israels aus dem Gazastreifen auf einseitige Annexionen in der Westbank hinauslaufen könnte. „Amerika tut sich und Israel keinen Gefallen damit, wenn es sich nicht voll um eine Regelung bemüht, von der Bush sagt, dass er sie will.“

25./26.03.2004:

Bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel warnen die europäischen Staats- und Regierungschefs Israel erstmals in dringendem Ton davor, die Grenzen von 1967 einseitig zu ändern. Im Abschlusskommuniqué heißt es:

“The European Council expressed its deep concern at the situation in the Middle East and the deepening of the Israeli-Palestinian conflict, following in particular the extra-judicial killing of Hamas leader Sheikh Ahmed Yassin. While having repeatedly condemned terrorist atrocities against Israelis and recognised Israel's right to protect its citizens against terrorist attacks, the European Union has consistently opposed extra-judicial killings which are contrary to international law. The present cycle of retaliatory violence has caused widespread suffering and loss of life, has inflamed the

situation and is taking the parties ever further from a negotiated settlement.

The European Council expressed its sympathy for those on all sides who endure the effects of violence or whose lives are disrupted by the conflict. It called on the Palestinian Authority to address the issue of security and combat terrorism and welcomed the Palestinian Authority's announcement of plans for improving Palestinian security performance, stressing the need for full and proper implementation. It noted with particular concern the grievous humanitarian situation in the Occupied Palestinian Territories and called on the Israeli Government to take action to alleviate the suffering of Palestinians by lifting prohibitions on movement, reversing its settlement policy and dismantling settlements built after March 2001, and reversing the construction of the so-called security fence on Palestinian land.

The European Council confirmed its deep conviction that the Quartet Road Map, endorsed by UNSCR 1515, remains the basis for reaching a peaceful settlement. It called on all sides to refrain from further escalation and to take the steps required to begin the implementation of the Road Map. The most important step is for all sides to desist from all further acts of violence.

The European Council renewed its commitment to a negotiated agreement resulting in two viable, sovereign and independent states, Israel and Palestine, based on the borders of 1967, living side by side in peace and security, in the framework of a comprehensive peace in the Middle East, as laid out in the Road Map drawn up by the Quartet. The European Union will not recognise any change to the pre-1967 borders other than those arrived at by agreement between the parties.

The European Council noted the proposals for an Israeli withdrawal from the Gaza Strip. Such a withdrawal could represent a significant step towards the implementation of the Road Map, provided that, in

accordance with the deliberations of the Council of 23 February: – it took place in the context of the Roadmap; – it was a step towards a two State solution; – it did not involve a transfer of settlement activity to the West Bank; – there was an organised and negotiated handover of responsibility to the Palestinian Authority; – and Israel facilitated the rehabilitation and reconstruction of Gaza.

The European Union stands ready to support the Palestinian Authority in taking responsibility for law and order, and in particular, in improving the capacity of its civil police and law enforcement capacity in general. The European Council tasked the EU Special Representative, in liaison with the Commission, to examine the requirement of the PA in this area and make recommendations for assistance.

The European Council called on the Israeli and Palestinian peoples to summon the political will necessary to overcome the current impasse in the peace process. Only through peace and reconciliation will Israelis and Palestinians realise their full potential.

The European Council reaffirms the need to deal with all the crises of the region within the framework of a global approach, which alone can ensure long-term security of the region. With that purpose, the EU will mobilise all its instruments and will develop its vision for stability in the region through the strategic partnership which it is seeking to establish with the Mediterranean and the Middle East. EU Strategic Partnership with the Mediterranean and the Middle East.

The European Council welcomed the interim report prepared by the Presidency, the Council Secretariat and the Commission, entitled 'EU Strategic Partnership with the Mediterranean and the Middle East'. The European Council underlined the importance of intensive consultation with the countries involved and welcomed the forthcoming attendance at the Arab League Summit by the

Presidency and the High Representative as a clear demonstration of the commitment of the Union to developing this vital partnership.

The European Council looks forward to receiving a final report at its meeting in June 2004.

The European Council recalls the readiness of the EU to work with the US and other partners in cooperating with the region.”

Mit dem Hinweis auf die „Grüne Linie“ vor dem Sechs-Tage-Krieg als künftiger Grenze zwischen Israel und Palästina klären die Europäer ihr Verständnis der UN-Resolution 242 vom November 1967, aus der die Forderung an Israel herausgelesen werden kann, sich „aus“ beziehungsweise „aus den besetzten Gebieten“ zurückzuziehen, und sprechen sich prinzipiell für einen palästinensischen Staat in allen Teilen der Westbank einschließlich Ost-Jerusalems und des Gazastreifens aus.

25.03.2004:

Die USA „rufen alle Beteiligten zur Ruhe und zur Zurückhaltung auf“; eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die Achmed Yassins Liquidierung verurteilen sollte, scheitert am Widerstand Washingtons. Botschafter John D. Negroponte lehnt den von Algerien und Libyen vorgelegten Entwurf mit den Worten ab, dass Israels Aktion die Spannungen im Gazastreifen und in der gesamten Region verschärfe, dass der Sicherheitsrat jedoch nichts zu einer friedlichen Regelungen beitrage, wenn er eine Partei verurteile und alles andere übersehe. Großbritannien, Deutschland und Rumänien enthalten sich der Stimme.

24.03.2004:

Die israelische Kampagne zugunsten der „**Genfer Initiative**“ veranstaltet ihre erste „Rally on Peace“ mit einer Internet- und

Telefonaktion unter dem Titel „From Withdrawal to Agreement, from Gaza to the **Geneva Initiative**“. „Haaretz“ berichtete bereits am 9. März von den Vorbereitungen einer „virtuellen Demonstration“ im Internet, zu der mit dem Slogan „Wenn Sie keinen Babysitter finden, müssen Sie nicht nach Tel Aviv kommen“, um die Solidarität mit der „**Genfer Initiative**“ zum Ausdruck zu bringen.

22.03.2004:

Bei einem israelischen Raketenangriff werden Sheikh Achmed Yassin und sechs weitere Palästinenser getötet. Ministerpräsident Sharon bezeichnet Yassin als den „ersten und wichtigsten Führer der palästinensischen Terrormörder“. Arafat ruft zu einer dreitägigen Staatstrauer auf und erklärt, dass Israel „alle roten Linien überschritten“ habe. Gleichwohl ist seine Zurückhaltung nicht zu übersehen, ist „ Hamas“ doch in den vergangenen Jahren zu einer ernsthaften Konkurrenz zumindest im Gazastreifen geworden, was die palästinensische Nachrichtenagentur „Wafa“ veranlasste, „ Hamas“-Erklärungen der Zensur zu unterwerfen, wenn nicht gar zu boykottieren. Rund 200.000 Palästinenser folgen dem Trauerzug in Gaza-Stadt. Der gelehrte Arzt Abdel Aziz Rantisi, Nachfolger von Yassin im Gazastreifen, bezeichnet dessen Liquidierung als einen Angriff auf den Islam. Die EU-Außenminister verurteilen die „außergesetzliche Tötung“ Yassins, die „das Konzept des Rechtsstaates“ untergrabe. Wie der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann berichtet am 25. März in der „Süddeutschen Zeitung“, heißen etwa sechzig Prozent der israelischen Bevölkerung das Attentat gut. Sonja Zekri beklagt „zweierlei Maß“ am 24. März in derselben Zeitung in der Beurteilung:

„Zu Recht erwarten wir von der israelischen Öffentlichkeit, dass sie die inhumane Besatzungspolitik ihrer Regierung kritisiert, dass sie gegen deren Politik protestiert, die im Namen einer Ideologie der Sicherheit Unschuldige tötet und die Entrechtung und Verelendung von Millionen Menschen in Kauf nimmt. Und wir sind enttäuscht,

wenn diese Proteste ausbleiben. Doch in einem Konflikt, in dem auf beiden Seiten Unschuldige sterben, muss dieser Anspruch mit derselben Berechtigung an die Palästinenser gestellt werden, ja, an die arabische Welt. Wo aber sind die arabischen Intellektuellen, die den Terror anprangern und die Korruption der palästinensischen Autonomiebehörde? ... Dass ein ansonsten eher kritikfreudiger Teil der deutschen Öffentlichkeit die arabische Welt so schonend behandelt, hat nicht nur mit Resignation zu tun und auch nicht nur mit dem Wissen um jene Radikalisierung, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung nicht mehr überrascht. Vielmehr schwingt hier eine trügerische Rücksichtnahme mit, wie man sie gegenüber Menschen walten lässt, denen man nicht zu viel zumuten will, aber auch nicht viel zutraut. ... Eine der am häufigsten gebrauchten Wendungen im Dialog mit Israel lautet, dass man sich als Freund Israels begreife, und Freunde müsse man kritisieren dürfen. Auch der Dialog mit der islamischen Welt sollte durch freundschaftliche Kritik gefestigt werden.“

Jörg Lau fragt in der „ZEIT“ (DZ 01.04.2004) angesichts der bei am 11. März in Madrid getöteten Zivilisten: „Wo bitte sind die Licherketten, wo bleibt der Aufstand der anständigen Muslime in Deutschland?“ Lau zitiert die in Berlin lebende türkische Juristin Seyran Ates mit den Worten: „Nach Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock waren Hunderttausende Deutsche auf der Straße, um sich zu distanzieren. Nach New York, Istanbul und Madrid gab es keine Demonstrationen von friedlichen Muslimen gegen diese Gräueltaten“. Lau beruft sich auf den ebenfalls in Deutschland lebenden türkischen Schriftsteller Feridun Zaimoglu, der unter jungen Radikalen einen „Islamofaschismus“ erkennen will. Der Schweizer Publizist bezeichnet in der kritischen Zeitschrift „Tachles“ am 26. März Yassin als „Eichmann der Hamas“.

Yassin wurde 1936 in einem Dorf in der Nähe des heutigen Ashkelon in eine relativ wohlhabende Familie geboren. Nach ihrer Flucht 1948 ließ sich die Familie im Flüchtlingslager al-Shati im damals von

Ägypten militärisch verwalteten Gazastreifen nieder. Bei einem Fußballspiel verletzte sich der damals Zwölfjährige am Rückgrat so schwer, dass der Querschnittsgelähmte fortan an Krücken und Rollstuhl gefesselt war. 1964 begann Yassin ein Studium in Kairo und schloss sich den ägyptischen Moslembrüdern an. Im Zuge der Verfolgung dieser Gruppierung durch Präsident Nasser kehrte Yassin nach Gaza zurück, wo er bis 1984 Islamkunde mit dem Ziel der Befreiung ganz Palästinas unterrichtete. 1979 genehmigten die israelischen Behörden sein Schulungszentrum in der Erwartung, dass es den Einfluss der PLO eindämmen werde. Fünf Jahre später entdeckten die Israelis in einer Moschee ein Waffenversteck mit der Folge, dass Yassin zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Im Austausch mit israelischen Soldaten im Libanon wurde Yassin jedoch schon ein Jahr später freigelassen. Die erste „Intifada“ seit Ende 1987 radikalisierte seine Positionen weiter, so dass er 1989 erneut in einem israelischen Gefängnis landete, nachdem er zu einer lebenslänglichen Haftstrafe wegen der Entführung eines israelischen Soldaten verurteilt worden war. Nach dem missglückten israelischen Giftanschlag auf Khaled Meshal im September 1997 bestand Jordaniens König Hussein auf der Freilassung Yassins aus israelischer Haft. Yassin hinterlässt Frau und elf Kinder³⁹.

Wie „Haaretz“ unter Berufung auf einen „ Hamas“-Angehörigen mit Zugang zu Yassin berichtet, war Yassin weder ein religiöser noch ein spiritueller Führer, der sich auf die besondere Kenntnis des islamischen Rechts berufen konnte. Vielmehr zeichnete er sich durch seine Persönlichkeit, durch die Erfolge bei politischen und sozialen Projekten – die als logistische Stützpunkte zur Rekrutierung von Attentätern gelten⁴⁰ – sowie durch sein Geschick in der Vermittlung bei Streitigkeiten aus. In der Tradition eines Theologen habe er allerdings eine „Fatwa“ (islamisches Rechtsgutachten) zur

³⁹ David Hirst: Ahmed Yassin, in „Guardian Weekly“ March 25-31, 2004, S. 30.

⁴⁰ Vgl. Matthew Levitt: Hamas from Grave, in „Middle East Forum“ Winter 2004.

Tötung von Kollaborateuren ausgegeben⁴¹. Die UN-Menschenrechtskommission verurteilt mit großer Mehrheit die gezielte Tötung Yassins. Für den Antrag Pakistans stimmen in Genf 53 Mitgliedsstaaten, während die USA und Australien dagegen votieren. Einige EU-Mitglieder enthalten sich der Stimme.

Von der Ernennung Rantis als politischer Führer von „ Hamas“ im Gazastreifen unberührt bleibt die führende Stellung des heute 48jährigen Khaled Meshal als Generalsekretär von „ Hamas“ mit Sitz in Damaskus⁴². Nach dem missglückten Attentatsversuch auf Meshal im Amman standen die Beziehungen Israels zu Jordanien vor einer schweren Bewährungsprobe. Der damalige Premier Benjamin Netanyahu sah sich veranlasst, zur Rettung Meshals ein Ärzteteam in die jordanische Hauptstadt zu entsenden⁴³. Zwei Jahre später wurde Meshal auf Druck Yasser Arafats aus Jordanien ausgewiesen.

19.03.2004:

Jordaniens König Abdullah II. ist einer Einladung von Premier Ariel Sharon zu Geheimgesprächen auf dessen „Sycamore Ranch“ im Negev gefolgt. Nach Presseberichten sollen vor allem jordanische Befürchtungen über eine unerwünschte Zuwanderung von Palästinensern in das Haschemitische Königreich nach einem einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen erörtert worden sein⁴⁴. Nach Ausbruch der zweiten „Intifada“ hatte Amman seinen Botschafter aus Tel Aviv zurückgezogen.

⁴¹ Amira Hass: Some people are going to miss Ahmed Yassin, in „Haaretz“-online 28.3.2004.

⁴² Hamas chooses Rantisi to succeed Yasin and Khaled Mesh'al the secretary general, in „Jerusalem Media & Communication Centre“. – Einen interessanten Einblick in die „ Hamas“-internen Flügelkämpfe und die Auseinandersetzungen mit Arafats Autonomiebehörde bietet der Artikel von Zvi Bar'el: ›What does Meshal know about life in Gaza?‹ in „Haaretz“-online 23.04.2004.

⁴³ Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 155.

⁴⁴ Vgl. die Eintragung vom 23.-25.02.2004 in dieser Chronologie.

16.03.2004:

In einer Urabstimmung („Primaries“) setzt sich Yossi Beilin mit 54 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen seinen innerparteilichen Konkurrenten Ran Cohen als Vorsitzender von „Yachad/Meretz“ durch. „Yachad“ ist der Zusammenschluss von Beilins politischer Bewegung „Shachar“ („Morgenröte“) und „Meretz“⁴⁵. Sie verfügt aufgrund der parlamentarischen Präsenz von „Meretz“ über sechs Sitze in der Knesset. Beilin selbst gehört dem Parlament nicht an.

13.03.2004:

In einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ bezeichnet Peter Hanse, Generalbeauftragter des „United Nations Relief and Works Agency (UNRWA)“, den Gazastreifen „als größtes Open-Air-Gefängnis der Welt“.

12.-14.03.2004:

Im ägyptischen Alexandria findet eine Konferenz von 170 arabischen Intellektuellen, Geschäftsleuten und Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Einrichtungen statt, in der über Modelle der Modernisierung der arabischen Welt diskutiert wird. In der Abschlusserklärung („Alexandria Statement“) werden freie Wahlen, die Rotation der Macht, Presse- und Meinungsfreiheit sowie soziale Reformen angemahnt. Radikale religiöse Strömungen werden nachdrücklich abgelehnt. Der Vorsitzende der Konferenz verteidigt den Ausschluss der Presse von den Beratungen mit dem Argument, die Vertreter sollten ihre Auffassungen offen und frei äußern können. Präsident Mubarak setzt sich in seiner Eröffnungsansprache für schrittweise Reformen ein, damit „die Stabilität nicht untergraben sowie Kräfte des Radikalismus und des Fundamentalismus nicht ermutigt“ würden. Andere Redner fordern hingegen eine starke

⁴⁵ Vgl. die Eintragungen vom 11.01., 16.02. und 23.02.2004 in dieser Chronologie.

Zivilgesellschaft und eine Alternative zu den herrschenden politischen Regimes.

12.03.2004:

In einem Beitrag, den die deutsche Ausgabe von „Le Monde diplomatique“ wiedergibt, beklagt sich die von Ramallah aus arbeitende „Haaretz“-Korrespondentin Amira Hass über das Versagen des geschriebenen Wortes in der israelischen Presse. Ihm gelinge es nicht, den Lesern „die Schrecken der Besatzungspolitik im Gaza-Streifen spürbar zu machen“. Hass schließt ihren Beitrag mit der Rezeption der Ankündigung Sharons, den Gazastreifen aufzugeben: „Derzeit wird viel von ›Rückzug‹ geredet, und dieses Wort ist keineswegs schwach, sondern allmächtig. Es imprägniert die Art und Weise, wie die Menschen die Wirklichkeit wahrnehmen. Anstatt dass wir uns mit den konkreten Geschehnissen der Besatzungspolitik konfrontieren, geben wir uns zufrieden mit dem vagen Versprechen einer in irgendeiner Zukunft bevorstehenden Entspannung. Anders gesagt: Das Wort ›Rückzug‹ wirkt wie eine große Straßensperre: Es verhindert, dass die Tatsachen die Köpfe der Menschen erreichen. Denn trotz all des Redens über einen ›Rückzug‹ lässt die israelische Gesellschaft keine Anzeichen erkennen, dass sie die unmoralische Logik überwinden möchte, die den Siedlungen ihre Existenzberechtigung immer neu bestätigt. Und das gilt nicht nur für den Gaza-Streifen, sondern auch für das Westjordanland.“

11.03.2004:

In einem Beitrag für „The New York Review of Books“ vergleichen die Autoren Avishai Margalit und Ian Buruma unter dem Titel „Seeds of Revolution“ Jerusalem und andere Teile des Landes, wie sie Theodor Herzl 1902 in seinem Roman „Altneuland“ dargestellt hat, mit der heutigen israelischen Politik, die für die bedrohliche Atmosphäre verantwortlich sei. Man könne nicht andere demütigen

und bedrücken, ohne dass eine gewalttätige Antwort fällig sei. „Der tägliche Anblick von palästinensischen Männern, die an israelischen Checkpoints in der Hitze kauern, von israelischen Soldaten unbekümmert missbraucht und angeschrien werden, ewig warten müssen und vor ihren Familien und Freunden beschimpft werden, hilft viel zur Erklärung des Gifts der ›Intifadas‹. Die Zerstörung von Eigentum und physische Gewalt machen Beleidigungen zu Ungerechtigkeit und sogar zum Tod.“

09.03.2004:

Das israelische Erziehungsministerium hat den geplanten Besuch von Yossi Beilin, Amnon Lipkin-Shahak und Shaul Arieli in einem Gymnasium verboten. Wie Beilin gehören die beiden anderen zu den Befürwortern der „**Genfer Initiative**“. Gegen den Auftritt von drei rechtsgerichteten Politikern wurden von Seiten des Ministeriums keine Bedenken laut.

08.03.2004:

Nach mehrmaliger Verschiebung wird die irakische Übergangsverfassung, Voraussetzung der für Ende Juni 2004 geplanten Verantwortungsübergabe seitens der USA, unterzeichnet. In ihr wird im Zuge eines Formelkompromisses der Islam als „eine Quelle der Gesetzgebung“ genannt. Abgesehen von der Türkei, wo dieser Bezug fehlt, würden sich damit Traditionen im Nahen Osten fortsetzen, der Religion eine herausragende Stellung in Staat und Gesellschaft einzuräumen. Zuletzt hatte auch die Verfassung für den künftigen Staat Palästina die zentrale Rolle des Islam hervorgehoben. In Israel, das keine Verfassung kennt, ist die Stellung des „jüdischen Volkes“ als Träger der Religion hervorgehoben. Die provisorische Verfassung des Irak gesteht darüber hinaus den kurdischen Provinzen autonome Gestaltungsrechte zu, auch wenn die endgültige Entscheidung über

das Ausmaß der Autonomie dem neuen Parlament vorbehalten bleiben soll.

05.03.2004:

200 Bewohner der 32.000 Personen zählenden Gemeinde Mevasseret Zion westlich von Jerusalem haben sich der Klage des palästinensischen Nachbarortes Beit Soreq beim Obersten Gerichtshof gegen den geplanten Verlauf des „Sicherheitszauns“ angeschlossen. Die Mauer würde die Palästinenser von ihrem Land trennen und die bisherige gute Nachbarschaft beschädigen. Der Ortsvorsteher von Mevasseret Zion, der ehemalige Geheimdienstchef Carmi Gillon⁴⁶, äußert sich gegenüber dem Anliegen der Kläger zurückhaltend und verweist darauf, dass aus dieser Richtung elf versuchte Terrorakte registriert worden seien.

03.03.2004:

In einem Bericht ihres Korrespondenten Jörg Bremer aus Jerusalem meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, dass zwischen den USA und Israel Pläne diskutiert werden, wonach die israelische Regierung nach einem einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen – wofür Washington eine Koordinierung verlangt, um den Islamisten nicht das Gebiet zu überlassen – in einer zweiten Phase isolierte Siedlungen zwischen Jenin und Hebron räumt, um den Palästinensern einen „zusammenhängenden Landstreifen“ zu garantieren. Weiter berichtet Bremer, dass Washington den Ausbau der drei Siedlungsblöcke im Süden Osten und Norden Jerusalems [Gush Etzion, Maale Adumim und Ariel] genehmigen will, während sich Israel zu einer Verkürzung des „Sicherheitszauns“ bereit erklären will.

⁴⁶ Vgl. die Eintragung vom 13.11.2003 in dieser Chronologie.

04.03.2004:

Sharon Sadeh zitiert in „Haaretz“ nach einer Bemerkung des Vorsitzenden der britischen Labor Party Ian McCartney, bei einem Wahlsieg der Conservative Party würde dem Land eine jüdische Regierung drohen, eine Untersuchung des Londoner „Jewish Chronicle“, wonach ein Fünftel der Bevölkerung keinen jüdischen Premierminister wählen würde und jeder siebte Brite die Diskussion über den Holocaust für übertrieben halte. In der Führungsgruppe der Konservativen sind der gegenwärtige Oppositionsführer Michael Howard, Oliver Letwin als Finanzminister im Schattenkabinett, der frühere Außenminister Malcolm Rifkind und der Vorsitzende der Partei Lord Maurice Saatchi jüdischer Herkunft.

02.03.2004:

Yossi Sarid, bis 2003 Vorsitzender von „Meretz“, fordert in einem Gastbeitrag für „Haaretz“ Shimon Peres zum Rücktritt als Chef der Arbeitspartei auf, weil er zu sehr auf den Eintritt seiner Partei in die Regierungskoalition dränge. Dagegen sei es an der Zeit, der Bevölkerung eine starke parlamentarische Alternative anzubieten. Wenn sich die Arbeitspartei von der Teilhabe an der politischen Macht einlullen lasse, werde die gesamte Opposition in der Knesset darunter leiden und das Vertrauen in der Bevölkerung weiter schwinden. In derselben Ausgabe berichtet Danny Rubinstein von Gesprächen unter Palästinensern, wie man am besten den „Sicherheitszaun“ überwinden könne. So verdiene der Besitzer eines Krans, mit dessen Hilfe man die Mauer übersteigen könne, schon heute rund 1000 Neue Shekel pro Tag.

Nach israelischen Presseberichten ist ein hochrangiger Berater Arafats, Khalil al-Sebben, in Gaza-City ermordet worden sein. Hintergrund könnten Rivalitäten zwischen verschiedenen Fraktionen bilden.

01.03.2004:

Jörg Bremer referiert in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über den wachsenden Druck Washingtons auf Sharon, der diesen zur Ankündigung des Rückzugs aus dem Gazastreifen in den kommenden zwölf Monaten veranlasst habe, um die Siedlerblöcke in der Westbank zu stärken. Auch die Mehrheit der israelischen Bevölkerung wolle nach dreieinhalb Jahren der Stagnation politische Bewegung, so dass die Unterschriftensammlung von Ami Ayalon und Sari Nusseibeh („People’s Voice“) und der „symbolische Friedensvertrag“ von Genf Früchte trage.

Christian Jostmann berichtet von der „Süddeutschen Zeitung“ vom drohenden Rückzug des Landes Nordrhein-Westfalen aus der Mitfinanzierung des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Das Institut arbeitet seit den siebziger Jahren auch in der Beratung der einschlägigen israelischen und palästinensischen Kommissionen⁴⁷. Müsste das Institut diese Tätigkeit einstellen, wäre ein wesentlicher Baustein aus den Hoffnungen herausgebrochen; der „**Genfer Initiative**“ zum Erfolg zu verhelfen: Ohne die Umstellung der Schulbücher auf eine friedenspolitische Pädagogik bleiben nachhaltige Vereinbarungen der Regierenden ein Hirngespinnst.

Februar 2004

Januar/Februar 2004:

In einem Interview mit der US-Monatszeitschrift „Tikkun“ verwarft sich Yossi Beilin gegen Vorschläge, alle – und voran die USA – sollten Israel für seine Politik bestrafen. Wer dies versuche, werde in

⁴⁷ Vgl. den Beitrag von Jonathan Krieger „Bildung als Kontrolle? Wie Politik Lehrinhalte beeinflusst am Beispiel der israelischen und palästinensischen Schulbücher“ in der Menüleiste „Bestandsaufnahmen und Perspektiven“ dieser Homepage.

Israel auf eine Wand der Ablehnung stoßen. Auf die Vorhaltung, die „**Genfer Initiative**“ berücksichtige nicht die Gefühle der Menschen, antwortet Beilin: „Our agreement is not a book of history or a book of dreams. We did not enter the narrative, we did not enter into the wishes and the dreams. Jews do not have to give up on their dreams of building a Temple in the time of Messiah and they will continue to pray for this Temple, and Palestinians are not being asked to say that they give up on the Right of Return. Rather, the Geneva Accord is something different: It is a solution, and everyone who reads it understands that no Palestinian refugee is going to be admitted to Israel on the basis of any ›right‹ of return.” In derselben Ausgabe von „Tikkun“ bemerkt Yasser Abed Rabbo, angesprochen auf die in palästinensischen Kreisen besonders kritisierten Vorschläge zur Regelung der Flüchtlingsfrage: „This issue has become a kind of vicious circle for both sides. We are trying to break this cycle. The Israelis claim that the return of four million Palestinians is a dire threat to the very existence of their state. And the Palestinians believe that without the Right of Return there will be no solution to the Palestinian question. ... I want to ask those who speak just in general terms about the Right of Return to specify what they mean by it and how they want to implement it. The basic thing is that we wanted to guarantee the right of the Right; but the implementation of this Right will not be open, but will be implemented in a very controlled and pragmatic manner, taking into consideration all the changes that have occurred in the past five decades. Otherwise there will be no solution between us and Israel at all.”

In seiner jüngsten Ausgabe berichtet der in Washington, D.C., herausgegebene „Report von Israeli Settlement in the Occupied Territories“, dass die Vereinigten Staaten von der Kreditzusage in Höhe von neun Millionen US-Dollar 289,5 Millionen US-Dollar als Strafe für die israelische Siedlungspolitik abgezogen haben.

Im einem Zwischenbericht des deutschen Freundeskreises von „Neve Shalom / Wahat Al Salam“ wird berichtet, dass der Bau einer

Siedlung für Familien der israelischen Anti-Terror-Truppe neben dem Friedensdorf abgewendet werden konnte. Dennoch sei die Gefahr noch nicht endgültig gebannt.

29.02.2004:

Der in Berlin ansässige und für den „Jerusalem Report“ arbeitende Igal Avidan berichtet im „Tagesspiegel“ über politische Pressionen, denen israelische Journalisten ausgesetzt seien. Dazu gehörten Disziplinierungsmaßnahmen und Entlassungen beim Fernsehen sowie bei „Yediot Achronot“ und „Maariv“. Auch Amira Hass von „Haaretz“ bleibe nicht verschont.

27.02.2004:

Nach einem Bericht der „Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy (Miftah)“ plädiert Yasser Arafat für Neuwahlen des 126-köpfigen Führungsorgans seiner „Bewegung für die Befreiung Palästinas (Fatah)“ innerhalb eines Jahres.

26.02.2004:

Im „Aufbau“ schreibt Naomi Bubis unter der Überschrift „Israeli und Palästinenser sind auf sich allein gestellt“, dass nur ein unabhängiger Staat Palästina Israels jüdischen Charakter bewahren könne. Die Alternative sei ein binationaler Staat mit einer arabischen Mehrheit. „Die demographische Entwicklung, die Arafat die Macht der ›palästinensischen Gebärmutter‹ nennt, lässt keine Optionen offen. Es ist für Israel essentiell, sich aus den Palästinensergebieten zurückzuziehen, um gleichzeitig demokratisch und jüdisch zu bleiben.“ Auch wenn nur „ein resolutes Eingreifen von außen“ genügend Druck auf Israelis und Palästinenser ausüben könne, sei das Nahost-Quartett de facto impotent, so dass beide Völker bei der Suche nach einem Frieden auf sich allein gestellt seien. Sharon und Arafat nutzen ihre Macht zur Konfliktlösung nicht. „Zwar gibt es

Akteure hinter den Kulissen, wie die Verfasser der „**Genfer Initiative**“, die gute Ideen und Mut haben, aber eben keine Macht. In ihrem Lösungsvorschlag lehnen sich die israelischen und palästinensischen Autoren des Genfer Abkommens an den Nahost-Plan des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Clinton an... Ein kluger detaillierter Plan, der jedoch keinen Rückhalt seitens der Regierungen hat. Ein weiterer Friedensentwurf für die Schublade.“ Die „Weltgemeinschaft“ begnüge sich damit, den erbosten Zeigefinger gegen den Trennungsaun zu erheben. „Die Intifada hat die Emotionen geschürt, den Verstand ausgeschaltet. Neue Generationen wachsen entfremdet und mit Feindbildern im Kopf auf. Die Israeli[s] interessiert es nicht, unter welchen elenden Umständen die 3,5 Millionen Palästinenser vor ihrer Haustüre leben. Die Nachbarn werden als amorphe bedrohliche Masse potenzieller Selbstmordattentäter wahrgenommen. Die Palästinenser feiern jeden Terrorakt gegen jüdische Zivilisten, die Attentäter gelten als Märtyrer, als Helden. Es herrscht Krieg in den Köpfen.“ Die Zeit dränge.

24.02.2004:

In einer Erklärung vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats tadelt der frühere Botschafter in Israel, Martin Indyk, Washington für seine Untätigkeit seit Ausbruch der zweiten „Intifada“. Weder seien die diplomatischen Möglichkeiten noch das präsidentiale Prestige von George W. Bush zugunsten eines Endes der Gewalttätigkeit eingesetzt worden, obwohl die Grundlinien einer Lösung seit langem bekannt seien. Neue Chancen für eine Lösung verbindet Indyk mit drei Faktoren:

- Israelis und Palästinenser seien erschöpft. Die politische Führung beider Seiten habe an Vertrauen verloren. Nur die auswärtigen Mittelzuweisungen würden die Autonomiebehörde noch am Leben halten.

- Die Israelis fürchteten den demographischen Faktor: Nach 2010 würde auf der Grundlage des Status quo die jüdische Bevölkerung zur Minderheit. Manche Palästinenser würden deshalb für ein „Wartenspiel“ optieren, weil die Zeit auf ihrer Seite sei.
- Israel habe nach dem Sturz Saddam Husseins, durch die Schwäche Syriens, nach dem nuklearen Abrüstungsangebot Libyens und angesichts der US-Dominanz in der Region seine führende Rolle konsolidiert und müsse nicht länger um seine Sicherheit fürchten. Die Palästinenser reagierten auf diese militärische Überlegenheit mit Selbstmordattentaten und der Einsicht, dass sie von den arabischen Staaten keine Hilfe erwarten könnten.

Als Konsequenz fordert Indyk von der Administration, auf die israelische Initiative zum einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen Einfluss zu nehmen, ansonsten würde das Vakuum von „ Hamas“-geführten Elementen ausgefüllt werden. Die israelische Ankündigung solle zu einer internationalen Intervention genutzt werden, um die Sicherheitsdienste der Autonomiebehörde zu restrukturieren, sie selbst in einen Verhandlungspartner im Rahmen der „Road Map“ umzuwandeln und die Unterstützung der arabischen Staaten zu gewinnen. Von Israel seien glaubwürdige Schritte zur Evakuierung von Siedlungen und zum Rückzug des Militärs zu erwarten, die in einen palästinensischen Staat mit vorläufigen Grenzen münden würden. Weiter schlägt Indyk die Stationierung einer kleinen internationalen Schutztruppe an sicherheitsrelevanten Orten des Gazastreifens sowie die Einrichtung eines „Monitoring“-Systems vor. Sich zurückzulehnen und nichts zu tun, dürfe jedenfalls keine amerikanische Option sein.

23.-25.02.2004:

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag findet die von der UN-Vollversammlung im Dezember 2003 angeordnete dreitägige Anhörung über den israelischen „Sicherheitszaun“ statt. Der

Prüfauftrag soll mit einem völkerrechtlichen Gutachten schließen. Die israelische Regierung beteiligt sich formal nicht an dem Verfahren, indem sie auf die Entsendung einer Juristendelegation verzichtet, und lässt vor den Richtern eine Stellungnahme verlesen. Nasser al-Qidwa, UN-Repräsentant der Autonomiebehörde bei der UNO, räumt Israel jedes Recht auf Selbstverteidigung ein, betont jedoch, dass der Mauerbau eine Zweistaatenlösung verhindere. Für Regierungschef Achmed Qureia würden die Palästinenser als Terroristen beschimpft, wenn sie Gewalt anwenden, und wenn sie nach Den Haag gingen, würde ihr Appell als irrelevant abgetan. Der jordanische Rechtsvertreter Said el-Hussein klagt, dass die Mauer viele Palästinenser zur Flucht nach Jordanien veranlasse und damit die demographische Integrität des Königreichs gefährde.

23.02.2004:

Alle Erwartungen übertrifft das Interesse von 20.000 Gründungsmitgliedern für die neue sozialdemokratische Partei „Meretz/Yachad“, die am 16. März ihre Leitung wählen will⁴⁸. Der Ansatz der „**Genfer Initiative**“ sei bereits ins Parteiprogramm aufgenommen worden. Wie Yossi Beilin weiter mitteilt, sind israelische und palästinensische Repräsentanten der „**Genfer Initiative**“ von Staatspräsident Moshe Katzav im April zu einem Symposium eingeladen worden.

In einem Beitrag „Hoffnungsschimmer in der Dunkelheit. Wird das Abkommen von Genf für beide Nationen die Erlösung sein“ für das Internet-Portal „Hagalil“ zitiert der palästinensische Journalist Mohammad Daraghmen das Mitglied der palästinensischen Gruppe bei der „**Genfer Initiative**“ Qadura Faris, dass das Dokument das beste Ergebnis seit der Madrider Friedenskonferenz Ende 1991 sei. Dagegen meint der Leiter des Komitees zur Verteidigung von Flüchtlingsrechten, Tayseer Nasrallah, dass das Papier auf das

⁴⁸ Vgl. die Eintragungen vom 11.01. und 16.2.2004.

Recht der Rückkehr von fünf Millionen Menschen verzichte, dies sei unakzeptabel. Der Politologe Khalil Shikaki (Ramallah) stimmt dieser Auffassung insofern zu, als Israel über die Modalitäten des Rückkehrrechtes entscheide, doch wolle nur eine geringe Zahl von diesem Recht Gebrauch machen. Shikaki fügt hinzu: „Wenn es je eine Gelegenheit für eine politische Übereinkunft gibt, so wird es sich immer in dem Rahmen bewegen, den das Genfer Abkommen eröffnet hat.“

Einen Tag nach Gesprächen mit US-Außenminister Colin Powell und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in Washington erklärt der amtierende Vorsitzende der Arbeitspartei, Shimon Peres, dass Israel keine moralischen Ansprüche auf die Westbank und den Gazastreifen habe und sich aus diesen Gebieten zurückziehen müsse. „Wenn wir auch nur zehn Prozent des Landes behalten, behalten wir hundert Prozent der Probleme“, erklärte Peres.

In einem Interview mit der „Basler Zeitung“ berichtet der 41jährige Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Genf Alexis Keller von seinen Plänen, im Rahmen einer Gastprofessur in Harvard unter jüdischen und arabischen Amerikanern für die „**Genfer Initiative**“ werben zu wollen. Auch wenn von dem Dokument in Europa weniger die Rede sei, so sei die Überzeugungsarbeit unter Israelis und Palästinensern in vollem Gange, die für zwei Jahre finanziell abgesichert sei. Paradoxerweise würden die Chancen einer amerikanischen Politik der Ausgewogenheit für den Nahostkonflikt besser, „je schlechter es den USA im Irak geht“. Umgekehrt würde ein überwältigender Erfolg Bushs im Irak sie darin bestärken, dass es allein darum gehe, den Terrorismus zu bekämpfen.

22.02.2004:

Während ein palästinensischer Selbstmordattentäter in Jerusalem acht Israelis in den Tod reißt, beginnen nach einer Petition vor dem

Obersten Gericht die Abrissarbeiten eines acht Kilometer langen Teilstücks des „Sicherheitszauns“ im Kleinen Dreieck zwischen Baqa al-Garbiyeh auf der israelischen und Baqa al-Sharkiyeh auf der palästinensischen Seite. Israelische Politiker kündigen die Fortsetzung des Mauerbaus an, weil nur er die Sicherheit vor weiteren Anschlägen garantiere.

19.02.2004:

In Brüssel findet unter Vorsitz von EU-Kommissionspräsident Romano Prodi eine eintägige Konferenz „Europa – Gegen Antisemitismus, für eine Union der Vielfalt“ statt. Hintergrund der Konferenz bilden Verstimmungen zwischen der EU-Kommission und jüdischen Organisationen nach einer von der EU in Auftrag gegebenen Umfrage vom November 2003, wonach 59 Prozent der Europäer Israel als die größte Gefahr für den Weltfrieden betrachten würden. Wie Europa mit seinen Minderheiten umgehe, entscheide über die Qualität des Kontinents, sagt Prodi in seinem Eröffnungsvortrag. Als „die archetypische Minderheit“ (!) sei die Art und Weise, „wie Juden behandelt werden, eine Art Lackmустest der Zivilisation“. Gleichzeitig schlägt Prodi „ein effektives und glaubwürdiges System der Überwachung von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ vor. Es sei erschütternd, so Joschka Fischer, dass eine solche Veranstaltung gegen den Antisemitismus in Europa notwendig sei. Der Abgeordnete Avraham Burg, der Anfang September 2003 mit einer vehementen Kritik an der israelischen Politik weltweite Schlagzeilen gemacht hatte, fordert die Europäer auf, „die Tore für Hass und Gewalt“ nicht länger offen zu halten. Gleichzeitig verlangt Burg von seinen Landsleuten, sie sollten begreifen, „dass nicht die ganze Welt gegen uns ist“, und greift damit den Satz von Yitzhak Rabin aus dessen Regierungserklärung vom Sommer 1992 auf⁴⁹. Im Vorfeld der Konferenz hatte eine Entscheidung des „Beobachtungszentrums für

⁴⁹ Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 117.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in Wien Befremden erregt, eine Studie über die Verantwortung radikaler muslimischer Jugendliche in verschiedenen Staaten Europas für antisemitische Vorfälle nicht zu veröffentlichen.

17.-19.02.2004:

Gegen eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen Einrichtungen veranstaltete Konferenz unter dem Titel „Die Islamische Welt und Europa: Vom Dialog zum Verständnis“ in Beirut wird der Vorwurf erhoben, Mitgliedern von „Hisbollah“ und „ Hamas“ ein öffentliches Podium für antisemitische Propaganda geboten zu haben. In einer Presseerklärung verwahrt sich die Stiftung gegen die Kritik, indem sie darauf hinweist, dass ein Dialog mit dem Islam auch den politischen Islam einschließen müsse, weil seine Marginalisierung in die Sackgasse führe. Außerdem hätten die deutschen Teilnehmer radikalen Positionen unmissverständlich widersprochen. So vertritt Volker Perthes von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin die Auffassung, dass ein palästinensisches „Recht auf Widerstand“ so lange nicht anerkannt werden könne, solange Zivilisten Opfer von Terrorakten seien.

17.02.2004:

Der „Meretz/Yachad“-Abgeordnete Avshalom Vilan fordert in einem Beitrag für „Haaretz“ seine Regierung auf, endlich zu definieren, „wofür wir kämpfen und wofür wir sterben“. Achtzig Prozent der Israelis würden einen vollen Rückzug aus dem Gazastreifen befürworten. Gleichzeitig warnt Vilan vor einer einseitigen Entscheidung Sharons, denn es gäbe auf der palästinensischen Seite Verhandlungspartner: Sie reichten von dem ehemaligen Sicherheitschef im Gazastreifen Mohammed Dahlan, über die palästinensischen Partner der „**Genfer Initiative**“ bis zu Sari Nusseibehs „People’s Voice“, die er gemeinsam mit Ami Ayalon im

Sommer 2003 begründet habe⁵⁰. Die Journalistin Avirama Golan wendet sich in derselben Ausgabe gegen panische Ängste vor den palästinensischen Geburtenüberschüssen. Israel sei Teil des arabischen Nahen Ostens, und sein einziger Existenzgrund sei ein unabhängiger und demokratischer Staat, der nicht von einer jüdischen Mehrheit, sondern von einer gerechten und moralischen Basis gegenüber den Palästinensern sowie den jüdischen und arabischen Bürgern Israels abhängig sei.

16./17.02.2004:

Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia trifft in Berlin mit Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer zusammen.

16.02.2004:

In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bezeichnet Shimon Peres die „Road Map“ als ein wichtiges Dokument, doch sei sie „eine Karte ohne Fahrzeug. Sie hängt an der Wand. Ich glaube nicht, dass ihre Unterzeichner Druck ausüben werden, sei es auf Israel oder auf die Palästinenser. Europa hat keine vereinte Außenpolitik, und die Amerikaner sind in einem Wahljahr.“ Peres sieht vier Anreize, um die „Road Map“ in Bewegung zu setzen: 1. Wenn der Frieden erreicht sei, sollten Israel und die Palästinenser Mitglied der EU werden. 2. Die USA und andere Länder sollten den Grenzen zwischen Israel und dem künftigen Staat Palästina durch eine Garantie dauerhaften Bestand geben. 3. Beide Staaten sollten in einer nahöstlichen „Partnerschaft des Friedens“ Aufnahme finden. 4. Alle Staaten des Nahen Ostens, die USA und die Europäer sollten eine „Charta gegen den Terror“ unterschreiben.

⁵⁰ Den Text dieses Dokuments finden Sie in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

In einem Interview „Wir müssen Frieden schließen“ der Monatszeitschrift „Internationale Politik“ (59[Februar 2004]2), die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Bonn) herausgegeben wird, betont Yossi Beilin, dass es angesichts des demographischen Faktors zugunsten der palästinensischen Bevölkerung im genuinen Interesse Israels liege, eine Lösung im Sinne der „**Genfer Initiative**“ zu finden. Wenn Israel sie umsetze, „könnten die Europäer anbieten, finanziell bei der Umsetzung zu helfen, sie könnten Truppen als Teil eines multinationalen Friedenskorpsschicken, sie könnten palästinensische Flüchtlinge aufnehmen, sie könnten erwägen, ob sie Israel oder sogar Palästina die zukünftige Mitgliedschaft in der EU anbieten. Wenn all dies geschähe, wäre es für uns leichter, unsere Landsleute zu überzeugen. Aber selbst wenn wir scheitern sollten und die israelische und palästinensische Regierung ihre Politik nicht ändern sollten, bin ich nicht dafür, dass die Welt Israel mit Abstrafung droht.“ Gleichzeitig kritisiert Beilin die Arbeitspartei dafür, dass sie „sich seit langem nicht mehr adäquat mit der sich verändernden Wirklichkeit auseinandergesetzt (hat); sie hat ihre führende Rolle als Friedenspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit verloren“. So sei die Gründung der Partei „Yachad“ („Gemeinsam“) als Zusammenschluss seiner kleinen Bewegung „Shachar“ („Morgenröte“) und „Meretz“ („Stärke“) als politisches Korrektiv zu verstehen⁵¹. Auf Washington angesprochen, betont Beilin, dass Präsident Bush die „**Genfer Initiative**“ offen unterstütze und Außenminister Colin Powell sich durch das Treffen mit ihm und Yasser Abed Rabbo „weit aus dem Fenster gelehnt“ habe. Den von Sharons Regierung errichteten „Sicherheitszaun“ könne man auch innerhalb eines Tages wieder abreißen.

In einem Kommentar in „Haaretz“ betont Akiva Eldar, dass sich die israelische Öffentlichkeit so sehr nach dem „Sicherheitszaun“ sehne,

⁵¹ Vgl. den Eintrag vom 11.02.2004 in dieser Chronologie. „Yachad“ soll nach Beilins Aussage am 16.03.2004 gegründet werden. Dabei werde er sich um den Vorsitz bewerben.

der sie ein für allemal von den Terroristen und Selbstmordbombnern trennen solle, dass sie der Tatsache keine Aufmerksamkeit schenke, dass einseitige Lösungen sie von dem strategischen Ziel eines Konfliktendes entfernen würden.

Der Haushaltsausschuss der Knesset billigt mit der Mehrheit von einer Stimme die Bereitstellung von 96 Millionen Neue Shekel für Siedlungen und den jüdischen Wohnungsbau in Ost-Jerusalem. Die dem Ausschuss angehörenden zwei Abgeordneten von „Shinui“, die zur Regierungskoalition gehört, bleiben der Debatte fern.

Der aus dem Amt scheidende Leiter der 1994 etablierten unbewaffneten „Temporary International Presence in Hebron (TIPH)“, der Norweger Jan Kristensen, beklagt die Ohnmacht seiner Einheit, der nur ein Beobachterstatus eingeräumt worden ist. Während seiner Dienstzeit habe es viele hundert Vorfälle in der Stadt gegeben, die auf das Konto radikaler Siedler und von mehr als dreißig Selbstmordattentätern gingen. „Ich frage mich die ganze Zeit, was wir hier tun.“

In einem Interview mit dem „Heute-Journal“ des ZDF vermeidet Außenminister Joschka Fischer eine direkte Antwort auf die Frage nach den Chancen einer Konfliktregelung zwischen Israel und den Palästinensern, indem er auf die europäische Erfahrung hinweist, die „mit schlicht und einfach der Kooperation im Wirtschaftsbereich“ angefangen habe. Dieses Verständnis übersieht, dass sich diese Erfahrungen auf das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten übertragen lassen, nicht jedoch auf den Nahostkonflikt. Denn solange den Palästinensern die nationale Souveränität vorenthalten bleibt, werden internationale Wirtschaftsprojekte in der Westbank und im Gazastreifen aufgrund des Risikos israelischer Interventionen nicht über Subventionshilfen hinauskommen. Auch die Idee einer nahöstlichen Freihandelszone unter Einschluss „Palästinas“ setzt die Zweistaatenlösung voraus.

13.02.2004:

Der Deutsche Bundestag beschließt den interfraktionellen Antrag „Road Map wiederbeleben“ (Drucksache 15/2392 vom 18.01.2004)⁵². Auf Beschluss des Ältestenrates kommt der FDP-Antrag vom 09.12.2003⁵³ nicht zur Abstimmung. Der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner plädiert in der kurzen Debatte dafür, die „**Genfer Initiative**“ nicht nur gutzuheißen. Zusätzlich fordert er die Bundesregierung dazu auf, sich im Europäischen Rat zum Fürsprecher dieses Dokuments zu machen. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 14. Februar heißt es dazu, dass der interfraktionelle Antrag diplomatisch formuliert sei und daher nur unzulänglich erkennen lasse, auf welche Zustimmung das Genfer Dokument bei den Abgeordneten gestoßen sei. Kritischer setzt sich der Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen“ mit der Erklärung des Bundestages auseinander: Sie sei „politisch gesehen weiße Salbe“, weil sie das eigentliche Anliegen verfehle, der „**Genfer Initiative**“ international politischen Rückenwind zu verschaffen. Eine übervorsichtige Geschäftsordnungsregie habe dafür gesorgt, dass der FDP-Antrag im Plenum nicht behandelt, sondern an die Ausschüsse überwiesen worden sei.

09.02.2004:

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet auf ihrer Medienseite über das Projekt der US-amerikanischen Regierung, in Kürze mit Hilfe des neuen Nachrichtensenders „al-Hurra“ („Der Freie“) bis zu 170 Millionen Araber zu erreichen. Er soll wie die etablierten Sendern „al-Djazeera“ („Die [arabische] Halbinsel“) und „al-Arabija“ rund um die Uhr sein Programm ausstrahlen und, wie es in dem

⁵² Text des interfraktionellen Antrags in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage. Die Reden der Debatte am 13.02.2004 finden sich auszugsweise in dieser Chronologie.

⁵³ Text des FDP-Antrags in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

Bericht heißt, fair und objektiv Bericht erstatten. Büros in Bagdad, in Amman und Dubai sind bereits eingerichtet, dass es in Israel/Palästina fehlt, spreche für die geringe Aufmerksamkeit, die Washington diesem Konflikt in seinem strategischen Konzept beimesse.

Die israelische „Vereinigung für Zivil- und Bürgerrechte“ ruft das Oberste Gericht an, eine Entscheidung über die Legalität des „Sicherheitszauns“ zu fällen.

Nicht zum ersten Mal kündigt Yasser Arafat die Ausrufung des Staates Palästina in den 1967 von Israel besetzten Gebieten an. Wie in der Vergangenheit dürfte auch diese Ankündigung ohne Konsequenzen bleiben.

Nach israelischen Medienberichten widerspricht Washington nicht dem Rückzug aus dem Gazastreifen, werde Israel jedoch nicht erlauben, im Gegenzug die Siedlungen in der Westbank zu erweitern.

08.02.2004:

Israelischen Berichten zufolge soll der Bau des israelischen „Sicherheitszauns“ nunmehr weiter westlich fortgesetzt werden, wobei die Einkreisung von palästinensischen Ortschaften vermieden werden soll.

400 „Fatah“-Aktivisten verlassen die Organisation. In einem Brief werfen sie Arafat vor, für die Zerrissenheit von „Fatah“ verantwortlich zu sein. Gleichzeitig setzt das israelische Militär die gezielten Tötungen („targeted killings“) gegen Aziz Machmud Shami, dem Führer des „Islamischen Djiha“ im Gazastreifen, fort. Bei dem Luftangriff kommt auch ein zwölfjähriges Kind ums Leben.

In einem Brief äußert sich Yossi Beilin ablehnend gegenüber einem einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen⁵⁴. Dagegen bezeichnet der Rechtswissenschaftler Amnon Rubinstein, der früher Abgeordneter von „Meretz“ war, Sharons Plan als eine „konzeptionelle Bombe“. Der Plan sei ein großer Sieg für das gemäßigte Lager, auch wenn er nichts löse, sondern den Terrorismus fördern und Israel die Antwort darauf erschweren werde. Deshalb schlägt Rubinstein eine Vereinbarung mit den Palästinensern statt eines einseitigen Rückzugs vor.

07.02.2004:

Auf der 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik schlägt Außenminister Joschka Fischer „eine transatlantische Initiative für den Nahen und Mittleren Osten“ in zwei Schritten vor: ein gemeinsamer Mittelmeer-Prozess der NATO und der EU, bei dem der „Barcelona-Prozess“ von 1995 eine wichtige ergänzende Rolle spielen sollte, sowie eine „Erklärung für eine gemeinsame Zukunft“, mit der sich die Unterzeichner verpflichten, „die Reformen in den Ländern der Region gemeinsam zu fördern und zu unterstützen“. In seiner Rede geht König Abdallah II. von Jordanien einen Tag später auf den Vorschlag Fischers nicht ein.

06.02.2004:

Einen bedrückenden Bericht über die Einschätzung jüdischen Lebens in Europa zwischen der israelischen Politik und radikalisierten Moslems besonders in Frankreich veröffentlicht Daniel Ben Simon in „Haaretz“ nach einer Tagung jüdischer Intellektueller in der Normandie.

⁵⁴ Text des Briefes in der Menüleiste „Bestandsaufnahmen und Perspektiven“ dieser Homepage.

Eine der israelischen Unterhändler in Oslo und heutige Präsident der „Economic Cooperation Foundation“, Yair Hirschfeld, erklärt gegenüber „Haaretz“, dass er sich nicht an der „**Genfer Initiative**“ beteiligen will, sondern die „Road Map“ des „Quartetts“ unterstützt. Gleichzeitig verteidigt Hirschfeld, der einen großen Teil seiner Jugend in Wien verbracht hat, die indirekten Folgen der Osloer Vereinbarungen von 1993: Hätte damals jemand über eine Zweistaatenregelung gesprochen, hätte es keine Grundlage dafür gegeben. Dennoch kritisiert Hirschfeld, dass Oslo die Lösung aller entscheidenden Fragen in die Zukunft einer Endstatus verschoben habe. „Heute glaube ich, dass wir den Endstatus von vornherein hätten definieren sollen.“ Dafür hätte Yitzhak Rabin in einem Referendum eine Zustimmung von 70 Prozent erhalten, womit die Opposition von rechts ihre politische Legitimität verloren hätte und Rabin nicht ermordet worden wäre. Das Scheitern von Camp David im Sommer 2000 führt Hirschfeld auf eine innerpalästinensische Krise um die Arafat-Nachfolge zurück, um die sich die „Gaza-Gruppe“ um Mohammed Dahlan, Mohammed Rashid und Hassan Asfour in Zusammenarbeit mit Abu Mazen (Machmud Abbas) und Abu Ala (Achmed Qureia) bemühten. Während der Vorgespräche zu Camp David in Stockholm im Mai 2000 sei die Kontroverse voll ausgebrochen, als Ehud Barak weitgehende Vorschläge unterbreitete, auf die sich die palästinensischen Unterhändler nicht einigen können. Die israelische Seite habe dieses interne palästinensische Spiel nicht verstanden und auf das Gipfeltreffen gedrängt. Wie Hirschfeld weiter berichtet, habe ihn der Aufkleber „Stellt die Oslo-Verbrecher vor Gericht“ tief getroffen.

Nach Ariel Sharons Ankündigung eines einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen, der im Sommer 2004 beginnen soll, drehen sich palästinensische Diskussionen um die Fragen,

- welche Motive hinter Sharons Plan stehen, etwa vorrangig die Befürchtung vor dem „demographischen Faktor“ (den hohen palästinensischen Geburtenüberschüssen),

- ob ein solcher vertragsloser Schritt den Gazastreifen vollständig zu isolieren droht,
- ob Israel auch die Kontrolle über die Grenze zu Ägypten aufgibt,
- ob das israelische Militär bei Raketenangriffen radikaler Palästinenser, die nach dem Rückzug neuen Auftrieb erhalten dürften, operativ in den Gazastreifen zurückkehrt und
- ob palästinensischen Arbeitskräften die Einreise nach Israel gewährt wird.

Über all diesen Sorgen scheint die Befürchtung zu stehen, dass für Sharon nach einem Rückzug aus dem Gazastreifen die Chancen für einen lebensfähigen Staat Palästina weiter schwinden.

Im Rückgriff auf Dokumente älteren Datums, die das israelische Militär bei der Erstürmung von Yasser Arafats Amtssitz in Ramallah im März 2002 erbeutet habe, berichtet die „Welt“, dass ein vertraulicher Bericht des EU-Amtes für Betrugsbekämpfung („Olaf“) einen möglichen Missbrauch von europäischen Hilfszahlungen an die Autonomiebehörde erhärte. Der Bericht lasse vermuten, dass terroristische Aktionen aus Mitteln der Europäischen Union gespeist worden seien. Der größte Teil der Zahlungsanweisungen sei damals von Arafat persönlich unterzeichnet worden. Nach dem „Olaf“-Bericht soll Arafat seiner Frau Suha Arafat monatlich 100.000 Dollar überwiesen haben. In Frankreich ist eine Untersuchung über den Verbleib von neun Millionen Euro eingeleitet worden, die sich im Besitz von Suha befinden. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF) sollen zwischen 1997 und 2003 rund 900 Millionen US-Dollar aus Zuwendungen der Geberländer von der Autonomiebehörde zweckentfremdet worden sein. Davon habe Suha Arafat etwa zehn Millionen US-Dollar erhalten. Dass die Angelegenheit zur Sprache kommt, wird nach einem Bericht in

„Haaretz“ dem ehemaligen Sicherheitschef im Gazastreifen, Mohammed Dahlan, zugeschrieben; auch der in israelischer Untersuchungshaft sitzende ehemalige „Tanzim“-Chef Marwan Barghouti habe daran ein Interesse. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ hatte der EU-Repräsentant für den Nahen Osten, Jean Breteché, berichtet, dass nach Korrekturen bei der Haushaltsführung der Autonomiebehörde nur wenige Finanzministerien in der Region so professionell und transparent arbeiten würden wie das Amt unter Salam Fayyad⁵⁵.

05.02.2004:

Der Chef der palästinensischen Sicherheitspolizei im Gazastreifen, Ghazi Jabali, überlebt einen Attentatsversuch, das einer bisher nicht bekannten palästinensischen „Gruppe der Gesetzlosen“ zugeschrieben wird.

03.02.2004:

Nach einer von der auflagenstärksten Zeitung „Yediot Achronot“ („Letzte Nachrichten“) in Auftrag gegebenen Umfrage unterstützen 59 Prozent der Israelis die Pläne von Ariel Sharon eines einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen.

Auf der Pressekonferenz der deutschen Gruppe der „Europäischen Juden für einen gerechten Frieden (EJJP“) in Berlin unterstreicht deren britischer Generalsekretär Richard Kuper, dass die israelische Regierung nicht für alle Juden in der Welt sprechen könne. Deutsche Mitglieder wehren sich vehement der Gleichsetzung des Staates Israel mit dem NS-Regime und problematisieren die Übertragbarkeit von Problemen der Repression und deren Begrifflichkeit. Von wem der Verzicht auf das israelische „Gesetz der Rückkehr“ erwartet werde, habe den Anspruch, vor antijüdischen Ressentiments sicher

⁵⁵ Vgl. den Eintrag unter dem Datum 24.12.2003.

zu sein. Fremdenfeindliche Angriffe und der Mord an Obdachlosen förderten das Gefühl der Sicherheit nicht, so die in Berlin lebende Autorin Ruth Fruchtman. Andererseits dürfe der in einigen Ländern deutlich erkennbare Antisemitismus nicht dazu führen, kritische Äußerungen gegenüber der Politik Israels zu delegitimieren.

02.02.2004:

In der „Welt am Sonntag“ befasst sich Günther Lachmann mit dem interfraktionellen Antrag, der dem Bundestag am 13.02.2004 zur Beschlussfassung vorliegt. Darin begründen Rainer Stinner (FDP), Gert Weisskirchen (SPD) und Friedbert Pflüger (CDU) ihre unterschiedlichen Positionen. Während Stinner darauf beharrt, dass der interfraktionelle Antrag nicht weit genug gehe, weil er im Gegensatz zum FDP-Entwurf vom 06.12.2003 auf die Aufforderung an die Regierung verzichtet, zugunsten der „**Genfer Initiative**“ aktiv zu werden, lehnt Weisskirchen diesen Aufruf mit der Begründung ab, er sehe „darin eine zu stark gegen die Interessen Israels gerichtete Parteinahme, die wir aus Vernunftgründen nicht akzeptieren können“. Pflüger schließt sich im Grundsatz dieser Auffassung an, wenn er meint: „Wir mussten den (FDP-)Antrag verbessern, um deutlich zu machen, dass die Genfer Initiative keine Regierung binden kann.“ Damit unterstützt er die Zurückhaltung der deutschen Regierung, die zivilgesellschaftlichen Elemente in der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung als Alternativen zur Haltung der politisch Verantwortlichen im Nahen Osten zu unterstützen.

In derselben Ausgabe der „Welt am Sonntag“ erklärt Israels Justizminister Josef Lapid, „wir werden für eine friedliche Lösung am Ende nicht nur alle illegalen Siedlungen, sondern auch eine ganze Reihe legaler Siedlungen aufgeben müssen“. Andererseits bezeichnet Lapid den „Sicherheitszaun“ als „vollkommen gerechtfertigt“, doch müsse dieser „kürzer, einfacher und näher an der ›grünen Linie‹ gebaut werden, er sollte palästinensischen Bauern keine Schwierigkeiten bereiten“. Die bevorstehenden Verhandlungen

über den „Sicherheitszaun“ vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag lehnt der Justizminister ab: Er sei „in dieser Sache inkompetent“.

In einem Interview mit „Haaretz“ kündigt Ministerpräsident Ariel Sharon die Räumung von 17 Siedlungen mit 7.500 Menschen im Gazastreifen an, ohne einen Zeitplan zu nennen. Zunächst gehe es darum, die Siedler dafür zu gewinnen, was „keine schnelle Sache“ sei. „Es ist meine Absicht, eine Evakuierung oder besser eine Verlegung der Siedlungen vorzunehmen, die uns Probleme bereiten, und zwar aus Gegenden, die wir ohnedies bei einer Endstatus-Lösung nicht behalten wollen.“ Abgesehen von Vermutungen, dass Sharons Vorstoß aufgrund eines drohenden Gerichtsverfahrens wegen Bestechung und Korruption darauf abziele, als Friedenspremier in die Geschichte einzugehen, lassen seine Ausführungen erkennen, dass die bisher für die Besetzung des Gazastreifens vorgetragenen strategischen Begründungen hinfällig sind, wenn er seine Absichten mit der Herstellung „maximaler Sicherheit“ für den Staat Israel begründet. Die in der Opposition stehende „Meretz“-Partei reagiert auf die Ankündigung Sharons skeptisch. Im Blick auf die Arbeitspartei wird spekuliert, dass Sharons Vorstoß dem Interesse des amtierenden Vorsitzenden Shimon Peres trotz dessen Dementi entgegenkommt, als Außenminister in die Regierung einzurücken; mehrere AP-Abgeordnete stützen diesen Eindruck durch den Hinweis, dass der Öffentlichkeit kaum erklärt werden könne, warum die Arbeitspartei unter den neuen Bedingungen keine Regierungsverantwortung übernehme. Andererseits wird die Befürchtung geäußert, dass eine einseitige Rückzugsentscheidung die Handlungsspielräume radikaler palästinensischer Kräfte wie „ Hamas“ erweitern und die Etablierung eines internationalen Statuts einschließlich der Entsendung eines Militärkorps nach sich ziehen könnte. Träfen solche Ahnungen zu, stünde erstmals die Frage der Souveränität über zumindest einen Teil der palästinensischen Gebiete zur Debatte.

Danny Rubinstein referiert in „Haaretz“ aus einem Meinungsbeitrag des langjährigen Arafat-Beraters Imad Shakur, wonach dieser die zweite „Intifada“ verloren gibt und die Autonomiebehörde auffordert, endlich die politischen Zügel in die Hand zu nehmen.

01.02.2004:

In einem Bericht über das Verhältnis von israelische Soldaten und Palästinensern an den Straßensperren zitiert Daniel Ben Simon in „Haaretz“ einen jungen drusischen Angehörigen der israelischen Armee: „Ich befinde mich ständig in Auseinandersetzung mit jungen Soldaten an den Straßensperren. Es gibt einen Wetteifer unter ihnen, wer am grausamsten sein kann. Sie beachten kein Minimum an Verhaltensregeln, ganz zu schweigen von [Formen] elementarer Freundlichkeit. Ich spreche darüber, dass sie nicht die [arabische] Sprache sprechen, wie sie mit ihren Händen gestikulieren und wie sie ihre Waffen direkt vor das Gesicht von Palästinensern halten. Das macht mich sehr wütend. Jedenfalls hassen sie uns, also warum Öl ins Feuer gießen? In dem Moment, in dem du zu Palästinensern in einer respektvollen Art und Weise redest und sie wie Menschen behandelst, werden sie [die Palästinenser] nach meinen Erfahrungen voller Respekt reagieren.“ Die meisten seien keine Terroristen, sondern wollten nur leben. „Die Menschen weinen und flehen mich an, sie [nach Israel] reinzulassen. Sie sagen mir: Wollen Sie mich als Informant? Ich bin dazu bereit, aber lassen Sie mich rein, damit ich arbeiten kann. Wenn du zu Hause festsitzt, kein Geld verdienen kannst und nichts hast, um deine Kinder zu ernähren, wie fühlst du dich dann? Am Montag ist [das islamische] Opferfest, und kaum jemand hat das Geld, um ein Schaf zu schlachten. Den Menschen in den Gebieten ging es noch nie so schlecht wie jetzt. Sie haben keine [Arbeitslosen-]Versicherung oder sonst etwas. Wer nicht arbeitet und kein Geld hat, kann verhungern.“

Januar 2004

31.01.2004:

Der Kommentator der „Neuen Zürcher Zeitung“ beklagt „die Unfähigkeit beider Konfliktparteien und die Gleichgültigkeit der Vermittler zur Friedenssuche“, die durch die „**Genfer Initiative**“ noch einmal unterstrichen worden sei. „Der virtuelle Friedensvertrag, den inoffizielle palästinensische und israelische Unterhändler mit Unterstützung der Schweiz ausgehandelt haben, führt zum ersten Mal vor, wie die von der Road Map anvisierte Zwei-Staaten-Lösung in der Praxis aussehen könnte. Dies ist ein wichtiger Schritt, denn wer Frieden schließen will, muss sich diesen Frieden zuerst einmal vorstellen können. Doch die politischen Kräfte, die heute das Ringen im Nahen Osten beherrschen, haben eine Vorstellung vom Frieden, die dem Genfer Modell diametral entgegensteht.“

30.01.2003:

Daniel Cohn-Bendit, Mitglied des Europäischen Parlaments für die „Grünen“, spricht sich für die Anhörung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zum Bau des „Sicherheitszauns“ aus⁵⁶.

25.01.2004:

In einem Telefoninterview mit „Reuters“ aus seinem Versteck in Gaza stärkt „Hamis“-Sprecher Abdel Aziz Rantisi Vermutungen eines radikalen Schwenks seiner Organisation: Da es schwierig sei, „zu diesem Zeitpunkt unser ganzes Land zu befreien“, schlägt er einen zehnjährigen Waffenstillstand vor, wenn sich Israel aus der Westbank und dem Gazastreifen zurückziehe, so dass dort ein palästinensischer Staat entstehen könne. Auch der spirituelle Führer von „Hamis“, Sheikh Achmed Yassin, hat sich vor kurzem ähnlich

⁵⁶ Text der Erklärung Cohn-Bendits in der Menüleiste „Bestsandsaufnahmen und Perspektiven“ dieser Homepage.

geäußert. Bislang hatte „ Hamas“ jegliche Gespräche mit Israel abgelehnt und die Befreiung ganz Palästinas gefordert.

24.01.2004:

Der palästinensische Außenminister Nabil Shaath begrüßt beim Weltwirtschaftsforum in Davos die „**Genfer Initiative**“ als einen „Weg zur Hoffnung und Versöhnung“. Sie sei eine Vision für künftige Verhandlungen, die rasch wieder aufgenommen werden müssten, und eine Ergänzung zur „Road Map“ des „Quartetts“: „Wir brauchen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen.“ Damit folgt Shaath der Argumentation, die schon heute auf das Prinzip der Staatsräson pocht. Gleichzeitig verlangt Shaath Nachbesserungen bei der Regelung der Flüchtlingsfrage und kritisiert, dass US-Präsident Bush in seiner Rede zur „Lage der Nation“ den Nahostkonflikt mit keinem Wort erwähnt hat.

22.01.2004:

„Die ›**Genfer Initiative**‹ hat Berlin im Sturm genommen“, leitet Jörg Bremer seinen Beitrag in „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über den Auftritt von Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo in Deutschland ein. Vom ersten bis letzten Besuchstag sei deutlich geworden, „dass hier Patrioten beider Seiten einen Vertrag formulieren konnten, in dem nicht getrickst wurde“. Im Kanzleramt sei schnell deutlich geworden, „dass die offizielle Rückfall-Position der Regierung Scharon nicht mehr trägt“. Weiter berichtet der seit 13 Jahren in Israel tätige FAZ-Korrespondent, dass die Initiatoren täglich Anzeigen in den israelischen und palästinensischen Zeitungen schalten würden. Beilin treffe zwischen Kiryat Shmone im Norden und Eilat im Süden auf gespannte Zuhörer, während Rabbo und sein Team den Besuch in Flüchtlingslagern nicht scheuten, um für die „**Genfer Initiative**“ zu werben. Dagegen vertritt Natan Sznaider in der „Frankfurter Rundschau“ den Standpunkt, dass zwischen Israel und den Palästinensern politisch nichts mehr gehe. Allen Initiativen „wird nur

die kalte Schulter gezeigt, niemand glaubt niemandem mehr“. Das politische System in Israel sei gelähmt, das soziale Leben von Streiks und der Pleite der öffentlichen Hand lahmgelegt. „Nichts charakterisiert die letzten Jahre mehr als Bewegungslosigkeit. Die Region ist festgefroren.“

Richard Armitage, stellvertretender US-Außenminister, hat in einem Gespräch mit dem ägyptischen Fernsehen ungewöhnlich deutlich auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der „Road Map“ aufmerksam gemacht.

23.01.2004:

In ihrer jüngsten Ausgabe der Schweizer Wochenzeitung „tachles“ berichtet Jacques Unger, dass der israelische Unternehmer Steff Wertheimer bei einer internationalen Konferenz in Galiläa angekündigt hat, durch die Schaffung von etwa hundert Industrieparks in Israel, Jordanien und der Türkei einen Beitrag zur Stabilisierung des Nahen Ostens leisten zu wollen. In diesem Einzugsgebiet leben etwa neunzig Millionen Menschen. Ob die Devise des früheren US-Senators George Mitchell (Autor des Mitchell-Berichts vom Frühsommer 2002) zutrifft, dass die Politik der Wirtschaft folge, erscheint im Falle des israelisch-palästinensischen Konflikts allerdings eher zweifelhaft. Bisherige Erfahrungen deuten darauf hin, dass Unternehmer stabile politische Rahmenbedingungen als Voraussetzung für Investitionen schätzen. Strittig diskutiert wurde bei der Konferenz auch die Forderung eines israelischen Regierungsvertreters, dass die Sicherheitskontrollen bei Einfuhren nach Israel und in die palästinensischen Gebiete ausschließlich in israelischer Hand bleiben müssten. Für die palästinensische Wirtschaft, die 64 Prozent ihrer Güter und Waren nach Israel exportiert, und für die Palästinenser, die zu 86 Prozent von israelischen Einfuhren abhängig sind, bleiben ohnehin die einseitigen Entscheidungen der israelischen Politik von überragendem Gewicht.

Jordanien König Abdullah II. fordert die internationale Gemeinschaft auf, arabische Reformbewegungen zu unterstützen. Auf dem Wirtschaftsforum in Davos erklärt Abdullah, dass Wachstum und Stabilität im Nahen Osten und in der Welt erst im Zuge der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erreichen seien. Die „Road Map“ des „Quartetts“ Sorge für klare Vorkehrungen und Mechanismen bei einer gerechten und dauerhaften Lösung: zwei Staaten, Israels Rückzug aus den palästinensischen Gebieten, Auflösung der jüdischen Siedlungen, zwei Hauptstädte in Jerusalem und eine vereinbarte Lösung für das Flüchtlingsproblem.

21.01.2004:

Das Mitglied der palästinensischen Gruppe zur Vorbereitung der „**Genfer Initiative**“, Salah Abdel Shafi, sagt in einem Interview der „taz“ unter dem Titel „Entweder wir haben Erfolg, oder es gibt eine Katastrophe“.

16.01.2004:

Yasser Abed Rabbo gewährt der „Welt“ ein Interview, in dem er sich unter anderen mit den Widerständen in der palästinensischen Öffentlichkeit auseinandersetzt.

Der frühere Botschafter Israels in Bonn und Berlin Avi Primor gibt der „Tagesschau“ ein Interview, in dem er auf den erstaunlichen Erfolg der „**Genfer Initiative**“ unter Israelis und Palästinensern verweist. Da weder die Regierung Ariel Sharons noch die Autonomiebehörde Arafats ein aufrichtiges Interesse an einem echten Friedensprozess hätten, glaubten die Initiatoren und Förderer der „**Genfer Initiative**“, zu denen sich Primor zählt, „dass es nur eine Macht auf der Welt gibt, die die Regierungen dazu drängen kann: die öffentliche Meinung“. Das Interesse in Deutschland sei „überwältigend“. „Wenn die Menschen bei uns sehen, dass die deutschen Spitzenpolitiker

dieses Projekt unterstützen, sagen sie: ja, das scheint ernst und glaubwürdig zu sein.“

15.01.2004:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt unter dem Titel „**Die Genfer Initiative – Ein Tor zum Frieden im Nahen Osten?**“ in Berlin ein Podium mit Yossi Beilin, Yasser Abed Rabbo sowie anderen israelischen und palästinensischen Repräsentanten ein. Dabei weisen die Initiatoren darauf hin, dass die Osloer Vereinbarungen auf den Verhandlungsprozess gesetzt hätten, während die „**Genfer Initiative**“ eine endgültige Regelung vorschläge. Dabei dürfe es keine Verlierer, sondern nur Gewinner geben. Wer behaupte, dass ohne die USA im Nahen Osten nichts gehe, erlege sich selbst eine Vorbedingung auf, die für einen politischen Erfolg problematisch sei.

14.01.2004:

Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo sind Gäste des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in Berlin. Im Anschluss verständigen sich die Fraktionen auf der Grundlage eines Entwurfs der FDP-Fraktion⁵⁷ auf einen gemeinsamen Antrag zur Unterstützung der „**Genfer Initiative**“. Beilin bezeichnet sie als „die vielleicht letzte Chance“ für einen Frieden zwischen beiden Völkern. Da die Regierenden zum politischen Kompromiss unfähig seien, komme es auf die öffentliche Meinung in Israel und in den palästinensischen Gebieten an. Am Rande der Sitzung kommt es zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und einen gemeinsamen Fototermin. Am Nachmittag werden die Initiatoren von Außenminister Joschka Fischer empfangen. Fischer erklärt nach dem Gespräch, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union und mit den anderen Partnern des „Quartetts“

⁵⁷ Vgl. den Text des Entwurfs in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

um die Unterstützung der „**Genfer Initiative**“ als Schlussstein der „Road Map“ bemühen werde. Die israelische Botschaft nimmt von dem Besuch Beilins und Abed Rabbos in Berlin offiziell keine Notiz.

11.01.2004:

Unter Beteiligung von Regierungsmitgliedern findet eine nach Polizeiangaben 120.000-köpfige Demonstration des politisch rechten Lagers (auf einen Erwachsenen zehn Kinder, wie „Haaretz“ spöttisch bemerkt) auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv statt, um gegen die von Premier Sharon angekündigte Evakuierung einiger Siedlungsaußenposten und den teilweisen Rückzug aus der Westbank zu protestieren. Der Vorsitzende der Nationalreligiösen Partei (NRP), Effi Eitam, sieht das Ausscheiden seiner Partei für den Fall für gekommen, dass Sharon die Pläne verwirkliche.

Yossi Beilin kündigt an, dass er als Kandidat für die neue Partei „Yachad“ („Gemeinsam“) nicht zur Verfügung stehen werde, sollte sich herausstellen, dass sein Vorsitz der Partei Stimmen koste. Kritiker machen Beilin zum Vorwurf, dass er für die sozial Schwachen unattraktiv sei und ihm das Image eines Yuppie aus Nord-Tel Aviv anhänge.

In einem „Haaretz“-Artikel berichtet Danny Rubinstein, dass am 7. Januar nicht weniger als 1150 palästinensische Arbeitskräfte festgenommen worden seien, die ohne Arbeitserlaubnis in Israel arbeiteten. „Mit anderen Worten: Trotz all der Zäune und Straßensperren, der [militärischen] Operationen und der Strafmaßnahmen sickern weiter Tausende (manche sagen Zehntausende) Palästinenser illegal in Israel ein, um hier Arbeit zu finden.“

In einem Kommentar unter dem Titel „Cry, our beloved country“ äußert Gideon Levy in „Haaretz“ die Hoffnung, dass „Israels wahre Freunde“ das Land vor sich selbst retten. Es könnte die letzte

Chance sein, Israel wieder gerade zu rücken. Damit nimmt Levy eine Forderung auf, die der damalige US-Unterstaatssekretär im State Department George W. Ball im April 1977 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ unter der Überschrift „How to Save Israel of Herself“ erhoben hatte.

Nach Gesprächen mit Initiatoren der „**Genfer Initiative**“ ruft der Außenminister von Qatar die arabischen Staaten zu ihrer Unterstützung auf.

09.01.2004:

Der EU-Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana trifft in Brüssel mit dem palästinensischen Verhandlungsführer Saeb Erakat zusammen, um über die Konsequenzen der ausbleibenden Erfolge des Friedensprozesses zu diskutieren. „Ich sehe keine Bewegung“, erklärt Solana.

In einem Interview mit „Haaretz“ rechtfertigt der Historiker Benny Morris, der sich zu Unrecht zu den Postzionisten gerechnet sieht, die Transferpolitik von David Ben-Gurion im Krieg von 1947/48. David Ben-Gurion habe verstanden, „dass es keinen jüdischen Staat mit einer großen und feindseligen arabischen Minderheit in seiner Mitte geben werde... Wenn er nicht getan hätte, was er tat, wäre der Staat nicht entstanden.“ Im Falle eines apokalyptischen Klimas unterstütze er „den Transfer der Araber aus der Westbank, aus Gaza und vielleicht auch aus Galiläa und dem Kleinen Dreieck, wenn auch nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt“. Das Interview löst unter Israelis, Palästinensern und im westlichen Ausland ein äußerst lebhaftes Echo aus. So wird Morris vorgeworfen, dass er sich endgültig als Sympathisant des politisch rechten Lagers in Israel entpuppt habe und dass er einer verabscheuungswürdigen ethnischen Säuberung das Wort rede. In einem eigenen Beitrag, den Morris in „Haaretz“ am 11. Januar 2004 veröffentlicht, distanziert er sich von dem entstandenen Eindruck, er unterstütze generell die Vertreibung der

Araber aus den palästinensischen Gebieten und aus Israel. Nur wenn beide Gemeinschaften zu massiver Gewalt gegen den Staat Israel griffen, gehörten Vertreibungen zu den Optionen.

08.01.2004:

In der Wochenzeitung DIE ZEIT fordert der frühere Botschafter Israels in Bonn, Avi Primor, die Staaten der EU auf, die „**Genfer Initiative**“ deutlicher als bisher zu unterstützen: „Ein Beweis dafür, dass wichtige Staaten im Ausland die Genfer Vereinbarung ernst nehmen und diese Initiative fördern, könnte in den Augen der israelischen Bürger die Glaubwürdigkeit des Projekts erhöhen.“ Das gelte besonders für Deutschland als dem größten Freund Israels nach den USA, das auch bei den Palästinensern hohes Ansehen genieße.

Der palästinensische Ministerpräsident Achmed Qureia kündigt in einem Interview mit „Reuters“ einen binationalen Staat für den Fall an, dass Israel im Zuge des „Sicherheitszauns“ Teile der Westbank annektiert, was im Ergebnis auch auf das Ende der Autonomiebehörde hinauslaufen würde. US-Außenminister Colin Powell weist die Option eines gemeinsamen Staates für Juden und Araber zurück und plädiert noch einmal für eine Zweistaatenlösung. Gleichzeitig kritisiert er Sharons Politik, die er als Apartheid und „Bantuisimus“ bezeichnet.

In einem Interview mit der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung“ warnt der neue Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Albrecht Meyer, davor, Israel im Nahostkonflikt die Rolle eines „Prügelknaben“ zuzuweisen.

In der englischsprachigen Online-Ausgabe von „Al-Ahram Weekly“ (08.-14.01.2004) berichtet der Jerusalem-Korrespondent Graham Usher über interne palästinensische Konflikte, die Arafats Führungsanspruch dramatisch in Frage stellen. So sei der „Fatah“

zugeschriebene Anschlag auf den Bürgermeister von Nablus, Ghassan Shaka'a, vereitelt worden, Kämpfer von „Fatah“ hätten die Polizeistation in Khan Yunis besetzt, und am 29.12.2003 sei der Präsidentenberater Ramzi Khouri aus Protest gegen das Versagen der Autonomiebehörde entführt worden, die in Rafah verursachten Schäden des israelischen Militärs zu beheben. Dagegen haben „ Hamas“ und „Islamischer Dihad“, so Usher weiter, im Dezember bei den Studentenwahlen an der Universität Bir Zeit die absolute Mehrheit gewonnen, so dass die islamistischen Koalitionen inzwischen die meisten Universitäten in den besetzten Gebieten und wichtige Standesorganisationen im Gazastreifen kontrollieren. Sharons Absichten, sich einseitig aus Teilen der Gebiete zurückzuziehen, würden für die Islamisten keine Gefahr bedeuten: Ein erzwungener israelischer Rückzug würde ihrem bewaffneten Widerstand die Glaubwürdigkeit und Legitimität im Kampf gegen den „provisorischen“ palästinensischen Staat verleihen. Usher spielt damit auf die Kritik an, wonach die Autonomiebehörde auf Gedeih und Verderb vom Osloer Prozess abhängt, ohne steuernden Einfluss auf ihn nehmen zu können.

07.01.2004:

Fünf israelische Soldaten, die in den palästinensischen Gebieten den Wehrdienst verweigert haben, treten ihre einjährige Haftstrafe im Militärgefängnis Atlit an. In einem politischen Prozess waren Haggai Matar, Amir Kaminer, Shimri Zameret, Adam Maor und Noam Bahat mit der Begründung verurteilt worden, dass sich ihr Handeln gegen die Regierungspolitik richte und andere Soldaten auffordere, ebenfalls den Dienst zu verweigern. Damit würden sie die Rechtmäßigkeit der militärischen Operationen sowie die internationale Legitimität der staatlichen Handlungen in Zweifel ziehen und damit den Feinden des Staates helfen. Da die Verweigerer bereits seit einem Jahr in Haft sind, dürfte sich ihre Gesamtstrafe auf zwei Jahre belaufen. — „Haaretz“ berichtet, dass sich der alljährliche Menschenrechtsbericht des US-

Außenministeriums, der im März 2004 veröffentlicht werden soll, zu einem wesentlichen Teil kritisch mit dem „Sicherheitszaun“ befassen werde. Dabei soll es um die Diskrepanz zwischen den israelischen Zusagen, der Zaun werde das Leben der Palästinenser nicht beeinträchtigen, und den „facts on the ground“ gehen.

01.01.2004:

Yasser Arafat erklärt zum 39. Jahrestag der Gründung seiner „Fatah“⁵⁸: „Der palästinensische Traum eines unabhängigen Staates wird sich erfüllen, wie lange dies auch dauern mag.“

⁵⁸ Rückwärts gelesenes Akronym für „Bewegung für die Befreiung Palästinas“.